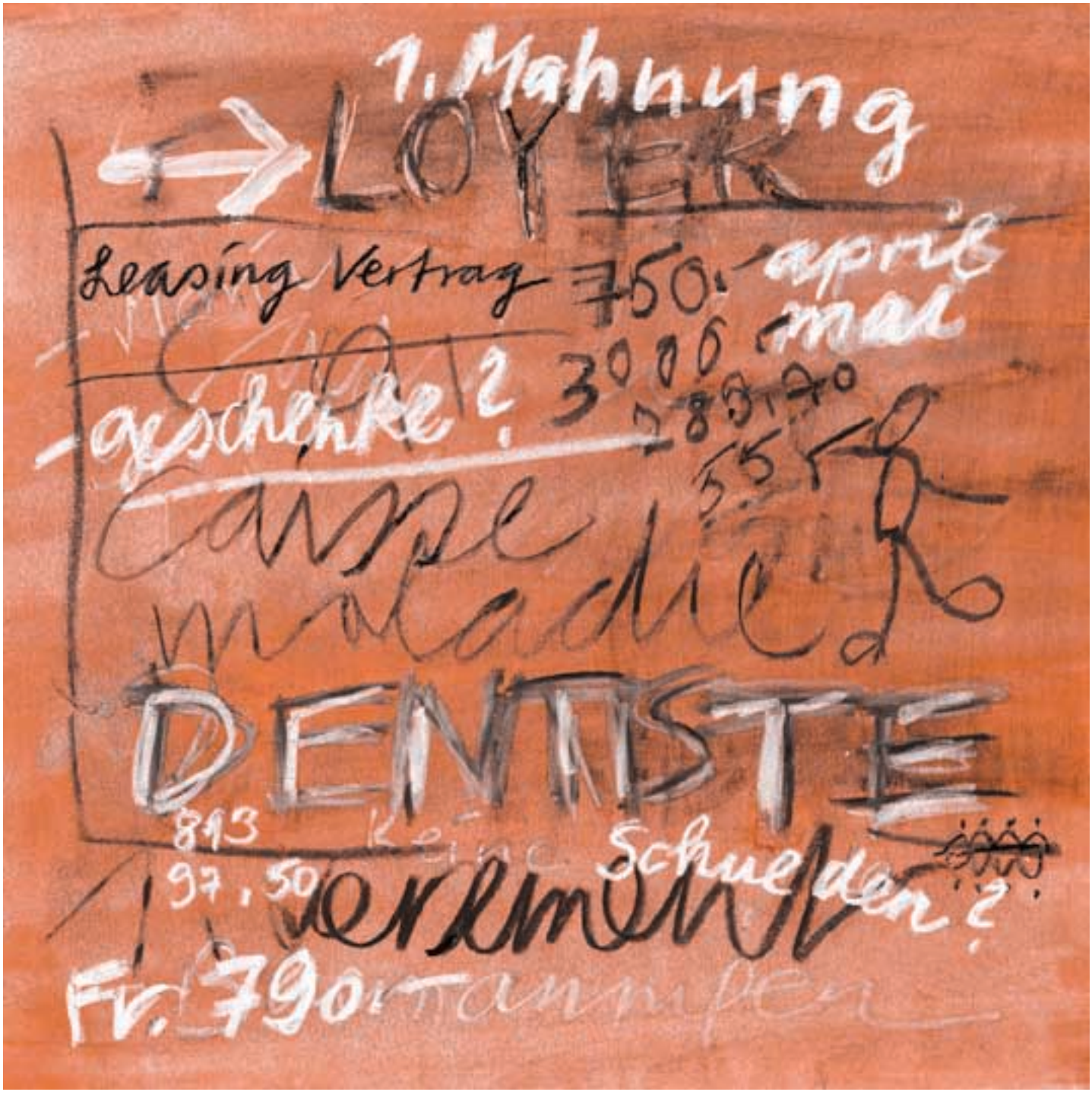
Working Poor in der Schweiz

Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung



Office fédéral de la statistique
Bundesamt für Statistik
Ufficio federale di statistica
Uffizi federal da statistica

OFS BFS UST

Neuchâtel, 2002

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz» gliedert sich in folgende Fachbereiche:

0 Statistische Grundlagen und Übersichten
1 Bevölkerung
2 Raum und Umwelt
3 Arbeit und Erwerb
4 Volkswirtschaft
5 Preise
6 Industrie und Dienstleistungen
7 Land- und Forstwirtschaft
8 Energie
9 Bau- und Wohnungswesen
10 Tourismus
11 Verkehr und Nachrichtenwesen
12 Geldpolitik, Finanzmärkte und -akteure
13 Soziale Sicherheit
14 Gesundheit
15 Bildung und Wissenschaft
16 Kultur, Medien, Zeitverwendung
17 Politik
18 Öffentliche Finanzen
19 Rechtspflege
20 Gesellschaft in Bewegung (Querschnittsthemen)

Working Poor in der Schweiz

Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung

Verfasser **Elisa Streuli, Tobias Bauer**
Gesamtbericht erstellt im Auftrag des Bundesamtes für Statistik vom Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien (Büro BASS)

Herausgeber **Bundesamt für Statistik**

OFS BFS UST
Office fédéral de la statistique
Bundesamt für Statistik
Ufficio federale di statistica
Uffizi federal da statistica

Neuchâtel, 2002

Auskunft: Tom Priester, BFS, Tel. 032 713 64 75
Autoren: Elisa Streuli und Tobias Bauer, Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien (Büro BASS), Bern
Vertrieb: Bundesamt für Statistik
CH-2010 Neuchâtel
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61
Bestellnummer: 484-0100
Preis: Fr. 18.–
Reihe: Statistik der Schweiz
Fachbereich: 13 Soziale Sicherheit
Originaltext: Deutsch
Grafik/Layout: Büro BASS und BFS
Titelgrafik: Monika Sommerhalder, Luzern
Copyright: BFS, Neuchâtel 2002
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet.
ISBN: 3-303-13041-8

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **7**

Teil 1: Ausgangslage und Grundlagen **14**

1 Ausgangslage und Überblick **14**
1.1 Aufbau einer Armutsberichterstattung durch das Bundesamt für Statistik 14
1.2 Auftrag und Aufbau des Berichts 14
1.3 Aufbau des Berichts 15

2 Working Poor-Konzepte **16**
2.1 Definitorische Probleme 16
2.2 Internationale Diskussion 18
2.3 Schweizerische Diskussion 19
2.3.1 Working Poor im Tieflohn- und Armuts-Diskurs 19
2.3.2 Verhältnis zwischen Tieflohnbezug und Working Poor 20
2.3.3 Beschäftigungsgrad und Haushaltsgrösse 23
2.3.4 Problem des «zumutbaren» Erwerbsumfangs 26
2.4 Zugrundegelegte Definitionen 27

3 Abgrenzung von Armut **31**
3.1 Armutskonzepte: Objektive vs. subjektive Armut 31
3.1.1 Objektive Armut 31
3.1.2 Subjektive Armut 32
3.2 Dimensionen der Armut: Ressourcen- vs. Lebenslagenansatz 32
3.2.1 Ressourcenansatz 33
3.2.2 Lebenslagenansatz 34
3.3 Datenlage für die Messung von Armut in der Schweiz 34
3.4 Vorgehen zur Armutsberechnung nach dem Ressourcenansatz 35
3.4.1 Armutsgrenzen in der Schweiz 35
3.4.2 Verwendete Armutsgrenze nach SKOS 36
3.4.3 Berechnung des Haushaltseinkommens 37
3.4.4 Quantifizierung der Zwangsausgaben 38

4 Die Datenbasis der SAKE **40**
4.1 Allgemeine Charakterisierung 40
4.2 Abgrenzung und Hochrechnung der SAKE 1999 41
4.3 Charakteristiken der Untersuchungspopulation der SAKE 1999 42

Teil 2: Empirische Analysen 44

5 Ausmass der Armut bei Erwerbstätigen 44
5.1 Anzahl an Working Poor und Working Poor-Haushalten 44
5.2 Working Poor-Quoten nach soziodemografischen Gruppen 47
5.3 Working Poor und Working Poor-Haushalte: quantitativer Überblick 49
5.4 Tieflohnbezug und Working Poor 52
5.5 Zusammenfassung 56

6 Charakterisierung der Working Poor 58
6.1 Sozioökonomische Charakteristiken 58
6.1.1 Merkmale der befragten Person 58
6.1.2 Merkmale des Wohnorts 59
6.1.3 Haushaltsstruktur 61
6.2 Arbeitsmarktbezogene Charakteristiken 63
6.2.1 Ausbildung, Branche und Beruf 63
6.2.2 Erwerbssituation 65
6.2.3 Arbeitsbedingungen 66
6.2.4 Besonders gefährdete Gruppen auf dem Arbeitsmarkt 67
6.3 Merkmale ausgewählter soziodemografischer Gruppen 68
6.3.1 Selbständige ohne Angestellte 68
6.3.2 Ausländer/-innen 70
6.3.3 Alleinerziehende 71
6.3.4 Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern 71
6.4 Finanzielle Einschränkungen 72
6.4.1 Grundbedürfnisse 72
6.4.2 Freizeitaktivitäten 73
6.4.3 Soziale Netze, Gesundheit, Weiterbildung 74
6.4.4 Multiple Deprivation 75
6.5 Zusammenfassung 77

7 Analyse der Einflussfaktoren 78
7.1 Allgemeine Überlegungen zum Vorgehen 78
7.2 Darstellung der Regressionsergebnisse 80
7.3 Zusammenfassung 88

8 Analyse der aggregierten und individuellen Entwicklungen 89
8.1 Entwicklung der Working Poor-Quoten 89
8.1.1 Gesamthafte Working Poor-Quote 1992-1999 89
8.1.2 Anstieg 1995-1996: statistische Faktoren 91
8.1.3 Anstieg 1995-1996: ökonomische Faktoren 92
8.1.4 Vergleich mit der Entwicklung des Erwerbsvolumens 94
8.1.5 Working Poor-Quoten nach soziodemografischen Gruppen 1992-1999 95
8.1.6 Veränderung der Arbeitsbedingungen 97

8.2 Analyse der Status-Übergänge 1992 - 1999 100
8.2.1 Deskriptive Analyse der Übergänge 100
8.2.2 Einflussfaktoren für Übergänge 105
8.3 Individuelle Verlaufsmuster über fünf Jahre 107
8.4 Zusammenfassung 109

9 Ausblick auf politischen Handlungsbedarf 111

Anhang: Vertiefung von Einzelfragen 114

10 Anhang A: Methodische Einzelfragen 114
10.1 Die Working Poor-Diskussion im Überblick 114
10.2 Steuersimulation 115
10.2.1 Einbezug der Steuerabzüge 115
10.2.2 Statistik der Steuerbelastung als Grundlage 115
10.2.3 Herleitung der Belastung für weitere Haushaltstypen 116
10.3 Methodisches zur logistischen Regression 120
10.4 Aussagekraft der logistischen Regression 121

11 Anhang B: Abfrage von finanziellen Engpässen in der SAKE 124
11.1 Ausgangslage und Fragestellung 124
11.2 Technische Aspekte 125
11.2.1 Verständlichkeit 125
11.2.2 Akzeptanz 125
11.3 Einschränkung nach Ausgabenkategorien 126
11.4 Zusammenhang mit der Einkommenssituation 127
11.4.1 Nach Ausgabenkategorien 127
11.4.2 Einschränkungsindex 128
11.5 Regressionsanalyse zur Erklärung der Einschränkung 130
11.6 Zusammenfassende Einschätzung 131
11.7 Tabellen zu Anhang B 132

12 Anhang C: Erfahrungen mit den SAKE-Daten 135
12.1 Stichprobengrösse 135
12.2 Problematik fehlender und ungenauer Angaben 135
12.2.1 Lücken bei den Fragen 136
12.2.2 Lücken bei den Antworten 136
12.2.3 Lücken bei der Stichprobe 138

12.3 Besondere Datenprobleme 139
12.3.1 Datenübernahme 139
12.3.2 Abstimmung der Paneldaten 139
12.3.3 Auftretende Schwierigkeiten bei der Armutsberechnung 139
12.3.4 Haushaltseinkommen als kritische Grösse 140

13 Literaturverzeichnis 141

Zusammenfassung

Teil 1: Ausgangslage und Grundlagen

Ausgangslage

Erwerbsarbeit schützt auch in der Schweiz nicht vor Armut. Die Erkenntnis der nationalen Armutsstudie, dass für eine grosse Zahl von Menschen das Einkommen trotz einer vollen Erwerbstätigkeit nicht für die Sicherung der Existenz ausreicht, hat in den letzten Jahren einige Diskussionen ausgelöst. Eine vertiefte empirische Analyse der Gruppe der «Working Poor» fehlte aber bisher. Deshalb liess das Bundesamt für Statistik BFS im Rahmen seines Schwerpunktbereichs Armutsberichterstattung die Working Poor durch das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS näher untersuchen. Dabei konnte von Erkenntnissen der BFS-Tagung «Armutsberichterstattung» (1999) ausgegangen werden, an der das Thema Working Poor breit diskutiert wurde. Ziel der vorliegenden Studie ist es, Grundlagen für den geplanten Aufbau der Armutsberichterstattung anhand der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) zu erarbeiten. Im Vordergrund steht zunächst die definitorische Abgrenzung der Working Poor, dann die Deskription dieser Gruppe, eine Ursachenanalyse und schliesslich eine Beschreibung der Verlaufsmuster.

Definitionen

Working Poor werden als Schnittmenge zwischen Erwerbstätigen und Armen aufgefasst, d.h. als Personen, die mindestens einer Wochenstunde bezahlter Arbeit nachgehen und in einem Haushalt unter der Armutsgrenze leben. Aus Datengründen werden für die empirischen Berechnungen immer nur Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren einbezogen.

Vollzeit-Working Poor sind Erwerbstätige, die in einem armen Haushalt leben, dessen Mitglieder gesamthaft mindesten 36 Wochenstunden erwerbstätig sind («Vollzeit-Haushalt»). **Teilzeit-Working Poor** sind Erwerbstätige, die in einem armen Haushalt leben, dessen Mitglieder gesamthaft weniger als 36 Wochenstunden erwerbstätig sind («Teilzeit-Haushalt»).

Diese Definition unterscheidet Working Poor klar vom **Tieflohnbezug**, bei welchem das individuelle Erwerbseinkommen unter einer bestimmten Grenze liegt.

Armutsbestimmung

Als **Armutsgrenze** wird vom Existenzminimum der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ausgegangen. Zusätzlich zum Grundbedarf I und II nach SKOS wird ein durchschnittlicher Betrag für Miete und für die obligatorische Krankenkassen-Grundversicherung zur Berechnung der Armutsgrenze addiert. Bezogen auf den Durchschnitt des verfügbaren Einkommens macht diese Armutsgrenze rund 50 Prozent aus, bezogen auf den Median des verfügbaren Einkommens rund 60 Prozent. Damit liegt diese Armutsgrenze in den international üblichen Grössenordnungen.

Fällt das angegebene Netto-Haushaltseinkommen einer befragten Person nach Abzug von Steuern unter die berechnete Armutsgrenze, gilt die Person als arm. Beim Haushaltseinkommen wird auf die Angaben der Befragten abgestellt, welche in der SAKE nach dem gesamten Einkommen, inklusive Einkommen aus Sozialtransfers gefragt werden. Ungewiss bleibt, ob die Befragten die Leistungen der kantonalen Prämienverbilligung bei der Krankenversicherung in das Einkommen einrechnen. Soweit dies nicht getan wird, liegt die ausgewiesene Armut etwas über der effektiven Armut nach Einrechnen von Transfers («Nach-Transfer-Armut»).

Datenbasis der SAKE

Die SAKE ist eine vom Bundesamt für Statistik jährlich vorgenommene Haushaltsbefragung. Dabei erfasst die SAKE detaillierte Angaben, insbesondere zum Arbeitsmarktverhalten der befragten Person («Zielperson»), sowie eine sozioökonomische Kurzcharakterisierung der übrigen Personen im Haushalt.

Die Berechnungen der vorliegenden Untersuchung stützen sich primär auf die letzt verfügbare Erhebung von 1999, welche auswertbare Datensätze von rund 7'400 Befragten umfasst. Für verschiedene Aus-

wertungen über die Entwicklung des Working Poor-Phänomens wurden die SAKE-Ergebnisse der Jahre 1991 bis 1999 einbezogen. Für diesen Zeitraum stehen gesamthaft rund 43'000 auswertbare Datensätze von Befragten zur Verfügung.

Teil 2: Empirische Analysen

Ausmass der Working Poor

Für das Jahr 1999 errechnet sich eine **Working Poor-Quote von 7.5 Prozent**. Für Vollzeit-Working Poor macht die Quote 6.0 Prozent, für Teilzeit-Working Poor 29.0 Prozent aus (bei den Vollzeit-Working Poor berechnet sich die Quote im Vergleich zu allen Erwerbstätigen in Haushalten mit mindestens 36 Wochenstunden Erwerbsumfang, bei den Teilzeit-Working Poor im Vergleich zu allen Erwerbstätigen in Haushalten mit weniger als 36 Wochenstunden Erwerbsumfang).

Working Poor in der Schweiz 1999

	Gesamt	Vollzeit-Haushalte	Teilzeit-Haushalte
Personen in 1000			
Erwerbstätige	3`325	3`104	221
Working Poor	250	186	64
WP-Quote	7.5%	6.0%	29.0%

Bezogen auf Personen im Alter von 20-59

Damit zählen gesamthaft rund **250'000 Erwerbstätige** zwischen 20 und 59 Jahren zu den Working Poor. Davon sind knapp 190'000 Vollzeit-Working Poor und gut 60'000 Teilzeit-Working Poor.

Die Working Poor leben in rund **170'000 Haushalten**. Diese «Working Poor-Haushalte» umfassen gesamthaft gut **530'000 Haushaltsmitglieder**. Neben den 250'000 Working Poor sind dies gut 50'000 nicht erwerbstätige Erwachsene und 230'000 Kinder.

Working Poor-Haushalte in der Schweiz 1999

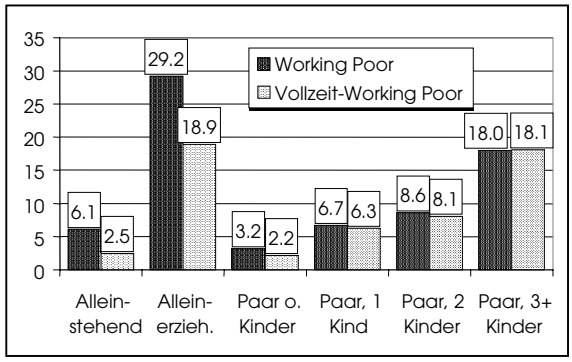
	Gesamt	Vollzeit	Teilzeit
Haushalte	169`000	113`000	56`000
Haushaltsmitglider	535`000	414`000	121`000
Working Poor	250`000	186`000	64`000
Nicht Erwerbstätge	53`000	40`000	13`000
Kinder	232`000	188`000	44`000

Diese Angaben beziehen sich auf die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz. Nicht einbezogen sind dabei Asylbewerber/-innen, Saisonniers/ Saisonnières und Grenzgänger/-innen, welche in der SAKE nicht befragt werden.

Merkmale der Working Poor

Grosse Unterschiede in der Working Poor-Betroffenheit zeigen sich nach **soziodemografischen Merkmalen**. Besonders hoch ist die Quote der Working Poor bei Frauen und Personen ausländischer Nationalität. Von den Haushaltstypen sind Alleinerziehende und Paare mit drei und mehr Kindern stark überdurchschnittlich Working Poor-gefährdet. Bei den Alleinerziehenden handelt es sich dabei nur zum Teil, bei den kinderreichen Paarhaushalten hingegen fast ausschliesslich um «Vollzeit-Haushalte».

Working Poor-Quoten nach Haushaltstypen in der Schweiz 1999 (in %)



Von sehr grosser Bedeutung ist das **Ausbildungsniveau**. Rund ein Drittel der Working Poor (aber nur ein Neuntel aller Erwerbstätigen) verfügen über keine nachobligatorische Ausbildung. Je höher das Ausbildungsniveau, desto geringer wird das Working Poor-Risiko. Einen wichtigen Einfluss haben die **Gegebenheiten des Arbeitsmarktes**. Überdurchschnittlich oft Working Poor sind zum einen Selbständige, zum anderen Erwerbstätige in Tieflohn-Bereichen (Landwirtschaft, Gastgewerbe, Verkauf, Privathaushalte). Schliesslich gehören Teilzeiterwerbstätige und Personen, die ausserhalb der «normalen» Arbeitszeiten (abends, nachts und am Wochenende) arbeiten, ebenfalls vermehrt zu den Working Poor.

Einschränkungen

Wie stark fühlen sich Working Poor durch ihre Armut eingeschränkt? Die SAKE fragt auch nach dieser subjektiven Einschätzung und vermittelt dadurch eine Vorstellung, was es bedeutet, als Working Poor zu leben. Die Working Poor decken sich in ihren Einschätzungen weitestgehend mit den Erwerbslosen (die zu einem guten Teil auch arm sind). Gegenüber den nicht armen Erwerbstätigen müssen sich die Working Poor bei allen Ausgabenposten sehr viel stärker einschränken. Bedenklich stimmen die Einschränkungen vor allem im Bereich der Gesundheits- und Weiterbildungsausgaben.

Tieflohn und Working Poor

Tieflohn und Working Poor überschneiden sich nur teilweise. Wenn die Tieflohngrenze auf 35'000 Franken netto jährlich (oder knapp 3000 Franken monatlich) festgelegt wird, so liegt der **Anteil der Tieflohnbezüger/-innen** an den Working Poor bei **67 Prozent**. Wenn nur Vollzeiterwerbstätige einbezogen werden, sinkt der Anteil der Tieflohnbezüger/-innen an den Working Poor auf 45 Prozent.

Mit einer Festlegung eines Mindestlohns auf 35'000 Franken (für eine Vollzeitstelle) könnte die Working Poor-Quote um einen guten Prozentpunkt gesenkt werden. Dass die Wirkung nicht stärker ausfällt, liegt im Umstand begründet, dass ein tiefer Lohn nur einen Faktor unter anderen darstellt. Einen massgebenden Einfluss haben zudem das Vorhandensein weiterer Einkommensquellen (unter anderem auch ein allfälliges Partnereinkommen) sowie die Anzahl an Kindern im Haushalt.

Einflussfaktoren

Wie die verschiedenen Einflussfaktoren zusammen wirken, wird mittels einer logistischen Regression für die gepoolten Daten der SAKE 1991 bis 1999 analysiert. Dabei lassen sich folgende wichtigsten Feststellungen treffen:

■ Verschiedene Faktoren, die in der deskriptiven Auswertung von Bedeutung sind, verlieren ihren Einfluss, wenn bei der logistischen Regression die übrigen Faktoren kontrolliert werden. Dabei handelt es sich insbesondere um den Zivilstand und den Gemeindetyp, deren Einfluss sich somit auf unterschiedliche Strukturen bezüglich Haushaltstypen und Arbeitsmarktgegebenheiten zurückführen lassen.

■ Die Gefahr, Working Poor zu sein, steigt mit zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder, abnehmendem Erwerbsumfang des Haushaltes und abnehmendem zu realisierendem Lohnsatz an.

■ Der zu realisierende Lohnsatz wird nicht direkt in die Gleichung eingeführt, sondern durch eine Vielzahl von weiteren Faktoren repräsentiert. Von Bedeutung sind dabei das Geschlecht, die Nationalität, Ausbildung und Berufserfahrung, Beruf/Branche und Merkmale des Arbeitsplatzes. Für den Kampf gegen Armut bedeutsam ist dabei insbesondere, dass die Working Poor-Gefährdung mit ansteigendem **Ausbildungsniveau** unabhängig von den anderen sozioökonomischen Ausprägungen deutlich zurückgeht.

■ Arbeitsmarktpolitisch von besonderem Interesse sind die Merkmale des Arbeitsplatzes. Wir haben dabei drei Variablen eingeführt, welche tendenziell auf **prekarisierte Arbeitsplätze** hinweisen: Teilzeiterwerb, nicht dauerhafte Arbeitsstellen und flexibilisierte Arbeitszeiten. Diesen Faktoren kommt eine grosse Bedeutung bei der Erklärung von Working Poor zu. Besonders hoch ist die Working Poor-Gefahr, wenn eine Stelle sowohl teilzeitig, als auch nicht dauerhaft und arbeitszeitmässig flexibilisiert ist (wie dies typischerweise bei Arbeit auf Abruf der Fall ist).

■ Stark überdurchschnittlich Working Poor-gefährdet sind **Solo-Selbständige** (Selbständige ohne Angestellte), welche unter anderem «neue Selbständige» in prekären Erwerbsverhältnissen umfassen.

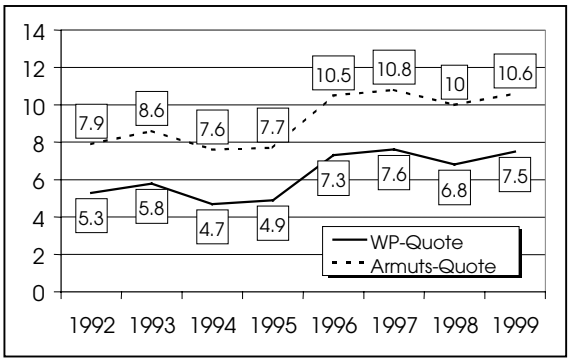
■ Wenn die Merkmale des Arbeitsplatzes miteinbezogen werden, verlieren die Variablen für Berufe/Branchen ihre Erklärungskraft weitgehend. Stark überdurchschnittlich Working Poor-gefährdet bleiben Erwerbstätige in der Landwirtschaft sowie Frauen im Detailhandel und Gastgewerbe.

Entwicklung in den 1990er Jahren

Obschon es die Working Poor bereits vor den 1990er Jahren gab, ist ihre Zahl in den letzten zehn Jahren doch deutlich gestiegen. Von 1992 bis 1999 hat sich die Working Poor-Quote parallel zur generellen Armutsquote der Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren erhöht. In absoluten Zahlen stieg die Zahl der Working Poor zwischen 1992 und 1999 von 170'000 auf 250'000 an.

Die Zahl aller Armen im Alter von 20 bis 59 Jahren erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 310`000 auf 430`000. Die Zunahme um 120'000 Arme geht also zu zwei Dritteln auf die Ausbreitung der Armut unter den Erwerbstätigen zurück.

Entwicklung Working Poor-Quote und Armutsquote 1992-1999 (in %)

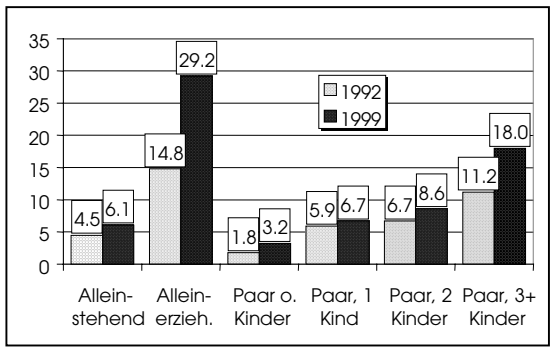


Dass die Working Poor-Quote zwischen 1995 und 1996 anstieg, ist primär auf Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Zwischen 1995 und 1996 stieg der Anteil von **Solo-Selbständigen** und von **nicht dauerhaften Arbeitsverträgen** an allen Erwerbstätigen und speziell an den Working Poor markant an. Umfassten die beiden Gruppen 1995 etwa 20% der Working Poor, so lag ihr Anteil 1996 bei rund 32%. Diese Veränderungen bewirkten eine Erhöhung der Working Poor-Quote von knapp einem Prozentpunkt. Zur Erhöhung der Working Poor-Quote beigetragen hat zudem die **allgemeine Lohnentwicklung**. Die SAKE-Daten zeigen zwischen 1995 und 1996 in der Lohnentwicklung einen markanten Bruch. Gesamtwirtschaftlich stieg der mittlere Lohn (Medianlohn) von 1991 bis 1995 real noch um gut 6% an. 1996 ging er um 2% zurück und blieb danach mehr oder weniger konstant.

Allerdings ist anzumerken, dass die Quoten für die Jahre ab 1996 insoweit zu hoch ausgewiesen werden, als die Daten der SAKE der 1996 eingeführten individuellen Verbilligung der Krankenkassenprämien durch die Kantone nur ungenügend Rechnung tragen. Die Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes 1996 hat gesamthaft einen armutsvermindernden Effekt ausgeübt.

Die im Lauf der 1990er Jahre stärker werdende Bedeutung des Working Poor-Phänomens wird durch den Umstand unterstrichen, dass der durchschnittliche Erwerbsumfang in Paarhaushalten von 1992 bis 1999 um 11 Prozent, in den einkommensschwächeren Paarhaushalten sogar um 20 Prozent zugenommen hat. Ohne die **ausgeweitete Erwerbsarbeit** wäre der Anstieg der Working Poor-Quote noch erheblich stärker ausgefallen.

Quoten nach Haushaltstypen in der Schweiz 1992-1999 (in %)



Besonders ausgeprägt zugenommen hat die Working Poor-Betroffenheit bei den beiden Haushaltstypen, die schon 1992 die höchsten Working Poor-Quoten aufwiesen: die Alleinerziehenden und die Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern.

Analyse der Übergänge

Die Analyse der Übergänge zwischen unterschiedlichen Zuständen zeigt, dass Personen, die im Vorjahr Vollzeit-Working Poor waren (gesamt 3.5% der beobachteten Statusübergänge), im Folgejahr zu knapp der Hälfte (1.5%) weiterhin Vollzeit-Working Poor, zu gut der Hälfte nicht mehr arm (1.8%) und zu einem kleinen Teil zu den übrigen Armen (0.2%) gewechselt sind. In 1.5 Prozent aller beobachteten Übergänge wechseln nicht Arme und in 0.3 Prozent aller Fälle wechseln übrige Arme in den Zustand von Vollzeit-Working Poor.

Häufigkeiten an Statusübergängen (alle Übergänge gleich 100%) in Periode 1992-99

		Status Jahr t		
		VZ-WP	Übr. arm	Nicht arm
Status Jahr t-1	VZ-WP	1.5%	0.2%	1.8%
	Übr. arm	0.3%	1.2%	1.3%
	Nicht arm	1.5%	1.2%	91.0%

Die Wahrscheinlichkeit, Vollzeit-Working Poor zu sein, ist also sehr unterschiedlich, je nachdem, ob eine Person schon im Vorjahr Vollzeit-Working Poor war oder nicht. Zählte die Person schon im Vorjahr zu den Vollzeit-Working Poor, beträgt die Wahrscheinlichkeit 43 Prozent, war sie sonst arm 11 Prozent, war sie nicht arm knapp 2 Prozent.

Diese **Statusabhängigkeit** wird durch eine logistische Regression bestätigt. Der Status im Vorjahr trägt mehr als jeder andere Erklärungsfaktor zur Erklärung des Status im laufenden Jahre bei. Für eine alleinstehende Person ohne nachobligatorische Ausbildung beträgt die Gefahr, im laufenden Jahr Working Poor zu werden, rund 1 Prozent, wenn sie im Vorjahr nicht Working Poor war. Falls sie im Vorjahr zu den Working Poor zählte, steigt die Gefahr auf 52 Prozent.

Dies bedeutet aber nicht, dass ein Herauskommen aus dem Zustand von Working Poor nicht mehr möglich sei. Lange Perioden von Working Poor sind trotz der Statusabhängigkeit ziemlich selten und es kann eine erstaunliche **Mobilität** zwischen den Gruppen von Vollzeit-Working Poor, übrigen Armen und nicht Armen beobachtet werden. Weil die Gruppe der Nicht-Armen mit rund 94 Prozent den bei weitem grössten Anteil an der gesamten Population ausmacht, stellen die Personen, die im Vorjahr nicht arm waren, mehr als die Hälfte aller Vollzeit-Working Poor eines Jahres, obwohl ihre Wahrscheinlichkeit, Vollzeit-Working Poor zu werden, bei weniger als 2 Prozent liegt. In der Folge wechseln sich Armuts- und Nicht-Armutszustände trotz der Statusabhängigkeit typischerweise wiederholt ab. Dies führt auch dazu, dass ein erstaunlich grosser Teil der Bevölkerung **vorübergehend mit Armut konfrontiert** ist. Bei den 20-59-Jährigen war innerhalb der letzten 5 Jahre fast ein Fünftel in mindestens einem Jahr arm.

Typische Verlaufsmuster

Für 673 SAKE-Befragte liegen während fünf aufeinanderfolgenden Jahren auswertbare Angaben vor. Diese kleine Stichprobe lässt keine eindeutigen Entwicklungstendenzen – z.B. von Armut zu Nicht-Armut oder umgekehrt – erkennen: Es kommen alle möglichen Verläufe von Armut zu Nicht-Armut, von Nicht-Armut zu Armut oder von mehrfachen Wechseln zwischen den beiden Zuständen vor. Die Befragten mit mindestens einer Working Poor-Periode sind mehrheitlich zwischen 20 und 39 Jahre alt. Die meisten lebten in den fünf Jahren mindestens in einem Jahr in einem Haushalt mit Kindern.

Ausblick auf Handlungsbedarf

Das Phänomen von Working Poor kann nicht monokausal erklärt werden. Vielmehr bestimmt ein komplexes Zusammenspiel von arbeitsmarktlichen und sozialpolitischen Faktoren sowie der familiären Situation und der Entwicklung der Lebenskosten, ob jemand trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutsgrenze lebt oder nicht.

Das politische Handeln zur Verbesserung der Situation von Working Poor muss deshalb sinnvollerweise an unterschiedlichen Orten gleichzeitig ansetzen.

- Mit Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt kann Tieflöhnen und prekarisierten Arbeitsbedingungen begegnet werden. Die Palette ist dabei sehr breit. Sie geht von indirekten Beeinflussungen, z.B. Weiterbildungsoffensiven, bis zu direkten Eingriffen wie Mindestlöhnen. Durch einen Mindestlohn könnte die Armutssituation insbesondere für Haushalte ohne Kinder verbessert werden. Bei Haushalten mit Kindern hingegen lässt sich die Existenz der Working Poor im allgemeinen nicht alleine mittels Mindestlohn sichern.

- Zur Absicherung von Familien, bei denen insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Familien Working Poor-gefährdet sind, ist wiederum eine breite Palette von Massnahmen möglich. Einerseits kann die verstärkte Erwerbsintegration der Eltern, insbesondere durch einen Ausbau der Infrastruktur an familienbegleitender Kinderbetreuung, erleichtert werden. Andererseits können die mit Kindern verbundenen Kosten verstärkt durch die Gesellschaft übernommen werden, sei es durch eine erhöhte und vom Lohn abgelöste Kinderzulage, sei es durch Bedarfsleistungen für einkommensschwache Familien.

- Mit einer Vielzahl von einzelnen Massnahmen können schliesslich einzelne Bereiche der Belastung angegangen werden. Zu denken ist insbesondere an die Steuerbefreiung des Existenzminimums und die Weiterentwicklung der einkommensabhängigen KV-Prämienverbilligung.

Anhang: Einzelfragen

Im Anhang werden verschiedene Einzelfragen vertieft.

- Es werden methodische Überlegungen zur Simulation von Steuerbelastungen und zu den vorgenommenen Regressionsanalysen vorgenommen.
- Die in der SAKE 1999 neu gestellte Frage zur Einschätzung der Einschränkung aus finanziellen Gründen wird evaluiert.
- Die Erfahrungen mit den Daten der SAKE werden auf die Frage hin ausgewertet, welche Aspekte bei einer kontinuierlichen Verwendung der SAKE zur Beobachtung des Working Poor-Phänomens zu beachten sind.

Teil 1: Ausgangslage und Grundlagen

1 Ausgangslage und Überblick

1.1 Aufbau einer Armutsberichterstattung durch das Bundesamt für Statistik

Die Beiträge zum Tagungsband «Armutsberichterstattung» des Bundesamtes für Statistik (BFS 1999) haben deutlich gemacht, dass ein grosser Handlungsbedarf zur Verbesserung der Informationslage besonders im Bereich der Armut besteht. Aufbauend auf den Diskussionen dieser Tagung sind mittlerweile erste Schritte zur Realisierung einer periodischen Armutsberichterstattung unternommen worden. Als Leitfaden dienen dabei die vom BFS formulierten Ziele, Aufgaben und Elemente einer Armutsberichterstattung (Priester 1999). Der dort skizzierte Weg zu einer Armutsberichterstattung für die Schweiz zeigt auf, dass dem Informationsbedarf über Risikogruppen und deren Problemlage mittelfristig mit einer systematischen Nutzung von bestehenden Datenquellen begegnet werden kann. Die Resultate und Erfahrungen der gegenwärtigen Aufbauarbeiten können dann als Bausteine für den langfristigen Ausbau der Datenbasis und für eine kontinuierliche Berichterstattung eingesetzt werden. Ein erster wesentlicher Baustein ist die vorliegende Studie zu einer ausgewählten Risikogruppe. Im Auftrag des BFS hat das Büro BASS Grundlagen zu Konzepten, Ausmass und Problemlage des Phänomens der Working Poor anhand der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) erarbeitet.

1.2 Auftrag und Aufbau des Berichts

Im Rahmen des BFS-Auftrags hat das Büro BASS folgende Fragen bearbeitetet[1]:

- Welche Working Poor-Konzepte werden national und international diskutiert und angewendet?
- Wie können Working Poor nach soziodemografischen Merkmalen anhand der SAKE 1999 beschrieben werden?
- Welche Ursachen und Erklärungsfaktoren können für den Eintritt in den Working Poor-Zustand festgestellt werden?
- Wie sieht die Ein- und Austrittswahrscheinlichkeit in und aus dem Working Poor-Zustand aus?
- Wie sieht die Entwicklung von Working Poor in den 1990er Jahren aus?
- Kristallisieren sich typische Verlaufsmuster heraus?

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse der Untersuchung ausführlich dar. Eine an ein breiteres Publikum gerichtete Kurzfassung wurde im Frühjahr 2001 in der Reihe info:social publiziert (Streuli & Bauer 2001).

[1] Die Projektarbeiten wurden von Seiten der Sektion Soziale Sicherheit des BFS durch Robert Fluder und Tom Priester begleitet. Für ihre konstruktive Zusammenarbeit und die vielfältigen Anregungen und Feedbacks danken wir ihnen herzlich. Unser Dank geht zudem an Michel Kolly von der Sektion Erwerbsleben und Arbeitsmarkt des BFS für seine hilfsbereite Unterstützung bei der Aufarbeitung der SAKE-Daten.

1.3 Aufbau des Berichts

Der Bericht diskutiert in einem ersten Teil, der neben dem vorliegenden Kapitel 1 die Kapitel 2 bis 4 umfasst, die methodischen und datenmässigen Grundlagen einer Auswertung zur Problemgruppe der Working Poor anhand der SAKE-Daten.

■ In **Kapitel 2** diskutieren wir verschiedene Working Poor-Konzepte. Dabei stützen wir uns auf allgemeine Überlegungen zu den definitorischen Problemen und den in der internationalen und nationalen Diskussion vertretenen Konzeptionen. In der Folge erarbeiten wir die der weiteren Analyse zugrundegelegte Definition.
■ **Kapitel 3** gibt einen Überblick über verschiedene Armutskonzepte. Dabei stützen wir uns vor allem auf die schweizerische Armutsstudie (Leu, Burri & Priester 1997), welche die Diskussion in der Schweiz massgeblich bestimmt. Zudem werden die Zwangsausgaben und die subjektive Einschätzung zu finanziellen Einschränkungen im Hinblick auf eine Abgrenzung von Working Poor diskutiert.
■ In **Kapitel 4** beschreiben wir die SAKE und das Vorgehen zur Ermittlung der Untersuchungspopulation. Dabei diskutieren wir auch die Problematik von fehlenden Angaben.

Im zweiten Teil nehmen wir die empirischen Analysen vor, wobei wir uns in erster Linie auf die Daten der SAKE 1999, zum Teil aber auch auf die gesamten SAKE-Daten der Jahre 1991 bis 1999 stützen.

■ In **Kapitel 5** erfolgt die Identifizierung der Working Poor (Ermittlung der Anzahl an Working Poor und an Working Poor-Haushalten, Differenzierung nach soziodemografischen Gruppen, Diskussion des Verhältnisses von Tieflohnbezug und Working Poor) anhand der Daten der SAKE 1999.
■ Wie die Working Poor nach verschiedenen soziodemografischen, bildungs- und arbeitsmarktlichen Merkmalen charakterisiert werden können, bildet den Inhalt von **Kapitel 6**. Diese Deskription wird anhand der SAKE 1999 für die Gesamtzahl der Working Poor sowie für Working Poor in Haushalten mit einem gesamten Erwerbsvolumen von mindestens 36 Wochenstunden («Vollzeit-Working Poor») und die Working Poor in Haushalten mit einem Erwerbsvolumen von weniger als 36 Wochenstunden («Teilzeit-Working Poor») vorgenommen.
■ In **Kapitel 7** wird eine logistische Regression vorgenommen, um den Zustand von Working Poor durch den gleichzeitigen Einbezug der verschiedenen Einflussfaktoren zu erklären. Dabei stützen wir uns auf die gesamten SAKE-Daten der Jahre 1991 bis 1999.
■ Die Entwicklung des Working Poor-Phänomens im Zeitablauf bildet den Inhalt von **Kapitel 8**. Wir diskutieren dabei zum einen die Entwicklung von aggregierten Kennzahlen in den Jahren von 1991 bis 1999. Zum andern analysieren wir die im selben Zeitraum zu beobachtenden Statusübergänge (in den Zustand von Working Poor und aus diesem Zustand heraus). Schliesslich betrachten wir die individuellen Verlaufsmuster derjenigen Personen, die während fünf Jahren ununterbrochen an der SAKE-Befragung teilgenommen haben.
■ **Kapitel 9** dient dem Ausblick auf den politischen Handlungsbedarf.

Im Anhang werden verschieden Einzelfragen vertieft dargestellt.

■ **Anhang A** enthält die Berechnungen zur Steuersimulation, das methodische Vorgehen zur logistischen Regression sowie einen zusammenfassenden Überblick über die wichtigsten Konzepte der Working Poor-Diskussion.
■ **Anhang B** umfasst die Analyse der 1999 erstmals gestellten SAKE-Frage nach Einschränkungen aus finanziellen Gründen.
■ In **Anhang C** werden die eigenen Erfahrungen mit der SAKE im Verlauf dieser Studie diskutiert.

2 Working Poor-Konzepte

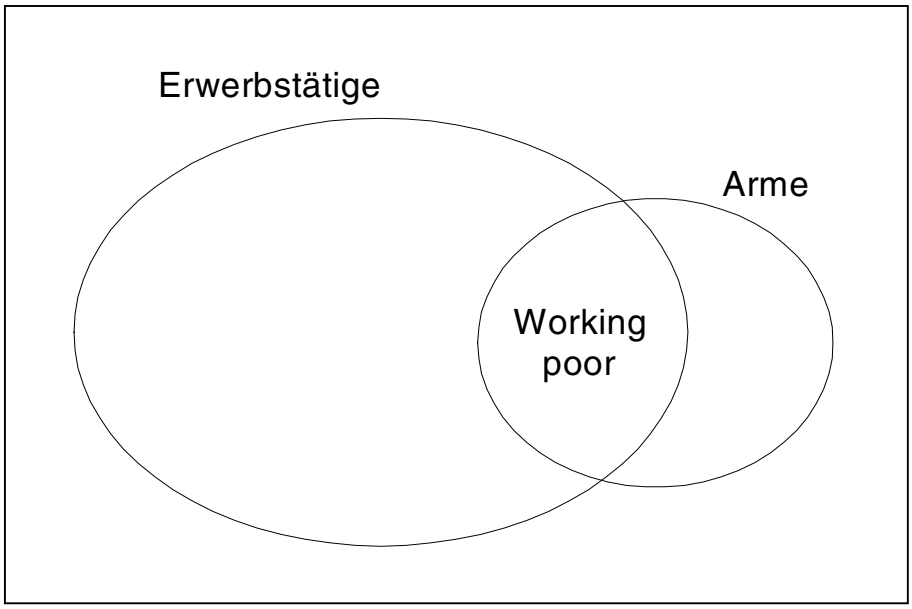
In den 1990er Jahren entstanden verschiedene Publikationen zum Phänomen der Working Poor, alle mit dem Ziel, die Armut von Erwerbstätigen oder von Haushalten mit Erwerbstätigen zu quantifizieren. Trotzdem hat sich bisher keine einheitliche Definition von Working Poor durchgesetzt. Die Vorschläge verstehen sich zum Teil explizit als Diskussionsbeitrag (Liechti & Knöpfel 1998). Wenngleich für internationale Vergleiche von Working Poor eine einheitliche Definition wünschenswert wäre, wirft jeder einzelne Diskussionsbeitrag mit unterschiedlichen Definitionen auch unterschiedliche Fragestellungen auf, welche für die sozialpolitische Diskussion fruchtbar sind. Jeder Definition liegt ein eigenes gesellschaftliches Leitbild zugrunde, welches es kritisch zu betrachten gilt – dies gilt selbstredend auch für unsere eigenen, in dieser Untersuchung ausgearbeiteten Vorschläge.

In Abschnitt 2.1 gehen wir auf die grundsätzlichen definitorischen Probleme ein. Die internationale Diskussion um Working Poor-Konzepte skizzieren wir in Abschnitt 2.2, die schweizerische Diskussion in Abschnitt 2.3.[2] In Abschnitt 2.4 stellen wir die für die vorliegende Untersuchung zugrundegelegte Definition dar.

2.1 Definitorische Probleme

Working Poor sind Personen, die einerseits **erwerbstätig** (working) und andererseits **arm** (poor) sind. Wie **Abbildung 1** zeigt, stellen die Working Poor somit die Schnittmenge aus den Erwerbstätigen und den Armen dar.

Abbildung 1: Working Poor als Schnittmenge von Erwerbstätigen und Armen



Eigene Darstellung

[2] In Anhang A (Tabelle 46) sind die verschiedenen in der internationalen und schweizerischen diskussion verwendeten Working Poor-Konzepte im Überblick dargestellt.

Um die relative Bedeutung des Phänomens der Working Poor zu erfassen, können zwei Arten von Verhältnissen gebildet werden, für welche sich die folgenden Bezeichnungen eingebürgert haben (vgl. Liechti & Knöpfel 1998, 31):

■ Die **Working Poor-Quote** stellt den Quotienten der Zahl der Working Poor dividiert durch die Zahl der Erwerbstätigen dar.
■ Der **Working Poor-Anteil** stellt den Quotienten der Zahl der Working Poor durch die Zahl der Armen (im Erwerbsalter) dar.

Der Working Poor-Anteil ist typischerweise viel höher als die Working Poor-Quote. Gestützt auf eine Sonderauswertung aus der schweizerischen Armutsstudie für das Jahr 1992 beziffern Liechti & Knöpfel (1998, 30) den Anteil der Working Poor an den Armen im Erwerbsalter auf 69 Prozent. Die Quote der Working Poor an den Personen im Erwerbsalter beträgt demgegenüber 4.7 Prozent.[3] Aus diesen Angaben lässt sich schliessen, dass die Armutsquote (Arme im Erwerbsalter zu allen Personen im Erwerbsalter) gesamthaft 6.8 Prozent beträgt: 4.7 Prozent entsprechen 69 Prozent der Armen; 6.8 Prozent entsprechen 100 Prozent der Armen (Liechti & Knöpfel 1998, 29f.).

Bei allen Working Poor-Definitionen ist zudem ein Bezug zum Haushalt (Haushaltsgrösse, Haushaltseinkommen, Beschäftigungsgrad im Haushalt o.ä.) vorhanden. Die Frage, ob einzelne Personen zu den Working Poor zählen, entscheidet sich daran, ob der Haushalt, in dem sie leben, arm ist. Die Working Poor unterscheiden sich somit vom Tieflohnbezug. Eine Person hat einen Tieflohn, wenn ihr individueller Lohn unter einer absolut oder relativ festgelegten Tieflohngrenze liegt.

Aufgrund der drei Definitionselemente Erwerbstätigkeit, Armut und Haushaltsbezug ergibt sich eine Vielzahl von möglichen Definitionen, die wir nachfolgend knapp skizzieren.

Abgrenzung der Zähleinheiten

Die potentiellen und effektiven Working Poor können unterschiedlich breit abgegrenzt werden. Damit eine sinnvolle Working Poor-Quote gebildet werden kann, ist es entscheidend, dass die Erwerbstätigen und die Working Poor nach den gleichen Kriterien abgegrenzt werden. Gebräuchlich sind insbesondere folgende drei Abgrenzungen:

■ Working Poor als erwerbstätige Personen im Erwerbsalter, die in einem armen Haushalt leben. Die Working Poor-Quote ergibt sich aus dem Verhältnis zur Gesamtheit der *erwerbstätigen Personen* im Erwerbsalter.
■ Working Poor als erwerbstätige und nichterwerbstätige Personen im Erwerbsalter, die in einem armen «erwerbstätigen» Haushalt leben. Als «erwerbstätiger» Haushalt gilt dabei ein Haushalt mit mindestens einem erwerbstätigen Mitglied. Die Working Poor-Quote ergibt sich aus dem Verhältnis zur gesamten Bevölkerung im Erwerbsalter, die in einem «erwerbstätigen» Haushalt leben.

---

[3] Die Abgrenzungen von Working Poor und Erwerbstätigen richten sich dabei an der schweizerischen Armutsstudie (Leu, Burri & Priester 1997; vgl. auch Abschnitt 2.3) aus. Zu beachten ist, dass Liechti & Knöpfel die Working Poor als Anzahl der Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter (d.h. den Erwerbstätigen und den Nichterwerbstätigen) in armen Haushalten mit mindestens einer erwerbstätigen Person bezeichnen. Die Working Poor-Quote misst den Anteil der Working Poor an allen Erwachsenen im Erwerbsalter. Da sowohl im Zähler wie auch im Nenner alle Personen im Erwerbsalter berücksichtigt werden, fällt die Quote ähnlich hoch aus, wie wenn Zähler und Nenner auf die Erwerbstätigen beschränkt würden. In den meisten anderen Studien werden Working Poor auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogen.

■ Working Poor als «erwerbstätige» Haushalte unter der Armutsgrenze. Die Working Poor-Quote ergibt sich aus dem Verhältnis zu allen Haushalten mit mindestens einem erwerbstätigen Mitglied. Teilweise wird dieses Konzept auch auf alle Mitglieder (inklusive Kinder) von erwerbstätigen Haushalten angewandt.

Wir werden in der vorliegenden Studie die erste Abgrenzung verwenden und Working Poor als Teilmenge der Erwerbstätigen definieren.

Abgrenzung von Erwerbstätigkeit

Ob die erwerbslosen Personen auf Stellensuche bei den Erwerbstätigen mitgezählt werden oder nicht, kann unterschiedlich gehandhabt werden. Für die erwerbstätigen Personen wie die erwerbstätigen Haushalte wird oftmals ein Mindestumfang der Erwerbstätigkeit postuliert. Wenn die Person oder der Haushalt in geringerem Ausmass erwerbstätig sind, zählen sie nicht zu den potentiellen Working Poor. Folgende Möglichkeiten finden Anwendung:

■ Die Person ist vollzeitlich oder zu einem vorgegebenen minimalen teilzeitlichen Grad erwerbstätig.
■ Mindestens ein Mitglied im Haushalt ist vollzeitlich oder zu einem vorgegebenen minimalen teilzeitlichen Grad erwerbstätig.
■ Alle Mitglieder des Haushalts zusammen sind zu mindestens einem vorgegebenen Grad erwerbstätig.

In der vorliegenden Untersuchung werden wir alle Personen, die mindestens eine Stunde pro Woche erwerbstätig sind, als Erwerbstätige ansehen, die potentiell Working Poor sein können.

Abgrenzung von Armut

Um zu beurteilen, ob ein Haushalt oder eine Person «arm» ist, wird die Referenzgrösse eines festgelegten Bedarfs benötigt. Dieser Bedarf kann absolut oder relativ, individuell oder haushaltsbezogen festgesetzt werden. Folgende mögliche Armutsgrenzen werden verwendet:

■ Armutsgrenze des gesamten Haushalts, definiert als absolute Grenze (z.B. Grenze für Sozialhilfeanspruch).
■ Armutsgrenze des gesamten Haushalts, definiert als relative Grenze (z.B. Hälfte des Medianeinkommens).
■ Armutsgrenze der Erwerbsperson, definiert als relative Grenze bezüglich aller Erwerbseinkommen (z.B. die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Medianlohns).

Für die nachfolgenden Analysen werden wir die erste Abgrenzung verwenden.

2.2 Internationale Diskussion

Die meisten Publikationen zum Thema Working Poor stammen aus den USA, wo die Problematik der tiefen Löhne und der armen Haushalte besonders virulent ist. Das Bureau of Labour Statistics (BLS) definiert Working Poor als «Individuen, die (während eines Jahres, E.S.) mindestens 27 Wochen mit Erwerbstätigkeit verbrachten (indem sie arbeiteten oder Arbeit suchten), aber deren Einkommen unter die offizielle Armutsgrenze fiel.» (BLS 1997, 1; eigene Übersetzung). In dieser Definition sind somit auch registrierte Erwerbslose eingeschlossen. Dies ist eine wesentliche konzeptionelle Unterscheidung von andern Definitionen, die gerade in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit zu anderen Ergebnissen führt.

Eine andere US-Studie (Wertheimer 1999) wendet die Working Poor-Konzeption auf Haushalte mit Kindern unter 6 Jahren an und differenziert bezüglich des notwendigen Erwerbsumfangs nach Ein- und Zweieltern-Familien. Eineltern-Familien gelten bei mindestens 20 Wochenstunden Erwerbsarbeit als erwerbstätig und somit potentiell Working Poor, Zweieltern-Familien bei mindestens 35 Wochenstunden. Bezüglich der Armutsgrenze orientieren sich beide US-Publikationen am offiziellen «US-poverty-threshold», einer absoluten Grenze.

In einer französischen Studie (Hourriez 1999) ist der arme Haushalt eine Working Poor-Einheit, sofern mindestens eine Person vollzeitlich erwerbstätig ist. Die Armutsgrenze ist hier der «SMIC» (Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance), welcher wie der US-poverty-threshold eine absolute Grenze darstellt.

Bei der deutschen Publikation von Strengmann-Kuhn (1999) umfasst «Erwerbstätigkeit» entsprechend der ILO-Definition jeden Erwerb ab mindestens einer Wochenstunde. Die Armutsgrenze ist hier relativ; sie entspricht – analog den OECD-Standards – 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens. Die Working Poor-Einheit ist die erwerbstätige Person in einem armen Haushalt. Ponthieux & Concialdini (2000) verwenden in einer vergleichenden Analyse für Frankreich und die USA dieselben Abgrenzungen.

Diese Beispiele zeigen, dass der Begriff Working Poor einen Sachverhalt – Armut trotz Erwerbstätigkeit – bezeichnet, aber keineswegs einheitlich definiert ist. Je nach Fragestellung steht eine andere Teilpopulation im Vordergrund, die speziell untersucht und auf welche die Definition jeweils zugeschnitten wird. Gemeinsam an den Definitionen ist, dass sie sich am Bedarf eines Haushalts orientieren. Die Entscheidung, ob Personen oder Haushalte zu den Working Poor gehören, ist damit direkt von der Haushaltsgrösse abhängig.

2.3 Schweizerische Diskussion

2.3.1 Working Poor im Tieflohn- und Armuts-Diskurs

In der Schweiz können zwei Hauptrichtungen der Working Poor-Diskussion ausgemacht werden: eine Richtung definiert Working Poor als Teilmenge des Tieflohnbezugs (Deutsch, Flückiger & Silber 1999, Tillmann 1996) und die andere definiert Working Poor als Mitglieder von erwerbstätigen Haushalten, die unter der Armutsgrenze leben (Leu, Burri & Priester 1997, Ulrich & Binder 1998, Liechti & Knöpfel 1998). Der Einfachheit halber werden die beiden Ansätze im folgenden als Tieflohn- und als Armuts-Diskurs bezeichnet.

■ **Tieflohn-Diskurs: Working Poor als Teilmenge des Tieflohnbezugs**. Bei Deutsch, Flückiger & Silber (1999) sind Working Poor Erwerbstätige, welche mindestens die Hälfte des Haushaltseinkommens erwirtschaften, aber weniger als 50 Prozent des gesamtwirtschaftlichen individuellen Medianlohns verdienen. Bei dieser Definition sind Working Poor immer eine Teilmenge der Tieflohnbezüger/-innen (siehe auch Tillmann 1996).

■ **Armuts-Diskurs: Working Poor als Mitglieder von erwerbstätigen Haushalten unter der Armutsgrenze**. Working Poor bei Leu, Burri & Priester (1997) sind Personen im Erwerbsalter (Erwerbstätige und Nichterwerbstätige), bei denen das Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze für die jeweilige Haushaltsgrösse liegt, obwohl mindestens eine Person im Haushalt vollzeitlich (mindestens 90%) erwerbstätig ist. Die Definition von Ulrich & Binder (1998) ist mit der vorhergehenden weitgehend identisch, ausser dass mindestens eine Person im Haushalt mindestens 30 Stunden (entspricht 70-75%) erwerbstätig sein muss. Liechti & Knöpfel (1998) gehen bei ihrer Definition nicht vom Beschäftigungsgrad einer Person, sondern eines ganzen Haushalts aus. Als Working Poor werden jene Personen im Erwerbsalter definiert, bei

denen das Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze für die jeweilige Haushaltsgrösse liegt, obwohl der Beschäftigungsgrad des gesamten Haushalts mindestens 90 Prozent beträgt. Nicht konsequent durchgehalten wird die Einschränkung auf die Personen im Erwerbsalter. Zum Teil werden auch die weiteren Mitglieder von erwerbstätigen Haushalten – nichterwerbstätige Erwachsene und Kinder – mit zu den Working Poor gezählt.

Der Hauptunterschied zwischen den beiden Ansätzen liegt darin, dass sich der Tieflohn-Diskurs primär am individuellen Erwerbseinkommen orientiert und dieses in Bezug zu einer relativen Grenze setzt, während der Armuts-Diskurs das Haushaltseinkommen mit einer absoluten, haushaltsbezogenen Armutsgrenze vergleicht. Der Tieflohn-Diskurs bezieht sich auf die Erwerbstätigen; Working Poor sind hier immer eine Teilmenge der Tieflohnbezüger/-innen. Der Armuts-Diskurs ist hingegen weitgehend von der Tieflohndiskussion entkoppelt, wenngleich auch hier Überschneidungen zwischen Tieflohnbezug und Working Poor bestehen.

2.3.2 Verhältnis zwischen Tieflohnbezug und Working Poor

Im Alltagsverständnis werden Tieflohnbezug und Working Poor oft gleichgesetzt. Trotz starken Überschneidungen dieser beiden Phänomene unterscheiden sich die Konzepte dennoch deutlich nach den beiden Hauptrichtungen:

■ Gemäss **Tieflohn-Diskurs** sind die Working Poor eine Teilmenge der Tieflohnbezüger/-innen. Working Poor sind bei dieser Definition nicht zwingend arm, respektive leben nicht zwingend in einem armen Haushalt. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn zwei Erwerbstätige im Haushalt je einen Tieflohn beziehen und die Summe der beiden Tieflöhne ein Haushaltseinkommen über dem Existenzminimum ergibt.
■ Gemäss **Armuts-Diskurs** sind Working Poor eine Teilmenge der Armen. Working Poor sind bei dieser Definition nicht zwingend Tieflohnbezüger/-innen. Einerseits können auch nichterwerbstätige Mitglieder von erwerbstätigen Haushalten (im allgemeinen beschränkt auf Mitglieder im Erwerbsalter, wie z.B. Hausfrauen/-männer, zum Teil sogar ausgeweitet auf Mitglieder ausserhalb des Erwerbsalters, wie z.B. Kinder) zu den Working Poor zählen. Andererseits sind auch Vollzeiterwerbstätige mit einem Lohn oberhalb des Tieflohnniveaus Working Poor, wenn ihr Einkommen (zusammen mit allfälligen weiteren Einkommen des Haushalts) unter dem Existenzminimum des ganzen Haushalts liegt.

Der gemäss Tieflohn- und Armuts-Diskurs unterschiedliche Zusammenhang zwischen Tieflohnbezug und Working Poor wird in **Tabelle 1** veranschaulicht. Wir gehen beim Armuts-Diskurs von der breiten Definition aus, welche auch Kinder konzeptionell zu den potentiellen Working Poor zählt.

Gemäss den Definitionen im Armuts-Diskurs sind Haushalte mit einem Einkommen von z.B. 4`500 Franken je nach Haushaltsgrösse Working Poor oder nicht: Ein 1-Personen-Haushalt gehört mit 4`500 Franken nicht zu den Working Poor, eine 5-köpfige Familie dagegen schon. Umgekehrt ist ein Haushalt mit zwei Tieflöhnen nicht Working Poor, wenn das Gesamteinkommen über der Armutsgrenze des Haushalts zu liegen kommt (z.B. zwei Vollzeitlöhne von 2`400 Franken und 2`100 Franken bei einer Haushaltsgrösse von 3 Personen). Gemäss Tieflohn-Diskurs ist die Person mit 4`500 Franken Erwerbseinkommen auf keinen Fall Working Poor, da ihr Lohn mehr als die Hälfte des Medianlohns beträgt, im zweiten Fall mit den beiden Tieflöhnen – jeweils bei Vollzeiterwerbstätigkeit – ist die Person mit 2`400 Franken Einkommen unabhängig von der Haushaltsgrösse Working Poor, weil sie mehr als die Hälfte zum Haushaltseinkommen beiträgt, aber weniger als die Hälfte des Medianlohns von 5'096 Franken verdient.

Tabelle 1: Tieflohnbezug und Working Poor im Definitionsvergleich

Haushaltstypen (Einkommen bei Vollzeiterwerb von einer bzw. zwei Erwachsenen, Armutsgrenze in Fr./Monat)	Tieflohnbezug	Working Poor im Tieflohn-Diskurs	Working Poor im Armuts-Diskurs
1-Personen-Haushalt (Person A)			
Haushaltseinkommen Fr. 4`500 Erwerbseinkommen A Fr. 4`500 Armutsgrenze Fr. 2'074	A: nein	A: nein	A: nein
3-Personen-Haushalt (Personen A, B, 1 Kind)			
Haushaltseinkommen Fr. 4`500 Erwerbseinkommen A Fr. 4`500 B nicht erwerbstätig Armutsgrenze Fr. 3'591	A: nein B: nein	A: nein B: nein Kind: nein	A: nein B: nein Kind: nein
3-Personen-Haushalt (Personen A, B, 1 Kind)			
Haushaltseinkommen Fr. 4`500 Erwerbseinkommen A Fr. 2`400 Erwerbseinkommen B Fr. 2`100 Armutsgrenze Fr. 3'591	A: ja B: ja	**A: ja** B: nein Kind: nein	**A: nein** B: nein Kind: nein
5-Personen-Haushalt (Personen A, B, 3 Kinder)			
Haushaltseinkommen Fr. 4`500 Erwerbseinkommen A Fr. 4`500 B nicht erwerbstätig Armutsgrenze Fr. 4`691	A: nein B: nein	**A: nein** **B: nein** **Kinder: nein**	**A: ja** **B: ja** **Kinder: ja**
5-Personen-Haushalt (Personen A, B, 3 Kinder)			
Haushaltseinkommen Fr. 4`500 Erwerbseinkommen A Fr. 2`400 Erwerbseinkommen B Fr. 2`100 Armutsgrenze Fr. 4`691	A: ja B: ja	A: ja **B: nein** **Kinder: nein**	A: ja **B: ja** **Kinder: ja**

Tieflohnbezug: der standardisierte Lohn beträgt weniger als die Hälfte des standardisierten gesamtschweizerischen Medianlohns (der auf 40 Wochenstunden standardisierte Medianlohn betrug 1998 brutto Fr. 5`096, BFS 1999b)
Working Poor bei Tieflohn-Diskurs: Tieflohnbezüger/-innen, die mindestens die Hälfte des Haushaltseinkommens beitragen
Working Poor bei Armuts-Diskurs: alle Mitglieder von erwerbstätigen armen Haushalten
Quelle: Eigene Darstellung, Armutsgrenzen gemäss Tabelle 6

Die acht möglichen Kombinationen der ja/nein-Ausprägungen bezüglich Working Poor, Armut und Tieflohnbezug sind in **Tabelle 2** mit entsprechenden Beispielen aufgeführt.

Allen Konzeptionen von Working Poor liegt letztlich die sozialpolitische Zielsetzung zugrunde, die Working Poor-Quote zu verringern. Die jeweilige Konzeption hat einen starken Einfluss auf die Ausrichtung der dazu nötigen Massnahmen:

■ Werden die Tieflöhne ins Zentrum der Analyse gestellt, ist die Stossrichtung primär arbeitsmarktpolitischer Natur. Es stehen Fragen nach der Arbeitsbewertung und –produktivität sowie Überlegungen zur Gerechtigkeit bei zu grossen Lohndisparitäten und zur Festsetzung von Mindestlöhnen im Vordergrund.
■ Wenn der Bedarf des Haushalts im Zentrum steht, ist die Stossrichtung vermehrt auch sozial- und familienpolitisch. Die Wahrscheinlichkeit, zu den Working Poor zu zählen, steigt ceteris paribus mit steigender Zahl an Haushaltsmitgliedern. Kinder sind in dieser Definition ein Working Poor-Risiko. Überlegungen, wieviel ein Haushalt zur Existenzsicherung benötigt, wer in welchem Umfang dafür aufkommen soll und welche staatlichen Zusatzleistungen – beispielsweise im Rahmen des Familienlastenausgleichs oder bei der Infrastruktur für familienbegleitende Kinderbetreuung – nötig sind, werden gegenüber der reinen Lohnfrage stärker gewichtet.

Tabelle 2: Kombinationen von Working Poor, Armut und Tieflohnbezug im Überblick

Kombinationen			Beispiele
Working Poor	Arm	Tieflohn-bezug	
JA	JA	JA	Erwerbstätige Person mit Vollzeiteinkommen von Fr. 2`500; Haushalts-einkommen Fr. 2`500, Haushaltsgrösse: 3 Personen (alle Definitionen)
JA	JA	NEIN	Erwerbstätige Person mit Vollzeiteinkommen von Fr. 4`500; Haushalts-einkommen Fr. 4`500; Haushaltsgrösse: 5 Personen (Armuts-Diskurs)
JA	NEIN	JA	-- (diese Kombination ist bei keiner Definition möglich)
JA	NEIN	NEIN	-- (diese Kombination ist bei keiner Definition möglich)
NEIN	JA	JA	Teilzeiterwerb unterhalb der allfällig vorgegebenen Schwelle (alle Definitionen)
NEIN	JA	NEIN	Sozialhilfebezüger/-innen ohne Erwerbstätigkeit (alle Definitionen), Hausfrauen/-männer bei Tieflohn-Diskurs
NEIN	NEIN	JA	Zwei erwerbstätige Personen mit Vollzeiteinkommen von Fr. 2`500 und Fr. 2`000; Haushaltsgrösse: 3 Personen (Armuts-Diskurs)
NEIN	NEIN	NEIN	Erwerbstätige Person mit Vollzeiteinkommen von Fr. 8'000, Haushalts-grösse: 3 Personen (alle Definitionen)

Quelle: eigene Darstellung

Die Konzepte sind zwar unterschiedlich akzentuiert, dahinter stehen aber in beiden Fällen einerseits sozial- und familienpolitische und andererseits arbeitsmarktpolitische Überlegungen. Da das Problem der Working Poor immer aus einer arbeitsmarkt- und aus einer sozialpolitischen Perspektive heraus betrachtet werden muss, stellt sich die Frage, was ein Erwerbseinkommen eigentlich leisten soll:

■ Widerspiegelt ein Erwerbseinkommen die reine Grenzproduktivität der Arbeit, wie dies in neoklassischen Arbeitsmarkttheorien unterstellt wird – wenngleich die Messung dieser Grenzproduktivität gerade im Dienstleistungsbereich äusserst schwierig ist?
■ Soll ein Lohn den eigenen Lebensbedarf sichern und ein einigermassen unabhängiges Leben *für die eigene Person* deutlich über dem Existenzminimum ermöglichen?
■ Muss ein Lohn über den eigenen Lebensbedarf hinaus auch die Existenz für eine ganze Familie sichern?

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) brachte vor kurzem die Forderung nach einem Mindestlohn von 3`000 Franken netto in die Diskussion. Dieser Betrag ist auf den Lebensbedarf einer einzelnen erwachsenen Person ausgerichtet. Er lässt sich sowohl relativ (zwei Drittel des Medianlohns) als auch vom Bedarf herleiten. Gemäss der Expertenkommission des SGB ergibt sich der Wert von 3`000 Franken aus dem existenzminimalen Bruttolohn für eine Person von 2`788 Franken plus einem Aufschlag von 20 Prozent für Unwägbarkeiten wie Krankheit, Zahnarztkosten oder Erwerbslosigkeit (Expertenbericht 2000, S. 7). Die Expertenkommission weist darauf hin, dass für die Kosten von Kindern «in erster Linie keine arbeitsmarkt-, sondern eine familienpolitische Antwort – beispielsweise in der Form einer Kinderrente und einer verbesserten öffentlichen Infrastruktur – gefunden werden muss» (Expertenbericht Mindestlöhne 2000, S. 61).

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Armut bei den Erwerbstätigen nur eine der möglichen unerwünschten Folgen von niedrigen Löhnen ist. Im wesentlichen können drei Situationen unterschieden werden, in denen durch niedrige Erwerbseinkommen ein sozialpolitischer Handlungsbedarf entstehen kann (vgl. ausführlicher Klammer 2000):

■ In Phasen der Erwerbstätigkeit können niedrige Löhne zum Phänomen der Working Poor führen.
■ Niedrige Erwerbseinkommen, die gerade noch existenzsichernd sind, können spätestens bei Eintritt von Arbeitslosigkeit oder Krankheit zum Problem werden (insbesondere wenn aus dem Arbeitsverhältnis keine Ansprüche auf Lohnersatzleistungen erwachsen).
■ Niedrige Erwerbseinkommen können eine mangelnde Absicherung im Alter nach sich ziehen (insbesondere wenn das Arbeitsverhältnis nur mit einer geringen beruflichen Vorsorge verbunden ist, wie dies in der Schweiz typischerweise für Teilzeitbeschäftigte und neue Selbständige der Fall ist).

In der vorliegenden Untersuchung konzentrieren wir uns auf das Phänomen der Working Poor und beziehen die Folgen von niedrigen Löhnen auf die übrigen Situationen nur am Rande mit ein.

2.3.3 Beschäftigungsgrad und Haushaltsgrösse

Im Tieflohn-Diskurs ist weder die Frage nach dem Beschäftigungsgrad, noch die Frage nach der Haushaltsgrösse konstitutiv für die Working Poor-Definition. Ausschlaggebend ist einzig der Anteil des Lohns am Haushaltseinkommen: Working Poor sind Tieflohnbezüger/-innen, die den Hauptteil des Haushaltseinkommens erwirtschaften. Im Armuts-Diskurs ist hingegen sowohl die Frage nach dem Beschäftigungsgrad als auch die Frage nach der Haushaltsgrösse zentral. Dadurch werden arbeits-, familien- und sozialpolitische Aspekte definitionsrelevant. Dies gibt Anlass zu verschiedenen Schwierigkeiten:

■ Je nach Gesamtbeschäftigungsgrad ist ein Haushalt nicht mehr Working Poor. Beispielsweise zählt ein 5-köpfiger Haushalt Y mit zwei mal 100 Prozent Beschäftigungsgrad und zwei mal 2`500 Franken Erwerbseinkommen nicht zu den Working Poor. Wenn in einem 5-köpfigen Haushalt Z eine Person jedoch 4`000 Franken verdient und die andere Person nicht erwerbstätig ist, zählt dieser Haushalt zu den Working Poor, auch wenn die Situation in Haushalt Z aufgrund des höheren Individualeinkommens weniger prekär scheint als in Haushalt Y.
■ Zwei teilzeitige Erwerbstätigkeiten im Haushalt genügen nach der Definition von Leu, Burri und Priester (1997) nicht, um einen Haushalt zu den erwerbstätigen Haushalten und allfällig zu den Working Poor zu zählen, da diese Definition darauf abstellt, dass mindestens eine Person vollzeit (mindestens 90%) erwerbstätig ist. Diese Abgrenzung ist unabhängig vom Einkommen oder von der Haushaltsgrösse.
■ Die Definition von Liechti & Knöpfel (1998) trägt hier einem gewandelten Familienmodell Rechnung. Es wird darauf abgestellt, dass der gesamte Umfang der Erwerbstätigkeit des Haushalts mindestens 90 Prozent beträgt (unabhängig von der Aufteilung der Erwerbsarbeit unter den Erwachsenen). Diese Abgrenzung stellt unseres Erachtens angesichts vielfältiger werdender Arbeitszeitarrangements in Familien eine Verbesserung gegenüber der Definition von Leu, Burri und Priester (1997) dar.
■ Alleinerziehende müssten bei beiden Definitionen zu 90 Prozent erwerbstätig sein, um als Working Poor zu gelten. Die Working Poor-Definitionen berücksichtigen die Haushaltsgrösse nur auf der Bedarfsseite (über die Armutsgrenze), die je nach Anzahl der erwachsenen Personen im Haushalt unterschiedlichen Einkommensmöglichkeiten werden dagegen ausgeblendet.
■ Die Working Poor-Definitionen unterstellen, dass ein Vollzeitlohn für eine Familie reichen sollte. Diese Vorstellung lehnt sich an die Konzeption des «Ernährerlohns» aus den 50er-Jahren an (eine Person – in der Regel der Mann – verdient das gesamte Haushaltseinkommen) und entspricht nicht der heutigen wirtschaftlichen und sozialen Realität.

Interessant ist der Armuts-Diskurs – insbesondere in der Variante von Liechti & Knöpfel (1998) – deshalb, weil Fragen nach einem «zumutbaren» Erwerbsumfang, nach der Höhe des Familienlastenausgleichs und nach der Notwendigkeit von familienergänzenden Massnahmen aufgeworfen werden. In diesem Zusammenhang verdeutlicht **Tabelle 3** die Unterschiede innerhalb des Armutsdiskurses.

Unterschiedlich ist die Abgrenzung beim 3-Personen-Haushalt mit zweimal 60 Prozent Erwerbstätigkeit. Bei Leu, Burri & Priester (1997) gilt dieser Haushalt nicht als erwerbstätig (da kein Haushaltsmitglied voll erwerbstätig ist) und kann somit auch nicht Working Poor sein. Bei Liechti & Knöpfel (1998) genügt der gesamte Beschäftigungsumfang von 120 Prozent, um den Haushalt als erwerbstätig und bei Unterschreiten der Armutsgrenze als Working Poor einzustufen. Hingegen gilt die alleinerziehende Person mit einem Kind und einer Erwerbstätigkeit von 60 Prozent trotz Armut bei beiden Definitionen nicht als Working Poor, da die Bedingung des minimalen Erwerbsumfangs nicht erfüllt ist.

Tabelle 3: Working Poor im Definitionsvergleich von Leu, Burri & Priester (1997) und Liechti & Knöpfel (1998)

Haushaltstypen	Erwerb	Working Poor	
		Leu, Burri & Priester (1997)	Liechti & Knöpfel (1998)
3-Personen-Haushalt (Personen A, B, 1 Kind)			
Haushaltseinkommen Fr. 3`000 Erwerbseinkommen A Fr. 3`000 B nicht erwerbstätig Armutsgrenze Fr. 3'591-	A: 100%	JA	JA
3-Personen-Haushalt (Personen A, B, 1 Kind)			
Haushaltseinkommen Fr. 3`000 Erwerbseinkommen A Fr. 1`500 Erwerbseinkommen B Fr. 1`500 Armutsgrenze Fr. 3'591	A: 60% B: 60%	NEIN (arm, aber zuwenig Erwerb)	JA
2-Personen-Haushalt (Person A, 1 Kind)			
Haushaltseinkommen Fr. 2`000 Erwerbseinkommen A Fr. 2`000 Armutsgrenze Fr. 2`947	A: 100%	JA	JA
2-Personen-Haushalt (Personen A, 1 Kind)			
Haushaltseinkommen Fr. 1`500 Erwerbseinkommen A Fr. 1`500 Armutsgrenze Fr. 2`947	A: 60%	NEIN (arm, aber zuwenig Erwerb)	NEIN (arm, aber zuwenig Erwerb)

Quelle: Eigene Darstellung, Armutsgrenzen gemäss Tabelle 6

Obwohl zwischen den Working Poor-Definitionen von Leu, Burri & Priester (1997) und Liechti & Knöpfel (1998) konzeptuell ein Unterschied besteht, fällt dieser in der Praxis quantitativ kaum ins Gewicht. Denn in einem Haushalt mit einem Gesamtbeschäftigungsgrad von 36 und mehr Stunden pro Woche («Vollzeit-Haushalt») ist in der Regel mindestens ein Mitglied vollzeiterwerbstätig. Zwei Teilzeitstellen, die sich zu einem Vollzeiterwerb im Haushalt addieren, sind äusserst selten. **Tabelle 4** erläutert den Zusammenhang zwischen individueller Erwerbstätigkeit und dem Erwerbsumfang im Haushalt anhand der Daten der SAKE 1999.

Von den erwerbstätigen Befragten in vollzeiterwerbstätigen Haushalten sind 96.1 Prozent entweder selbst vollzeiterwerbstätig oder haben eine vollzeiterwerbstätige Partnerin bzw. einen vollzeiterwerbstätigen Partner. Wenn zusätzlich nichterwerbstätige Befragte zwischen 20 und 59 Jahren mit gültigem Haushaltseinkommen einbezogen werden, sind 95.6 Prozent selbst

vollzeiterwerbstätig oder haben eine vollzeiterwerbstätige Partnerin/ einen vollzeiterwerbstätigen Partner. Der Anteil der Befragten in Vollzeit-Haushalten ohne ein vollzeiterwerbstätiges Familienmitglied beträgt nach beiden Berechnungsarten weniger als 5 Prozent.

Frauen weisen unterschiedliche Beschäftigungsgrade auf, aber Männer sind in der Regel nach wie vor vollzeiterwerbstätig.[4] Das «gewandelte Familienbild» im Sinne einer *Aufteilung der Erwerbsarbeit im Haushalt* ist in der von uns verwendeten Definition in Anlehnung an Liechti & Knöpfel (1998) zwar konzeptuell enthalten, in der Realität jedoch äusserst selten.

Tabelle 4: Verteilung der Befragten nach Erwerbsstruktur des Haushaltes 1999, in %

	Haushalt mit Erwerbsvolumen von mind. 36 Wochenstunden	
	Erwerbstätige Befragte (20-59 J.)	Alle Befragten (20-59 J.)
Befragte Person nicht erwerbstätig		
Mit vollzeiterwerbstätig. Partner/-in	..	9.4
Ohne vollzeiterwerbstätig. Partner/-in	..	0.8[1]
Befragte Person vollzeiterwerbstätig	79.4	71.0
Befragte Person teilzeiterwerbstätig		
Mit vollzeiterwerbstätig. Partner/-in	16.7	15.2
Ohne vollzeiterwerbstätig. Partner/-in	3.9	3.6
Total	100.0	100.0

[1] In diesen Haushalten leben weitere erwerbstätige Personen, wodurch sich der Gesamtbeschäftigungsgrad auf mindestens 36 Stunden beläuft.
Schattierte Bereiche stellen Haushalte mit Vollzeiterwerb von (mindestens) *einer* Person dar
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen,

Gemeinsam an der Definition von Leu, Burri & Priester (1997) und von Liechti & Knöpfel (1998) ist der konsequente Haushaltsbezug: In einem Haushalt ist entweder jedes oder kein Mitglied Working Poor. Dies ist aus einer sozialpolitischen Perspektive heraus sinnvoll, wenn unterstellt wird, dass die Haushaltsressourcen gleichmässig unter den Mitgliedern verteilt werden. Ob dies tatsächlich so ist, wurde verschiedentlich in Zweifel gezogen (Haddad & Kanbur 1990; Leu, Burri & Priester 1997). Eine interessante Alternative dazu stellt die «minimum-sharing»-Annahme dar, welche davon ausgeht, dass der Anteil am Haushaltseinkommen vom eigenen Erwerbseinkommen abhängig ist (Burri 1998b). Diese Annahme entspricht vermutlich eher der Realität als eine völlige Gleichverteilung der finanziellen Ressourcen zwischen Frauen, Männern und Kindern. Die Datenlage der SAKE erlaubt jedoch keine Analyse der Verteilung der Haushaltsressourcen innerhalb des Haushaltes, so dass wir zwangsläufig von einer «Pool-Annahme» (Ressourcen-Gleichverteilung innerhalb des Haushalts) ausgehen müssen. Dadurch wird die tatsächliche Armutssituation von Nicht- oder Teilzeiterwerbstätigen – d.h. vor allem von Müttern und von Kindern – vermutlich unterschätzt.

[4] Der Anteil an vollzeiterwerbstätigen Frauen liegt bei 45.3 Prozent der erwerbstätigen Frauen zwischen 15 und 61 Jahren, bei den Männern liegt der entsprechende Anteil bei 90.5 Prozent (BFS 1999c, S. 9).

2.3.4 Problem des «zumutbaren» Erwerbsumfangs

Die im Tieflohn-Diskurs verwendete Abgrenzung von Working Poor verzichtet darauf, explizit einen minimalen Beschäftigungsgrad für potentielle Working Poor vorzugeben. Implizit werden geringfügige Beschäftigungsverhältnisse allerdings auch ausgeschlossen, da diese im allgemeinen nicht das Haupteinkommen eines Haushaltes darstellen.

Die dem Armuts-Diskurs verpflichteten, in der Schweiz üblichen Abgrenzungen von Working Poor gehen von einem minimalen Beschäftigungsgrad einer Vollstelle aus. Diese Vorgabe kann sich sowohl auf die erwerbstätige Person, wie auch auf deren Haushalt als gesamtes beziehen. Bei Leu, Burri & Priester (1997) muss mindestens eine Person eine Vollzeitstelle (von mindestens 90% Beschäftigungsgrad) besetzen, damit der Haushalt als erwerbstätig und potentiell Working Poor gelten kann. Implizit orientiert sich dieses Kriterium am Bild des Ernährerlohns: der Vollzeitlohn des «Familienvorstands» soll es erlauben, eine Familie zu ernähren. Diese Vorstellung ist vor dem Hintergrund des sich wandelnden Rollenverständnisses von Frauen und Männern und angesichts der weit verbreiteten Erwerbstätigkeit von Frauen (42% der Erwerbstätigen sind Frauen, Statistisches Jahrbuch 2000, 108) nicht mehr zeitgemäss. Bei Knöpfel & Liechti (1998) wird die Vollzeit-Anforderung auf den Erwerbsumfang aller Haushaltsmitglieder zusammen angewandt. Wenn die Haushaltsmitglieder zusammen mindestens im Umfang von 90 Prozent erwerbstätig sind, gilt der Haushalt als erwerbstätig und die einzelnen erwerbstätigen Haushaltsmitglieder sind potentielle Working Poor.

Die beiden Konzepte des individuellen Vollzeiterwerbs und des kollektiven Vollzeiterwerbs widerspiegeln zwar gleichstellungspolitisch unterschiedliche Verständnisse. In der schweizerischen Realität führen sie aber (zumindest vorläufig noch) zu weitgehend gleichen Resultaten. Wie Tabelle 4 belegt, leben weniger als 5 Prozent der Befragten in einem Haushalt, dessen gesamter Beschäftigungsumfang 90 Prozent einer Vollzeitstelle übersteigt, ohne dass ein einzelnes Haushaltsmitglied vollzeitig erwerbstätig ist. In diesen Fällen handelt es sich nach Knöpfel & Liechti (1998) um potentielle Working Poor-Haushalte, während diese Haushalte nach Leu, Burri & Priester (1997) nicht Working Poor sein können.

Ein Vollerwerb im Haushalt – ob bei der befragten Person oder im Haushalt insgesamt – gilt bei beiden Abgrenzungen als Norm, unabhängig von der Anzahl der Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter. Demgegenüber gibt es – beispielsweise in den skandinavischen Ländern – auch Gesellschaftsmodelle, bei denen eine Vollzeitstelle je erwachsene Person die Norm darstellt. Voraussetzung für diese Modelle sind hochwertige subventionierte Tagesbetreuungsstätten für Kinder. Ein armer Paarhaushalt mit oder ohne Kinder wäre bei einem solchen Gesellschaftsmodell idealtypisch erst bei einem Beschäftigungsgrad von 200 Prozent zu den Working Poor zu zählen.

Ob für die Analyse zu den Working Poor in der Schweiz ein minimaler Erwerbsumfang postuliert werden soll, hängt vom gesellschaftspolitischen Erkenntnisinteresse ab. Wenn ermittelt werden soll, inwieweit es bei Einhaltung eines gesellschaftlichen Erwerbs-Normmodells zu Armut kommt, sind solche Vorgaben sinnvoll. Wenn ein gleichstellungspolitisch ausgerichtetes Modell der Arbeitsteilung mit der helvetischen Realität der sehr bescheidenen Infrastruktur an familienergänzender Kinderbetreuung kombiniert wird, würde ein relativ kompliziertes Modell des minimalen («zumutbaren») Erwerbsumfanges resultieren. Denkbar wäre beispielsweise die Vorgabe eines Beschäftigungsgrads von mindestens 90 Prozent für jede erwachsene Person, wobei sich beim Vorhandensein von Kindern der Gesamtbeschäftigungsgrad im Haushalt im Umfang von 50 Prozenten reduzieren würde. Dies würde bedeuten, dass der Mindestumfang für Alleinlebende 90 Prozent, für Alleinerziehende 40 Prozent, für Paare ohne Kinder 180 Pro-

zent und für Paare mit Kindern 130 Prozent betragen müsste. Eine solche Abgrenzung wäre allerdings kompliziert und schwierig kommunizierbar. Zudem wäre sie international nicht vergleichbar und würde auch dem heutigen System der sozialen Sicherheit, das nach wie vor weitgehend am Modell einer Vollzeitstelle orientiert ist, nicht entsprechen. Aus dem letztgenannten Grund plädieren Liechti und Knöpfel (1998) trotz Vorbehalten für einen Mindestbeschäftigungsgrad von 90 Prozent im Haushalt: «Mit der vorliegenden Definition kann nachgewiesen werden, wie viele Personen mit diesem Modell unzulänglich gegen soziale Risiken geschützt sind» (Liechti 1999, 103). Vergleichbare Vorbehalte gelten auch für einfachere aus Normvorgaben abgeleitete Vorgaben.[5]

Aus den angeführten Gründen verzichten wir im folgenden darauf, eine eigene Definition zu entwickeln, halten aber konzeptionelle Weiterführungen und Neuentwürfe gerade auch im Hinblick auf die Soziale Sicherung für notwendig und wichtig.

2.4 Zugrundegelegte Definitionen

Die vorgehend angeführten Überlegungen legen es nahe, eine Definition der Working Poor zu wählen, die einerseits Working Poor möglichst breit erfasst (und somit auch einen Vergleich mit umfassenden Konzepten erlaubt). Andererseits soll der Vergleich mit eingeschränkteren Konzepten mithilfe von Untergruppen der gewählten breiten Definition möglich sein.

Diese Grundeinschätzung führt uns dazu, die Grundmenge der erwerbstätigen Personen (die potentiell Working Poor sind) sehr breit abzugrenzen. Grundsätzlich zählen wir dazu alle Personen, die mindestens eine Stunde in der Woche Erwerbsarbeit leisten. Wie die **Definition 1** zeigt, schränken wir diese Grundmenge bei den verfügbaren Daten der SAKE aus pragmatischen Gründen auf befragte Erwerbstätige ein, die ein Erwerbseinkommen und ein Haushaltseinkommen grösser als Null angeben und die zwischen 20 und 59 Jahre alt sind. Diese Abgrenzung nach Alter schliesst erwerbstätige Rentner/-innen und Personen in Ausbildung weitgehend aus. Die Erwerbstätigen gemäss dieser Definition bilden den **Nenner** der Working Poor-Quote. Den Haushalt einer erwerbstätigen Person bezeichnen wir als «erwerbstätigen Haushalt».[6]

[5] Eine einfache und auch plausible Working Poor-Definition wäre Armut trotz Erwerbstätigkeit von beispielsweise 60 oder 70 Prozent pro erwachsene Person, unabhängig von der Haushaltssituation. Hier wird unterstellt, dass Teilzeiterwerbstätige auch ohne Kinderbetreuung in ihrer Freizeit unbezahlte Tätigkeiten verrichten, die aus gesellschaftlicher Sicht wünschbar sind. Entsprechende Vorstellungen sind schon in die politische Diskussion eingeflossen. Beispielsweise lancierte die SP Schweiz 1996 das Konzept einer «doppelten 25-Stunden-Woche» (25 Stunden Erwerbsarbeit, 25 Stunden unbezahlte Tätigkeit für jede/n Erwachsene/n). 25 Stunden entsprechen einem Beschäftigungsgrad von ca. 60 Prozent pro erwachsene Person im Haushalt. Diese Höhe könnte jedoch auch auf 70, 75 oder 80 Prozent festgelegt werden.

[6] Die Bestimmung, in welche Kategorie ein Haushalt gehört, erfolgt somit über die befragte Person (Zielperson): Ist die Zielperson erwerbstätig, ist auch der Haushalt erwerbstätig; ist die Zielperson hingegen nicht erwerbstätig, gehört der Haushalt zur Gruppe der nicht erwerbstätigen Haushalte. Bei den derart als «nicht erwerbstätig» bezeichneten Haushalten können sich durchaus Haushalte befinden, in denen andere Haushaltsmitglieder als die befragte Person erwerbstätig sind. Die Untersuchung schliesst jedoch sämtliche Haushalte aus, in denen keine Person erwerbstätig ist, d.h. auch arbeitslose Haushalte. Dieses Vorgehen liegt in den Daten der SAKE 99 begründet und wird in Abschnitt 4.2 eingehender erläutert.

Definition 1: Erwerbstätige bzw. erwerbstätige Haushalte

Als «erwerbstätig» wird für die nachfolgenden Analysen eine befragte Person bezeichnet, wenn sie

a) mindestens 1 Stunde pro Woche einer Erwerbsarbeit nachgeht,
b) ein Erwerbseinkommen > 0 angibt,
c) ein Haushaltseinkommen > 0 angibt
d) und zwischen 20 und 59 Jahre alt ist.

Der Haushalt einer befragten erwerbstätigen Person wird als «erwerbstätiger Haushalt» bezeichnet.

Innerhalb der derart definierten erwerbstätigen Personen sind jene Working Poor, die in armen Haushalten leben. Wie **Definition 2** zeigt, gilt ein Haushalt als arm, wenn das Haushaltseinkommen unter der SKOS-Armutsgrenze liegt. Die derart definierten Working Poor bilden den **Zähler** der Working Poor-Quote. Den Haushalt eines/einer Working Poor bezeichnen wir als «Working Poor-Haushalt».

Definition 2: Working Poor

Working Poor sind erwerbstätige Personen, deren Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze liegt.

Als Armutsgrenze wird die SKOS-Grenze (Grundbedarf I+II+Miete+Krankenversicherung) verwendet.[7]

Der Haushalt eines/einer befragten *erwerbstätigen armen Person (Working Poor)* wird als «Working Poor-Haushalt» bezeichnet.

Vollzeit- und Teilzeit-Working Poor

Vor dem Hintergrund dieser breiten Abgrenzung unterscheiden wir zwei wesentliche Untergruppen, die sich im gesamten Beschäftigungsgrad des Working Poor-Haushalts unterscheiden.

■ **Vollzeit-Working Poor** sind Erwerbstätige, die in einem armen Haushalt leben, dessen Mitglieder gesamthaft mindesten 36 Wochenstunden erwerbstätig sind («Vollzeit-Haushalt»). Die Vollzeit-Working Poor-Quote ergibt sich als Verhältnis der Vollzeit-Working Poor zu den Erwerbstätigen in Vollzeit-Haushalten.
■ **Teilzeit-Working Poor** sind Erwerbstätige, die in einem armen Haushalt leben, dessen Mitglieder gesamthaft weniger als 36 Wochenstunden erwerbstätig sind («Teilzeit-Haushalt»). Die Teilzeit-Working Poor-Quote ergibt sich als Verhältnis der Teilzeit-Working Poor zu den Erwerbstätigen in Teilzeit-Haushalten.

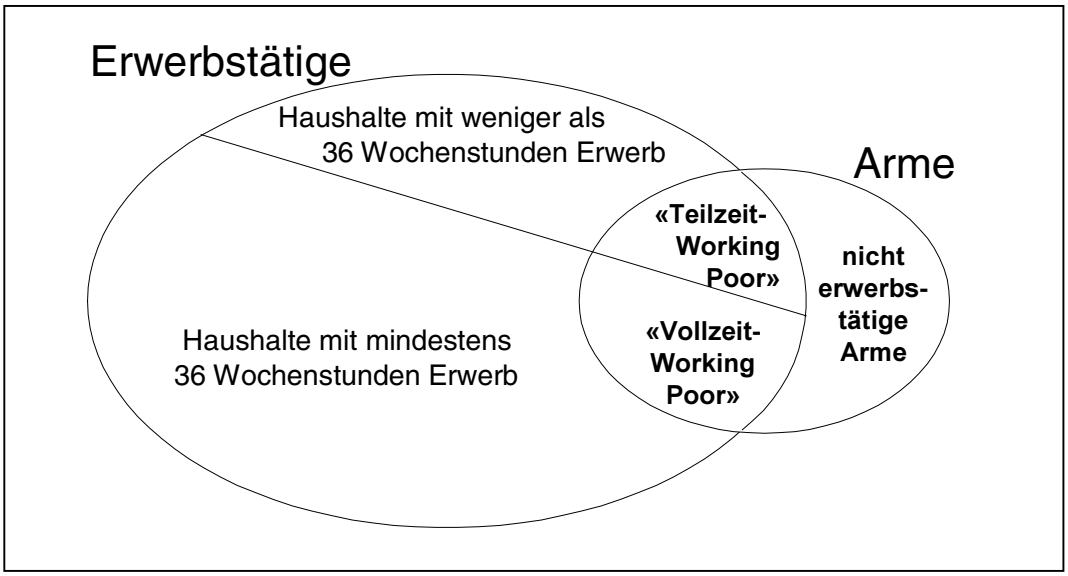
Wie **Abbildung 2** zeigt, bilden Working Poor weiterhin die Schnittmenge zwischen Erwerbstätigen und Armen. Bei der weiteren Unterteilung nach Beschäftigungsgrad bilden die Voll-

[7] Die genaue Berechnung der Armutsgrenze ist in Kapitel 3.4.2 ausführlich erläutert.

zeit-Working Poor die Schnittmenge von Erwerbstätigen und Armen in Haushalten mit mindestens 36 Wochenstunden Erwerbsumfang («Vollzeit-Haushalte»). Die Teilzeit-Working Poor stellen die Schnittmenge von Erwerbstätigen und Armen in Haushalten mit weniger als 36 Wochenstunden Erwerbsumfang («Teilzeit-Haushalte») dar. Analog umfasst der Nenner für die Vollzeit-Working Poor-Quote alle Erwerbstätigen in Vollzeit-Haushalten. Der Nenner für die Teilzeit-Working Poor-Quote wird durch die Erwerbstätigen in Teilzeit-Haushalten angegeben.

Die Definition der Vollzeit-Working Poor entspricht weitestgehend der generellen Working Poor-Definition von Liechti & Knöpfel (1998). Die Gruppe der Teilzeit-Working Poor umfasst alle übrigen armen Erwerbstätigen. Mit dieser Unterscheidung kann das Phänomen der Working Poor differenziert analysiert werden, ohne dass wichtige Gruppen – z.B. Alleinerziehende, die nicht einen Beschäftigungsgrad von 90 Prozent erreichen – aus der Untersuchung heraus fallen.

Abbildung 2: Vollzeit- und Teilzeit-Working Poor



Eigene Darstellung

Tieflohn und Tieflohnsatz

In Anlehnung an die bei Eurostat gebräuchliche Terminologie unterscheiden wir zwischen Tieflohn und Tieflohnsatz.[8] In teilweiser Abweichung vom üblichen Sprachgebrauch werden auch Erwerbseinkommen von Selbständigen unter den Begriff des Lohnes subsumiert. Wie **Definition 3** zeigt, bezieht sich der Begriff des Lohnsatzes auf den Stundenlohn (respektive auf den auf eine Vollzeitstelle standardisierten Monatslohn). Unter dem Lohn wird das Erwerbseinkommen verstanden, das bei einem gegebenen Erwerbsumfang resultiert. Ein Tieflohn kann somit entweder aus einem Tieflohnsatz und/oder aus einem geringen Erwerbsumfang resultieren.[9] Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Working Poor und Tieflohn/ Tieflohnsatz erfolgt in Kapitel 5.2.

[8] Eurostat braucht die Begriffe Niedriglohn und Niedrigentgeltsatz (Marlier & Ponthieux 2000).

[9] Ein Tieflohn von monatlich 2000 Franken beispielsweise ist bei einem Vollzeiterwerb das Resultat eines Tieflohnsatzes. Bei einem Teilzeiterwerb von 20 Prozent stellt der Lohnsatz von 10'000 Franken für einen Vollzeiterwerb keineswegs einen Tieflohnsatz dar.

Definition 3: Tieflohn und Tieflohnsatz

Ein Tieflohn ist ein individuelles Erwerbseinkommen, das beim gegebenen Erwerbsumfang weniger als eine vorgegebene Schwelle beträgt.

Ein Tieflohnsatz ist ein individuelles Erwerbseinkommen, das standardisiert auf eine Vollzeitstelle weniger als eine vorgegebene Schwelle beträgt.

Als Schwelle werden alternativ ein Nettoerwerbseinkommen von 30'000 und 35'000 Franken pro Jahr[10] (2500 und 2917 Franken pro Monat) verwendet.

Subjektive Einschränkungseinschätzung

Zusätzlich zum finanziellen Aspekt wurde in der SAKE 1999 die Frage nach subjektiven Einschränkungen gestellt. Die im Rahmen des vorliegenden Projekts vorgenommene Kurzevaluation (Anhang B) hat gezeigt, dass die Einschränkungsfrage sinnvoll formuliert ist und aussagekräftig ausgewertet werden kann. Grundsätzlich könnten die Ergebnisse der Einschränkungseinschätzung in die Definition der Working Poor aufgenommen werden. Unseres Erachtens wäre es aber problematisch, einen finanziell armen Haushalt nicht als arm zu bezeichnen, weil die befragte Person nicht das Gefühl einer subjektiven Einschränkung empfindet, demgegenüber jedoch einen reicheren Haushalt als arm bezeichnen, weil sich die befragte Person subjektiv stark einschränken muss. Eine Mitberücksichtigung der subjektiven Einschränkung bei der Definition würde zudem die Vergleichbarkeit mit den in anderen Untersuchungen verwendeten Konzepten erschweren.

Trotzdem ist eine genauere Betrachtung der subjektiven Einschränkung nach verschiedenen Gruppen sinnvoll und interessant: Wie sich ein Gefühl der finanziellen Einschränkung bei den Working Poor im Vergleich zu den Erwerbslosen, zu den nicht armen Erwerbstätigen und zu den armen Nichterwerbstätigen abbildet, wird in Abschnitt 6.4.4 untersucht werden .

[10] Ausgehend vom Vollzeit-Medianlohn von brutto 5'096 Franken gemäss Lohnstrukturerhebung 1998 (BFS 1999b) machen 60 Prozent des Medianlohnes bei Berücksichtigung einer durchschnittlichen Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn von 13 Prozent einen Jahresbetrag von rund 32'500 Franken aus. Dieser Wert liegt gerade in der Mitte zwischen den gewählten «runden» Schwellenwerten von 30'000 und 35'000 Franken.

3 Abgrenzung von Armut

Der Begriff «Armut» wird in der Literatur auf verschiedene Weise interpretiert und definiert. Je nach Studie wird die finanzielle Unterversorgung, die soziale Benachteiligung oder die behördlich erfasste Bedürftigkeit ins Zentrum der Analyse gestellt. Darüber, dass es Arme gibt und dass gegen Armut etwas unternommen werden muss, besteht ein breiter Konsens, doch was Armut genau bedeutet und welche Menschen aus welchen Gründen arm sind, ist umstritten. Damit die Armut wirksam bekämpft werden kann, muss ein geeignetes Instrumentarium für die Armutsmessung angewendet werden. Gerade die Qualität dieses Instrumentariums ist jedoch nicht objektiv gegeben, sondern hängt in hohem Mass von den Werthaltungen jener ab, welche Armut definieren. Jede Bestimmung von Armut ist somit aus verschiedenen, noch näher zu erläuternden Gründen mit vielfältigen Schwierigkeiten konfrontiert.

Die in den folgenden Abschnitten 3.1 und 3.2 verwendeten Kategorien stützen sich weitgehend auf die Armutskonzeption der beiden schweizerischen Armutsstudien von Leu, Burri & Priester (1997) und Buhmann (1988). In Abschnitt 3.1 führen wir die Konzepte von objektiver und subjektiver Armut ein, in Abschnitt 3.2 die Dimensionen des Ressourcen- und des Lebenslagenansatzes. In Abschnitt 3.3 gehen wir auf die Datenlage für die Messung der Armut in der Schweiz ein. Die unseren Analysen zugrundegelegten Armutsgrenzen entwickeln wir in Abschnitt 3.4.

3.1 Armutskonzepte: Objektive vs. subjektive Armut

Die im Zusammenhang mit Armut verwendeten beiden Adjektive objektiv und subjektiv sind «idealtypisch» zu verstehen und hängen stark vom Wohlstandsniveau eines Landes ab. Objektive Armut wird jedoch von Expertinnen und Experten festgelegt, während subjektive Armut von der Bevölkerung benannt wird.

3.1.1 Objektive Armut

Bezüglich der objektiven Armut wird (auch hier idealtypisch) zwischen einer absoluten und einer relativen Armut unterschieden.

■ Die **absolute Armut** kann als physisches oder als soziokulturelles Existenzminimum definiert werden. Das physische Existenzminimum beschränkt sich auf die absolut lebensnotwendigen Güter wie Nahrung, Kleider, Obdach und Gesundheitspflege. Der oft gehörte Ausspruch «In der Schweiz muss niemand verhungern» orientiert sich implizit an diesem physischen Armutskonzept, das jedoch für industrialisierte Länder nicht adäquat ist: Ein reiches Land kann und soll es sich leisten, seinen Bewohnerinnen und Bewohnern über die unmittelbaren physischen Bedürfnisse hinaus auch die Teilnahme am sozialen Leben zu ermöglichen. Diesem Gedanken liegt das Konzept des soziokulturellen Existenzminimums zugrunde. Die Frage nach dem «was» und «wieviel» ist damit allerdings nicht geklärt: Die Bestimmung eines soziokulturellen Existenzminimums hängt stark von normativen Wertentscheidungen und herrschenden Normen innerhalb einer Gesellschaft ab: Telefon, Kühlschrank, Radio oder Fernseher, elektrischer Strom und ein Bad (oder zumindest eine Dusche) in der Wohnung gehören für uns heute zum Minimalstandard, auch wenn unsere Grosseltern ohne diese Güter nicht unbedingt arm waren.

Das Beispiel zeigt, dass die Festlegung solcher «absoluter» Minimalstandards zeit- und ortsabhängig und somit «relativ» ist. Die Frage, ob ein «absolutes» Armutskonzept im Sinn des sozio-

kulturell festgelegten Existenzminimums grundsätzlich sinnvoll ist, wird dementsprechend kontrovers diskutiert.

■ Die Definition von **relativer Armut** richtet sich nach der Wohlstandsverteilung in der Bevölkerung. Relative Armut wird in Bezug auf ein Durchschnittsmass – meist auf den Mittelwert oder Median – in einem Land ermittelt. Arm nach dieser relativen Definition ist, wer weniger als 50% (oder 40 oder 60%) dieses Durchschnittsmasses besitzt. An diesem Konzept wird bisweilen beanstandet, dass sich Veränderungen des Niveaus bei gleicher Verteilung nicht in der Veränderung der Armut niederschlagen und sich somit nicht als Zielgrösse der Sozialpolitik eignen. Dem kann entgegengehalten werden, dass es durchaus ein Ziel der Sozialpolitik sein soll, extreme Ungleichheiten zu beseitigen, unabhängig davon, wie hoch das Wohlstandsniveau insgesamt ist. Allerdings muss zugegeben werden, dass damit zwar finanzielle Ungleichheit, aber nicht unbedingt Armut im Sinn von Bedürftigkeit gemessen wird.

Die «objektive» Bestimmung von politischen Stellen, wer als arm zu gelten hat, ist als alleinige Bezugsgrösse fragwürdig, da sie mindestens ebenso von politischen Überlegungen wie von effektiven Bedürfnissen geprägt wird, welche die (mehrheitlich gut situierten) Entscheidungsträger/-innen kaum nachempfinden können.

3.1.2 Subjektive Armut

Die subjektive Armut wird anhand von Umfragen in der Bevölkerung (unter Einschluss der Betroffenen) ermittelt. Im Unterschied zu den objektiven Konzepten richtet sich die subjektive Wahrnehmung direkt nach der Wohlfahrt der Befragten und nicht nach Einkommens- oder Konsumausgaben. Wohlfahrtsrelevante Merkmale wie Alter, Haushaltsgrösse, regionales Preisniveau werden in den Antworten automatisch mitberücksichtigt. Diesen Ansatz verfolgte eine niederländische Studie in Leyden 1992.

Eine weitere Möglichkeit der subjektiven Armutsbestimmung stellt die Erfassung der «multiplen relativen Deprivation» dar, wo anhand mehrerer Lebensbereiche und Güter ein wünschenswertes Versorgungsniveau ermittelt und davon die Abweichung nach unten gemessen wird. Als Erweiterung dieses Konzepts teilen die Befragten eine Liste von Gütern nach ihrer Wichtigkeit ein und geben an, ob sie das jeweilige Gut besitzen und ob ein allfälliger Verzicht freiwillig oder aus finanziellen Gründen gezwungenermassen erfolgte (Andress & Lipsmeier 1995). Relative Deprivation ist gemäss Untersuchungen in Grossbritannien bei Personen jüngeren und mittleren Alters hoch korreliert mit Einkommensarmut. Ältere Personen hingegen sind gemäss englischen Studien häufig arm, aber nicht depriviert, da sie auf die angegebenen Items freiwillig verzichten (vgl. Mack & Lansley 1985, zit. in Leu, Burri & Priester 1997, 16).

Eine ausschliesslich subjektive Armutsmessung lässt jene unberücksichtigt, die sich mit einem sehr bescheidenen Leben zufriedengeben, sowie anderseits auch Menschen mit stark abweichenden Präferenzen, die mit einer auf durchschnittlichen Bedürfnissen basierenden Deprivations-Skala nicht erfasst werden können. Trotz diesen Mängeln wäre der Einbezug subjektiver Aspekte in der Armutserfassung wünschenswert, gilt jedoch aufgrund der hohen Kosten als kaum realisierbar.

3.2 Dimensionen der Armut: Ressourcen- vs. Lebenslagenansatz

Armut kann als Ausdruck von Einkommensschwäche bzw. geringen finanziellen Ressourcen oder von Benachteiligung in verschiedenen Dimensionen betrachtet werden. Diese beiden Ansätze werden als Ressourcen- bzw. als Lebenslagenansatz konzeptualisiert.

3.2.1 Ressourcenansatz

Zur Ermittlung von armen Personen nach diesem Ansatz werden folgende zwei Grössen benötigt:

- die im Haushalt zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen
- eine Armutsgrenze

Die Analyseeinheit ist der Haushalt, wobei von einer Gleichverteilung der monetären Ressourcen auf die Haushaltsmitglieder ausgegangen wird (vgl. auch Kapitel 2.3.3).

Finanzielle Ressourcen eines Haushalts

Als finanzielle Ressourcen gelten:

- das Haushaltseinkommen (HE), bestehend aus Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen und Transfereinkommen aller Haushaltsmitglieder;
- plus der in einer Periode zumutbare Vermögensverzehr (VV);
- abzüglich der Zwangsausgaben (Z), bestehend aus Steuern, Sozialversicherungsprämien, Krankenversicherungsprämien, Alimente u.a.

Wird die Armut ohne Transfereinkommen (z.B. Sozialhilfe) gemessen, spricht man von Vor-Transfer-Armut, im andern Fall von Nach-Transfer-Armut. Je nach Fragestellung wird die eine oder andere Grösse zugrundegelegt.

Für die Ermittlung von Armut spielt die Haushaltsgrösse eine wichtige Rolle: Da die Konsumausgaben unterproportional zur Anzahl der Personen eines Haushaltes steigen, werden sog. Äquivalenzeinheiten (AE) zum Vergleich unterschiedlicher Haushaltsgrössen gebildet. Zur Berücksichtigung von regionalen Unterschieden wird der nationale Preisindex im Verhältnis zum regionalen Preisindex (P_N / P_R) ebenfalls in die Berechnung einbezogen. Diese Grössen ergeben den sogenannte Ressourcen-Indikator (RI):

$$RI = (HE + VV - Z) / AE * (P_N / P_R)$$

Die Erhebung der benötigten Daten ist allerdings schwierig; ebenso die Entscheidung, welche Einnahmen oder Ausgaben in welchem Ausmass in die Berechnung einbezogen werden sollen.

Armutsgrenzen

Die Armutsgrenze gilt in der Regel für die Bevölkerung eines Landes. Diese Festlegung ist angesichts der Deckungsgleichheit von Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat sinnvoll, für Ländervergleiche jedoch aufgrund der unterschiedlichen Wohlstandsniveaus und -verteilungen problematisch. In der Literatur werden folgende Armutsgrenzen unterschieden:

- politische Grenzen (soziokulturelles Minimum; für Sozialhilfe relevant; in der Schweiz exi stieren z.B. SKOS-Grenze, EL-Grenze, betreibungsrechtliches Existenzminimum);
- Warenkorbstandards (durch Expertenurteil festgelegte Grundbedarfsgüter für einen Haushalt, welche die politischen Grenzen wesentlich mitbestimmen);
- Relative Armutsgrenzen (Prozentsatz des Durchschnitts- oder Median-Äquivalenzeinkommens; in der Regel 50%, zum Teil auch 40 oder 60%);
- Subjektive Armutsgrenzen (unter Berücksichtigung der Betroffenen);
- Verhaltensorientierte Armutsgrenzen (Deprivationsindex).

Die Personen, deren Ressourcen-Indikator (RI) unterhalb der festgelegten Armutsgrenze liegt, werden als arm bezeichnet. Die Anzahl der so ermittelten armen Personen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung stellt die Armutsquote dar. Aufgrund der verschiedenartigen Berechnungsmöglichkeiten ist ein Vergleich von Armutsquoten nicht nur zwischen Ländern, sondern auch innerhalb eines Landes zwischen einzelnen Studien schwierig.

3.2.2 Lebenslagenansatz

Der Lebenslagenansatz bezieht über die monetären Grössen hinaus zusätzliche Dimensionen zur Armutsmessung mit ein und kann durch folgende Merkmale charakterisiert werden (Glatzer & Hübinger 1990):

- Multidimensionalität der Lebenslage;
- Gegenseitige Beeinflussung und Abhängigkeit der zentralen Lebensbereiche, die zu kumulierten Problemlagen führen können;
- Kombination von objektiven und subjektiven Aspekten zur Bestimmung der Lebenslage;
- Chancen und Risiken als Resultat einer Lebenslage.

Zu den verschiedenen zentralen Dimensionen der Lebenslage gehören – neben dem Einkommen - demografische Merkmale (Alter, Geschlecht, Nationalität, Zivilstand), sowie Grössen wie Wohnsituation, Arbeit und Ausbildung, soziale Herkunft, private Netzwerke, Gesundheit, Zufriedenheit und Bewältigungsstrategien. Arm in diesem Konzept ist, wer in mehreren dieser Bereiche unterversorgt ist. Der Lebenslagenansatz lässt sich jedoch nicht vollständig vom Ressourcenansatz trennen: Untersuchungen haben ergeben, dass unter einem bestimmten finanziellen Niveau die Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen überproportional zunimmt.

Der Lebenslagenansatz ist ein neueres und wichtiges, aber vergleichsweise kostspieliges Instrument. Frühere schweizerische Armutsuntersuchungen (z.B. Buhmann 1988) verwendeten ausschliesslich den Ressourcenansatz; bei Leu, Burri & Priester (1997) werden Ressourcen- und Lebenslagenansatz kombiniert.

3.3 Datenlage für die Messung von Armut in der Schweiz

Zur Messung der Armut ist nicht nur die geeignete Berechnung, sondern ebenso die Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der vorhandenen Daten entscheidend. Die Erhebung der Indikatoren, die für die Armutsmessung relevant sind, kann grundsätzlich durch Primär- oder durch Sekundärdaten oder – wie bei Leu, Burri & Priester (1997) - durch eine Kombination von beiden erfolgen. Eine Primärdatenerhebung für eine regelmässige Armutsberichterstattung ist jedoch nicht sinnvoll: Zusätzlich zum grossen Aufwand und der Datenschutzproblematik kommt die zeitliche Verzögerung, welche die Ergebnisse sehr schnell veralten lässt.

Als Sekundärdaten eignen sich gemäss Burri (1998a, 1999) die Daten der Steuerverwaltung, der SAKE, der EVE (Einkommens- und Verbrauchserhebung) sowie der LSE (Lohnstrukturerhebung). Eine Problematik besteht zur Zeit noch darin, dass keine dieser Datenquellen spezifisch für die Armutsmessung konzipiert ist und deshalb verschiedene Indikatoren fehlen. Bei den drei letzteren fehlen u.a. die Angaben zum Vermögen; die Steuerdaten haben hingegen den Nachteil, dass in 20 Prozent der Fälle die Haushaltseinheit nicht mit der Steuereinheit übereinstimmt (z.B. bei Konkubinatspaaren).

Die Messung von Armut ist somit nicht nur konzeptuell schwierig, sondern stösst ebenso auf erhebliche Probleme bezüglich der verfügbaren Daten. Burri (1998a) sieht Verbesserungs-

möglichkeiten einerseits in der Verknüpfung, anderseits im Ausbau verschiedener Datenquellen. Insbesondere wird an eine zukünftige Datenquelle oder Datenverknüpfung die Anforderung gestellt, dass sie alle nötigen Indikatoren zur Armutsmessung enthält, mehrere Dimensionen der Lebenslage berücksichtigt und sich auch für Längsschnittstudien eignet.[11]

3.4 Vorgehen zur Armutsberechnung nach dem Ressourcenansatz

Die unseren Berechnungen zugrundeliegende Datenquelle der SAKE ermöglicht die Anwendung des Ressourcenansatzes. Den aus der SAKE hervorgehenden finanziellen Ressourcen eines Haushaltes ist dabei die Armutsgrenze des entsprechenden Haushaltstyps gegenüberzustellen. Die Berücksichtigung des Lebenslagenansatzes wäre mit den Fragen zur finanziellen Einschränkung zwar grundsätzlich möglich, die Ergebnisse wären jedoch überhaupt nicht mehr kompatibel mit anderen Untersuchungen. Wir nehmen deshalb die Analyse der Einschränkungen aus finanziellen Gründen lediglich ergänzend vor (Kapitel 6.4 und Anhang B).

3.4.1 Armutsgrenzen in der Schweiz

In der Schweiz sind hauptsächlich politische Armutsgrenzen (Existenzminima) relevant. Diese enthalten einen einheitlichen, nach Haushaltsgrösse abgestuften Grundbedarf und einen variablen Teil für individuell und regional unterschiedliche, lebensnotwendige Ausgaben wie z.B. Miete oder Krankenversicherungsprämie. Daraus können schweizerische Durchschnittswerte als «absolute» Grenzen berechnet werden. Für die internationale Vergleichbarkeit ist es sinnvoll, diese «absoluten» Grenzen relativ zum Durchschnitts- und Medianeinkommen auszudrücken.

Es sind hauptsächlich drei Armutsgrenzen gebräuchlich: Die Grenze der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Grenze), die Grenze der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (EL-Grenze) sowie das betreibungsrechtliche Existenzminimum. Die massgebende Grenze für den Sozialhilfebezug ist die SKOS-Grenze, welche den Kantonen als Richtlinie für den Existenzbedarf dient, allerdings nicht gesetzlich bindend ist. Für AHV- und IV-Rentner/-innen mit tiefen Einkommen ist die EL-Grenze massgebend. Sie liegt etwas höher als die SKOS-Grenze. Das betreibungsrechtliche Existenzminimum kommt bei Betreibungen und Schuldenzahlungen zur Anwendung. Das betreibungsrechtliche Existenzminimum liegt tiefer als die andern beiden Grenzen.

Tabelle 5: Armutsgrenzen in der Schweiz 1999

Haushaltstyp	Armutsgrenze in Franken pro Monat (durchschnittlicher Grundbedarf ohne Miete und KV-Prämien)		
	SKOS	EL	Betreibungsrecht
1 Person	1'110	1'370	1'050
4 Personen (2 Erwachsene, 2 Kinder)	2'375	3`430	1'990

Quelle: SKOS (1997); Caritas (1999)

[11] In diese Richtung geht das Schweiz. Haushaltspanel (SHP), welches sich auf das Lebenslagen-Konzept abstützt (Tillmann & Zimmermann 1999). Für differenziertere repräsentative Working Poor-Analysen ist die SHP-Stichprobe aber zu klein.

In der vorliegenden Arbeit stützen wir uns auf das in der Sozialhilfepraxis massgebende Existenzminimum nach SKOS. Dieses setzt sich wie folgt zusammen:

- Grundbedarf I (1'010 Franken für eine Person)
- Grundbedarf II (45 bis 155 Franken für eine Person, regional differenziert)
- Miete (effektive Kosten im ortsüblichen Rahmen)
- Krankenversicherungsprämien (obligatorische Grundversicherung plus Franchisen/Selbstbehalt)

3.4.2 Verwendete Armutsgrenze nach SKOS

Für die folgenden Analysen berechnen wir die Armutsgrenze aus dem Grundbedarf I und II der SKOS sowie Miete und Krankenkassenprämien (Grundversicherung) für den jeweiligen Haushalt. Wenn das Haushaltseinkommen nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern unter der Armutsgrenze liegt, bezeichnen wir diesen Haushalt als arm. Die einzelnen Komponenten zur Berechnung der Armutsgrenze bestimmen sich wie folgt:

- Der Grundbedarf I pro Haushalt entspricht genau den Angaben der SKOS (1997).
- Den Grundbedarf II errechnen wir vereinfachend aufgrund des schweizerischen Durchschnitts (da regionale Differenzierungen von den Einschätzungen der lokalen Sozialhilfebehörden abhängen und nicht systematisch dokumentiert sind).
- Miete sowie Krankenversicherungsprämien werden zu den Zwangsausgaben gezählt und sind in Abschnitt 3.4.4 genauer erläutert.

Tabelle 6 zeigt die aus diesen Berechnungen resultierenden existenzminimalen Beträge nach einzelnen Haushaltstypen.

Tabelle 6: Komponenten des Existenzminimums nach SKOS 1999

Haushaltstypen	Durchschnittlicher Bedarf in Franken pro Monat				
	Grundbedarf I	Grundbedarf II	Miete	Krankenversicherung	Total
1 Person	1`010	100	760	204	2'074
2 Erwachsene	1'545	155	990	408	3`098
1 Erwachsene, 1 Kind	1'545	155	990	257	2'947
2 Erwachsene, 1 Kind unter 16 J.	1`880	190	1`060	461	3'591
2 Erwachsene, 2 Kinder unter 16 J.	2'160	215	1`120	511	4`006
2 Erwachsene, 3 Kinder, davon 2 u. 16 J.	2'445	415	1`180	641	4'691

Quelle: SKOS (1997), BSV (2000), eigene Berechnungen mit SAKE 1995 (Miete)

Das Existenzminimum nach SKOS für eine Person liegt durchschnittlich bei knapp 25'000 Franken pro Jahr. Es handelt sich hier um eine «absolute», d.h. in Frankenbeträgen festgelegte Grenze. Die SKOS-Grenze kann jedoch in eine relative Grösse umgerechnet werden und zum mittleren Äquivalenzeinkommen in Beziehung gesetzt werden. Zur Berechnung des **Äquivalenzeinkommens** wird das verfügbare Haushaltseinkommen (d.h. Haushaltseinkommen ohne Steuern und Sozialversicherungen) aus den SAKE-Daten durch die Wurzel aus der Anzahl Haushaltsmitglieder dividiert (nach Atkinson, Rainwater & Smeeding 1995).

Das aus der SAKE 1999 berechnete netto verfügbare Median-Äquivalenzeinkommen liegt für erwerbstätige Haushalte bei jährlich rund 40`400 Franken, das netto verfügbare Durchschnitts-Äquivalenzeinkommen bei rund 50'300 Franken. Die SKOS-Grenze macht

- 62 Prozent des verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens und
- 50 Prozent des verfügbaren Durchschnitts-Äquivalenzeinkommens aus.

Damit entspricht die SKOS-Grenze ziemlich genau den international gebräuchlichen relativen Armutsschwellen. Die Armutsgrenze von 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens kommt z.B. bei Strengmann-Kuhn (1999) für Deutschland und bei Ponthieux & Concialdini (2000) für Frankreich und die USA zur Anwendung. Die Grenze von 60 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens wird bei Marlier & Ponthieux (2000, 11) für den Vergleich der EU-Länder zugrundegelegt.

Wie **Tabelle 7** zeigt, liegt die implizite Äquivalenzskala der SKOS nahe bei der Äquivalenzskala nach Atkinson, Rainwater & Smeeding (1995), so dass die SKOS-Grenze auch für Mehrpersonenhaushalte etwa der Hälfte des verfügbaren Durchschnitts-Äquivalenzeinkommens entspricht. Neben diesen beiden Skalen gibt es jedoch eine Reihe von alternativen Äquivalenzskalen, die sich je nach Land und je nach Publikation unterscheiden (vgl. Atkinson, Rainwater & Smeeding 1995, 19ff.; Buhmann 1988, 24ff.; Buhmann, Rainwater, Schmaus & Smeeding 1988; Bauer 1998, 18ff.; Leu, Burri & Priester 1997, 30ff.). Die aktuellste, auf repräsentativen Erhebungsdaten beruhende Äquivalenzskalenschätzung wurde von Gerfin, Leu & Schwendener (1994) im Auftrag des Bundesamtes für Statistik berechnet. Diese Skala weist für Haushalte ab vier und mehr Personen deutlich tiefere Äquivalenzziffern aus.

Tabelle 7: Implizite Äquivalenzskala der SKOS im Vergleich

	SKOS mit Miete	Atkinson, Rainwater & Smeeding (1995)	Gerfin, Leu & Schwendener (1994)
1 Person	1.00	1.00	1.00
2 Personen (1 Erwachsene + 1 Kind)	1.42	1.41	1.44
2 Erwachsene	1.49	1.41	1.41
2 Erwachsene + 1 Kind	1.73	1.73	1.66
2 Erwachsene + 2 Kinder	1.93	2.00	1.77
2 Erwachsene + 3 Kinder	2.26	2.24	1.90

Quellen: Atkinson, Rainwater & Smeeding (1995, 19); Gerfin, Leu & Schwendener (1994); eigene Berechnungen

3.4.3 Berechnung des Haushaltseinkommens

Das gesamte Haushaltseinkommen wird in der SAKE global erfragt und umfasst das Erwerbseinkommen sämtlicher Haushaltsmitglieder sowie allfällige Vermögenseinkommen und Einkommen aus Transfers (Sozialhilfe, Familienzulagen, Alimente usw.).[12] Bei den Transfereinkommen sollten an sich auch die Leistungen der kantonalen Prämienverbilligung bei der Krankenversicherung enthalten sein. Hier bleibt allerdings zu vermuten, dass die Befragten

[12] Die Frage lautet konkret: «Zum Schluss möchten wir noch das Totaleinkommen von Ihrem Haushalt wissen. Dazu gehören alle Erwerbseinkommen, alle Kapitalerträge wie z.B. Zinsen, Aktien oder Mieteinnahmen, aber auch alle staatlichen und privaten Renten oder Zuschüsse wie z.B. AHV, Arbeitslosenunterstützung, IV, Sozialhilfe, Stipendien, Unterhaltsbeiträge etc.».

diese Leistungen zumindest teilweise nicht beim Haushaltseinkommen einschliessen. In rund einem Drittel der Kantone wird die Prämienverbilligung den Versicherten direkt ausbezahlt (Balthasar 1998, 34). In diesen Fällen dürfte die Prämienverbilligung von den Befragten beim Haushalteinkommen mitgerechnet werden. In den anderen Kantonen erfolgt die Auszahlung an die Krankenkasse. Wieweit die Befragten diese Leistungen beim Haushaltseinkommen miteinbeziehen, kann nicht geklärt werden. Wenn dies der Fall ist, so wird die Armut für die Jahre ab 1996 tendenziell überzeichnet. Da das Ausmass der Nichtberücksichtigung der Prämienverbilligung bei der Einkommensangabe nicht sinnvoll abzuschätzen ist und zudem eine Berechnung der Prämienverbilligung über mehrere Jahre hinweg angesichts der wenig transparenten, sehr unterschiedlichen und im Zeitablauf ändernden verschiedenen kantonalen Systeme nicht konsistent vorgenommen werden kann, verzichten wir auf eine Korrektur der potentiellen Überschätzung bei den Individualdaten. Hingegen schätzen wir bei der gesamten Working Poor-Quote das Ausmass der maximalen Überschätzung ab. Die potentielle Überschätzung wird tendenziell dadurch kompensiert, dass verschiedene Ausgaben, welche für das Existenzminimum in Rechnung gestellt werden können, aus Gründen der Datenlage ebenfalls unberücksichtigt bleiben (z.B. Alimente, Schuldzinsen u.a.).

Eine Umrechnung des Netto- in ein Bruttoeinkommen und umgekehrt ist möglich; die Einkommensdaten sind somit vergleichbar. Wie sich das Haushaltseinkommen im einzelnen aus diesen Bestandteilen zusammensetzt, ist aber nicht ersichtlich. Das Vermögen wird in der SAKE nicht erfragt. Somit kann auch kein zumutbarer Vermögensverzehr berechnet und einbezogen werden.

3.4.4 Quantifizierung der Zwangsausgaben

Bei den Zwangsausgaben werden bei Leu, Burri & Priester (1997, 39) folgende Bestandteile berücksichtigt: Sozialversicherungen, Steuern, Krankenversicherung (Grundprämie), Alimente, Unterstützungszahlungen, Schuldzins- und Amortisationszahlungen sowie ein Teil der Wohnkosten. Alimente, Unterstützungs-, Schuldzins- sowie Amortisationszahlungen lassen sich aus den SAKE-Daten nicht ermitteln und werden in der Folge nicht berücksichtigt (respektive mit Null verrechnet). Miete und Krankenkassenprämien werden im folgenden ebenfalls zu den Zwangsausgaben gerechnet (wenngleich sie bereits beim Existenzminimum nach SKOS aufgeführt wurden).

Somit sind folgende Zwangsausgaben zu berücksichtigen:

■ **Steuern**: Die Steuern werden von uns detailliert für jedes Einkommen je Haushaltstyp und für jeden Kanton anhand der durch die Eidgenössische Steuerverwaltung erstellten Publikation «Steuerbelastung in der Schweiz» 1998 errechnet (ESTV 1999). Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens erfolgt im Anhang A.
■ **Sozialversicherungen**: Die Sozialversicherungen für Angestellte teilen sich auf in AHV (5.05%), ALV (1.5%) und BV (5%), was zusammen einen Anteil von 11.55 Prozent ergibt, der vom Haushaltseinkommen abgezogen wird. Dieser Anteil dürfte die effektiven Sozialversicherungsabgaben etwas überschätzen, zum einen, weil nicht das gesamte Haushaltseinkommen aus Erwerbseinkommen besteht, zum andern, weil die berufliche Vorsorge bei geringen Einkommen aufgrund des Koordinationsabzugs weniger als 5 Prozent beträgt.[13] Da

[13] Gemäss Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 beträgt der Anteil für die Sozialversicherungen 9.63 Prozent (BFS 2000b,9). Dieser tiefere Wert kommt dadurch zustande, dass Rentner/-innen, Selbständige (insbesondere Land-

einerseits verschiedene andere Zwangsabgaben (z.B. Alimente) nicht berücksichtigt werden konnten und anderseits auch Personen mit geringem Einkommen sowie Selbständige die Möglichkeit haben müssten, ein Mindestmass von 5 Prozent für die private Alterssicherung zurückzustellen, belassen wir es beim Anteil von 11.55 Prozent.

■ **Krankenversicherung**: Die Prämien für die Krankenversicherung (KV) wird pro Kanton und pro Mitglied aufgrund der entsprechenden Angaben des Bundesamtes für Sozialversicherung berechnet (BSV 5/1999, 255). Der unterschiedlichen Prämienstruktur von Kindern, Auszubildenden und Erwachsenen wird dabei vollumfänglich Rechnung getragen. Wie in Abschnitt 3.4.3 bemerkt, lassen sich die Leistungen der kantonalen KV-Prämienverbilligung nicht explizit einbeziehen.

■ **Miete**: In der SAKE 1999 wurden keine Mietausgaben erhoben. Deshalb berechnen wir die Miete anhand der SAKE 1995 für die jeweils einkommensschwächere Hälfte der einzelnen Haushaltstypen und rechnen das Ergebnis auf das Jahr 1999 hoch (von 1995 bis 1999 stiegen die Mietpreise durchschnittlich um 2.5% an). Auf eine regionale Differenzierung verzichten wir.[14]

Die so berechnete Armutsquote misst die Nach-Transfer-Armut, d.h. die Armut unter Berücksichtigung von Sozialtransfers. Die Vor-Transfer-Armut lässt sich mit den zur Verfügung stehenden SAKE-Daten leider nicht errechnen.

wirte), Erwerbslose und insbesondere arme Haushalte deutlich tiefere Abgaben für die Sozialversicherungen entrichten. Für Unselbständige beträgt der Anteil durchschnittlich 11.93 Prozent.

[14] Dieser Entscheid begründet sich durch zwei Umstände. Eine Differenzierung nach Kantonen würde den Unterschieden innerhalb der Kantone nicht Rechnung tragen. Die aufgrund der SAKE 1995 vorgenommene Differenzierung nach unterschiedlichen Gemeindetypen (vgl. zu den Gemeindearten Abschnitt 6.1.2) ergab zum grössten Teil keine signifikanten Resultate.

4 Die Datenbasis der SAKE

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf die Datenquelle der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE). In Abschnitt 4.1 gehen wir auf die wichtigsten Charakteristiken der SAKE und deren Eignung für die Armutsberichterstattung in geraffter Form ein. Wie die Untersuchungspopulation der SAKE 1999 abgegrenzt und hochgerechnet wird, erläutern wir in Abschnitt 4.2. In Abschnitt 4.3 charakterisieren wir die Untersuchungspopulation der SAKE 1999 in den wichtigsten Zügen.

4.1 Allgemeine Charakterisierung

Die SAKE ist eine vom Bundesamt für Statistik BFS seit 1991 jährlich vorgenommene Befragung von rund 17'000 Personen. Sie basiert auf einer dem Telefonbuch entnommenen Zufallsstichprobe der Schweizer/-innen und niedergelassenen Ausländer/-innen (sogenannte ständige Wohnbevölkerung) ab 15 Jahren. Ihre Resultate können repräsentativ auf die gesamte ständige Wohnbevölkerung der Schweiz und deren wichtigsten soziodemografischen Gruppen hochgerechnet werden. Die SAKE hat insbesondere zum Ziel, die Entwicklung in der Erwerbsstruktur und im Erwerbsverhalten zu ermitteln. Dazu erfasst sie detaillierte Angaben zu den sozioökonomischen Charakteristiken und insbesondere dem Arbeitsmarktverhalten der befragten Person («Zielperson»), sowie eine sozioökonomische Kurzcharakterisierung der übrigen Personen im Haushalt, in welcher die Zielperson lebt. Ab 2002 ist eine Erhöhung der Stichprobe auf 30'000 Zielpersonen vorgesehen (Buhmann 1999a).

Für unsere Berechnungen stützen wir uns schwergewichtig auf die letztverfügbare Erhebung von 1999. Die SAKE 1999 enthält Daten von 17`720 befragten Personen aus der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren. Somit liefert die SAKE 1999 Informationen über 17`720 Haushalte mit 42`948 Haushaltsmitgliedern. In unserem Zusammenhang ist eine aussagekräftige Auswertung nur dann möglich, wenn die befragte Person im Erwachsenenstatus und erwerbstätig ist. Für verschiedene Auswertungen über die Entwicklung des Working Poor-Phänomens beziehen wir die SAKE-Ergebnisse der Jahre 1991 bis 1999 ein. Für diesen Zeitraum stehen gesamthaft rund 43'000 auswertbare Datensätze von Befragten zur Verfügung. Die SAKE ist als rotierendes Panel angelegt: Rund ein Fünftel der Befragungen wird jeweils im Folgejahr ausgewechselt, die restlichen vier Fünftel verbleiben in der Stichprobe. Die gleiche Person kann also maximal während fünf aufeinanderfolgenden Jahren befragt werden. Somit können für dieselbe Person während mehreren Jahren wiederholte Beobachtungen (Paneldaten) ausgewertet werden.

Die SAKE weist für die Armutsberichterstattung generell und die Berichterstattung über das Phänomen der Working Poor im speziellen grosse Vorteile auf (Burri 1999, Priester 1999). Grenzen der Analyse ergeben sich zum einen durch die Stichprobengrösse und zum anderen dadurch, dass betragsmässige Abfragen von Einkommensbeträgen bei telefonischen Befragungen naturgemäss einen gewissen Unschärfebereich aufweisen. Solange die individuellen Über- und Unterschätzungen des effektiven Einkommens normalverteilt sind, resultieren aus den Angaben aber auf der aggregierten Ebene richtige (erwartungstreue) Masszahlen (wie zum Beispiel das Medianeinkommen oder oder der Anteil an Beobachtungen mit einem Einkommen unter einem vorgegebenen Wert). Beim Erwerbseinkommen lässt es sich durch einen Vergleich mit den Resultaten der Lohnstrukturerhebung belegen, dass aus der SAKE sehr gute Annäherungen der Lohneinkommen resultieren (vgl. Abschnitt 12.2 in Anhang C). Die individuellen Angaben über die Haushaltseinkommen dürften stärker um die wahren Werte schwanken als die individuellen Erwerbseinkommen (welche den Befragten besser

präsent sind). Es bleibt aber anzunehmen, dass sich diese individuellen Abweichungen auf der aggregierten Ebene wiederum weitestgehend ausgleichen.

Die Vor- und Nachteile der SAKE für die Analyse von Working Poor fassen wir aufgrund der Erfahrungen mit der vorliegenden Untersuchung in Anhang C zusammen.

4.2 Abgrenzung und Hochrechnung der SAKE 1999

Tabelle 8 zeigt, wie aus den gesamthaft 17'720 Beobachtungen der SAKE 1999 die relevante Untersuchungspopulation an Erwerbstätigen im Alter von 20 bis 59 Jahren ermittelt wird. Die wesentlichste Einschränkung ergibt sich beim Haushaltseinkommen: Rund ein Drittel aller Befragten kann oder will keine Angabe zum Haushaltseinkommen machen. Die weiteren Einschränkungen resultieren aus der Anforderung von Erwerbstätigkeit und Altersabgrenzung.

Tabelle 8: Ermittlung der Untersuchungspopulation aus der Datenbasis der SAKE 1999

Abgrenzung der Population	Anzahl Befragte	
	absolut	in %
Datenbasis SAKE 1999 (1)	17`720	100.0%
Davon mit gültigem Haushaltseinkommen (2)	11`975	67.6%
Davon mit gültigem Erwerbseinkommen (3)	7`999	45.1%
Davon befragte Person mindestens 1 Stunde pro Woche erwerbstätig (4)	7`950	44.9%
Davon befragte Person 20-59-jährig (5)	7`395	41.7%
Nicht in der Untersuchungspopulation enthalten: Erwerbslose, 20-59-jährig, mit gültigem Haushaltseinkommen (6)	179	2.1%

(1) Anzahl Befragte mit Gewichtungsfaktor > 0
(2) Ein «gültiges» Haushaltseinkommen ist ein Haushaltseinkommen > 0
(3) Ein «gültiges» Erwerbseinkommen ist ein Erwerbseinkommen > 0
(4) Als erwerbstätig bezeichnen sich in der SAKE jene Personen, welche mindestens 1 Stunde pro Woche erwerbstätig sind. Dies entspricht der ILO-Definition. Für die vorliegende Untersuchung muss sich die befragte Person zusätzlich als «erwerbstätig» bezeichnen, d.h. Erwerbslose und Lehrlinge werden nicht berücksichtigt.
(5) Mit der Altersabgrenzung werden Personen im Rentenalter und die jüngsten beiden Jahrgänge mit sehr heterogenen Lebenssituationen (Kombinationen von Ausbildung und Erwerbsarbeit, wohnhaft bei den Eltern usw.) ausgeschlossen.
(6) Sämtliche Erwerbslosen geben ein Erwerbseinkommen von 0 an, d.h. die Arbeitslosenunterstützung ist im Haushaltseinkommen, aber nicht im Erwerbseinkommen enthalten.
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Die Untersuchungspopulation umfasst somit 7'395 erwerbstätige Personen. Diese Zahl bildet den Nenner der Working Poor-Quote. Die Entscheidung, ob eine Person zur Untersuchungspopulation gehört oder nicht, erfolgt ausschliesslich über die Merkmale der befragten Person. Bei der Entscheidung, ob die Person arm sei und somit zu den Working Poor gehöre, spielen Angaben über den Haushalt als ganzes eine wesentliche Rolle (gesamtes Haushaltseinkommen und Armutsgrenze für den gesamten Haushalt). Ob eine Person potentiell zu den «Vollzeit-Working Poor» gehören kann, entscheidet sich ebenfalls auf der Ebene des gesamten Haushaltes. Bei unserer Definition von Vollzeit-Working Poor muss der gesamte Erwerbsumfang aller Haushaltsmitglieder mindestens 36 Wochenstunden betragen.

Indem wir die befragten Personen mit der in der SAKE verfügbaren individuellen Gewichtung hochrechnen und zudem den Beobachtungen mit fehlenden Angaben über einen Korrekturfaktor Rechnung tragen, erhalten wir repräsentative Angaben über die gesamte **Zahl der Working Poor**. Die gesamte **Zahl der Working Poor-Haushalte** und der in diesen Haushalten betroffenen Personen kann aus der Zahl der Working Poor abgeleitet werden. Dazu muss auch die

Zusammensetzung der Haushalte, in denen die Working Poor leben, berücksichtigt werden. Diese Hochrechnung wird für jede soziodemografische Gruppe separat durchgeführt.

4.3 Charakteristiken der Untersuchungspopulation der SAKE 1999

In **Tabelle 9** werden die Merkmale der Untersuchungspopulation hochgerechnet auf die Gesamtheit der Erwerbstätigen zwischen 20 und 59 Jahren dargestellt. Die hochgerechnete Untersuchungspopulation bildet die Basis für die Ermittlung des Nenners der Working Poor-Quote in den einzelnen Szenarien. Je nach Zusatzkriterium des Zählers muss die Untersuchungspopulation nochmals eingeschränkt werden (z.B. auf Haushalte mit mindestens 36 Wochenstunden gesamter Erwerbstätigkeit für die Ermittlung der Vollzeit-Working Poor).

Tabelle 9: Merkmale der Untersuchungspopulation in der SAKE 1999 (erwerbstätige Personen 20-59-jährig)

Merkmal	Befragte	Hochrechnung auf Erwerbstätige 20-59 Jahre					
		Gesamt		In Vollzeit-Haushalten		In Teilzeit-Haushalten	
Geschlecht							
Weiblich	3`277	1`363`000	41.0%	1`198`000	38.6%	161`000	72.9%
Männlich	4`118	1`962`000	59.0%	1`906`000	61.4%	60`000	27.1%
Total	7`395	3`325`000	100.0%	3`104`000	100.0%	221`000	100.0%
Altersklasse							
20-29 Jahre	1`367	625`000	18.8%	590`000	19.0%	36`000	16.5%
30-39 Jahre	2`697	1`130`000	34.0%	1`068`000	34.4%	64`000	28.8%
40-49 Jahre	1`919	928`000	27.9%	869`000	28.0%	57`000	25.9%
50-59 Jahre	1`412	642`000	19.3%	577`000	18.6%	64`000	28.8%
Total	7`395	3`325`000	100.0%	3`104`000	100.0%	221`000	100.0%
Zivilstand							
Ledig	2`551	991`000	29.8%	897`000	28.9%	93`000	42.2%
Verheiratet	3`853	1`972`000	59.3%	1`931`000	62.2%	48`000	21.7%
Geschieden	758	283`000	8.5%	223`000	7.2%	56`000	25.3%
Getrennt	124	43`000	1.3%	31`000	1.0%	11`000	4.9%
Verwitwet	109	36`000	1.1%	22`000	0.7%	13`000	5.9%
Total	7`395	3`325`000	100.0%	3`104`000	100.0%	221`000	100.0%
Nationalität							
Ausländer/-in	1`030	721`000	21.7%	695`000	22.4%	27`000	12.3%
Schweizer/-in	6`365	2`604`000	78.3%	2`409`000	77.6%	194`000	87.7%
Total	7`395	3`325`000	100.0%	3`104`000	100.0%	221`000	100.0%
Haushaltstyp							
Alleinstehend	2`251	668`000	20.1%	552`000	17.8%	111`000	50.4%
Alleinerziehend	279	106`000	3.2%	56`000	1.8%	44`000	20.1%
Paare ohne Kinder	1`758	802`000	24.1%	776`000	25.0%	29`000	12.9%
Paare mit Kindern	2`416	1`240`000	37.3%	1`223`000	39.4%	23`000	10.3%
Andere Haushaltstypen	691	509`000	15.3%	497`000	16.0%	14`000	6.3%
Total	7`395	3`325`000	100.0%	3`104`000	100.0%	221`000	100.0%
Haushaltseinkommen (brutto)							
Bis 40'000	352	133`000	4.0%	68`000	2.2%	60`000	27.0%
40-60'000 Fr.	1`223	476`000	14.3%	394`000	12.7%	77`000	34.9%
60-80'000	1`649	678`000	20.4%	636`000	20.5%	43`000	19.4%
über 80`000	4`171	2`038`000	61.3%	2`006`000	64.6%	41`000	18.6%
Total	7`395	3`325`000	100.0%	3`104`000	100.0%	221`000	100.0%

Hochrechnung mit Individualgewichtung und Korrekturfaktor für fehlende Angaben; hochgerechnete Zahlen auf 1000 gerundet
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Der höhere Anteil an Männern liegt im Umstand begründet, dass in der Untersuchungspopulation ausschliesslich Erwerbstätige enthalten sind. Der effektive Anteil der Männer an den Erwerbstätigen liegt bei 58 Prozent (Statistisches Jahrbuch 2000, 108) was ziemlich genau dem Anteil der SAKE von 59 Prozent entspricht. Auch bezüglich Nationalität entspricht der Anteil der Ausländer/-innen in der SAKE mit 21.7 Prozent recht genau dem «wahren» Anteil: Das Bundesamt für Statistik ermittelte für das Jahr 1998 einen Ausländeranteil von 19.4 Prozent. Die Erwerbsquote ist bei der ausländischen ständigen Wohnbevölkerung deutlich höher als bei der inländischen (61.3% für Ausländer/-innen gegenüber 51.6% für Schweizer/-innen, Statistisches Jahrbuch 2000, 108). Somit würde der Anteil der ausländischen Erwerbstätigen auf 23 Prozent aller Erwerbstätigen steigen, was dem Anteil in der ermittelten Untersuchungspopulation von rund 22 Prozent gut entspricht. Die ermittelte Untersuchungspopulation mit der Individualgewichtung bildet somit die effektive erwerbstätige Bevölkerung in der Schweiz gut ab.

Teil 2: Empirische Analysen

5 Ausmass der Armut bei Erwerbstätigen

Im folgenden ermitteln wir die Anzahl an Working Poor und an Working Poor-Haushalten anhand der Daten der SAKE 1999 und vergleichen das Ergebnis mit den Resultaten anderer Studien (Abschnitt 5.1). Working Poor sind je nach soziodemografischer Gruppe sehr unterschiedlich verteilt. Aus diesem Grund berechnen wir die Working Poor-Quote und die Zahl an Working Poor in Abschnitt 5.2 für unterschiedliche Gruppen nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Haushaltstyp und Sprachregion. In Abschnitt 5.3 nehmen wir einen quantitativen Überblick zu den Mitgliedern von Working Poor-Haushalten vor. Mit dem Verhältnis von Tieflohnbezug und Working Poor befasst sich Abschnitt 5.4. In Abschnitt 5.5 fassen wir die wesentlichen Ergebnisse des Kapitels zusammen.

5.1 Anzahl an Working Poor und Working Poor-Haushalten

Gemäss Definition 2 werden Working Poor als Schnittmenge zwischen Erwerbstätigen und Armen aufgefasst (wobei wir uns gemäss Definition 1 auf die Personen im Alter zwischen 20 und 59 Jahren beschränken). Ein Haushalt wird als arm bezeichnet, wenn das Einkommen nach Abzug der Zwangsausgaben die festgelegte Armutsgrenze unterschreitet. Die Working Poor werden wie folgt ermittelt. Für die Erwerbstätigen wird zuerst das verfügbare Haushaltseinkommen berechnet:

Verfügbares Haushaltseinkommen = Haushaltseinkommen – Steuern – Sozialversicherungen (gemäss Kapitel 3.4.4)

Armutsgrenze nach SKOS = Grundbedarf I + II + Miete + Krankenversicherung (gemäss Kapitel 3.4)

Liegt das verfügbare Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze, wird die erwerbstätige Person als **Working Poor** bezeichnet, ihr Haushalt gilt als **Working Poor-Haushalt**. Die Gesamtheit der Working Poor wird je nachdem, ob der Erwerbsumfang aller Haushaltsmitglieder zusammen mindestens 36 Wochenstunden beträgt oder nicht in **«Vollzeit-Working Poor»** und **«Teilzeit-Working Poor»** aufgeteilt (vgl. Kapitel 2.4).

Für die Analyse sind zwei Verhältniszahlen von besonderer Bedeutung.

■ Die **Working Poor-Quote** umfasst den Prozentsatz der Armen an den Erwerbstätigen (unabhängig vom Beschäftigungsgrad). Die Quote für Vollzeit-Working Poor (Teilzeit-Working Poor) entspricht dem Prozentsatz der Armen an den Erwerbstätigen in Haushalten, deren gesamtes Erwerbsvolumen mindestens 36 Wochenstunden (weniger als 36 Wochenstunden) beträgt.
■ Der **Working Poor-Anteil** umfasst den Prozentsatz der Working Poor an den Armen (zwischen 20 und 59 Jahren). Zur Berechnung des Anteils der Vollzeit-Working Poor (Teilzeit-Working Poor) werden im Zähler die Anzahl an Vollzeit-Working poor (Teilzeit-Working Poor) eingesetzt, während im Nenner die Anzahl an Armen (im Alter zwischen 20 und 59 Jahren) unverändert bleibt.

Wie **Tabelle 10** zeigt, erhalten wir für 1999 eine Working Poor-Quote von 7.5 Prozent. Dies bedeutet, dass 7.5 Prozent der Erwerbstätigen (im Alter von 20 bis 59) in einem armen Haushalt leben. Bei einer Beschränkung auf Vollzeit-Haushalte (in denen der gesamte Erwerbsumfang mindestens 36 Wochenstunden beträgt) resultiert eine Vollzeit-Working-Poor-Quote von 6.0

Prozent, bei einer Beschränkung auf Teilzeit-Haushalte (in denen der gesamte Erwerbsumfang weniger als 36 Wochenstunden beträgt) eine Teilzeit-Working-Poor-Quote von 29 Prozent aus. An allen Armen im Erwerbsalter machen die Working Poor einen Anteil von 60 Prozent aus. Der Anteil der «Vollzeit-Working Poor» an den Armen im Erwerbsalter liegt bei 44 Prozent, der Anteil der «Teilzeit-Working Poor» bei 16 Prozent.

Tabelle 10: Working Poor-Quoten und Working Poor-Anteile: Studien im Vergleich

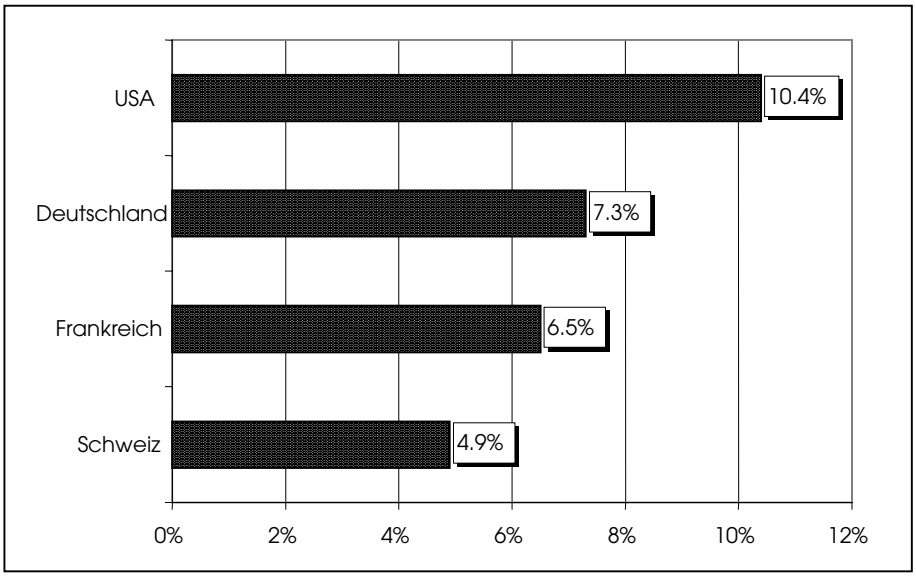
Studie	Land / Jahr	Armutsgrenze	Mindest-Beschäftigungsgrad	Working Poor-Quote	Working Poor-Anteil
Eigene Berechnung	Schweiz / 1999	Fr. 2`074 (SKOS inkl. Miete/KV) ≈ 50% des Durchschnitts-Äquivalenzeinkommens	1 Wochenstunde	7.5%	60%
			Vollzeit (Haushalt gesamt ≥ 36 Wochenstunden)	6.0%	44%
			Teilzeit (Haushalt gesamt < 36 Wochenstunden)	29.0%	16%
Liechti & Knöpfel (1998) (nach Leu, Burri & Priester 1997)	Schweiz / 1992	Fr. 1`800 (SKOS inkl. Miete/KV)	Vollzeit (ein Haushaltsmitglied ≥ 90% und ≥ 48 Wochen erwerbstätig im letzten Jahr)	4.7%[1]	69%
Strengmann-Kuhn (1999)	Deutschland / 1995	50% des Durchschnitts-Äquivalenzeinkommens	1 Wochenstunde	7.3%	56%
			Vollzeit (individuell ≥ 90%)	5.9%	45%
Hourriez (1999) [2]	Frankreich / 1994	50% des Median-Äquivalenzeinkommens	- (ohne Arbeitslose, ohne Studierende)	5.6%	69%
Ponthieux & Concialdini (2000)	Frankreich / 1995	50% des DS-Äquivalenzeinkommens	1 Wochenstunde	6.5%	-
	USA / 1995	50% des DS-Äquivalenzeinkommens	1 Wochenstunde	10.4%	-
Bureau of Labour Statistics (1997)	USA / 1996	US-Poverty Threshold	≥ 27 Wochen erwerbstätig im letzten Jahr; alle	5.8%[3]	-
			Vollzeit (individuell), ≥ 27 Wochen erwerbstätig im letzten Jahr	4.1%	-

Working Poor-Quote: Working Poor / Erwerbstätige; Working Poor-Anteil: Working Poor / Arme im Erwerbsalter
Wenn nicht anders angegeben, wird das Einkommen nach Transfers zugrundegelegt
[1] Anzahl Haushaltsmitglieder von armen erwerbstätigen Haushalten im Erwerbsalter in Prozent aller Personen im Erwerbsalter, es wird das Vor-Transfer-Einkommen unter Berücksichtigung eines Vermögensanteils zugrundegelegt
[2] Berechnung aufgrund von Hourriez 1999, S. 213, Tabelle 2: Zur Berechnung der Working Poor-Quote wurden die Erwerbslosen von der aktiven Bevölkerung subtrahiert. Zur Berechnung der Armen im Erwerbsalter wurde die nichtaktive Bevölkerung zur aktiven (inkl. Erwerbslose) addiert
[3] Dieser Anteil schliesst Erwerbslose mit ein; werden nur Voll- und Teilzeitbeschäftigte berücksichtigt, sinkt die Quote auf 5.5 Prozent
Quellen: Liechti & Knöpfel (1998), Strengmann-Kuhn (1999), Hourriez (1999), Ponthieux & Concialdini (2000), BLS (1997), eigene Berechnungen

Liechti & Knöpfel (1998) haben auf der Grundlage der Armutsstudie von Leu, Burri und Priester (1997) für das Jahr 1992 eine Working Poor-Quote von 4.7 Prozent und einen Anteil von 69 Prozent berechnet. Infolge verschiedener methodischer Unterschiede sind diese Werte nicht direkt mit unseren Ergebnissen vergleichbar. Wenn wir unterstellen, dass sich die mit den methodischen Unterschieden verbundenen Effekte tendenziell ausgleichen[15], so liegt die von uns für das Jahr 1992 berechnete Quote für die Vollzeit-Working Poor von 4.3 Prozent (vgl. hinten Tabelle) ziemlich nahe beim Ergebnis von Liechti & Knöpfel von 4.7 Prozent.

Die in Tabelle 10 aufgeführten Resultate von Analysen für andere Länder liegen in ähnlichen Grössenordnungen. Erstaunlich ist dabei die verhältnismässig tiefe Working Poor-Quote, welche das US-Bureau of Labour Statistics für die USA berechnet. Dieses Resultat geht auf die zugrundegelegte tiefe Armutsgrenze (US-poverty threshold) zurück. Wenn die übliche Grenze von 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens verwendet wird, so ergibt sich für die USA der erwartete überdurchschnittlich hohe Wert von 10.4 Prozent. Der Vergleich der Ergebnisse von Tabelle 10 wird dadurch erschwert, dass sich die Analysen auf unterschiedliche Daten, Jahre, Ausschöpfungsquoten, Abgrenzungen und Berechnungsmethoden beziehen. Die Ergebnisse von Strengmann-Kuhn (1999) für Deutschland sowie von Ponthieux & Concialdini (2000) für Frankeich und die USA sind konzeptionell identisch und beziehen sich auf das selbe Jahr 1995. Konzeptionell ebenfalls gleich sind unsere Berechnungen für die Gesamtheit der Working Poor. Für den Vergleich der Quoten in **Abbildung 3** verwenden wir für die Schweiz ebenfalls den Wert von 1995.

Abbildung 3: Working Poor-Quoten im internationalen Vergleich 1995



Armutsgrenze: 50% des Durchschnitts-Äquivalenzeinkommens, einbezogen sind alle Personen ab 1 Wochenstunde Erwerbsarbeit
Quelle: Tabelle 10 und Tabelle 37

[15] So ist beispielsweise das bei Liechti & Knöpfel verwendete Konzept der Vortransfer-Armut mit höheren Werten verbunden als das von uns angenommene Konzept der Nachtransfer-Armut. Auf der anderen Seite führt die Anrechnung eines Vermögensanteils bei Liechti & Knöpfel wiederum zu tieferen Werten als unsere Berechnung ohne Berücksichtigung des Vermögens.

Im Vergleich zu den zwei Nachbarländern Frankreich und Deutschland lag die Working Poor-Quote 1995 in der Schweiz tiefer. Dabei ist allerdings anzunehmen, dass sich der Vorteil für die Schweiz in den letzten Jahren verringert hat, da die Working Poor-Quote in der Schweiz deutlich angestiegen ist (und 1999 7.5% betrug). In den USA ist das Problem von Working Poor im Vergleich mit den europäischen Ländern erheblich gravierender. 1995 waren in den USA mehr als 10 Prozent der Erwerbstätigen arm.

5.2 Working Poor-Quoten nach soziodemografischen Gruppen

In **Tabelle 11** sind die Working Poor-Quoten und die daraus resultierenden Hochrechnungen für die Anzahl an Working Poor nach verschiedenen soziodemografischen Gruppen aufgeführt.

Für Frauen, 30-49 jährige Personen, Ausländer/-innen, Alleinerziehende und Paare mit zwei und mehr Kindern sowie Bewohner/-innen der französischen Schweiz liegen die Working Poor-Quoten deutlich über dem Durchschnitt. Das heisst, dass diese Gruppen im Vergleich zu der Gesamtheit der Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 59 Jahren überdurchschnittlich oft Working Poor sind. Männer, Personen unter 30 oder über 49, Schweizer/-innen, Alleinstehende und Paare mit weniger als zwei Kindern, sowie Bewohner/-innen der Deutschschweiz sind dagegen unterdurchschnittlich oft Working Poor.

Tabelle 11: Anzahl Working Poor und Working Poor-Quoten nach soziodemografischen Gruppen 1999

	Working Poor gesamt		Working Poor in Vollzeit-Haushalt		Working Poor in Teilzeit-Haushalt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Geschlecht						
Weiblich	133'000	9.1%	85'000	6.5%	48'000	29.8%
Männlich	117'000	6.4%	101'000	5.7%	16'000	27.3%
Altersklasse						
20-29 Jahre	42'000	6.4%	24'000	3.9%	18'000	45.9%
30-39 Jahre	89'000	8.3%	71'000	7.1%	18'000	30.8%
40-49 Jahre	76'000	8.1%	61'000	6.9%	15'000	26.8%
50-59 Jahre	43'000	6.2%	30'000	4.8%	13'000	19.3%
Nationalität						
Ausländer/-in	86'000	12.2%	76'000	11.2%	10'000	32.6%
Schweizer/-in	164'000	6.2%	110'000	4.5%	54'000	28.4%
Haushaltstyp						
Alleinstehend	33'000	6.1%	11'000	2.5%	22'000	23.4%
Alleinerziehend	27'000	29.2%	10'000	18.9%	17'000	42.7%
Paare ohne Kinder	26'000	3.2%	17'000	2.2%	9'000	24.7%
Paare mit 1 Kind	25'000	6.7%	23'000	6.3%	..	..
Paare mit 2 Kindern	52'000	8.6%	47'000	8.1%	..	..
Paare mit 3+ Kindern	44'000	18.0%	42'000	18.1%	..	..
Andere Haushaltstypen	42'000	5.9%	36'000	5.4%	..	..
Sprachregion						
Deutsche Schweiz	168'000	6.9%	126'000	5.6%	42'000	27.0%
Französische Schweiz	74'000	9.2%	55'000	7.4%	19'000	31.3%
Italienische Schweiz	7'000	7.4%	..	..	..	..
Total 20-59-jährige Erwerbstätige	250'000	7.5%	186'000	6.0%	64'000	29.0%

Vollzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder beträgt mindestens 36 Wochenstunden; Teilzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder beträgt weniger als 36 Wochenstunden.
Die Angaben über die Anzahl an Working Poor sind auf 1`000 gerundet; Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Die aus Tabelle 11 hervorgehende unterschiedliche Working Poor-Betroffenheit lässt sich auch aus der späteren Tabelle 17 ersehen (in welcher die nicht Working Poor einerseits und die Working Poor andererseits nach einzelnen soziodemografischen Merkmalen aufgeteilt werden). Weil sich die unterschiedlichen Darstellungen in der Aussage entsprechen, verzichten wir auf eine umfassende Darlegung der Working Poor-Quoten nach unterschiedlichen Gruppen. Generell lässt sich feststellen, dass die Working Poor-Quote einer Gruppe signifikant über der allgemeinen Working Poor-Quote liegt, wenn der Anteil dieser Gruppe an den Working Poor signifikant grösser ist als der Anteil der Gruppe an den nicht Working Poor.

Vor diesem Hintergrund verweisen wir für die Interpretation der in Tabelle 11 ausgewiesenen Working Poor-Quoten auf die Diskussion von Tabelle 17 wo auch auf die Verhältnisse bei den Vollzeit- und Teilzeit-Working Poor eingegangen wird.

5.3 Working Poor und Working Poor-Haushalte: quantitativer Überblick

Aus den für die unterschiedlichen Haushaltstypen separat berechneten Working Poor-Quoten kann neben der gesamten Zahl von Working Poor auch die gesamte Zahl von Mitgliedern von Working Poor-Haushalten ermittelt werden.[16] Die entsprechenden Resultate aufgrund der Daten der SAKE 1999 sind in **Tabelle 12** ersichtlich.

Die Gesamtzahl von rund 250`000 Working Poor verteilt sich auf 169'000 Haushalte, die ihrerseits gesamthaft rund 535'000 Personen umfassen. Die 250'000 Erwerbstätigen machen einen Anteil von knapp der Hälfte (46.7%) aus. Gesamthaft 285`000 Haushaltsmitglieder (53.3%) sind nicht erwerbstätig. Dabei handelt es sich um 53'000 Erwachsene ohne Erwerbstätigkeit (9.9%) und 232`0000 Kinder (43.4%).[17] In der Schweiz sind somit Kinder als Mitglieder von Working Poor-Haushalten in erheblichem Mass von Armut betroffen. Wenn wir alle Haushalte mit Kindern als Familienhaushalte bezeichnen, so erhalten wir gesamthaft rund 100`0000 Familienhaushalte, die zu den Working Poor-Haushalten zählen.[18] An allen Working Poor-Haushalten machen die Familienhaushalte somit einen Anteil von knapp zwei Dritteln aus.

[16] Dabei werden die hochgerechneten Angaben über die Working Poor gemäss Tabelle 11 aufgrund der jeweiligen Haushaltsstruktur (durchschnittliche Anzahl an Erwerbstätigen, nicht Erwerbstätigen und Kindern im Haushalt) in die Zahl an Erwerbstätigen, Nichterwerbstätigen und Kindern umgerechnet. Die ermittelten Zahlen entsprechen weitgehend der Hochrechnung an Haushalten über die Haushaltsgewichtung (welche die Zahl an Haushalten nur für die gesamte ständige Wohnbevölkerung ganz adäquat wiedergibt).

[17] In einer früheren Studie haben wir mit den Daten der SAKE 1998 gesamtschweizerisch nur 120'000 Kinder in Armut berechnet (Bauer & Streuli 2000). Der erheblich höhere Wert von 230'000 Kindern erklärt sich durch zwei Faktoren. In der früheren Studie haben wir die typisierten Leistungen der kantonalen Verbilligungssysteme der KV-Prämie angerechnet, während wir in der vorliegenden Studie darauf verzichten, um eine bessere Vergleichbarkeit im Ablauf der 90er Jahre zu erreichen (vgl. Abschnitt 3.4.4). Die zugrundegelegte Armutsgrenze liegt somit in der vorliegenden Studie faktisch höher. Zudem wird in der vorliegenden Studie der Begriff der Kinder auf alle Personen angewendet, die im Status von Kindern gegenüber der Zielperson sind, während in der früheren Studie nur 0-15-Jährige (und 16-25-Jährige in Ausbildung) verstanden wurden.

[18] Rund ein Drittel der übrigen Haushalte umfasst auch Kinder und zählt somit zu den Familienhaushalten.

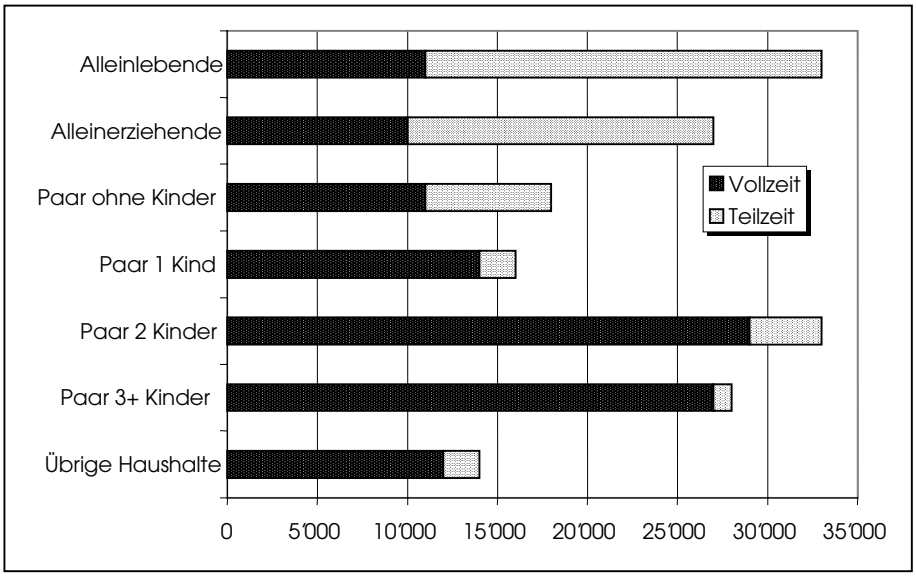
Tabelle 12: Mitglieder von Working Poor-Haushalten nach Haushaltstyp 1999 (befragte Person oder Partner/-in 20-59-jährig)

	Anzahl HH	Anzahl HH-Mitglieder			
		Erwerbstätige	Nicht Erwerbstätige	Kinder	Gesamt
Alle erwerbstätigen Haushalte					
Alleinlebende	33'000	33'000	0	0	33'000
Alleinerziehende	27'000	27'000	0	43'000	70'000
Paar ohne Kinder	18'000	27'000	9'000	0	36'000
Paar 1 Kind	16'000	25'000	7'000	16'000	48'000
Paar 2 Kinder	33'000	52'000	14'000	66'000	132'000
Paar 3+ Kinder	28'000	44'000	12'000	93'000	149'000
Übrige Haushalte	14'000	42'000	11'000	14'000	67'000
Gesamt	169'000	250'000	53'000	232'000	535'000
Haushalte mit Erwerb >=36 Std.					
Alleinlebende	11'000	11'000	0	0	11'000
Alleinerziehende	10'000	10'000	0	15'000	25'000
Paar ohne Kinder	11'000	17'000	4'000	0	21'000
Paar 1 Kind	14'000	22'000	5'000	14'000	41'000
Paar 2 Kinder	29'000	47'000	11'000	59'000	117'000
Paar 3+ Kinder	27'000	42'000	11'000	89'000	142'000
Übrige Haushalte	12'000	36'000	8'000	11'000	55'000
Gesamt	113'000	186'000	40'000	188'000	414'000
Haushalte mit Erwerb <36 Std.					
Alleinlebende	22'000	22'000	0	0	22'000
Alleinerziehende	17'000	17'000	0	28'000	45'000
Paar ohne Kinder	7'000	10'000	5'000	0	15'000
Paar 1 Kind	2'000	3'000	2'000	2'000	7'000
Paar 2 Kinder	4'000	5'000	3'000	7'000	15'000
Paar 3+ Kinder	1'000	2'000	1'000	4'000	7'000
Übrige Haushalte	2'000	6'000	3'000	3'000	12'000
Gesamt	56'000	64'000	13'000	44'000	121'000

HH: Haushalt; die Angaben sind auf 1`000 gerundet.
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

In 113'000 der 169'000 Working Poor-Haushalte liegt der gesamte Erwerbsumfang bei mindestens 36 Wochenstunden (Vollzeit-Haushalte). Bei 56'000 Haushalten macht der Erwerbsumfang weniger als 36 Wochenstunden aus (Teilzeit-Haushalte). Die nach Haushaltstyp sehr unterschiedliche Aufteilung auf Vollzeit- und Teilzeit-Working Poor ist in **Abbildung 4** ersichtlich. Bei Paarhaushalten mit Kindern sowie den übrigen Haushalten spielen die Teilzeit-Working Poor-Haushalte nahezu keine Rolle. Von Bedeutung sind sie insbesondere bei den Alleinlebenden (da Alleinlebende mit einem Vollzeitjob im allgemeinen über der Armutsgrenze liegen), den Alleinerziehenden und den Paaren ohne Kinder. Diese Verhältnisse zeigen, dass die Working Poor-Problematik bei einer Beschränkung auf Vollzeit-Haushalte insbesondere bei Alleinlebenden und Alleinerziehenden erheblich unterschätzt würde.

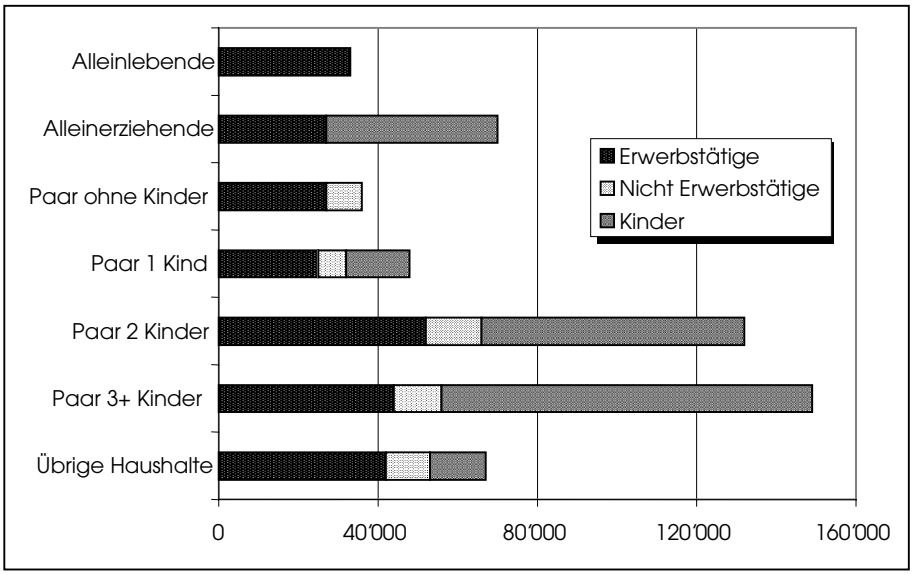
Abbildung 4: Anzahl Working Poor-Haushalte 1999



Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Wie **Abbildung 5** illustriert, ist die Verteilung auf Working Poor, nicht erwerbstätige Erwachsene und Kinder je nach Haushaltstyp sehr unterschiedlich. Nicht erwerbstätige Haushaltsmitglieder machen generell einen kleinen Anteil aus, auch bei den Paaren mit mehreren Kindern. Dies weist darauf hin, dass bei Working Poor-Haushalten das Einverdiener-Modell nur selten aufrecht erhalten wird (oder werden kann) und dass ein weiterer Verdienst nötig ist. Kinder sind bei allen Familienhaushalten stark betroffen.

Abbildung 5: Anzahl Personen nach Working Poor-Haushalten 1999



Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

5.4 Tieflohnbezug und Working Poor

Wie in Kapitel 2 bereits aufgezeigt, sind Working Poor im Armuts-Diskurs nicht gleichbedeutend mit Tieflohnbezug. Es handelt sich bei der Menge der Tieflohnbezüger/-innen und der Menge der Working Poor um zwei sich überschneidende Mengen, deren Anteile genauer präzisiert werden können. Im folgenden werden zwei Kategorien eines auf den Monat bezogenen Tieflohns ausgewiesen:

- Tieflohn, unabhängig vom Beschäftigungsgrad (**Tieflohn alle**).
- Tieflohn, nur Vollzeiterwerbstätige (**Tieflohn VZ**).

In **Tabelle 13** sind die prozentualen Anteile der Tieflohnbezüger/-innen unter den Working Poor aufgeführt.[19] Dabei ist nochmals daran zu erinnern, dass wir unter dem Begriff des Lohnes auch Selbständigeneinkommen subsumieren. Wird die Tieflohngrenze bei netto 30'000 Franken[20] angesetzt, macht der Anteil der Tieflohnbezüger/-innen unter den Working Poor fast 60 Prozent aus. Hier sind alle Erwerbstätigen, unabhängig von ihrem Beschäftigungsgrad eingerechnet. Dieser Prozentsatz gibt an, wie vielen Erwerbstätigen weniger als die Hälfte des Median-Vollzeitlohns zur Verfügung steht. Da hier ausschliesslich das Lohnniveau unabhängig vom Beschäftigungsgrad massgebend ist, sind in den ausgewiesenen 58.4 Prozent auch gut bezahlte Teilzeitangestellte enthalten. Diese Grösse widerspiegelt die effektive Tieflohnsituation der Erwerbstätigen, ohne dass mit dem Tieflohn zwingend ein Tieflohnsatz verbunden ist. Der Anteil der vollzeiterwerbstätigen Tieflohnbezüger/-innen an allen vollzeiterwerbstätigen Working Poor beträgt etwas mehr als ein Drittel (34.4%).

Tabelle 13: Anteil der Tieflohnbezüger/-innen an den Working Poor 1999, in %

Eigenes Erwerbseinkommen	Tieflohn alle	Tieflohn Vollzeit
Weniger als Fr. 30'000.- netto	58.4	34.4
Weniger als Fr. 35'000.- netto	67.0	44.9

Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen (vgl. Text)

Wird die Schwelle des Tieflohnbezugs auf 35`000 Franken netto gesetzt, erhöht sich der Anteil der Tieflohnbezüger/-innen an den Working Poor beträchtlich: Insgesamt sind 67 Prozent aller Working Poor Tieflohnbezüger/-innen; die vollzeiterwerbstätigen Tieflohnbezüger/-innen unter den vollzeiterwerbstätigen Working Poor machen knapp 45 Prozent aus.

Diese Verhältnisse zeigen, dass die Phänomene von Working Poor und Tieflohnsatz nicht gleichzusetzen sind. Ein Tieflohnsatz ist eine wesentliche Ursache von Working Poor, aber keineswegs die einzige. Auch bei einem «normalen» Lohnsatz kann es zu einem Zustand von Working Poor kommen, sei es, weil nur ein teilzeitlicher Erwerb möglich ist, sei es, weil die

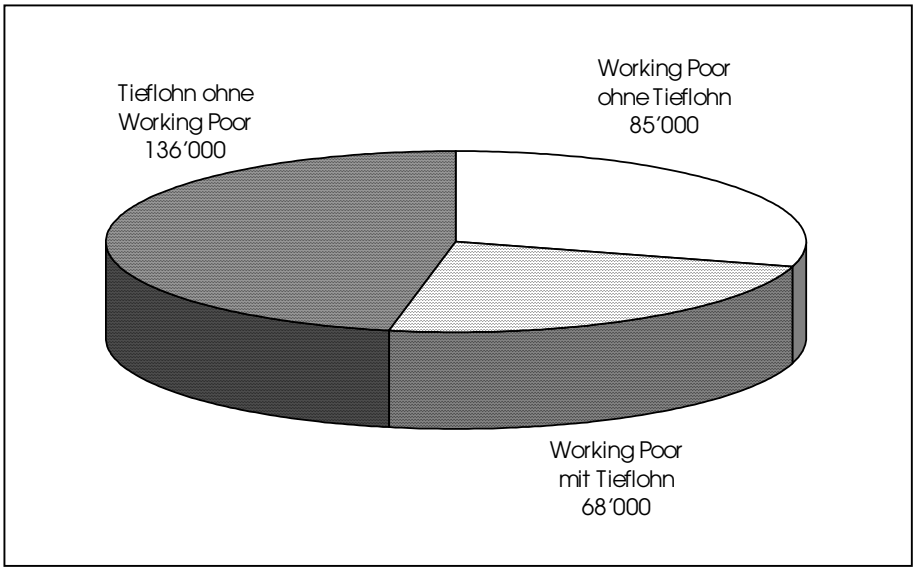
[19] Wie bereits erwähnt, wird die Zugehörigkeit zu den Working Poor anhand des Haushaltseinkommens, die Zugehörigkeit zum Tieflohnbezug anhand des persönlichen Erwerbseinkommens bestimmt. Bei der Angabe des Erwerbseinkommens gehen wir davon aus, dass die Kinderzulagen bereits eingerechnet wurden. Für die Zuordnung zu den Tieflöhnen wurde für Vollzeiterwerbstätige pro Kind pauschal 1800 Franken pro Jahr vom angegebenen Lohn abgezogen und erst dann mit der Tieflohngrenze verglichen. Bei Teilzeiterwerbstätigen wurden die Kinderzulagen entsprechend dem Beschäftigungsgrad berechnet.

[20] 30`576 Franken entsprechen der Hälfte des auf 40 Wochenstunden standardisierten Brutto-Medianlohns gemäss Lohnstrukturerhebung 1998.

Armutsgrenze des Haushaltes über einem normalen Vollzeiterwerb liegt. Andererseits muss ein Tieflohn nicht mit einer Situation von Working Poor verbunden sein, weil der Tieflohn durch andere Haushaltseinkommen, insbesondere Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder ergänzt werden kann.

Wenn ein Nettojahreseinkommen von 35'000 Franken zugrundegelegt wird, sind gesamthaft 10.6 Prozent der rund 2.7 Mio. Vollzeiterwerbstätigen Tieflohnbezüger/-innen und/oder Working Poor. Die Aufteilung dieser gesamthaft 290'000 Personen auf die unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten von Tieflohnbezug und Working Poor ist aus **Abbildung 6** ersichtlich. 204'000 Personen beziehen einen Tieflohn, 68'000 Personen sind dabei gleichzeitig Working Poor. Bei dieser Schnittmenge von Tieflohn und Working Poor würde ein Mindestlohn eine besondere Wirkung entfalten. Bei den Personen, die nicht gleichzeitig Working Poor sind, könnte durch die Erhöhung des Lohnes im allgemeinen eine Situation der Einkommensschwäche etwas oberhalb der Armutsgrenze verbessert werden. Bei den 85'000 Personen, die Working Poor sind, ohne einen Tieflohn zu beziehen, kann durch einen Mindestlohn hingegen keine Wirkung gegen Armut oder Einkommensschwäche erzielt werden. In diesem Fall muss die Armut entweder durch zusätzliche Erwerbsarbeit von anderen Familienmitgliedern oder erwerbsunabhängiges Einkommen (zum Beispiel durch Leistungen des Familienlastenausgleichs) verhindert werden können.

Abbildung 6: Anzahl Vollzeiterwerbstätige nach Tieflohn und Working Poor 1999



Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Kombinationen nach Haushaltstypen

Wie **Tabelle 14** zeigt, unterscheiden sich die Haushaltstypen bezüglich der Aufteilung auf die unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten von Working Poor und Tieflohnbezug ziemlich stark. Auch wenn diese Resultate wegen den teilweise geringen zugrundeliegenden Fallzahlen mit einiger Vorsicht zu interpretieren sind, zeigen sie doch einige klare Unterschiede bei der Bedeutung von Tieflohnbezug und Working Poor nach den einzelnen Haushaltstypen auf:

■ Bei den Alleinstehenden liegt die Armutsgrenze des Haushaltes unter 35'000 Franken netto pro Jahr. Working Poor sind bei dieser Gruppe deshalb immer auch Tieflohnbezüger/-innen.

Knapp zwei Drittel der Tieflohnbezüger/-innen gehören jedoch nicht zu den Working Poor, weil sie noch weiteres Einkommen erhalten (insbesondere Alimente und Sozialtransfers).
■ Vollzeiterwerbstätige Alleinerziehende können aufgrund der geringen Fallzahlen nur teilweise desaggregiert werden. Ein erheblicher Anteil von 22 Prozent bezieht einen Tieflohn und/oder ist Working Poor. Für knapp 11 Prozent treffen beide Merkmale gleichzeitig zu.
■ Befragte in Paarhaushalten ohne Kinder beziehen in rund 5 Prozent der Fälle einen Tieflohn ohne Working Poor zu sein. Dies erklärt sich durch den Umstand, dass das Haushaltseinkommen durch das Erwerbseinkommen der Partnerin/des Partners über die Armutsgrenze zu liegen kommt. Ist nur ein Einkommen in Form eines Tieflohns vorhanden, fallen diese Personen in die Kategorie «Tieflohn und Working Poor» (1.4% der Fälle).
■ Bei den Paaren mit Kindern ist die Situation umgekehrt: Hier reicht auch ein Einkommen oberhalb der Tieflohngrenze nicht aus, um den Bedarf einer ganzen Familie zu decken. Erwerbstätige in Paarhaushalten mit mehreren Kindern gehören häufig auch dann zu den Working Poor, wenn sie einen «normalen» Lohn beziehen.
■ Die «übrigen Haushalte» schliesslich verteilen sich in vergleichbarer Art wie Paare mit einem Kind auf die verschiedenen Kombninationsmöglichkeiten von Working Poor und Tieflohnbezug.

Tabelle 14: Anteile von Tieflohn und Working Poor für Vollzeiterwerbstätige nach Haushaltstyp 1999, in %

	Alleinstehende	Alleinerziehende	Paar o. Kinder	Paar 1 Kind	Paar 2 Kinder	Paar 3+Kinder	Übrige Haush.	Total
Weder Tieflohn noch arm	93.1	77.9	92.6	88.3	89.0	76.9	87.4	89.4
Nur Working Poor	0.0	..	0.8	3.8	5.7	14.4	2.1	3.1
Nur Tieflohn	4.4	..	5.2	5.6	3.1	3.5	8.0	5.0
Tieflohn und Working Poor	2.5	10.8	1.4	2.3	2.2	5.1	2.5	2.5
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Tieflohnbezug: Jahreslohn netto < 35'000 Franken; Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Analyse für Alleinerziehende

Wie Tabelle 14 belegt, sind Alleinerziehende selbst bei einem Vollzeiterwerb stark überdurchschnittlich von Tieflohn und Working Poor betroffen. In vielen Fällen ist es Alleinerziehenden aber wegen den Belastungen für die Kinderbetreuung gar nicht möglich, einem Vollzeiterwerb nachzugehen. Im folgenden stellen wir für die Gesamtheit der erwerbstätigen Alleinerziehenden (inklusive den Teilzeiterwerbstätigen) die Aufteilung auf die Situationen von Tieflohnsatz und Working Poor dar. Von einem Tieflohnsatz wird gesprochen, wenn der auf einen Vollzeiterwerb von 40 Wochenstunden standardisierte Lohn unter einem Nettoeinkommen von 2`917 Franken (35'000 pro Jahr) liegt (vgl. Definition 3). Wer 20 Wochenstunden arbeitet und in dieser Zeit ein Nettojahreseinkommen von 30'000 Franken erzielt, hat nach dieser Berechnung zwar absolut gesehen einen Tieflohn, aber keinen Tieflohnsatz, da sich das Einkommen bei einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent auf 60'000 Franken belaufen würde.

Tabelle 15 zeigt, wie sich die Gesamtheit der erwerbstätigen Alleinerziehenden (inklusive der teilzeitlich Erwerbstätigen) nach geringer Entlöhnung und Armutsbetroffenheit aufteilt. Knapp zwei Drittel der Alleinerziehenden (64 %) sind weder von einem Tieflohnsatz noch von Armut betroffen. Die verbleibenden 36 Prozent der Alleinerziehende sind arm und/oder gering entlöhnt. Beim grösseren Teil (nämlich 20 Prozent der Alleinerziehenden) liegt der Lohnsatz über dem Tieflohnniveau. In diesen Fällen wird die Armut durch den eingeschränkten Erwerbsumfang und die Kosten für die Kinder verursacht. 16 Prozent der Alleinerziehenden können nur einen Niedriglohnsatz erzielen. Bei den Alleinerziehenden kumulieren sich verschiedene Faktoren, die zu einem erhöhten Risiko von Tieflohnsätzen führen: Es handelt sich fast ausschliesslich um Frauen, die zu einem guten Teil nur Teilzeit erwerbstätig sein können und somit vielfach in typischen Niedriglohnbereichen (wie Gastgewerbe, Verkauf, Büro) tätig sind. Einer differenzierteren Analyse der Situation der Alleinerziehenden, die in Bezug auf Bildung und Berufssituation eine heterogene Gruppe darstellen, setzt die geringe auswertbare Fallzahl klare Grenzen.

Tabelle 15: Tieflohnsatz und Working Poor für Alleinerziehende (Vollzeit und Teilzeit)

	Anteil in %
Weder Tieflohnsatz noch Working Poor	64.1
Nur Working Poor	19.8
Nur Tieflohnsatz	6.7
Tieflohnsatz und Working Poor	9.4
Total	100.0

Tieflohnsatz: weniger als Fr. 35'000.- netto, auf 40 Wochenstunden hochgerechnet
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Wirkungen eines Mindestlohns

Tabelle 16 zeigt, welche Auswirkung ein Mindestlohn auf die Working Poor-Quote entfalten könnte. Zu beachten ist dabei wiederum, dass der Mindestlohn bei unserer Lohndefinition auch für Selbständige zur Anwendung kommt. Vergleichsrechnungen haben gezeigt, dass die Ergebnisse bei einer Beschränkung auf die Arbeitnehmenden sehr ähnlich ausfallen. Wenn als Grundgesamtheit die vollzeiterwerbstätigen Personen zwischen 20 und 59 Jahren betrachtet werden, beträgt die Working Poor-Quote 5.6 Prozent. Wird der Minimallohn der befragten Person auf 35'000 Franken angehoben, sinkt die Working Poor-Quote auf 4.8 Prozent für 30'000 Franken netto und auf 4.4 Prozent für 35'000 Franken netto. Der Lohn der allfälligen Partnerperson kann hier aus Datengründen nicht berücksichtigt werden. Es liegt jedoch nahe, dass sich die Working Poor-Quote nochmals verringern würde, wenn die Löhne aller Erwerbstätigen im Haushalt auf den Mindestlohn gehoben würden.

Tabelle 16: Working Poor-Quote bisher und mit Mindestlohn, nur Vollzeiterwerbstätige

	Working Poor-Quote
Ohne Mindestlohn	5.6%
Mindestlohn 30'000 Franken netto	4.8%
Mindestlohn 35'000 Franken netto	4.4%

Der Mindestlohn kann nur für die befragte Person berücksichtigt werden
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

In der Verringerung der Working Poor-Quote nicht zum Ausdruck kommt die Verbesserung der Situation für Personen mit einem Niedriglohnsatz, die nach der Einführung des Mindestlohns immer noch unter der Armutsgrenze liegen, und die Verbesserung der Situation für Personen mit einem Niedriglohnsatz, die schon vor der Einführung des Mindestlohns knapp über der Armutsgrenze lagen. Wie aus Abbildung 6 entnommen werden kann, würde ein Mindestlohn für mehr als 70 Prozent der Vollzeiterwerbstätigen, die einen Tieflohn haben und/oder Working Poor sind, eine Verbesserung mit sich bringen.

Durch die Einführung eines Mindestlohns könnte die Problematik von Working Poor somit zwar deutlich verringert, aber nicht zum Verschwinden gebracht werden. Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass es neben Massnahmen zur Verbesserung der Erwerbseinkommen von Working Poor auch Massnahmen zur Abdeckung von Kosten (insbesondere Kinderkosten) durch andere Einkommen braucht. Je nach **Haushaltstyp** fällt die Wirkung eines Mindestlohns sehr unterschiedlich aus:

■ Bei Einpersonenhaushalten gäbe es mit einem Mindestlohn von rund 3`000 Franken überhaupt keine vollzeiterwerbstätige Arme mehr.[21] Für arme teilzeitbeschäftigte Alleinlebende würde ein Mindestlohn eine Verbesserung bedeuten, wenn ihr Stundenlohn unter dem auf Stundenbasis umgerechneten Mindestlohn liegt.
■ Mit einem Mindestlohn ebenfalls deutlich gesenkt würde die Working Poor-Quote von vollzeiterwerbstätigen Alleinerziehenden. Nach unseren Berechnungen könnte mit einem Mindestlohn von 35'000 Franken netto die Working Poor-Quote bei vollzeiterwerbstätigen Alleinerziehenden um mehr als ein Drittel gesenkt werden. Für eine zuverlässige Angabe ist die Stichprobe jedoch zu gering. Bei den teilzeitbeschäftigen Alleinerziehenden reicht ein anteilsmässig zum Beschäftigungsgrad berechneter Mindestlohn im allgemeinen noch nicht zur Existenzsicherung.
■ Bei Zwei-Eltern-Haushalten mit Kindern liegt die Tieflohngrenze (für eine Person) unter der Armutsgrenze (für einen Haushalt). Hier ist nicht der Beschäftigungsgrad der hauptverdienenden Person, sondern die Haushaltsgrösse und der Erwerbsumfang der zweiten Person der begrenzende Faktor: Ein Mindestlohn von 3`000 Franken reicht ohne weitere Einkommensquellen nicht zur Existenzsicherung von drei oder mehr Personen aus.

Diese Überlegungen zeigen, dass der Mindestlohn zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für die Armutsbekämpfung ist.

5.5 Zusammenfassung

Für das Jahr 1999 errechnet sich für die Schweiz eine Working Poor-Quote von 7.5 Prozent. Dies bedeutet, dass rund jede 13. erwerbstätige Person zwischen 20 und 59 Jahren in einem armen Haushalt lebt. Wenn nur die Haushalte betrachtet werden, in denen der Erwerbsumfang aller Haushaltsmitglieder mindestens 36 Wochenstunden beträgt, so macht die Quote der «Vollzeit-Working Poor» 6 Prozent aus. Werden nur die Haushalte einbezogen, in denen der Erwerbsumfang aller Haushaltsmitglieder weniger als 36 Wochenstunden ausmacht, so liegt die Quote der «Teilzeit-Working Poor» bei 29 Prozent.

[21] Einpersonenhaushalte mit Vollzeitbeschäftigung und einem Mindestlohn gehören in der Regel nicht zu den Armen, weil die diskutierten Mindestlohn-Schwellen in der Schweiz (pro Jahr zwischen Fr. 3000.- brutto x 12 und Fr. 3000.- netto x 13) auch nach Abzug der Steuern höher liegen als die Armutsgrenze nach SKOS für 1 Person (knapp Fr. 2100.- x 12, vgl. Tabelle 6).

Gesamthaft gibt es in der Schweiz im Jahr 1999 rund 250'000 Working Poor (bezogen auf Personen zwischen 20 und 59 Jahren). Davon sind knapp 190'000 Vollzeit-Working Poor und gut 60'000 Teilzeit-Working Poor. Die Working Poor leben in rund 170'000 Haushalten. Diese «Working Poor-Haushalte» umfassen gesamthaft 530'000 Haushaltsmitglieder. Neben den 250'000 Working Poor sind dies 50'000 nicht erwerbstätige Erwachsene und 230'000 Kinder. Diese Angaben beziehen sich auf die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz. Nicht einbezogen sind dabei Asylbewerber/ innen, Saisonniers/ Saisonnières und Grenzgänger/-innen, welche in der SAKE nicht befragt werden.

Tieflohn und Working Poor überschneiden sich nur teilweise. Wenn die Tieflohngrenze auf 35'000 Franken netto jährlich (oder knapp 3000 Franken monatlich) festgelegt wird, so macht der Anteil der Tieflohnbezüger/-innen an den Working Poor 67 Prozent aus. Wenn nur Vollzeiterwerbstätige einbezogen werden, sinkt der Anteil der Tieflohnbezüger/-innen an den Working Poor auf 45 Prozent.

Mit der Festlegung eines Mindestlohns auf 35'000 Franken (für Vollzeiterwerb) könnte die Working Poor-Quote um einen guten Prozentpunkt gesenkt werden. Die Wirkung fällt deshalb nicht stärker aus, weil neben einem Tieflohnsatz verschiedene andere Faktoren Armut von erwerbstätigen Haushalten bewirken können. Einen massgebenden Einfluss haben zudem das Vorhandensein weiterer Einkommensquellen (unter anderem auch ein allfälliges Partnereinkommen) sowie die Anzahl an Kindern. Durch einen Mindestlohn könnte die Armutssituation insbesondere für Haushalte ohne Kinder verbessert werden. Hingegen lässt sich die Existenz der Working Poor bei Haushalten mit Kindern, insbesondere bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, im allgemeinen nicht alleine mittels Mindestlohn sichern. Nötig wären hier zudem erhöhte Leistungen des Familienlastenausgleichs und Massnahmen, damit diese Haushalte ihren Erwerbsumfang erhöhen könnten (Angebot an familienexterner Kinderbetreuung etc.).

6 Charakterisierung der Working Poor

Gegenstand dieses Kapitels ist die Charakterisierung der Working Poor nach verschiedenen sozioökonomischen und arbeitsmarktlichen Merkmalen. Die Tabellen sind jeweils analog aufgebaut: Die prozentuale Aufteilung der Working Poor wird im Vergleich zur Gesamtheit der erwerbstätigen Nicht-Armen («Nicht-Working Poor») auf einzelne Merkmalsausprägungen (zum Beispiel Zivilstand) ausgewiesen. Dabei wird jeweils angegeben, ob der Anteil bei den Working Poor statistisch signifikant über dem Anteil bei den Nicht-Working Poor liegt.[22] Die Deskription erfolgt in jeder Tabelle sowohl für die Gesamtheit der Working Poor, als auch für die Vollzeit-Working Poor und die Teilzeit-Working Poor.

In Abschnitt 6.1 werden die Charakteristiken der befragten Person systematisch ausgewertet. Aus jenen Merkmalen, die bei Working Poor gehäuft auftreten, werden in Abschnitt 6.3 einzelne Gruppen mit besonders hoher Working Poor-Gefährdung herauskristallisiert und näher beschrieben. Es handelt sich bei diesen Gruppen um Selbständige, Alleinerziehende, Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern und um Ausländer/-innen. In Abschnitt 6.4 werden die Einschränkungen aus finanziellen Gründen eingehender analysiert. Die wichtigsten Ergebnisse der Analysen werden in Abschnitt 6.5 zusammengefasst.

6.1 Sozioökonomische Charakteristiken

6.1.1 Merkmale der befragten Person

Tabelle 17 zeigt die Auswertung nach den soziodemografischen Merkmalen Geschlecht, Alter, Zivilstand und Nationalität der Zielperson.[23] Beispielsweise werden bei den Working Poor in Vollzeit-Haushalten für die Alterskategorie von 30-39 Jahren 40.5 Prozent ausgewiesen. Dies bedeutet, dass von allen befragten Personen, die in einem armen Haushalt mit einem gesamten Beschäftigungsgrad von mindestens 36 Wochenstunden leben, 40.5 Prozent zwischen 30-39 Jahren alt sind. Die Signifikanzangabe belegt, dass die 30-39-jährigen bei Vollzeit-Working Poor mit 40.5 Prozent einen signifikant höheren Anteil aufweisen als bei den nicht Working Poor mit 34.0 Prozent und somit unter den Working Poor stark überrepräsentiert sind.

Frauen sind bei Working Poor-Haushalten insgesamt signifikant überrepräsentiert. Innerhalb der Vollzeit-Haushalte und der Teilzeit-Haushalte hingegen entsprechen die Anteile von Frauen und Männern bei den Working Poor weitgehend jenen bei den nicht Working Poor. Die Differenz bei der Gesamtheit der Haushalte ist darauf zurückzuführen, dass die Frauen viel häufiger in Teilzeit-Haushalten leben als die Männer. Dies wiederum erklärt sich primär durch den Umstand, dass Alleinerziehende mehrheitlich Frauen sind.

Die Verteilung der Working Poor nach Alter unterscheidet sich nicht wesentlich von jener der nicht Working Poor. Allfällige «Alterseffekte», beispielsweise bei den 20-29-jährigen in teilzeiterwerbstätigen Haushalten sowie bei den 30-39-jährigen in den vollzeiterwerbstätigen Haushalten dürften mindestens teilweise durch einen «Kindereffekt» bedingt sein: 20-29-jährige

[22] Wenn dies für eine bestimmte Gruppe der Fall ist, so weist diese Gruppe zwangsläufig auch eine signifikant höhere Working Poor-Quote auf als die Gesamtheit der Erwerbstätigen.

[23] Die Prozentangabe ist jeweils vertikal zu lesen (Anteil an allen Working Poor bzw. an allen nicht Working Poor der jeweiligen Kategorie), die Signifikanzangabe ist hingegen horizontal zu lesen (Anteil an den Working Poor im Vergleich zu den nicht Working Poor).

Teilzeit-Working Poor sind insbesondere Alleinerziehende, bei den 30-39-jährigen Vollzeit-Working Poor handelt es sich insbesondere um Haushalte mit (mehreren) Kindern.

Tabelle 17: Working Poor nach soziodemografischen Merkmalen 1999, in %

	Haushalte gesamt		Vollzeit-Haushalte		Teilzeit-Haushalte	
	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	Nicht WP	Working Poor
Geschlecht						
Weiblich	40.3	49.7 **	38.4	41.7	73.0	72.7
Männlich	59.7	50.3	61.6	58.3	27.0	27.3
Total	100	100	100	100	100	100
Altersklasse						
20-29 Jahre	19.0	16.1	19.4	12.3	12.5	27.0 **
30-39 Jahre	33.7	37.8	34.0	40.5 **	28.3	30.0
40-49 Jahre	27.7	30.1	27.7	32.4	26.9	23.3
50-59 Jahre	19.6	16.1	18.9	14.8	32.3	19.7
Total	100	100	100	100	100	100
Zivilstand						
Ledig	30.6	21.1	30.0	12.0	40.4	47.2
Verheiratet	59.1	61.8	61.3	76.4 **	22.4	19.8
Geschieden	8.2	12.0 **	7.1	8.6	26.6	21.8
Getrennt	1.1	3.4 **	0.9	..	4.2	7.0
Verwitwet	1.1	..	0.7	..	6.5	4.3
Total	100	100	100	100	100	100
Nationalität						
Ausland	20.6	35.3 **	21.2	42.1 **	10.9	16.1
Schweiz	79.4	64.7	78.8	57.9	89.1	83.9
Total	100	100	100	100	100	100

*p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test), das Signifikanzniveau wird nur aufgeführt, wenn der Anteil bei den Working Poor signifikant höher ist als bei den nicht Working Poor; das Signifikanzniveau wird jeweils für die ungewichteten Werte berechnet, während die Prozentangaben für die gewichteten Werte ausgewiesen werden
Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Vollzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt mindestens 36 Wochenstunden; Teilzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt weniger als 36 Wochenstunden
Quellen: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Nach Zivilstand sind Geschiedene und Getrennte bei den Working Poor gesamthaft klar überrepräsentiert. Dieser Effekt wird vor allem durch den grossen Anteil der Alleinerziehenden bei den Teilzeit-Working Poor bestimmt. Bei den Vollzeit-Working Poor hingegen sind die Verheirateten (mit Kindern) überdurchschnittlich vertreten.

Ausländer/-innen sind bei den Working Poor besonders stark übervertreten. Dies gilt für die Gesamtheit wie für die Vollzeit-Working Poor. Bei den Teilzeit-Working Poor ist der Unterschied nicht signifikant, wobei zu bemerken ist, dass Ausländer/-innen deutlich seltener teilzeitlich erwerbstätig sind als Schweizer/-innen.

6.1.2 Merkmale des Wohnorts

Als Merkmale des Wohnorts werden in **Tabelle 18** die Sprachregion und die Gemeindeart ausgewiesen. Für die Bestimmung der Gemeindeart hielten wir uns an die Gemeindetypologie des BFS: Jede Gemeinde wird einem Gemeindetyp und jeder Gemeindetyp einer

Gemeindeart zugeordnet. Wir haben die beiden agrarischen Gemeindearten zu einer zusammengefasst.

Tabelle 18: Working Poor nach Merkmalen des Wohnorts 1999, in %

	Haushalte gesamt		Vollzeit-Haushalte		Teilzeit-Haushalte	
	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Sprachregion						
Deutsche Schweiz und Engadin	73.3	67.2	73.3	67.6	73.6	66.2
Französische Schweiz	23.9	30.1 *	23.9	30.1 **	25.0	30.0
Italienische Schweiz	2.8	2.7	2.9	2.3	..	..
Total	100	100	100	100	100	100
Gemeindeart						
Zentrum	31.5	35.9 **	30.7	31.5	44.8	48.5
Suburbane Gemeinde	26.4	20.8	26.6	22.0	23.5	17.6
Reiche Gemeinde	4.7	2.1	4.7	2.2	4.2	..
Periurbane Gemeinde	11.9	8.2	12.0	8.5	10.2	7.5
Touristische Gemeinde	2.5	5.4 **	2.6	4.9 *	..	6.7
Industriell-Tertiäre Gemeinde	10.0	10.6	10.2	11.1	7.2	9.2
Ländliche Pendlergemeinde	5.9	7.0	6.1	7.9	3.2	4.6
Agrarische Gmd. (gemischt+peripher)	7.1	9.9	7.2	11.9 **	5.1	4.0
Total	100	100	100	100	100	100

*p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test), das Signifikanzniveau wird nur aufgeführt, wenn der Anteil bei den Working Poor signifikant höher ist als bei den nicht Working Poor; das Signifikanzniveau wird jeweils für die ungewichteten Werte berechnet, während die Prozentangaben für die gewichteten Werte ausgewiesen werden
Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Vollzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt mindestens 36 Wochenstunden; Teilzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt weniger als 36 Wochenstunden
Quellen: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Die französische Schweiz ist bei den Working Poor überrepräsentiert. Die italienische Schweiz hat bei den Working Poor keinen höheren Anteil als bei den nicht Working Poor, obwohl die Wirtschaftskraft des Tessins unterdurchschnitlich ist. Möglicherweise ist dies eine Folge des «Tessiner Modells» von Ergänzungsleistungen für arme Familien (vgl. Bauer&Streuli 2000).

Nach Gemeindeart sind die Working Poor gesamthaft in den Zentrumsgemeinden und den touristischen Gemeinden übervertreten. Der Grund dafür ist, dass in den Städten die Teilzeiterwerbsquote vergleichsweise hoch ist, und dass der erhöhte Anteil an Working Poor zu einem Teil mit einem geringeren Erwerbsumfang, respektive einer Konzentration von Alleinerziehenden in den Städten erklärt werden kann. Die Bedeutung der Working Poor in den Tourismusgemeinden erklärt sich vor allem mit dem Gewicht des Gastgewerbes, welches einen stark überdurchschnittlichen Anteil an Working Poor aufweist (vgl.Tabelle 22). Einen überdurchschnittlichen Anteil an Vollzeit-Working Poor haben die agrarischen Gemeinden. Dies ist wiederum auf die starke Verbreitung von Working Poor in der Landwirtschaft zurückzuführen.

6.1.3 Haushaltsstruktur

Bei der Haushaltsstruktur unterscheiden wir einerseits den Haushaltstyp und andererseits Kategorien der gesamten Erwerbsarbeit im Haushalt. **Tabelle 19** ist wie folgt zu lesen: Von allen Nicht-Working Poor leben 6.6 Prozent in einem Paarhaushalt mit 3 und mehr Kindern, von allen Working Poor leben 17.9 Prozent in einem Paarhaushalt mit 3 und mehr Kindern. Dies bedeutet, dass Paarhaushalte mit 3 Kindern stark überproportional zu den Working Poor-Haushalten zu zählen sind. Auch Alleinerziehende sind bei den Working Poor klar überrepräsentiert. Alleinerziehende leben überwiegend in teilzeiterwerbstätigen Haushalten, Paare mit Kindern in vollzeiterwerbstätigen Haushalten. Paare ab zwei Kindern weisen einen erhöhten Anteil an Vollzeit-Working Poor auf, während dieser Anteil bei Paaren ab drei Kindern unabhängig vom Beschäftigungsgrad erhöht ist. Selten Working Poor sind demgegenüber Paare ohne Kinder.

Tabelle 19: Working Poor nach Haushaltsstruktur 1999, in %

	Haushalte gesamt		Vollzeit-Haushalte		Teilzeit-Haushalte	
	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Haushaltstyp						
Alleinstehend	20.4	16.3	18.4	7.5	53.7	41.4
Alleinerziehend	2.4	12.2 **	1.6	5.8 **	16.2	30.5 **
Paar ohne Kinder	25.2	10.3	26	9.4	13.0	12.9
Paare mit 1 Kind	11.4	10.1	11.8	12.5	3.7	3.3
Paare mit 2 Kindern	18.4	21.3	19.2	26.7 **	4.5	5.9
Paare mit 3 und mehr Kindern	6.6	17.9 **	6.9	23.8 **	2.1	0.8
Übrige Haushalte	15.5	12.0	16.1	14.4	6.8	5.2
Total	100	100	100	100	100	100
Erwerbsarbeit total im HH/Woche						
1–25 Std.	2.7	20.2 **			47.3	78.3 **
25–35 Std.	3.0	5.6 **			52.7	21.7
36-45 Std.	30.9	27.7	32.8	37.4		
46-55 Std.	10.2	13.3 **	10.8	17.9		
56-65 Std.	11.2	6.5	11.9	8.7		
65-75 Std.	8.4	6.5	8.9	8.8		
Über 75 Std.	33.6	20.2	35.6	27.2		
Total	100	100	100	100	100	100

*p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test), das Signifikanzniveau wird nur aufgeführt, wenn der Anteil bei den Working Poor signifikant höher ist als bei den nicht Working Poor; das Signifikanzniveau wird jeweils für die ungewichteten Werte berechnet, während die Prozentangaben für die gewichteten Werte ausgewiesen werden
Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Vollzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt mindestens 36 Wochenstunden; Teilzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt weniger als 36 Wochenstunden
Quellen: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Beim Erwerbsumfang zeigt es sich, dass sich der Anteil an Working Poor im Vergleich zu den Nicht-Working Poor mit zunehmendem Erwerbsumfang verringert. Von allen Working Poor lebt ein Fünftel in einem Haushalt mit 25 Stunden oder weniger Erwerbsarbeit pro Woche. Unter den Nicht-Working Poor sind es weniger als 3 Prozent. Werden nur die vollzeiterwerbstätigen Haushalte berücksichtigt, ergibt sich ein analoges Bild: in den Kategorien mit vergleichsweise niedrigem Beschäftigungsgrad (36-45 Stunden und 46-55 Stunden) ist ein höherer Anteil bei

den Working Poor als bei den nicht Working Poor zu verzeichnen, bei den Kategorien mit höherem Beschäftigungsgrad ist es hingegen umgekehrt.

Gesamtbeschäftigungsgrad

Eine Untersuchung nach Gesamtbeschäftigungsgrad in **Tabelle 20** zeigt, dass Paarhaushalte mit Kindern mehrheitlich über 45 Stunden pro Woche erwerbstätig sind; der «Alleinverdienerhaushalt» ist demgegenüber klar in der Minderheit. Jeweils 30 bis 40 Prozent der Paarhaushalte sind zu den typischen «Alleinverdienerhaushalten» mit einer Vollzeitstelle (d.h. mit 36-45 Stunden pro Woche) zu zählen, wobei dieser Anteil mit zunehmender Anzahl Kinder steigt. Zwischen 29 und 35 Prozent der Haushalte leisten insgesamt zwischen 46 und 65 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche, und 27 bis 35 Prozent sind insgesamt sogar mehr als 65 Stunden pro Woche erwerbstätig.

Tabelle 20: Paarhaushalte mit Kindern nach Kategorien des Erwerbsumfangs 1999, in %

Erwerbsumfang im Haushalt gesamt	Paar-HH mit 1 Kind		Paar-HH mit 2 Kindern		Paar-HH mit 3+ Kindern	
	Haushalte gesamt	Davon unter der Armutsgrenze	Haushalte gesamt	Davon unter der Armutsgrenze	Haushalte gesamt	Davon unter der Armutsgrenze
< 36 Std. / Woche	4.2	44.6	3.2	39.6	2.8	..
36-45 Std. / Woche	30.9	13.6	34.8	14.1	38.6	19.5
46-65 Std. / Woche	29.6	2.5	34.4	9.0	30.3	12.9
> 65 Std. / Woche	35.3	5.6	27.6	7.8	28.3	22.6
Total	100.0	8.8	100.0	11.4	100.0	18.3

Es werden alle Haushalte einbezogen, in denen die befragte Person zwischen 20 und 59 Jahren alt ist; Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Quellen: SAKE 1999, eigene Berechnungen (Haushaltsgewichtung)

Erwartungsgemäss ist der Anteil an Haushalten unter der Armutsgrenze in Haushalten mit weniger als 36 Stunden besonders hoch. Wie die Berechnungen zeigen, schützt jedoch auch ein hoher Erwerbsumfang im Haushalt bei kinderreichen Familien nicht vor Armut: 22.6 Prozent der Haushalte mit drei und mehr Kindern leben unter der Armutsgrenze, obwohl der Erwerbsumfang im Haushalt über 65 Wochenstunden beträgt.

Steuern

Die schweizerische Armutsstudie stellte fest, dass 1992 fast 80 Prozent der Armen unter der SKOS-Grenze direkte Einkommenssteuern zahlten. Wie die Situation 1999 bei den Working Poor aussieht, ist in **Tabelle 21** ersichtlich (wir gehen dabei von einer Umrechnung der SKOS-Grenze auf ein Brutto-Äquivalenzeinkommen von 30'000 Franken aus). Die direkten Einkommenssteuern der Working Poor-Haushalte machen je nach Haushaltstyp durchschnittlich zwischen 4.7 Prozent (Alleinerziehende) und 7.1 Prozent (Alleinstehende) aus.

Tabelle 21: Steuern von Working Poor-Haushalten 1999

	Durchschnittliches Bruttoeinkommen in Fr.	Durchschnittliche Einkommenssteuern in Fr.	Steuern in % des Bruttoeinkommens
Alleinstehend	25`900	1`830	7.1%
Alleinerziehend	43`300	2`020	4.7%
Paar ohne Kinder	39`100	2`290	5.9%
Paare mit 1 Kind	52`700	3`380	6.4%
Paare mit 2 Kindern	59`400	3`760	6.3%
Paare mit 3 und mehr Kindern	63`400	3`440	5.4%

Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen (Haushaltsgewichtung)

6.2 Arbeitsmarktbezogene Charakteristiken

6.2.1 Ausbildung, Branche und Beruf

In **Tabelle 22** wird die Verteilung von Working Poor und nicht Working Poor nach Ausbildung und Branche, welchen die befragte Person zuzuordnen ist, ausgewiesen.

Die Gefahr, Working Poor zu werden, wird ganz entscheidend durch das Ausbildungsniveau bestimmt. Personen, die maximal eine Anlehre gemacht haben, machen 11 Prozent der nicht Working Poor, aber 32 Prozent der Working Poor aus. Je höher die abgeschlossene Ausbildung, desto geringer wird der Anteil bei den Working Poor in vollzeiterwerbstätigen Haushalten im Vergleich zu den nicht Working Poor. Diese Zusammenhänge lassen sich einfach auf die Tieflohnproblematik zurückführen: Gering qualifizierte Beschäftigte haben ein sehr viel höheres Risiko, einen nicht existenzsichernden Lohn zu erhalten. Bei den Teilzeit-Working Poor ist der Effekt der Ausbildung weniger klar, da sich hier auch bei einem Lohn für Qualifizierte durch den Teilzeiteffekt ein ungenügendes Einkommen ergeben kann. Beispielsweise machen Erwerbstätige mit Maturitätsabschluss einen überdurchschnittlichen Anteil an den Teilzeit-Working Poor aus. In dieser Kategorie dürften sich insbesondere Studierende befinden, welche neben dem Studium nur eine geringe Erwerbstätigkeit ausüben können.

In den Branchen Landwirtschaft, Gastgewerbe und Privathaushalte sind Working Poor gesamthaft stark übervertreten. In der Landwirtschaft handelt es sich weitgehend um selbständige Bauern. Hier bleibt zu beachten, dass ein erheblicher Teil der Einkommen in der Landwirtschaft nicht-monetärer Art ist und in der Einkommensangabe höchstens sehr ungenau berücksichtigt werden konnte. Beim Gastgewerbe und den Privathaushalten handelt es sich um typische Niedriglohnbranchen. Für die Vollzeit-Working Poor ergibt sich auch in der Niedriglohnbranche von Handel/Reparatur ein überdurchschnittlicher Anteil, für die Teilzeit-Working Poor in der Branche Verkehr/Nachrichten. Auf der anderen Seite sind die Working Poor-Anteile im verarbeitenden Gewerbe, in der Kredit- und Versicherungsbranche und in der öffentlichen Verwaltung weit unterdurchschnittlich.

Tabelle 22: Working Poor nach Ausbildung und Branche 1999, in %

	Haushalte gesamt		Vollzeit-Haushalte		Teilzeit-Haushalte	
	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Höchste abgeschlossene Ausbildung						
Noch in obligatorischer Schule	0.4	2.1 *	0.3	..	0.8	0.0
Obligatorische Schule + Anlehre	10.8	30.1 **	10.7	33.9 **	12.0	19.5 *
HH-Lehrjahr/H-Schule	1.4	2.7 **	1.3	2.4	3.3	..
Diplommittelschule	0.6	..	0.6	..	0.6	..
Berufslehre	44.1	39.0	44.7	40.3	35.1	35.5
Vollzeitberufsschule	6.6	5.5	6.3	5.9	11.3	..
Maturität	7.8	6.7	7.5	..	13.2	19.0 *
Höhere Berufsausbildung	8.2	3.1	8.5	3.6	4.1	..
Technikum / Fachschule	3.0	..	3.0	0.6	3.1	..
Höhere Fachschule	5.3	2.6	5.5	2.6	2.9	..
Uni/Hochschule	11.6	5.2	11.5	3.4	13.7	10.5
Total	100	100	100	100	100	100
Branche (Wirtschaftsabschnitt NOGA)						
Land- u. Forstwirtschaft	2.3	11.0 **	2.5	14.7 **	..	..
Verarbeitendes Gewerbe	18.4	12.5	19.0	14.1	8.1	7.8
Energie- / Wasserverarbeitung	0.8	..	0.8	..	0.6	..
Baugewerbe	6.6	7.1	6.9	8.6	2.1	..
Handel, Reparatur	14.4	16.4	14.5	16.5 *	13.4	16.2
Gastgewerbe	2.1	8.0 **	2.1	8.9 **	1.5	..
Verkehr, Nachricht	7.1	6.0	7.4	5.4	3.2	7.4 **
Kreditwesen u. Versicherungen	5.7	0.5	5.9	0.0	2.3	..
Immobilien, Vermietung	10.3	10.7	10.5	11.4	8.3	8.8
Öffentliche Verwaltung	6.5	3.0	6.5	2.8	5.3	..
Unterrichtswesen	7.4	4.9	6.7	1.8	19.9	14.0
Gesundheits- und Sozialwesen	12.0	10.5	11.3	8.3	23.7	16.9
Sonstige Dienstleistungen	5.1	4.9	4.9	4.0	9.4	7.5
Private Haushalte	0.6	4.0 **	0.5	3.2 **	..	6.3
Total	100	100	100	100	100	100

*p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test), das Signifikanzniveau wird nur aufgeführt, wenn der Anteil bei den Working Poor signifikant höher ist als bei den nicht Working Poor; das Signifikanzniveau wird jeweils für die ungewichteten Werte berechnet, während die Prozentangaben für die gewichteten Werte ausgewiesen werden
Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Vollzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt mindestens 36 Wochenstunden; Teilzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt weniger als 36 Wochenstunden
Quellen: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Für die Analyse nach Berufen stützen wir uns auf die rund 50 Berufsklassen nach der ISCO-Systematik. In **Tabelle 23** weisen wir nur jene Berufsklassen aus, bei denen die Working Poor-Anteile signifikant überdurchschnittlich sind. Diese 10 Berufsklassen umfassen 25 Prozent der Erwerbstätigen und 60 Prozent der Working Poor. Ähnlich wie bei den Branchen erweisen sich Niedriglohn-Berufe als besonders Working Poor-gefährdet. Bei den Landwirten ist die Interpretation wegen der bereits erwähnten Naturaleinkommen schwierig. Die feinere Gliederung der Berufe zeigt, dass auch Berufe, die im Verarbeitenden Gewerbe liegen, einen erhöhten Anteil an Working Poor haben. Betroffen sind Textil- und Lederherstellung, Metallverarbeitung und Maschinenbau. Im weiteren sind die Berufe in Verkauf, Verkehr, Kunst, Gastgewerbe und Gebäudereinigung in besonderem Mass durch Working Poor charakterisiert.

Tabelle 23: Berufe mit erhöhtem Working Poor-Anteil 1999, in %

	Haushalte gesamt		Vollzeit-Haushalte		Teilzeit-Haushalte	
	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Beruf (Berufsklasse ISCO)						
Landwirte, Bauern	1.5	9.5 **	1.5	12.8 **	..	..
Lebens-, Genussmittel	1.1	2.2 *	1.2	2.8 **	..	..
Textil-, Lederherstellung	0.6	3.2 **	0.6	4.1 **	..	..
Metallverarbeitung	4.3	6.0	4.5	8.0 **	..	..
Maschinenbau	2.2	4.2	2.3	5.2 *	..	..
Verkauf, Detailhandel	4.3	5.6 **	4.2	5.1	5.6	7.2
Transport, Verkehr	3.8	6.9 **	3.9	7.9 **	..	..
Künstlerische Berufe	1.1	1.5 *	1.7	..	2.5	..
Gastgewerbe + Servicepersonal	2.7	7.6 **	2.7	8.1 **	2.9	6.2 *
Gebäudereinigung, Hauswart	2.7	7.7 **	2.7	7.3 **	2.9	9.0 **

*p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test), das Signifikanzniveau wird nur aufgeführt, wenn der Anteil bei den Working Poor signifikant höher ist als bei den nicht Working Poor; das Signifikanzniveau wird jeweils für die ungewichteten Werte berechnet, während die Prozentangaben für die gewichteten Werte ausgewiesen werden
Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Vollzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt mindestens 36 Wochenstunden; Teilzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt weniger als 36 Wochenstunden
Quellen: SAKE 1999, eigene Berechnungen

6.2.2 Erwerbssituation

Unter den Angaben zur Erwerbssituation werden der Arbeitsmarktstatus und die Anzahl Stellen erfasst (**Tabelle 24**). Beim Arbeitsmarktstatus wird zwischen Selbständigen und Arbeitnehmenden unterschieden. Die Anzahl Stellen erlaubt es zu beurteilen, ob sich die Arbeitstätigkeit auf viele kleine Jobs aufteilt oder ob es sich um eine Arbeitsstelle bei einem einzigen Arbeitgeber handelt. Da beim Arbeitsmarktstatus die Situation der befragten Person und nicht jene des Haushalts relevant ist, sind die Kategorien nach Vollzeit und Teilzeit der befragten Person unterteilt .

Tabelle 24: Working Poor nach Erwerbssituation 1999, in %

		Erwerb gesamt		VZ-Erwerb *der befragten Person*		TZ-Erwerb *der befragten Person*	
		nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Arbeitsmarktstatus							
Selbständig	Ohne Landwirte	7.7	12.9 *	7.1	15.0 **	9.5	10.2
	Nur Landwirte	1.3	8.9 **	1.6	15.4 **	..	..
Angestellt		91.0	78.3	91.3	69.5	90.3	88.9
Total		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Anz. Arbeitgeber (nur Angestellte)							
1 Arbeitgeber		93.6	87.8	96.5	95.1	84.8	80.7
2 und mehr Arbeitgeber		6.4	12.2 **	4.5	..	15.2	19.3
Total		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

*p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test), das Signifikanzniveau wird nur aufgeführt, wenn der Anteil bei den Working Poor signifikant höher ist als bei den nicht Working Poor; das Signifikanzniveau wird jeweils für die ungewichteten Werte berechnet, während die Prozentangaben für die gewichteten Werte ausgewiesen werden.

Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..).
Selbständig inklusive mitarbeitende Familienmitglieder; Angestellt inklusive Angestellt mit eigener Firma.
Quellen: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Auffällig ist der hohe Anteil Working Poor bei den Selbständigerwerbenden. Dieser Effekt ist zum Teil auf den schon aufgezeigten «Bauerneffekt» zurückzuführen. Zum anderen äussern sich darin wohl auch Situationen von prekärer Selbständigkeit. Beschäftigte mit mehr als einem Arbeitgeber sind bei den Working Poor ebenfalls übervertreten. Auffällig ist der hohe Anteil an Angestellten mit mehr als einem Arbeitgeber bei den Teilzeitbeschäftigten. Vollzeitbeschäftigte sind jedoch in der Regel bei einem Arbeitgeber angestellt. Bei mehreren Arbeitgebern in Teilzeitbeschäftigung zu arbeiten kann als Indiz für prekäre Arbeitsbedingungen betrachtet werden.

6.2.3 Arbeitsbedingungen

Tabelle 25 zeigt die Auswertungen nach unterschiedlichen Arbeitsbedingungen (Arbeitstageregelung, Tageszeitenregelung, Vertragsform). Auch hier erfolgt die Einteilung in Vollzeit und Teilzeit nach dem Beschäftigungsgrad der *befragten Person*.

Tabelle 25: Working Poor nach Arbeitsbedingungen 1999, in %

	Erwerb gesamt		VZ-Erwerb (>=90%) *der befragten Person*		TZ-Erwerb (<90%) *der befragten Person*	
	Nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Arbeitstageregelung						
Mo-Fr	72.8	52.3	74.2	48.4	68.4	57.1
Nur Wochenende	0.4	..	0.4	..	..	..
Werktage+Wochenende	20.1	35.1 **	20.3	42.0 **	19.4	26.4
Gemischte Regelung	6.5	11.4 **	5.2	9.6	10.6	13.5
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Tageszeitenregelung						
Nur tagsüber Mo-Fr	65.2	42.9	67.9	40.6	57.1	45.6
Nur tagsüber inkl. Sa/So	12.8	23.2 **	12.2	24.2 **	14.8	22.0 **
Nur Abend oder Nacht	1.7	5.3 **	0.6	..	5.2	9.2 *
Tagsüber+Abend/Nacht	10.7	17.6 **	9.9	20.0 *	13.3	14.6
Gemischte Regelung	9.3	10.9	9.2	13.0	9.5	8.4
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Vertragsform (nur Angestellte)						
Befristeter Vertrag	5.1	8.1	4.3	6.9 *	7.6	9.2
Unbefristeter Vertrag	94.9	91.9	95.7	93.1	92.4	90.8
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

*p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test), das Signifikanzniveau wird nur aufgeführt, wenn der Anteil bei den Working Poor signifikant höher ist als bei den nicht Working Poor; das Signifikanzniveau wird jeweils für die ungewichteten Werte berechnet, während die Prozentangaben für die gewichteten Werte ausgewiesen werden
Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Quellen: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Bei den am Wochenende und nachts arbeitenden Erwerbstätigen sind Working Poor überrepräsentiert. Dies trifft insbesondere bei den Vollzeit-Working Poor zu. Zu vermuten ist, dass die Wochenend- und Abend/Nachtarbeit vermehrt in Tieflohnbranchen (wie zum Beispiel Gastgewerbe und Detailhandel) stattfindet. Die Verträge von Working Poor sind häufiger befristet, wobei diese Differenz statistisch nicht signifikant ist. Teilzeiterwerbstätige haben generell häufiger befristete Verträge. Der Anteil an Personen mit befristeten Verträgen ist jedoch sehr tief und jener der unbefristeten erstaunlich hoch. Hier ist zu jedoch bemerken, dass die Antwort

«andere Erwerbstätigkeit» vorgängig eliminiert wurde. Über die Beschaffenheit der «anderen Erwerbstätigkeit» kann nichts ausgesagt werden, es ist jedoch zu vermuten, dass es sich hier eher um atypische, d.h. befristete Verträge handelt. Insgesamt antworteten 3.9 Prozent der nicht angestellten Working Poor und 4.8 Prozent der angestellten Working Poor mit «andere Erwerbstätigkeit». Durch die Eliminierung dieser Antwort wird der Anteil an unbefristeten Verträgen deshalb vermutlich unterschätzt.

6.2.4 Besonders gefährdete Gruppen auf dem Arbeitsmarkt

Aus den verschiedenen arbeitsmarktbezogenen Charakteristiken können die besonders gefährdeten Gruppen anhand der Working poor-Quote charakterisiert werden. In **Tabelle 26** sind die Gruppen aufgeführt, deren Gefährdung signifikant überdurchschnittlich ist.

Tabelle 26: Working Poor-Quoten nach besonders gefährdeten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt 1999, in %

	Haushalte gesamt	Vollzeit-Haushalte	Teilzeit-Haushalte
Höchste abgeschlossene Ausbildung			
Obligatorische Schule, Anlehre	18.5	16.8	37.7
Haushalts-Lehrjahr, Handelsschule	13.2	10.2	..
Branche			
Land- und Forstwirtschaft	28.2	28.3	..
Gastgewerbe	23.9	21.2	..
Private Haushalte	35.7	27.4	64.0
Beruf			
Landwirte, Bauern	34.4	34.5	..
Lebens-, Genussmittel	13.1	13.5	..
Textil-, Lederherstellung	28.5	29.8	..
Metallverarbeitung	10.2	10.2	..
Maschinenbau	13.1	12.5	..
Verkauf, Detailhandel	9.6	7.1	32.2
Transport, Verkehr	12.9	11.4	..
Künsterische Berufe	10.4	..	..
Gastgewerbe und Service	18.6	16.1	44.1
Gebäudereinigung, Hauswarte	18.8	14.7	53.2
Besondere Arbeitssituationen			
Selbständig	13.6	13.0	22.9
Selbständig ohne Angestellte	19.1	18.5	24.9
Teilzeitstelle	12.8	7.4	27.1
Nichtdauerhafte Stelle	10.0	7.0	26.2
Flexible Arbeitszeiten	9.8	7.9	31.1
Neu im Betrieb	10.5	7.6	38.6
Erwerbsunterbruch	15.5	11.2	47.1
Registriert arbeitslos	22.0	16.2	46.0
Total Erwerbstätige (20-59 Jahre)	7.5	6.0	29.0

Vollzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt mindestens 36 Wochenstunden; Teilzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt weniger als 36 Wochenstunden
Nichtdauerhafte Stelle: betrifft nur Arbeitnehmende; neu im Betrieb: Dauer der Betriebszugehörigkeit unter einem Jahr; Erwerbsunterbruch: Dauer der aktuellen ununterbrochenen Erwerbstätigkeit unter einem Jahr;
Resultate, die auf weniger als 10 Beobachtungen basieren, werden nicht ausgewiesen (..)
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen

Die besonderen Arbeitssituationen sind dabei zu einem guten Teil im Rahmen der Regressionsanalysen von Kapitel 7 gebildet worden. Ersichtlich ist dabei, dass insbesondere die Selbständigen ohne Angestellte sehr oft Working Poor sind (Quote von 19%). Teilzeitstellen, nicht dauerhafte Stellung und Stellen mit flexibilisierter Arbeitszeit sind mit einer erhöhten Working Poor-Quote verbunden. Schliesslich sind Personen nach einem Erwerbsunterbruch und als neu in einem Betrieb Arbeitende deutlich stärker Working Poor-gefährdet. Nicht erstaunlich ist schliesslich, dass registriert Arbeitslose (die im Rahmen eines Zwischenverdienstes oder Beschäftigungsprogramms erwerbstätig sein können) in weit überdurchschnittlichem Mass Working Poor sind.

6.3 Merkmale ausgewählter soziodemografischer Gruppen

Aus der Deskription der Working Poor lassen sich einzelne problematische Rahmenbedingungen und daraus resultierende Problemgruppen isolieren. Als potenziell problematische Rahmenbedingungen erwiesen sich in den vorhergehenden Kapiteln insbesondere die Stellung auf dem Arbeitsmarkt, der Erwerbsumfang im Haushalt, die Branche sowie die Haushaltsgrösse. Die Rahmenbedingungen wirken auf die einzelnen soziodemografischen Gruppen unterschiedlich. Auf folgende ausgewählte Gruppen haben die potenziell problematischen Rahmenbedingungen eine erhöhte Wirkung (die Gruppen sind meist bezüglich mehrerer Rahmenbedingungen benachteiligt, die Pfeile zeigen lediglich die Hauptstossrichtungen an):

- Stellung auf dem Arbeitsmarkt ➨ Selbständige ohne Angestellte
- Ausbildung und Branche ➨ Ausländer/-innen
- Erwerbsumfang im Haushalt ➨ Alleinerziehende
- Haushaltsgrösse ➨ kinderreiche Familien

Diese Gruppen werden im folgenden nach ihren speziellen Merkmalen weiter analysiert. In einem zweiten Schritt soll aufgezeigt werden, inwiefern sich in diesen Gruppen Working Poor von nicht Working Poor unterscheiden.

6.3.1 Selbständige ohne Angestellte

Besonders häufig Working Poor unter den Selbständigen sind Bauern/Bäuerinnen. Auf die Problematik der nicht berücksichtigten Naturaleinkommen in dieser Gruppe wurde bereits hingewiesen. In diesem Kapitel sollen jedoch insbesondere die Merkmale der übrigen Selbständigen ohne Angestellte untersucht werden. Diese werden auch «Solo-Selbständige» genannt und setzen sich zu einem guten Teil aus sogenannten «neuen Selbständigen» zusammen. Der Begriff der neuen Selbständigkeit ist nicht genau definiert, er umfasst Beschäftigungsverhältnisse «in der Grauzone zwischen abhängiger und selbständiger Arbeit» (Bögenhold & Leicht 2000, 783). Die neue Selbständigkeit weist Elemente der Prekarisierung (unsicherer Lohn und Erwerbsumfang) auf und ist zum Teil Folge der Ausgliederung von Angestelltenverhältnissen aus Unternehmen und dem Schritt von Arbeitslosen in die Selbständigkeit. Für eine ausführliche Diskussion der verschiedenen Aspekte von neuer Selbständigkeit ist auf ein aktuelles Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen zu verweisen (WSI 2000b).

Tabelle 27 gibt einen Überblick über die Merkmale der Selbständigen ohne Angestellte. In der ersten Spalte sind die Merkmale der Solo-Selbständigen im Vergleich zur Komplementärgruppe (Arbeitnehmende und Selbständige mit Angestellten), in der zweiten Spalte die Merkmale der Working Poor im Vergleich zu nicht Working Poor innerhalb der Gruppe der Solo-Selbständigen aufgeführt. Leider fällt die Zahl der Beobachtungen bei einer derart stark desaggregierten Betrachtung bald unter die ausweisbare Grösse von 10. Somit können insbe-

sondere die Unterschiede zwischen Working Poor und Nicht-Working Poor innerhalb der Solo-Selbständigen nicht in der gewünschten Differenzierung herausgearbeitet werden.

Die Selbständigen ohne Angestellte unterscheiden sich von der Komplementärgruppe dadurch, dass sie häufiger 40-49 Jahre alt und eher schweizerischer Nationalität sind, öfters einen Abschluss auf der Stufe einer höheren Fachschule haben und vermehrt in der Kredit-, Versicherungs- und Immobilienbranche sowie in Handel/ Reparatur oder in sonstigen Dienstleistungen tätig sind. Im Kredit-/Versicherungswesen dürfte es sich zu einem guten Teil um Versicherungsagenten/-agentinnen und Tätigkeiten im Allfinanzbereich handeln. Beim Handel dürften die Solo-Selbständigen Kleinsthandelsgeschäfte betreiben. Bei den sonstigen Dienstleistungen finden sich die Bereiche von Unterhaltung, Kultur und persönlichen Dienstleistungen wie Wäscherei, Coiffure bis hin zu Parkplatzanweisung. Die Solo-Selbständigen unterscheiden sich nicht wesentlich bezüglich anderer Merkmale wie Geschlecht, Sprachregion, Zivilstand oder Haushaltstyp von der Komplementärgruppe.

Tabelle 27: Merkmale der Gruppe der Selbständigen ohne Angestellte (ohne Landwirtschaft) 1999

	Signifikant stärker vertretene Ausprägungen	
	im Vergleich zur Komplementärgruppe	der Working Poor im Vergleich zu den Nicht-Working Poor
Geschlecht		
Alter	40-49	30-39
Nationalität	Schweiz	
Zivilstand		Ledig
Haushaltstyp		
Grossregion		
Sprachregion		
Bildung	Höhere Fachschule	
Branche	Kredit/Versicherungen, Immobilien, sonstige Dienstleistungen	

Komplementärgruppe: Selbständige mit Angestellten (ohne Landwirte) und Angestellte
Die aufgeführten Merkmale sind auf dem 5%-Niveau signifikant (t-Test); bei leeren Feldern ist keine signifikante Angabe möglich
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen.

Die armen Selbständigen ohne Angestellte unterscheiden sich von den nicht-armen Selbständigen ohne Angestellte dadurch, dass sie eher etwas jünger (30-39 Jahre) und ledig sind.

Wie sich bei der Analyse der Entwicklung in den 1990er Jahre zeigen wird, ist die Zahl der Solo-Selbständigen in den letzten Jahren stark angestiegen. Zu vermuten ist, dass diese neuen Selbständigen nur in ungenügendem Mass berufliche Vorsorge betreiben können und zu einem guten Teil im Alter alleine auf die AHV zurückgreifen werden können. Insofern weist die Working Poor-Situation bei den Solo-Selbständigen und insbesondere die Zunahme in den letzten Jahren auf ein zukünftiges Problem für diese Selbständigen im Rentenalter hin.

6.3.2 Ausländer/-innen

Wie **Tabelle 28** zeigt, sind die befragten Personen ausländischer Nationalität im Vergleich zur Komplementärgruppe der Schweizer/-innen häufiger 30-39-jährig, verheiratet, leben in Zentrums- oder Agglomerationsgemeinden und eher in der französischen Schweiz; es handelt sich häufiger um Paare mit einem oder zwei Kindern, der Erwerbsumfang im Haushalt ist höher als bei den Befragten schweizerischer Nationalität. Ausländer/-innen sind häufiger angestellt und sind im Bau-, Gast- oder verarbeitenden Gewerbe oder im Gesundheits- und Sozialwesen tätig. Sehr viel häufiger haben sie keine nachobligatorische Ausbildung; der Anteil der ausländischen Bevölkerung an den Befragten ohne obligatorische Ausbildung ist mehr als doppelt so hoch wie der Anteil an allen Befragten. Interessanterweise ist der Anteil an den Personen mit Hochschulabschluss ebenfalls leicht höher, was ein Effekt der sogenannten «Elitemigration» vorwiegend aus EU-Ländern und den ehemaligen Ostblockstaaten sein dürfte. In der Folge ist die Armutsbetroffenheit der verschiedenen Ausländergruppen auch sehr unterschiedlich. Eine aktuelle Auswertung des BFS (BFS 2001) definiert die Armut derart, dass exakt 10 Prozent der Gesamtbevölkerung als arm gelten. Für die Ausländer/-innen macht die Armutsquote dann 12 Prozent aus (gegenüber 9% bei den Personen schweizerischer Nationalität). Je nach Nationalität ergeben sich nochmals grosse Unterschiede: Während nur gerade 6 Prozent der EU-Bürger/-innen aus Nord- und Westeuropa von so definierter Armut betroffen sind, liegt die Armutsquote der Bürger/-innen aus südeuropäischen EU-Staaten bei 11 Prozent und aus Nicht-EU-Staaten bei 21 Prozent.

Tabelle 28: Merkmale der Gruppe der Ausländer/-innen 1999

	Signifikant stärker vertretene Ausprägungen	
	im Vergleich zur Komplementärgruppe	der Working Poor im Vergleich zu den Nicht-Working Poor
Geschlecht	Männlich	
Alter	30-39	
Zivilstand	Verheiratet	Verheiratet
Haushaltstyp	Paar mit 1-2 Kindern	Paar mit 3+ Kindern
Grossregion	Zentrum	
Sprachregion	Französische Schweiz	
Bildung	Obligatorische Schule, Uni/Hochschule	Obligatorische Schule
Branche	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Gastgewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen	
Stellung im Arbeitsmarkt	Angestellt	

Komplementärgruppe: Schweizer/-innen
Die aufgeführten Merkmale sind auf dem 5%-Niveau signifikant (t-Test); bei leeren Feldern ist keine signifikante Angabe möglich
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen.

Aus Tabelle 28 ist im weiteren zu entnehmen, dass die *armen* Ausländer/-innen im Vergleich zu den nicht-armen Personen ausländischer Nationalität teilweise ähnliche Charakteristiken wie die Ausländer/-innen im Vergleich zu den Personen schweizerischer Nationalität: Sie sind häufiger verheiratet, leben in Paarhaushalten mit drei oder mehr Kindern und haben eine obligatorische Schulausbildung.

6.3.3 Alleinerziehende

Alleinerziehende wurden deshalb als Problemgruppe eruiert, weil sie mehrheitlich teilzeiterwerbstätig sind, wie auch überdurchschnittlich nur zu einem Tieflohnsatz entlöhnt werden und gleichzeitig den Lebensunterhalt mehrerer Personen bestreiten. Wie **Tabelle 29** zeigt, handelt es sich bei den Alleinerziehenden überwiegend um Frauen, 40-49-jährige, die im Vergleich zur Komplementärgruppe (Alleinstehende, Paarhaushalte mit oder ohne Kinder, übrige Haushalte) häufiger getrennt, geschieden oder verwitwet sind, in Zentrumsgemeinden leben, angestellt und im Gesundheits- und Sozialwesen tätig sind.

Die armen Alleinerziehenden sind ausnahmslos (!) Frauen, vorwiegend unter 30 Jahre alt und ledig, sie leben überdurchschnittlich oft in Zentrumsgemeinden, haben eher nur eine obligatorische Schule oder eine Berufslehre absolviert und sind überdurchschnittlich oft in Handel/ Reparatur oder in Kredit-/Versicherungs- sowie der Immobilienbranche tätig. Dass die Anstellung bei letzteren ein erhöhtes Working Poor-Risiko beinhaltet, leuchtet nicht unmittelbar ein. Es kann vermutet werden, dass es sich hier um gering entlöhnte Jobs wie Bürohilfen oder provisionsabhängige Tätigkeiten handelt. Interessanterweise besteht bei den Working Poor unter den Alleinerziehenden kein Unterschied, ob ein oder mehrere Kinder im Haushalt leben.

Tabelle 29: Merkmale der Gruppe der Alleinerziehenden 1999

	Signifikant stärker vertretene Ausprägungen	
	im Vergleich zur Komplementärgruppe	der Working Poor im Vergleich zu den Nicht-Working Poor
Geschlecht	Weiblich	Weiblich
Alter	40-49	20-29
Nationalität		
Zivilstand	Geschieden, getrennt, verwitwet	Ledig
Grossregion	Zentrum	
Sprachregion		
Bildung		
Branche	Gesundheits- und Sozialwesen	Handel/Reparatur, Kredit/ Versicherungen, Immobilien
Stellung im Arbeitsmarkt	Angestellt	

Komplementärgruppe: Alleinstehende, Paare mit oder ohne Kinder, übrige Haushalte
Die aufgeführten Merkmale sind auf dem 5%-Niveau signifikant (t-Test); bei leeren Feldern ist keine signifikante Angabe möglich
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen.

6.3.4 Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern

Tabelle 30 zeigt, dass die Befragten in Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern praktisch alle verheiratet und zwischen 30 und 49-jährig sind. Sie leben seltener in Grosszentren, haben häufiger eine höhere Ausbildung abgeschlossen und sind im Vergleich zur Komplementärgruppe (Alleinstehende, Alleinerziehende, Paare mit höchstens zwei Kindern und übrige Haushalte) eher selbständig und häufiger als die Komplementärgruppe in der Landwirtschaft tätig. Die Charakteristika der Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern bleiben auch dann erhalten, wenn in Land- und Forstwirtschaft Tätige ausgeschlossen werden. In diesem Fall sind die Befragten jedoch häufiger als die Komplementärgruppe in Baugewerbe, Verwaltung oder Unterrichtswesen tätig. Die Nationalität ist kein Unterscheidungsmerkmal.

Die Befragten in armen Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern sind hingegen überwiegend ausländischer Nationalität. Sie haben eher vier oder mehr Kinder, sind in der Landwirtschaft tätig und selbständig und haben häufiger als die Komplementärgruppe nur eine obligatorische Schule oder Berufslehre besucht. Auffällig ist auch der erhöhte Anteil derjenigen, die mehr als 75 Stunden pro Woche erwerbstätig sind, was ungefähr zwei Vollzeitstellen entspricht. Der Effekt des hohen Erwerbsumfangs verschwindet jedoch, sobald die in der Landwirtschaft Tätigen ausgeschlossen werden.

Tabelle 30: Merkmale der Gruppe der Paare mit drei und mehr Kindern 1999

	Signifikant stärker vertretene Ausprägungen	
	im Vergleich zur Komplementärgruppe	der Working Poor im Vergleich zu den Nicht-Working Poor
Alter	30-49	
Nationalität	Schweiz	Ausland
Zivilstand	Verheiratet	
Grossregion	Nichturbane Gemeinden	
Sprachregion	Französische Schweiz	
Bildung	Höhere Berufsausbildung	Obligatorische Schule, Berufslehre
Branche	Landwirtschaft	Landwirtschaft
Stellung im Arbeitsmarkt	Selbständig	Selbständig

Komplementärgruppe: Paarhaushalte ohne oder mit 1-2 Kindern, Alleinstehende, Alleinerziehende, übrige Haushalte
Die aufgeführten Merkmale sind auf dem 5%-Niveau signifikant (t-Test); bei leeren Feldern ist keine signifikante Angabe möglich
Quelle: SAKE 1999, eigene Berechnungen.

6.4 Finanzielle Einschränkungen

Auf Anregung der Sektion Soziale Sicherheit wurde in der SAKE 1999 eine neue Frage zu den Einschränkungen aus finanziellen Gründen gestellt.[24] Wir haben diese Frage einer allgemeinen Evaluation unterzogen, welche in Anhang B dargestellt wird. Im folgenden gehen wir näher auf die Einschränkungseinschätzungen der Working Poor ein. Diese Einschätzungen geben Auskunft über die subjektiv empfundene Deprivation und stellen eine interessante Zusatzinformation zu den rein objektiv erfassbaren Merkmalen dar.

6.4.1 Grundbedürfnisse

Die Items Anschaffungen, Essen und Kleidung fassen wir als Grundbedürfnisse zusammen. Wie **Tabelle 31** zeigt, schränken sich Working Poor bei den Grundbedürfnissen stärker ein als nicht Working Poor. Besonders auffällig sind die Differenzen bei der Angabe «ziemlich stark» für alle drei Items. Mehr als die Hälfte der Working Poor schränkt sich bei den Anschaffungen «ziemlich stark» ein. Beim Essen beträgt die Einschränkung insgesamt zwar «nur» rund 35 Prozent, damit ist sie aber mehr als doppelt so hoch wie die Einschränkung bei den nicht Working Poor. Und fast jede/r

[24] Die entsprechende Frage lautet: Jeder muss sein Haushaltsgeld einteilen. Ich möchte Sie jetzt fragen, ob Sie sich in Ihrem Haushalt bei den folgenden Ausgaben aus finanziellen Gründen (1) überhaupt nicht, (2) ein bisschen oder (3) ziemlich stark einschränken müssen. Wie ist es bei.... ■ Anschaffungen (dauerhafte Konsumgüter wie Auto/ Möbel/ Stereoanlagen); ■ Essen; ■ Kleider; ■ Freizeit, Hobbies (Sport, Spielen, Lesen, ...); ■ Ferien, Ausflüge; ■ Einladungen von Freunden oder Bekannten; ■ Ausgang (Kino, Restaurant, Theater, Disco, ...); ■ Arzt-/ Zahnarztbesuch; ■ Weiterbildung.

zwölfte Working Poor muss sich beim Essen «ziemlich stark» einschränken. Bei der Kleidung ist die empfundene Einschränkung der Working Poor mit insgesamt (d.h. «ein bisschen» und «ziemlich stark») über 70 Prozent ebenfalls sehr hoch, gegenüber knapp 40 Prozent bei den nicht Working Poor. Die «ziemlich starke» Einschränkung der Working Poor liegt bei rund 30 Prozent.

Wird die «ziemlich starke» Einschränkung der Working Poor in Teilzeit-Haushalten mit jener in Vollzeit-Haushalten verglichen, fällt auf, dass sich Teilzeit-Haushalte bei den Verbrauchsgütern viel häufiger, bei Essen und Kleidung jedoch geringfügig weniger als Vollzeit-Haushalte «ziemlich stark» einschränken müssen.

Tabelle 31: Finanzielle Einschränkung bei den Grundbedürfnissen 1999, in %

	Haushalt mit Erwerb gesamt		Haushalt mit VZ-Erwerb (>=90%)		Haushalt mit TZ-Erwerb (<90%)	
	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Anschaffungen						
Überhaupt nicht	39.4	18.9	39.5	19.7	38	14.5
Ein bisschen	41.8	28.9	42.3	29.7	33.7	9.2
Ziemlich stark	18.3	51.7 **	17.7	50.4 **	28.4	76.3 **
Essen						
Überhaupt nicht	85.9	64.6	86.2	65.4	81.4	62.5
Ein bisschen	12.1	27.4 **	11.9	26.3 **	15.2	30.6 **
Ziemlich stark	1.7	7.8 **	1.6	8.4 **	3.4	6.3
Kleidung						
Überhaupt nicht	61.5	27.5	62	28.9	53.2	23.5
Ein bisschen	32.4	42.1 **	32.2	40.6 **	34.9	46.5 *
Ziemlich stark	5.7	30.1 **	5.3	30.5 **	11.9	29.2 **

Quelle: SAKE 1999, eigene Darstellung; *p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test)

6.4.2 Freizeitaktivitäten

Unter «Freizeitaktivitäten» werden in **Tabelle 32** Freizeit/Hobbies, Ferien/Ausflüge und Ausgang (Restaurant, Kino) zusammengefasst.

Working Poor fühlen sich bei den Ausgaben in der frei verfügbaren Zeit durchwegs stärker eingeschränkt als nicht Working Poor. Besonders krass ist der Unterschied in der «ziemlich starken» Einschränkung: Fast 30 Prozent der Working Poor schränken sich ziemlich stark bei Freizeit und Hobbies ein, gegenüber nur 5.5 Prozent der nicht Working Poor. Bei den Ferien und Ausflügen sind es über 40 Prozent und damit mehr als drei Mal soviel wie bei den Nicht-Working Poor. In bezug auf den Ausgang sind es wiederum fast 40 Prozent bei den Working Poor, gegenüber knapp 9 Prozent bei den Nicht-Working Poor. Der Anteil derjenigen, der sich in der frei verfügbaren Zeit finanziell «ein bisschen» eingeschränkt fühlen, ist bei den Working Poor bezüglich Freizeit und Ausgang ebenfalls etwas höher als bei allen Erwerbstätigen, der Unterschied ist jedoch gering und bezüglich Ferien liegt der Anteil der Working Poor sogar leicht unter jenem aller Erwerbstätigen. Der Unterschied in der «ziemlich starken» Einschränkung zwischen Working Poor in Voll- und in Teilzeit-Haushalten in bezug auf Freizeitaktivitäten ist gering.

Tabelle 32: Finanzielle Einschränkungen bei den Freizeitaktivitäten 1999, in %

	Haushalt mit Erwerb gesamt		Haushalt mit VZ-Erwerb (>=90%)		Haushalt mit TZ-Erwerb (<90%)	
	nicht WP	Working Poor	Nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Freizeit / Hobbies						
Überhaupt nicht	66.7	36.6	67.1	37.4	60.3	34.3
Ein bisschen	27	33.5 **	26.9	31.5 **	29.1	39.4
Ziemlich stark	5.5	29.1 **	5.2	30.3 **	10.1	25.8 **
Ferien / Ausflüge						
Überhaupt nicht	50	23	50.6	22.6	41.5	24.4
Ein bisschen	36.8	35.4	36.9	36.7	36.2	31.7
Ziemlich stark	12.7	41.4 **	12.1	40.7 **	22.3	43.3 **
Ausgang						
Überhaupt nicht	63.4	27.3	63.8	28.1	56.6	25.3
Ein bisschen	27.3	33.6 **	27.2	31.8 **	28.9	38.7 **
Ziemlich stark	8.6	38.6 **	8.2	39.7 **	14.3	35.5 **

Quelle: SAKE 1999, eigene Darstellung; *p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test)

6.4.3 Soziale Netze, Gesundheit, Weiterbildung

Unter diesem Kapitel der finanziellen Einschränkungen werden Einladungen, Besuche bei Ärztin/Zahnarzt und Weiterbildung aufgelistet. Wie **Tabelle 33** zeigt, ist die empfundene finanzielle Einschränkung in diesen Bereichen im Vergleich mit den anderen Items weniger gravierend. Die «ziemlich stark» empfundene Einschränkung ist bei der Weiterbildung am grössten. Hier fühlt sich etwas mehr als ein Viertel der Working Poor «stark eingeschränkt», mehr als vier Mal soviel wie bei den nicht Working Poor. Die Einschränkung bei den Einladungen ist bei den Working Poor zwar am tiefsten, sie liegt jedoch deutlich über jener der nicht Working Poor: Insgesamt schränken sich rund 40 Prozent der Working Poor bei Einladungen ein, gegenüber rund 15 Prozent bei den nicht Working Poor. Ebenfalls rund 40 Prozent der Working Poor schränken sich bei der Gesundheit ein, und knapp 18 Prozent «ziemlich stark». Es besteht ein augenfälliger Unterschied zu den nicht Working Poor, von denen sich 18 Prozent einschränken, jedoch nur 4 Prozent «ziemlich stark». Die «ziemlich starke» Einschränkung bezüglich Einladungen und Gesundheit ist bei Working Poor in Vollzeit-Haushalten höher als bei jenen in Teilzeit-Haushalten. Wird die geringe Einschränkung («ein bisschen») dazugenommen, gleicht sich der Unterschied zwischen Voll- und Teilzeit-Working Poor wieder aus.

Tabelle 33: Finanzielle Einschränkungen beim Pflegen sozialer Netze, Gesundheit, Weiterbildung 1999, in %

	Haushalt mit Erwerb gesamt		Haushalt mit VZ-Erwerb (>=90%)		Haushalt mit TZ-Erwerb (<90%)	
	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor	nicht WP	Working Poor
Einladungen						
Überhaupt nicht	84.4	59.8	84.7	59.9	79.7	59.5
Ein bisschen	12.7	24.0 **	12.6	22.6 **	14.7	27.9 **
Ziemlich stark	2.4	15.9 **	2.2	17.2 **	5.2	12.0 **
Arzt/Zahnarzt						
Überhaupt nicht	81.5	59.8	81.6	59.7	79.5	60.2
Ein bisschen	14.0	22.3 **	14	19.7 **	14.5	29.5 **
Ziemlich stark	4.0	17.7 **	3.9	20.6 **	6.0	9.5 *
Weiterbildung						
Überhaupt nicht	75.0	44.6	75.6	43.3	65.8	48.1
Ein bisschen	16.6	23.3 **	16.4	23.8 **	19.9	22.0
Ziemlich stark	6.3	26.7 **	6.0	27.0 **	12.3	25.7 **

Quelle: SAKE 1999, eigene Darstellung; *p<=0.05, **p<=0.01 (t-Test)

Bedenklich stimmen insbesondere die Einschätzungen bei den Ausgaben für Gesundheit (Arzt-/Zahnarztbesuch) und für Weiterbildung. Jede/r fünfte Vollzeit-Working Poor gibt an, sich beim Arzt-/Zahnarztbesuch «ziemlich stark» einzuschränken, bei der Weiterbildung schränken sich mehr als ein Viertel der Working Poor «ziemlich stark» ein. Diese Ergebnisse weisen tendenziell darauf hin, dass die Working Poor aus finanziellen Gründen Gesundheit und Bildung vernachlässigen (müssen).

6.4.4 Multiple Deprivation

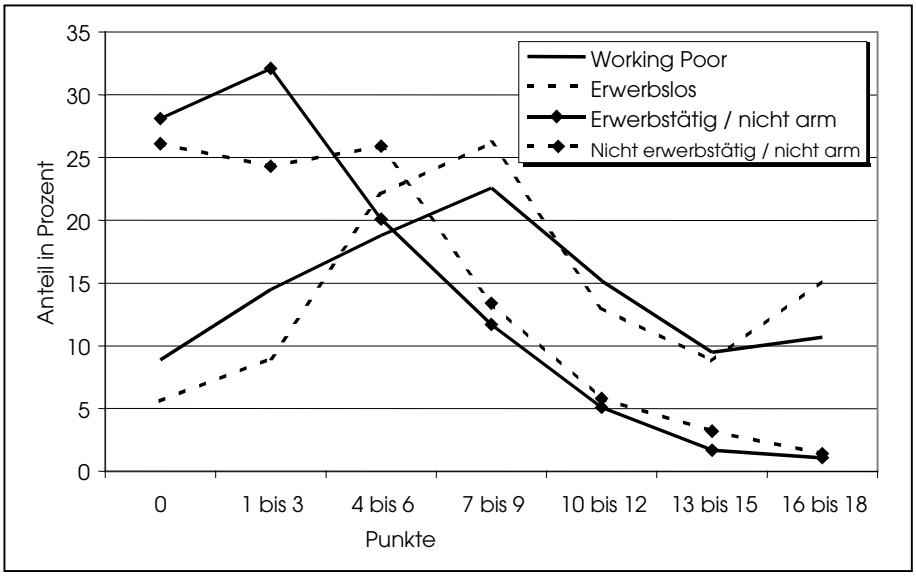
Working Poor fühlen sich im Vergleich zu nicht Working Poor deutlich stärker eingeschränkt. Wenn diese Einschränkung auf mehreren Gebieten wahrgenommen wird, kann von einer Art multipler Deprivation gesprochen werden (vgl. Kapitel 3.1.2). Das ursprüngliche Konzept der multiplen Deprivation nach Townsend und Mack & Lansley geht allerdings von einer etwas anderen Voraussetzung aus: Mack & Lansley stellen relative Deprivation dann fest, wenn ein Mangel an «gesellschaftlich als notwendig eingestuften Gütern oder Aktivitäten» (Leu, Burri & Priester 1997, 15) besteht, d.h. wenn Personen oder Haushalte bestimmte Güter nicht besitzen oder keinen Zugang zu bestimmten Aktivitäten haben.

Die Erhebung der SAKE 1999 sagt hingegen nichts über den effektiven Versorgungsgrad an existenziellen Gütern, sondern nur über das subjektive Gefühl der Einschränkung aus. Daraus lassen sich Aufschlüsse über die subjektive, relative Befindlichkeit der Befragten gewinnen. Dabei kann das Problem der unterschiedlichen Präferenzen, d.h. dass z.B. bei einer Vegetarierin ohne den wöchentlichen Sonntagsbraten nicht unbedingt von Deprivation gesprochen werden kann, umgangen werden. Die Frage nach dem Gefühl der finanziellen Einschränkung fasst in komprimierter Form die recht komplexe Studienanlage von Andress & Lipsmeier (1995) zusammen. Dort wird untersucht, ob ein Gut von den Befragten als notwendig eingestuft wird, ob es in ihrem Besitz ist und ob ein allfälliger Verzicht freiwillig oder aus finanziellen Gründen gezwungenermassen erfolgte. Für die Frage der SAKE nach der Ein-

schränkung aus finanziellen Gründen kann ein vergleichsweise einfacher Index mit ähnlicher Aussagekraft gebildet werden.

Aufgrund der Befunde, dass sich ältere Personen bei gleichen finanziellen Ressourcen subjektiv weniger einschränken als jüngere (Leu, Burri & Priester 1997, 16), sind in den folgenden Berechnungen ausschliesslich 20-59-Jährige berücksichtigt.[25] **Abbildung 7** zeigt das Ausmass der multiplen Deprivation. Für jedes der 9 Items wird ein Einschränkungsindex gebildet, wobei 0 keine Einschränkung, 1 «ein bisschen» Einschränkung und 2 eine «ziemlich starke» Einschränkung bedeutet. Der Gesamtindex reicht somit von 0 (bei allen Items überhaupt keine Einschränkung) bis zu maximal 18 Punkten (bei allen 9 Items eine ziemlich starke Einschränkung). Non-responses werden nicht mitgezählt (für die Bildung des Einschränkungsindex s. Anhang B).

Abbildung 7: Einschränkungsindex der 20-59-Jährigen 1999, in %



Quelle: SAKE 1999, eigene Darstellung

Die Häufigkeit der Einschränkungen bei den **Working Poor** steigt klar bis zu einem Modus von 7-9 Einschränkungspunkten und fällt anschliessend wieder ab. 10 Prozent aller Working Poor haben einen Einschränkungsindex von 16-18 Punkten, d.h. jede/r zehnte Working Poor hat bei den 9 Items mehrheitlich das Gefühl, sich «ziemlich stark» einzuschränken. Bei den nicht Working Poor liegt der Modus bei 1-3 Einschränkungspunkten und fällt dann kontinuierlich ab. Nur 1 Prozent gibt an, sich bei den 9 Items mehrheitlich «ziemlich stark» einschränken zu müssen.

Die Einschränkungslinie der **Erwerbslosen** verläuft sehr ähnlich wie jene der Working Poor. Dabei schränken sich die Erwerbslosen tendenziell aber etwas stärker ein als die Working Poor – obwohl die Erwerbslosen nur zum kleinere Teil arm sind. Offensichtlich ist die Zunkunftserwartung der Erwerbslosen pessimistischer (oder zumindest mit grösserer Unsicherheit verbunden) als bei den Working Poor, so dass sie sich schon in der Gegenwart stärker einschränken.

Ebenfalls ähnlich verlaufen die Einschränkungslinien der **nicht armen Erwerbstätigen** und der **nicht armen Nichterwerbstätigen**. Die letzteren schränken sich dabei durchwegs etwas stärker

[25] Damit wird auch das Problem umgangen, dass bei Pensionierten nicht nur das Einkommen aus Pensionskasse und 3. Säule, sondern auch das Vermögen eine entscheidende finanzielle Ressource darstellt, das jedoch in den Daten der SAKE nicht verfügbar ist.

ein. Bei den nicht armen Nichterwerbstätigen handelt es weitgehend um nicht erwerbstätige Hausfrauen. Ihre stärkere Einschränkung stellt die These von der Ressourcen-Gleichverteilung im Haushalt tendenziell in Frage. Wenn Erwerbstätige und nicht Erwerbstätige in Paarhaushalten im Durchschnitt ein gleiches Anspruchsniveau haben, kann die stärkere Einschränkung der nicht Erwerbstätigen nur resultieren, wenn sie über einen geringeren Teil der Haushaltsressourcen verfügen als die Erwerbstätigen. Um diese Frage endgültig beurteilen zu können, wären aber differenziertere Analysen nötig (welche beispielsweise auch Studierende, die nicht arm und nicht erwerbstätig sind, mit berücksichtigen würde). Solche Analysen würden über den Rahmen der vorliegenden Studie hinausgehen.

6.5 Zusammenfassung

Grosse Unterschiede in der Working Poor-Betroffenheit zeigen sich zum einen nach soziodemografischen Merkmalen. Besonders hoch ist der Anteil an Working Poor bei Frauen, Personen ausländischer Nationalität, Alleinerziehenden und bei Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern. Von sehr grosser Bedeutung ist die Ausbildung. Personen ohne nachobligatorische Ausbildung machen rund einen Drittel aller Working Poor aus (aber nur einen Neuntel der Erwerbstätigen). Mit steigendem Ausbildungsniveau geht die Working Poor-Betroffenheit kontinuierlich zurück. Einen wichtigen Einfluss haben die Gegebenheiten des Arbeitsmarktes. Überdurchschnittlich oft Working Poor sind zum einen Selbständige, zum anderen Erwerbstätige in Tieflohn-Bereichen (Landwirtschaft, Gastgewerbe, Verkauf, Privathaushalte). Schliesslich sind Teilzeiterwerbstätige und Personen, die ausserhalb der «normalen» Arbeitszeiten (abends, nachts und am Wochenende) arbeiten, vermehrt Working Poor.

Auf Selbständige, Alleinerziehende, Paare mit drei und mehr Kindern sowie Ausländer/-innen ist bei der Analyse von Working Poor ein besonderes Augenmerk zu richten. Diese Gruppen sind in hohem Mass Working Poor oder Working Poor-gefährdet. Die prekäre Situation von Personen ausländischer Nationalität ist zu einem Grossteil durch die fehlende nachobligatorische Ausbildung und durch die Haushaltsgrösse bedingt. Leider erlaubt es die Stichprobengrösse nicht, den Working Poor-Anteil in diesen Gruppen nach weiteren Merkmalen in einem wünschbaren Detaillierungsgrad zu untersuchen.

Erstmals wurden in der SAKE auch die Einschränkungen aus finanziellen Gründen erhoben, wobei die Befragten mit «überhaupt nicht», «ein bisschen» und «ziemlich stark» antworten konnten. Erwartungsgemäss sind die Einschränkungen aus finanziellen Gründen bei den Working Poor grösser als bei den nicht Working Poor:

- Mehr als 35 Prozent der Working Poor schränken sich «ziemlich stark» bei Anschaffungen, Ferien und Ausgang ein. Bei den nicht Working Poor sind dies durchwegs weniger als 20 Prozent.
- Mehr als 25 Prozent der Working Poor schränken sich «ziemlich stark» bei Kleidern, Freizeit und Weiterbildung ein, gegenüber weniger als 7 Prozent nicht Working Poor.
- Mehr als 15 Prozent der Working Poor schränken sich «ziemlich stark» bei Gesundheit und Einladungen ein, gegenüber maximal 4 Prozent bei den nicht Working Poor.

Bedenklich stimmen die Einschränkungen aus finanziellen Gründen vor allem bei den Ausgaben für Gesundheit und Weiterbildung.

7 Analyse der Einflussfaktoren

Mit den bisherigen Analysen haben wir vielfältige Zusammenhänge zwischen verschiedenen Charakteristiken der beobachteten Personen und ihrer Working Poor-Betroffenheit aufgezeigt. Mit den eingesetzten deskriptiv-statistischen Methoden kann das Zusammenspiel der unterschiedlichen Faktoren aber nur ungenügend erhellt werden. Kann beispielsweise die stärkere Working Poor-Betroffenheit der Frauen gegenüber den Männern auf die unterschiedliche Verteilung der Frauen auf bestimmte Haushaltstypen zurückgeführt werden, oder ist die Armutsbetroffenheit auch innerhalb der einzelnen Haushaltstypen nach Geschlecht verschieden? Wie steht es, wenn gleichzeitig die Nationalität und Ausbildung berücksichtigt werden? Oder der Beruf und die Sprachregion?

Um solche Fragen der gleichzeitigen Wirkung verschiedener Merkmale zu klären, verwenden wir im folgenden die **Methode der logistischen Regression**. Im Unterschied zu den bisherigen Analysen stützen wir uns dabei auf die Angaben aus der SAKE der Jahre 1991 bis 1999. Damit können wir die Stichprobe in erheblichem Mass vergrössern und zugleich die Wirkung der zeitlichen Entwicklung (in welcher sich wiederum konjunkturelle Entwicklungen widerspiegeln können) mit einbeziehen. In Abschnitt 7.1 gehen wir auf die Methode der logistischen Regression ein und nehmen Überlegungen zum Vorgehen vor. Die Ergebnisse der Regressionsanalysen werden in Abschnitt 7.2 dargestellt und diskutiert. In Abschnitt 7.3 fassen wir die wesentlichsten Erkenntnisse zusammen. Dass die Bedingungen für die Durchführung einer logistischen Regression erfüllt sind, zeigen wir Abschnitt 10.4 (in Anhang A).

7.1 Allgemeine Überlegungen zum Vorgehen

Regressionsanalysen dienen dazu, eine zu erklärende Variable auf einzelne erklärende Variablen zurückführen. Dabei werden die zu schätzenden Koeffizienten der erklärenden Variablen so festgelegt, dass die empirisch beobachteten Verhältnisse bestmöglich erklärt werden können. In unserem Fall stellt die zu erklärende Variable eine sogenannte Dummyvariable dar, die nur den Wert 0 oder 1 annehmen kann: die Ausprägung 1 entspricht dem Zustand von «Working Poor», die Ausprägung 0 dem Zustand von «nicht Working Poor». Zur Analyse ist eine logistische Regression adäquat, die etwas komplexer ist als die übliche lineare Regression. Die technischen Details der logistischen Regression werden in Anhang A dargelegt.

Beschränkung der einbezogenen Beobachtungen

Wir beziehen nur Personen in die Analysen ein, die **potentiell Working Poor** sein können. Nicht Erwerbstätige werden somit aus der Analyse ausgeschlossen. Im weiteren beschränken wir die Analyse auf Zielpersonen, die in klaren **typisierbaren Haushalten** – Alleinstehende, Alleinerziehende, Paare ohne Kinder und Paare mit Kindern – wohnen. Das heisst, dass wir die knapp zehn Prozent an Beobachtungen in «anderen Haushalten» (vgl. Tabelle 10 in Abschnitt 4.3 für ungewichtete Beobachtungen) ausschliessen. Dies begründet sich zum einen durch den Umstand, dass die Steuern für diese anderen Haushaltstypen nicht mehr zuverlässig ermittelt werden können. Zum andern kann die Bedeutung von weiteren Erwerbseinkommen (neben der Zielperson und einer allfälligen Partnerperson) ebenfalls nicht mehr zuverlässig ersehen werden. Somit würde es sehr schwierig, die Ergebnisse zu interpretieren. Schliesslich beziehen wir nur Zielpersonen in die Analyse ein, deren **Erwerbseinkommen** mindestens die Hälfte des gesamten Haushaltseinkommens ausmacht (da sonst den Arbeitsmarktcharakteristiken dieser Person nur eine geringe Bedeutung zukommen würde). Durch diese Vorgabe

werden deutlich weniger Frauen als Männer in die Stichprobe einbezogen, da die Frauen in Paarhaushalten im allgemeinen das geringere Erwerbseinkommen erwirtschaften.

Referenzgruppen und Referenzperson

Die **Referenzsituation**, in der alle Dummyvariablen den Wert von 0 annehmen, entspricht einer ohne Partner/-in lebenden Person in der Altersgruppe von 30-49 Jahren in der Deutschschweiz in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Bei der Gesamtgleichung und der «Frauengleichung» ist diese Person weiblich, bei der «Männergleichung» ist sie männlich. Zudem definieren wir die intervallskalierten erklärenden Merkmale derart, dass die Konstellation, bei welcher alle erklärenden Merkmale den Wert 0 annehmen (und die erklärte Variable somit gleich dem Wert der Konstanten ist), einer sinnvollen **Referenzperson** entspricht. Für diese Referenzperson werden neun Schuljahre (das heisst keine nachobligatorische Ausbildung) und ein gesamter Erwerbsumfang des Haushaltes von 40 Wochenstunden unterstellt.

Erklärungsvariablen

Die wesentlichen Einflussfaktoren auf die Wahrscheinlichkeit, Working Poor zu sein, ergeben sich aus der technischen Beziehung zwischen Erwerbsumfang, Lohnsatz und Armutsgrenze. Working Poor ist, wer mit dem Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Die Armutsgrenze ist primär von der Zahl der Haushaltsmitglieder abhängig. Das Einkommen ergibt sich im allgemeinen (bei Absenz von Transfer- und Vermögenseinkommen) als Produkt aus dem Erwerbsumfang und dem Lohnsatz. Der Erwerbsumfang ist für den gesamten Haushalt bekannt. Der Lohnsatz wiederum wird sinnvollerweise nicht direkt als Erklärungsfaktor eingefügt, sondern auf die dahinter liegenden Faktoren zurückgeführt. Dabei können diese Faktoren für die Zielperson relativ präzise erfasst werden, während für die allfällige Partnerperson kaum Angaben verfügbar sind. Je nach Jahr und Region können sich zudem unterschiedliche Verhältnisse ergeben.

Als Erklärungsfaktoren können somit vier Variablengruppen in die Analyse einbezogen werden:

- **Anzahl an Haushaltsmitgliedern**: Die Variable D_PA gibt an, ob eine Partnerperson im gleichen Haushalt lebt. Die Variable ANZKI gibt die Anzahl an Kindern im Haushalt an. Da wir nur typisierbare Haushalte einbeziehen, wird mit diesen Angaben auch die gesamte Zahl an Haushaltsmitgliedern (aus welcher sich wiederum die Armutsgrenze ableitet) bestimmt.
- **Umfang der Erwerbsarbeit im Haushalt**: Die Variable EAT40 gibt an, um welchen Wert dieser Umfang von 40 Wochenstunden differiert.
- **Lohnbestimmende Faktoren**: Hier können eine Vielzahl von persönlichen sozioökonomischen Merkmalen, von Charakteristiken der Branche und des Arbeitsplatzes sowie von konjunkturellen Faktoren eine Rolle spielen.
- **Weitere Faktoren**: Von Bedeutung können insbesondere unterschiedliche Verhältnisse nach Jahr und Region sein.

7.2 Darstellung der Regressionsergebnisse

Aus der SAKE 1991 bis 1999 stehen gesamthaft 42`942 Beobachtungen zur Verfügung, welche alle notwendigen Angaben zur Analyse enthalten. In **Tabelle 34** werden die Mittelwerte für die gesamte Stichprobe sowie für die Frauen und Männer separat ausgewiesen. Wie schon erwähnt, ist die Stichprobe der Frauen nur knapp halb so gross wie jene der Männer und enthält sehr viel weniger in Paarbeziehungen lebende Personen als bei den Männern.

Tabelle 34: Mittelwerte der erklärenden Variablen

Variable		Gesamt (N=42'942)	Frauen (N=13'625)	Männer (N=29`317)
D_FRAU	Dummy Frau	0.318	1.000	0.000
D_PA	Dummy Partner/-in	0.556	0.266	0.692
ANZKI	Anzahl Kinder	0.697	0.304	0.881
EAT40	Erwerbsarbeit im HH minus 40	11.4	6.9	13.5
D_AUSL	Dummy ausländische Nationalität	0.153	0.136	0.160
D_A20_29	Dummy Alter 20-29	0.211	0.280	0.179
D_HAUS	Dummy Wohneigentum	0.244	0.130	0.298
AUSJA9	Ausbildungsjahre minus 9	4.1	3.7	4.3
D_WBILD	Dummy Weiterbildung	0.378	0.397	0.362
D_UBRU	Dummy Erwerbsunterbruch	0.051	0.074	0.040
D_BNEU	Dummy neu in Betrieb	0.120	0.149	0.107
D_5BJ	Dummy 5+ Jahre in Betrieb	0.567	0.481	0.607
D_ALR	Dummy registriert arbeitslos	0.027	0.033	0.025
D_LAND	Dummy Beruf Landwirtschaft	0.010	0.003	0.013
D_GAST	Dummy Beruf Gastgewerbe/Haushalt	0.039	0.052	0.033
D_DETAIL	Dummy Beruf Detailhandel	0.026	0.043	0.018
D_TZEIT	Dummy Teilzeiterwerb	0.121	0.269	0.052
D_NDAU	Dummy nichtdauerhafte Stelle	0.025	0.034	0.021
D_NFIX	Dummy flexibilisierte Arbeitszeiten	0.182	0.128	0.208
D_SELB	Dummy selbständig ohne Angestellte	0.047	0.037	0.052
D_VG	Dummy Vorgesetztenposition	0.383	0.265	0.438
D_WELSCH	Dummy Westschweiz	0.309	0.343	0.293
D_9699	Dummy Jahre 96-99	0.400	0.401	0.399

Quelle: SAKE 1991-1999 (ungewichtete Beobachtungen), eigene Berechnungen

Die Regressionsergebnisse für die Erklärung des Zustandes von Working Poor (Vollzeit- und Teilzeit-Working Poor zusammen) sind in **Tabelle 35** dargestellt. Wenn lediglich potentielle Vollzeit-Working Poor (die in einem Haushalt mit einem gesamthaften Erwerbsumfang von mindestens 36 Wochenstunden leben) einbezogen werden, fallen die Resultate sehr vergleichbar aus. Die entsprechenden Ergebnisse sind in **Tabelle 36** ersichtlich. Wir beschränken uns im folgenden auf die Diskussion der Ergebnisse von Tabelle 35.

Die einbezogenen Variablen können je nach Gleichung zwischen einem Viertel bis einem Drittel der Varianz erklären (Bestimmungsmass von 0.245-0.315). Wie aufgrund des geringen Anteils der Working Poor zu erwarten ist, kann die Prognosegenauigkeit nur unwesentlich verbessert werden. Die erklärenden Variablen sind fast durchgehend hoch signifikant. Die durch

die geschätzten Koeffizienten angegebene Wirkungen der Variablen lassen sich ausnahmslos sinnvoll interpretieren.

Tabelle 35: Schätzergebnisse der logistischen Regression zur Erklärung der Working Poor-Wahrscheinlichkeit (alle Erwerbstätigen)

Erklärende Variablen		Gleichung gesamt		Gleichung für Frauen		Gleichung für Männer	
D_FRAU	Dummy Frau	0.2072	**	-		-	
D_PA	Dummy Partner/-in	0.2733	**	0.4475	**	0.1278	
ANZKI	Anzahl Kinder	0.6681	**	0.6259	**	0.6968	**
EAT40	Erwerbsarbeit im HH minus 40	-0.0292	**	-0.0505	**	-0.0184	**
D_AUSL	Dummy ausländische Nationalität	0.6492	**	0.6711	**	0.7336	**
D_A20_29	Dummy Alter 20-29	0.3437	**	0.2788	**	0.4395	**
D_HAUS	Dummy Wohneigentum	-0.3891	**	-0.2880	*	-0.4253	**
AUSJA9	Ausbildungsjahre minus 9	-0.2128	**	-0.1971	**	-0.2134	**
D_WBILD	Dummy Weiterbildung	-0.4184	**	-0.4284	**	-0.4033	**
D_UBRU	Dummy Erwerbsunterbruch	0.5898	**	0.5703	**	0.6066	**
D_BNEU	Dummy neu in Betrieb	0.2189	**	0.2752	**	0.1644	
D_5BJ	Dummy 5+ Jahre in Betrieb	-0.1835	**	-0.2412	**	-0.1657	*
D_ALR	Dummy registriert arbeitslos	0.2778	*	0.5314	**	-0.1072	
D_LAND	Dummy Beruf Landwirtschaft	2.6520	**	3.3905	**	2.3944	**
D_GAST	Dummy Beruf Gastgewerbe/Haushalt	0.4419	**	0.7711	**	0.0082	
D_DETAIL	Dummy Beruf Detailhandel	0.6626	**	1.0079	**	0.1051	
D_TZEIT	Dummy Teilzeiterwerb	1.5302	**	1.3523	**	1.5136	**
D_NDAU	Dummy nichtdauerhafte Stelle	0.7259	**	0.6401	**	0.8706	**
D_NFIX	Dummy flexibilisierte Arbeitszeiten	0.2313	**	0.2716	**	0.2247	**
D_SELB	Dummy selbständig ohne Angestellte	1.0262	**	1.2573	**	0.9075	**
D_VG	Dummy Vorgesetztenposition	-0.7791	**	-0.7209	**	-0.7865	**
D_WELSCH	Dummy Westschweiz	0.3541	**	0.4674	**	0.3014	**
D_9699	Dummy Jahre 96-99	0.2007	**	0.2725	**	0.1678	**
Constant	Konstante	-3.3289	**	-3.3067	**	-3.3039	**
Pseudo-R^2	Bestimmtheitsmass	0.267		0.315		0.246	
% ProgK	Richtige Prognosen mit Konstante	93.97%		91.49%		95.12%	
% ProgM	Richtige Prognosen mit Modell	94.11%		92.09%		95.15%	
N	Anzahl Beobachtungen	42'942		13'625		29`317	

Die erklärte Variable ist Z, die Wahrscheinlichkeit für den Zustand von Working Poor p in Prozent errechnet sich als $p=1/(1+e^{-Z})$
* signifikant auf 5%-Niveau, ** signifikant auf 1%-Niveau
Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen

Die in Tabelle 35 enthaltenen Regressionsgleichungen sind nicht einfach zu interpretieren. Für die Interpretation verwenden wir deshalb auch die Wahrscheinlichkeiten, zu den Working Poor zu gehören, wie sie für typisierte Personen aufgrund der Regressionsgleichungen berechnet werden können. Beispielsweise ergibt sich für eine alleinstehende Frau, die ausländische Nationalität hat (D_AUSL=1), 28-jährig ist (D_A20_29=1), über eine Ausbildung von 12 Jahren verfügt (AUSJA9=3) und eine Stelle im Umfang von 40 Wochenstunden im Detailhandel (D_DETAIL=1) hat, eine Working Poor-Wahrscheinlichkeit von 15.5 Prozent.[26] Dies be-

[26] Aus der Frauengleichung resultiert Z = (-3.067) + 0.6711 * 1 + 0.2788 * 1 + (-0.1971) * 3 + 1.0079 * 1 = -1.6994. Die Working Poor-Wahrscheinlichkeit errechnet sich als $p=1/(1+e^{-Z}) = 0.155$ (=15.5%).

deutet, dass von 100 Personen mit genau diesen Merkmalen im Durchschnitt 15.5 Personen zu den Working Poor gehören.

Tabelle 36: Schätzergebnisse der logistischen Regression zur Erklärung der Working Poor-Wahrscheinlichkeit (nur Erwerbstätige in Vollzeit-Haushalten)

Erklärende Variablen		Gleichung gesamt		Gleichung für Frauen		Gleichung für Männer	
D_FRAU	Dummy Frau	0.2388	**	-		-	
D_PA	Dummy Partner/-in	0.2575	**	0.2891		0.3194	**
ANZKI	Anzahl Kinder	0.7352	**	0.7504	**	0.7239	**
EAT40	Erwerbsarbeit im HH minus 40	-0.0183	**	-0.0287	**	-0.015	**
D_AUSL	Dummy ausländische Nationalität	0.6761	**	0.4639	**	0.741	**
D_A20_29	Dummy Alter 20-29	0.2044	**	-0.0869		0.3756	**
D_HAUS	Dummy Wohneigentum	-0.4195	**	-0.4255	*	-0.3955	**
AUSJA9	Ausbildungsjahre minus 9	-0.2205	**	-0.1653	**	-0.2343	**
D_WBILD	Dummy Weiterbildung	-0.5137	**	-0.4478	**	-0.5425	**
D_UBRU	Dummy Erwerbsunterbruch	0.6169	**	0.7856	**	0.4417	**
D_BNEU	Dummy neu in Betrieb	0.2277	*	0.4758	**	0.1041	
D_5BJ	Dummy 5+ Jahre in Betrieb	-0.1323	*	-0.1247		-0.1577	*
D_ALR	Dummy registriert arbeitslos	0.1161		0.5172	*	-0.1675	
D_LAND	Dummy Beruf Landwirtschaft	2.3211	**	1.9904	**	2.3606	**
D_GAST	Dummy Beruf Gastgewerbe/Haushalt	0.2421		0.6685	**	-0.0502	
D_DETAIL	Dummy Beruf Detailhandel	0.6062	**	1.0434	**	0.2351	
D_TZEIT	Dummy Teilzeiterwerb	1.1704	**	1.3839	**	0.7119	**
D_NDAU	Dummy nichtdauerhafte Stelle	1.0383	**	0.8783	**	1.1716	**
D_NFIX	Dummy flexibilisierte Arbeitszeiten	0.2237	**	0.4246	**	0.2014	*
D_SELB	Dummy selbständig ohne Angestellte	1.2893	**	1.9222	**	1.0698	**
D_VG	Dummy Vorgesetztenposition	-0.7507	**	-0.7394	**	-0.7724	**
D_WELSCH	Dummy Westschweiz	0.3763	**	0.6528	**	0.2771	**
D_9699	Dummy Jahre 96-99	0.1623	**	0.0484		0.2054	**
Constant	Konstante	-3.4812	**	-3.2375	**	-3.5469	**
Pseudo-R^2	Bestimmtheitsmass	0.235		0.253		0.238	
% ProgK	Richtige Prognosen mit Konstante	95.75%		95.93%		95.69%	
% ProgM	Richtige Prognosen mit Modell	95.76%		95.88%		95.78%	
N	Anzahl Beobachtungen	38`903		10`693		28`210	

Vollzeit-Haushalt: Erwerbsarbeit aller Haushaltsmitglieder zusammen beträgt mindestens 36 Wochenstunden
Die erklärte Variable ist Z, die Wahrscheinlichkeit für den Zustand von Working Poor p in Prozent errechnet sich als $p=1/(1+e^{-Z})$
* signifikant auf 5%-Niveau, ** signifikant auf 1%-Niveau
Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen

In **Abbildung 8** werden die Working Poor-Wahrscheinlichkeiten für Erwerbstätige ohne nachobligatorische Ausbildung und mit einem gesamten Erwerbsvolumen des Haushaltes von 40 Wochenstunden nach unterschiedlicher Haushaltssituation dargestellt. Wie die Working Poor-Gefährdung für eine mit Partner/-in lebende erwerbstätige Person bei einem gesamten Erwerbsvolumen des Haushaltes von 40 Wochenstunden in Abhängigkeit von Ausbildung und Merkmalen des Arbeitsplatzes variiert, ist in **Abbildung 9** ersichtlich. Bei der folgenden Diskussion der einzelnen Einflussfaktoren wird verschiedentlich auf diese Abbildungen Bezug genommen.

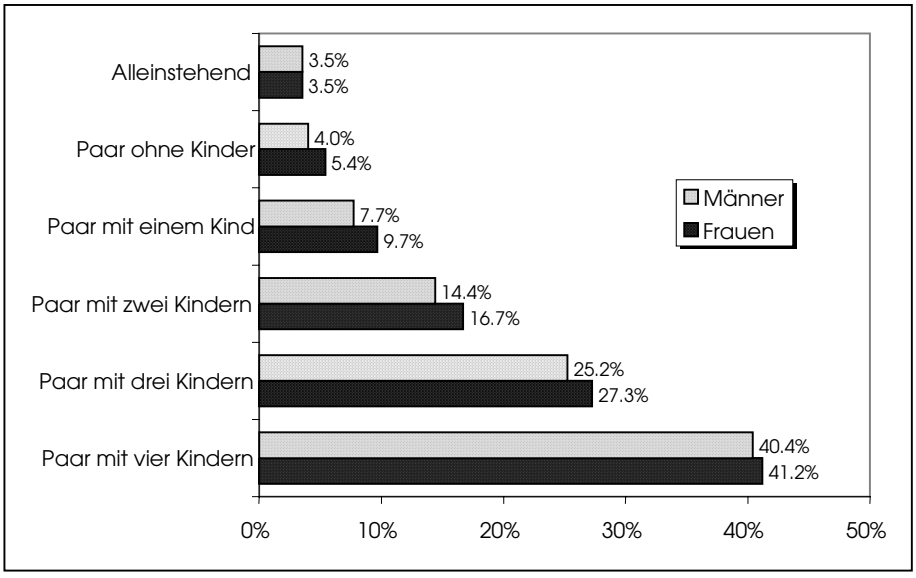
Konstante

■ Die Konstante gibt für die Referenzperson die Wahrscheinlichkeit an, Working Poor zu sein. Diese Wahrscheinlichkeit liegt in der Gesamtgleichung, sowie in der Männer- und der Frauengleichung, bei rund 3.5 Prozent (Abbildung 8).

Differenzen nach Geschlecht

■ Der signifikante Koeffizient der Dummy-Variable Frau in der Gesamtgleichung belegt, dass Frauen auch bei Kontrolle der übrigen Einflussfaktoren stärker Working Poor-gefährdet sind als Männer. Dieses Ergebnis dürfte sich darauf zurückführen lassen, dass Frauen auch bei gleichwertiger Ausstattung (bezüglich Ausbildungsjahren etc.) immer noch weniger verdienen als Männer. Wie die für Frauen und Männer getrennten Gleichungen zeigen, ist die Working Poor-Gefährdung für die Referenzperson mit den erwähnten 3.5 Prozent jeweils gleich, hingegen weichen die Wirkungen der einzelnen erklärenden Variablen nach Geschlecht bei einzelnen Variablen deutlich voneinander ab. Auf diese Abweichungen kommen wir bei der Diskussion der einzelnen Variablen zurück.

Abbildung 8: Working Poor-Wahrscheinlichkeit nach Geschlecht, Haushaltstyp und Anzahl Kinder, in %



Mit Ausnahme der angegebenen Merkmale sind die Merkmale der Referenzperson zugrundegelegt (keine nachobligatorische Ausbildung, Deutschschweiz, 1991-95)
Quelle: Berechnungen aufgrund von Tabelle 35

Partner/-in

■ Wenn die Zielperson mit einem Partner / einer Partnerin im gleichen Haushalt lebt, steigt bei sonst gleichen Voraussetzungen die Working Poor-Gefährdung auf 4 Prozent bei den Männern und 5.4 Prozent bei den Frauen (Abbildung 8).

Anzahl Kinder

■ Wie nicht anders zu erwarten, nimmt die Working Poor-Gefahr mit steigender Anzahl an Kindern für die Frauen wie die Männer stark und hochsignifikant zu. Bei gleichen Bedingungen (insbesondere wenn die gesamte Erwerbsarbeit nach wie vor 40 Wochenstunden umfasst), steigt die Wahrscheinlichkeit, Working Poor zu sein, bei einem Paarhaushalt mit einem Kind

auf näherungsweise 9 Prozent, bei zwei Kindern auf 15 Prozent, bei drei Kindern auf rund 26 Prozent und bei vier Kindern auf rund 41 Prozent an (der Prozentwert liegt bei den weiblichen Zielpersonen immer etwas höher als bei den männlichen Zielpersonen, vgl. Abbildung 8).

Umfang der Erwerbsarbeit

■ Dem Umfang der Erwerbsarbeit kommt bei der Gesamtheit der Working Poor eine hochsignifikante Bedeutung zu: Mit steigendem Umfang nimmt die Working Poor-Gefahr ab. Wenn beispielsweise beim Paarhaushalt mit drei Kindern der Erwerbsumfang auf 60 Wochenstunden ansteigt, geht die Working Poor-Gefährdung wiederum auf 16 Prozent zurück.

Soziodemografische Merkmale

■ Eine ausländische **Nationalität** ist mit höherer Working Poor-Gefährdung verbunden. Für die Referenzperson steigt die Gefährdung von rund 3.5 auf rund 6.5 Prozent an. Hier dürfte sich der Umstand widerspiegeln, dass Ausländer/-innen bei sonst gleichen Voraussetzungen schlechtere Lohnbedingungen vorfinden als Schweizer/-innen.
■ Dem **Zivilstand** kommt keinerlei signifikante Bedeutung zu, weshalb wir die entsprechenden getesteten Dummy-Variablen nicht in die Gleichung aufgenommen haben. Die in den deskriptiven Auswertungen ersichtlichen Wirkungen des Zivilstandes gehen offensichtlich darauf zurück, dass sich Personen unterschiedlichen Zivilstandes bei anderen Erklärungsfaktoren unterscheiden. Lediglich für verwitwete Frauen ergibt sich eine tiefere Working Poor-Gefährdung als bei den übrigen Frauen, was sich durch den Anspruch auf Witwenrente der AHV erklärt.
■ Nur teilweise signifikant ist der Einfluss des **Alters**. Stärker Working Poor-gefährdet sind die unter 30-Jährigen. Bei einer unter 30-jährigen Person, welche in den sonstigen Merkmalen der Referenzperson entspricht (was bedeutet, dass die übrigen Erklärungsvariablen den Wert Null annehmen) steigt die Gefährdung auf 4.8 Prozent an. Bei den Männern ist dieser Alterseffekt stärker ausgeprägt als bei den Frauen. Für die Altersgruppe der über 49-Jährigen ergeben sich keine signifikanten Effekte (weshalb die entsprechende Dummy-Variable nicht ausgewiesen wird).
■ **Wohneigentum** ist mit einer geringeren Working Poor-Betroffenheit verbunden, wobei dieser Effekt bei den Männern stärker ist.

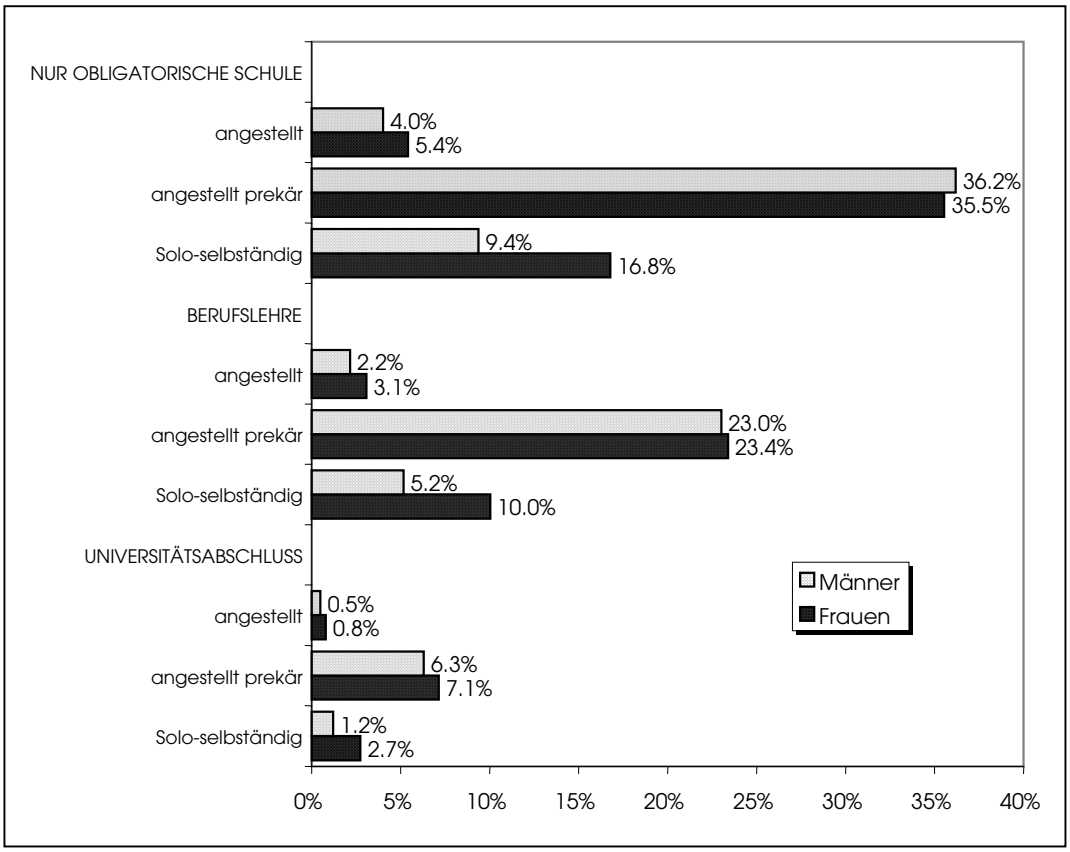
Aus- und Weiterbildung

■ Der Ausbildung kommt eine entscheidende Bedeutung bei der Working Poor-Gefährdung zu (**Abbildung 9**). Bei steigender Zahl an **Ausbildungsjahren** geht die Working Poor-Gefährdung bei den Männern und Frauen in vergleichbarer Weise zurück. Bei einer Berufslehre (12 Ausbildungsjahre) kann die Working Poor-Gefährdung einer Person, die in den sonstigen Merkmalen der Referenzperson entspricht, fast halbiert werden. Bei einem Universitätsabschluss (19 Ausbildungsjahre) geht die Working Poor-Gefährdung auf weniger als ein Prozent zurück.
■ Wenn in den letzten 12 Monaten eine **Weiterbildung** betrieben wurde, ist die Working Poor-Gefährdung für Frauen und Männer in gleicher Weise geringer. Für einen Mann, der in den sonstigen Merkmalen der Referenzperson entspricht, macht sie noch 2.3 Prozent aus.

Erwerbsbiografische Merkmale

■ Von einem **Erwerbsunterbruch** wird gesprochen, wenn die aktuelle Erwerbsphase weniger als ein Jahr (und der vorhergehende Unterbruch mindestens 6 Monate) dauerte. Ein Erwerbsunterbruch erhöht die Gefahr, Working Poor zu sein, für Männer und Frauen. Für einen Mann mit den sonstigen Merkmalen der Referenzperson macht sie nach einem Unterbruch 6 Prozent aus.
■ Personen, die **neu im Betrieb** sind, haben im allgemeinen ebenfalls eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, Working Poor zu sein. Für einen Mann, dessen sonstige Merkmale der Referenzperson entsprechen, steigt die Gefährdung auf 4.3 Prozent. Dieser Zusammenhang deutet darauf hin, dass neu in einen Betrieb Einsteigende öfters tiefe Löhne erhalten (und zudem Personen mit instabilen Arbeitsverhältnissen öfters zu den Betriebsneulingen zählen als Personen in stabilen Arbeitsverhältnissen). Der Effekt ist aber nur für die Frauen statistisch signifikant.
■ Auf der anderen Seite verringert eine längere **Betriebszugehörigkeit** (von 5 und mehr Jahren) die Working Poor-Gefährdung in etwa vergleichbarem Umfang wie sie für neu im Betrieb Arbeitende erhöht wird.
■ Wenn die Zielperson **registriert arbeitslos** ist (und somit nur in einem Teiljob oder in einem Zwischenverdienst oder Beschäftigungsprogramm erwerbstätig ist), erhöht sich die Working Poor-Gefährdung. Dieser Zusammenhang ist aber nur für die Frauen statistisch signifikant.

Abbildung 9: Working Poor-Wahrscheinlichkeit nach Geschlecht, Ausbildung und Merkmalen des Arbeitsplatzes



Mit Ausnahme der angegebene Merkmale sind die Merkmale einer in einer kinderlosen Partnerschaft lebenden Referenzperson zugrundegelegt (Deutschschweiz, 1991-95)
Quelle: Berechnungen aufgrund von Tabelle 35

Beruf und Branche

■ Der Beruf und die Branche können die Working Poor-Betroffenheit nur zu einem kleinen Teil erklären. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir Merkmale von prekären Arbeitsbedingungen schon mit anderen Variablen einbeziehen. Wesentliche Wirkungen lassen sich vor allem für die Berufsfelder Landwirtschaft, Gastgewerbe/Hauswirtschaft und Detailhandel ersehen. Die weiteren getesteten Branchen/Berufsfelder ergaben nur zum kleinen Teil signifikante Resultate.
■ Wenn ein Mann mit den sonstigen Merkmalen der Referenzperson in der **Landwirtschaft** tätig ist, so steigt die Working Poor-Gefährdung auf rund 34 Prozent an. Dieser sehr starke Einfluss war schon aufgrund der deskriptiven Auswertung zu erwarten. Für die Frauen ist er noch stärker ausgeprägt als für die Männer.
■ Ein Beruf im Bereich **Gastgewerbe/Hauswirtschaft** erhöht die Working Poor-Gefährdung für die Frauen. Für eine Frau, deren sonstige Merkmale der Referenzperson entsprechen, steigt die Gefährdung in diesem Fall auf gut 7 Prozent an. Bei den Männern ist die Wirkung gering.
■ In vergleichbarer Weise ist ein Beruf im Bereich des **Detailhandels** für die Frauen mit einer stärkeren Working Poor-Gefährdung verbunden, während ein Effekt bei den Männern kaum vorhanden ist. Für eine Frau steigt die Gefährdung auf rund gut 9 Prozent an, wenn sie sonst die Merkmale der Referenzperson hat.

Merkmale des Arbeitsplatzes

Wir haben verschiedene Dummyvariablen eingeführt, welche tendenziell Aspekte von prekären Arbeitsverhältnissen widerspiegeln. Keinen signifikanten Einfluss hat der ebenfalls getestete Umstand, ob jemand bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt ist. Die entsprechenden Wirkungen liegen für Frauen und Männer in einer vergleichbaren Grössenordnung.

■ Einen äusserst starken Einfluss hat die Dummy-Variable für einen **Teilzeiterwerb**. Für einen Mann mit einem Teilzeiterwerb mit den sonstigen Merkmalen der Referenzperson (insbesondere mit 40 Erwerbsstunden im gesamten Haushalt) steigt die Working Poor-Gefährdung auf gut 14 Prozent an. Dieser Effekt weist darauf hin, dass Teilzeitstellen generell in viel stärkerem Mass von prekären Arbeitsbedingungen betroffen sind als Vollzeitstellen.
■ Einen starken signifikanten Einfluss auf die Working Poor-Betroffenheit hat der Umstand, ob es sich bei der Stelle um eine dauerhafte oder **nicht dauerhafte Stelle** handelt. Bei einer nicht dauerhaften Stelle steigt die Gefahr, Working Poor zu sein, für einen Mann auf 7 Prozent an, wenn er sonst die gleichen Merkmale wie die Referenzperson hat.
■ Bei **flexibilisierte Arbeitszeiten** wird die Working Poor-Gefahr ebenfalls durchgehend und deutlich erhöht. Unter flexibilisierten Arbeitszeiten werden Arbeitsverhältnisse zusammengefasst, bei denen die Arbeitszeitstruktur total flexibel ist (was einem wesentlichen Merkmal von Arbeit auf Abruf entspricht). Bei einer solchen Stelle steigt die Gefahr Working Poor zu sein für einen Mann, dessen übrigen Merkmale der Referenzperson entsprechen, auf 4.3 Prozent an.
■ Wenn eine Stelle gleichzeitig teilzeitig, nicht dauerhaft und bezüglich Arbeitszeit flexibilisiert ist (wie dies typischerweise bei Arbeit auf Abruf der Fall ist), so steigt die Working Poor-Gefahr für eine mit Partner/-in lebende Person, die in den sonstigen Merkmalen der Referenzperson entspricht, unabhängig vom Geschlecht auf rund 36 Prozent an (Abbildung 9). Wenn sich die Stelle zudem noch im Detailhandel befindet, macht die Gefährdung für diese Frau 54 Prozent aus. Falls im Haushalt noch zwei Kinder leben, sinkt die Chance dieser Frau, bei einem gesamten Erwerbsvolumen nicht arm zu sein, auf weniger als 20 Prozent (die Working Poor-Gefährdung macht 81% aus).

■ **Selbständige ohne Angestellte** sind in hoch signifikantem Mass stärker Working Poor-gefährdet. Die Gruppe der Solo-Selbständigen scheint insbesondere «neue Selbständige» in prekären Erwerbsverhältnissen zu umfassen. Der Einfluss ist dabei sehr stark. Wenn in den übrigen Merkmalen der Referenzperson entsprechende in einer Partnerschaft lebende Person solo-selbständig ist, so steigt die Working Poor-Wahrscheinlichkeit bei den Männern auf gut 9 und bei den Frauen sogar auf fast 17 Prozent an (Abbildung 9).
■ Durchgehend stark vermindert wird die Working Poor-Betroffenheit schliesslich für Erwerbstätige in einer **Vorgesetztenposition**. Die Gefahr, Working Poor zu sein, sinkt für die Frauen wie die Männer in einer Vorgesetztenposition auf weniger als 2 Prozent, wenn ihre übrigen Merkmale der Referenzperson entsprechen.

Kantonale Arbeitslosenquote

■ Mit der kantonalen Arbeitslosenquote des betreffenden Jahres lässt sich die jeweils aktuelle regionale Arbeitsmarktlage einführen. Grundsätzlich ist zu erwarten, dass die Working Poor-Betroffenheit um so grösser wird, je höher die Arbeitslosenquote ist. Darin würde sich der Umstand spiegeln, dass erwerbslose Personen eher bereit sind, zu Tieflöhnen zu arbeiten und sich für die Beschäftigten die Lohnposition bei hoher Arbeitslosigkeit verschlechtert. Die entsprechenden Resultate weisen zwar in die erwartete Richtung, sind aber alle statistisch nicht signifikant und werden deshalb nicht ausgewiesen.

Sprachregion

■ Für die **Westschweiz** ist die Working Poor-Gefährdung durchgehend grösser als für die übrige Schweiz. Für die männliche Referenzperson steigt sie auf rund 5 Prozent. Diese Wirkung ist unabhängig davon, ob gleichzeitig die Arbeitslosenquote als Erklärungsfaktor eingeführt wird.
■ Die getestete Dummy-Variable für das Tessin ergab keine statistisch signifikanten Ergebnisse und wird deshalb nicht ausgewiesen.

Gemeindetyp

■ Die getesteten Dummy-Variablen für den **Gemeindetyp** ergeben keine statistisch signifikanten Resultate.[27] Die in den deskriptiven Auswertungen ersichtlichen Wirkungen von Zentrumsgemeinden und touristischen Gemeinden werden offensichtlich durch andere Variablen (Haushaltssituation, Berufe) einbezogen.

Zeitliche Entwicklung

■ Um die zeitliche Entwicklung einzufangen, erwies sich eine Dummy-Variable, die für die **Jahre 1996-1999** gleich 1 gesetzt wird, als beste Möglichkeit. Für die männliche Referenzperson macht die Working Poor-Gefährdung in den Jahren von 1996 bis 1999 4.2 Prozent aus, gegenüber einem Wert von 3.5 Prozent in den Jahren zuvor.
■ Keinen Erklärungsbeitrag kann eine allgemeine Trendvariable liefern, wenn gleichzeitig die Dummy-Variable für die Jahre 1996-99 eingeführt ist.

[27] Da der Gemeindetyp in den SAKE-Daten nicht direkt erfasst und die Umschlüsselung der Gemeindenummern in den Gemeindetyp relativ aufwendig ist, wurde die entsprechende Auswertung nur für die SAKE 1999 vorgenommen.

7.3 Zusammenfassung

Mit dem Instrument der logistischen Regression kann die Wahrscheinlichkeit, Working Poor zu sein, auf verschiedene gleichzeitig wirkende Einflussfaktoren zurückgeführt werden. Dabei lassen sich folgende wichtigsten Feststellungen treffen:

■ Verschiedene Faktoren, die in der deskriptiven Auswertung von Kapitel 6 von Bedeutung sind, verlieren ihren Einfluss, wenn bei der logistischen Regression gleichzeitig die übrigen Merkmale berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich insbesondere um den Zivilstand und den Gemeindetyp, deren Einfluss sich somit auf unterschiedliche Strukturen bezüglich Haushaltstypen und Arbeitsmarktgegebenheiten (z.B. Branchen) zurückführen lassen.
■ Die Gefahr, Working Poor zu sein, steigt bei sonst gleichen Bedingungen mit zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder, abnehmendem Erwerbsumfang des Haushaltes und abnehmendem zu realisierendem Lohnsatz an.
■ Der zu realisierende Lohnsatz wird nicht direkt in die Gleichung eingeführt, sondern durch eine Vielzahl von weiteren Faktoren repräsentiert. Von Bedeutung sind dabei das Geschlecht, die Nationalität, Ausbildung und Berufserfahrung, Beruf/Branche und Merkmale des Arbeitsplatzes.
■ Von besonderem Interesse sind die Merkmale des Arbeitsplatzes. Wir haben dabei drei Variablen eingeführt, welche tendenziell auf prekarisierte Arbeitsplätze hinweisen: Teilzeiterwerb, nicht dauerhafte Arbeitsstellen und flexibilisierte Arbeitszeiten. Diesen Faktoren kommt eine grosse Bedeutung bei der Erklärung von Working Poor zu. Wenn eine Stelle gleichzeitig teilzeitig, nicht dauerhaft und arbeitszeitmässig flexibilisiert ist (wie dies typischerweise bei Arbeit auf Abruf der Fall ist), so steigt die Working Poor-Gefahr für eine in einer Partnerschaft lebende Person, deren übrige Merkmale der Referenzperson entsprechen, unabhängig vom Geschlecht von 3.5 auf 36 Prozent an.
■ Stark überdurchschnittlich Working Poor-gefährdet sind auch Selbständige ohne Angestellte, welche unter anderem «neue Selbständige» in prekären Erwerbsverhältnissen umfassen.
■ Wenn die Merkmale des Arbeitsplatzes miteinbezogen werden, verlieren die Variablen für Berufe/Branchen ihre Erklärungskraft weitgehend. Stark überdurchschnittlich Working Poor-gefährdet bleiben Erwerbstätige in der Landwirtschaft sowie Frauen im Detailhandel und Gastgewerbe.
■ Bei der zeitlichen Entwicklung schliesslich lässt sich ein Bruch Mitte der 1990er Jahre erkennen. In den Jahren ab 1996 war die Working Poor-Gefährdung höher als in den Jahren zuvor.

Die festgestellten Zusammenhänge beruhen auf gepoolten Querschnittsdaten und tragen möglichen Panel-Einflüssen noch nicht Rechnung. Auf solche möglichen Einflüsse wird im nächsten Kapitel eingegangen. Dabei kann auch nochmals die Technik der Regressionsanalyse angewendet werden, indem gefragt wird, wie sich der Übergang in den Zustand von Working Poor erklärt. Dabei muss zwischen Personen unterschieden werden, die im Vorjahr nicht Working Poor oder schon Working Poor waren.

8 Analyse der aggregierten und individuellen Entwicklungen

Die Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE sind seit 1991 verfügbar und als rotierendes Panel angelegt: Rund ein Fünftel der Befragungen wird jeweils im Folgejahr ausgewechselt, die restlichen vier Fünftel verbleiben in der Stichprobe. Die gleiche Person kann somit maximal während fünf aufeinanderfolgenden Jahren befragt werden. Dies bringt zum einen den Vorteil, dass sich mit den gepoolten Daten von 1991 bis 1999 der Stichprobenumfang wesentlich vergrössert, zum andern, dass für dieselbe Person wiederholte, kontinuierliche Beobachtungen verfügbar sind.

Im folgenden analysieren wir die Entwicklung der 1990er Jahre anhand der Querschnitte der einzelnen Jahre, anhand der einzelnen Statusübergänge, anhand einer um Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erweiterten logistischen Regression sowie schliesslich anhand der fünf Jahre umfassenden Beobachtungen. Wir beschränken uns dabei auf die Jahre 1992 bis 1999.[28] In Abschnitt 8.1 und Abschnitt 8.1.5 analysieren wir die Entwicklung der Working Poor-Quoten, die anhand der Querschnittsdaten der einzelnen Jahre errechnet werden. Eine Analyse der Statusübergänge (in den Status von Working Poor und aus dem Status von Working Poor heraus) erfolgt in Abschnitt 8.2. Wir untersuchen dabei die Ein- und Austrittshäufigkeiten in und aus dem Working Poor-Zustand und differenzieren die Gruppen nach soziodemografischen Merkmalen. Mittels logistischer Regression werden die Übergänge auf die verschiedenen erklärenden Faktoren zurückgeführt. In Abschnitt 8.3 werden aus der Gesamtheit der Personen, die an sämtlichen fünf Befragungswellen teilgenommen haben, typische Verlaufsmuster herauskristallisiert und bezüglich Kurz- und Langzeitarmut untersucht. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgt in Abschnitt 8.4.

8.1 Entwicklung der Working Poor-Quoten

8.1.1 Gesamthafte Working Poor-Quote 1992-1999

Tabelle 37 zeigt die Entwicklung der Working Poor-Quote im Vergleich zur generellen Armutsquote und zur Quote der «Vollzeit-Working Poor» (in deren Haushalt der Erwerbsumfang aller Haushaltsmitglieder mindestens 36 Wochenstunden beträgt). Zudem ist auch der Anteil der Working Poor an den Armen (im Alter von 20 bis 59 Jahren) aufgeführt.[29]

[28] Dies begründet sich dadurch, dass für 1991 keine Vorjahresdaten (und somit auch keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr) bekannt sind.

[29] Die Armutsquote für die einzelnen Jahre erfolgt analog zur Berechnung für das Jahr 1999 (vgl. Kapitel 3.4.2). Wir stellen dabei auf den effektiven SKOS-Ansatz für den Grundbedarf ab, der sich im Zeitraum von 1992 bis 1999 nominal kaum verändert hat (vgl. Bauer & Wyss 1997, 23ff.). Die Berechnung der Mietkosten erfolgte für die einzelnen Jahre analog zu jener von 1999: Für das Jahr 1995 wurde pro Haushaltstyp eine durchschnittliche Miete errechnet (vgl. Kapitel 3.4.4) und anhand des Mietpreisindex (gemäss www.mieterverband.ch) für jedes einzelne Jahr hochgerechnet. Für die Berechnung der Krankenkassenprämien 1999 sind die Gesamtkosten entsprechend der Haushaltsgrösse und Haushaltszusammensetzung ermittelt worden (gemäss Soziale Sicherheit 5/1999, S. 255). Für die übrigen Jahre wurde anhand der Durchschnittsprämien in der obligatorischen Krankenversicherung für Erwachsene (BSV 2000, 137; Statistisches Jahrbuch 1998, 1996, 1995) ein Index gebildet. Anhand dieses Indexes wurden die Krankenkassenkosten für die Jahre 1991 bis 1998 berechnet.

Tabelle 37: Entwicklung der Working Poor-Quoten und Working Poor-Anteile sowie der Armutsquoten 1992-1999, in %

	Jahr							
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Quote Working Poor	5.3	5.8	4.7	4.9	7.3	7.6	6.8	7.5
Quote Vollzeit-Working Poor	4.3	4.6	3.8	3.9	5.8	6.1	5.4	6.0
Armutsquote (20-59-Jährige)	7.9	8.6	7.6	7.7	10.5	10.8	10.0	10.6
Anteil Working Poor	54	53	49	51	57	58	56	60
Anteil Vollzeit-Working Poor	40	40	37	37	42	42	42	44

Working Poor: Erwerbstätige in armen Haushalten; Vollzeit-Working Poor: Erwerbstätige in armen Haushalten mit einem Erwerbsvolumen aller Mitglieder von mindestens 36 Wochenstunden;
Armutsquote: Prozentsatz der 20-59-jährigen Armen an allen 20-59-Jährigen; Working-Poor-Quote: Prozentsatz der Working Poor an den Erwerbstätigen; Working Poor-Anteil: Prozentsatz der Working Poor an den Armen (zwischen 20 und 59 Jahren).
Quelle: SAKE 1992-1999, eigene Berechnungen

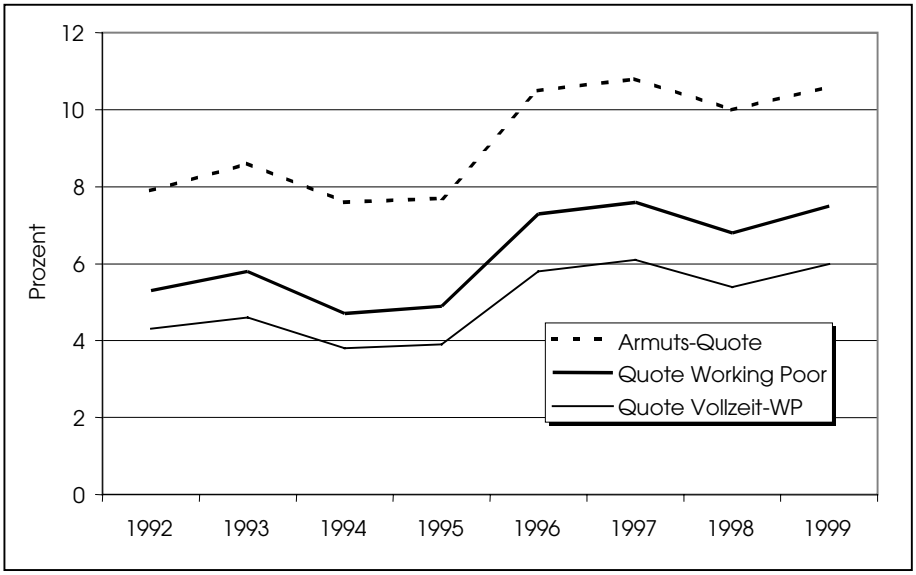
Ein Vergleich mit der nationalen Armutsstudie (Leu, Burri & Priester 1997) zeigt, dass die hier berechneten Quoten in einer vergleichbaren Grössenordnung liegen: Für das Jahr 1992 ergibt sich bei unseren Berechnungen eine Armutsquote von 7.9 Prozent. Ebenfalls unter Verwendung der SKOS-Armutsgrenze errechnen Leu, Burri & Priester (1997, 162) für das Jahr 1992 eine Quote der Nach-Transfer-Armut von 8.2 Prozent ohne Vermögensverzehr.[30] Die von uns berechneten 7.9 Prozent liegen somit leicht unter dem Wert der Armutsstudie, wobei aber zu berücksichtigen bleibt, dass die Armutsstudie 60-jährige und Ältere mit einschliesst. Diese Gruppe weist eine überdurchschnittliche Armutsquote auf (Leu, Burri & Priester 1997, 166), d.h. für die 20-59-Jährigen liegt die Armutsquote dementsprechend tiefer. Die hier vorgenommenen Berechnungen decken sich somit ziemlich genau mit den Ergebnissen aus der Armutsstudie.

Aus der grafischen Umsetzung der Entwicklung in **Abbildung 10** ist ersichtlich, dass sich die Working Poor-Quote parallel zur generellen Armutsquote im Lauf der 1990er Jahre deutlich erhöht hat. Auffällig ist der Sprung zwischen 1995 und 1996. Von 1992 bis 1995 lag die Working Poor-Quote bei rund 5, nach 1996 um 7 Prozent. In absoluten Zahlen stieg die Zahl der Working Poor zwischen 1992 und 1999 von 170'000 auf 250'000 an. Die Zahl aller Armen im Alter von 20 bis 59 Jahren erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 310`000 auf 430`000. Die Zunahme um 120'000 Arme geht also zu zwei Dritteln auf die Ausbreitung der Armut unter den Erwerbstätigen zurück.

Auf welche Faktoren ist die Entwicklung der Working Poor-Quote zurückzuführen? In einem ersten Schritt (Abschnitt 8.1.2) prüfen wir, inwieweit der Anstieg zwischen 1995 und 1996 allfällig auf rein statistische Effekte zurückgeführt werden kann, ohne dass dahinter effektive Veränderungen der Armutsbetroffenheit stehen würden. Wie die Analyse zeigen wird, ist der Anstieg nur zum kleineren Teil mit statistischen Effekten zu erklären. In einem zweiten Schritt (Abschnitt 8.1.3) gehen wir auf die Faktoren ein, welche den immer noch sehr deutlichen verbleibenden Anstieg der Armutsbetroffenheit erklären.

[30] Unter Berücksichtigung des zumutbaren Vermögensverzehrs sinkt die Armutsquote auf 5.8 Prozent. Aus der SAKE sind keine Angaben zum Vermögen ersichtlich, deshalb kann kein Vermögensverzehr berücksichtigt werden.

Abbildung 10: Entwicklung der Working Poor-Quoten und der Armutsquote 1992-1999, in %



Quelle: SAKE 1992-1999, eigene Berechnungen

8.1.2 Anstieg 1995-1996: statistische Faktoren

Möglich sind hier insbesondere ein Fragebogeneffekt und eine ungenügende Erfassung der Verbilligung der Krankenkassenprämien.

Fragebogeneffekt

Zwischen 1995 und 1996 wurde die Abfrage des Einkommens geändert. Bis 1995 waren die Fragen zum Haushaltseinkommen einiges detaillierter und umfassender: Es wurden zusätzlich Fragen zu einzelnen Einkommenteilen neben dem Erwerbseinkommen (Vermögenseinkommen, Renteneinkommen und Bedarfsleistungen) gestellt. Die Befragten hatten jeweils mit ja oder nein zu antworten. Darauf wurde gefragt, welches die wichtigste Einkommensquelle im Haushalt sei und wer das höchste Einkommen im Haushalt bezieht. Erst im Anschluss an diese Fragen wurde das Totaleinkommen im Haushalt erhoben. Seit 1996 wird in einer Frage das Totaleinkommen erhoben, indem in derselben Frage auf verschiedene mögliche Einkommensarten hingewiesen wird. Es werden jedoch keine expliziten Fragen zum Vorhandensein anderer Einkommensquellen ausser dem Erwerbseinkommen gestellt.

Grundsätzlich ist nicht auszuschliessen, dass die veränderte Abfrage bei gleichbleibenden Einkommensverhältnissen zu tieferen Einkommensangaben und somit höheren Armutsquoten führt, weil die weiteren Einkommensbestandteile eher vergessen gehen. Vertiefende Auswertungen zeigen aber, dass dieser Effekt **vernachlässigbar** bleibt. Zwischen 1995 und 1996 ging der Median des Haushaltseinkommens real um 1.3 Prozent zurück.[31] Das Haushaltseinkommen sank somit weniger als der auf Vollzeit standardisierte monatliche Medianlohn, der um 2 Prozent zurückging (vgl. Abbildung 11). Die Abfrage des Erwerbseinkommen blieb zwischen 1995 und 1996 aber nahezu unverändert, dessen Rückgang kann mit Sicherheit nicht auf einen

[31] Nominal ging das jährliche Brutto-Haushaltseinkommen der einbezogenen Zielpersonen (Erwerbstätige zwischen 20 und 59 Jahren) von 90'000 auf 89'542 Franken um 0.5 Prozent zurück. Bei einer Jahresteuerung von 0.8 Prozent ergibt sich ein realer Rückgang von 1.3 Prozent.

Fragebogeneffekt zurückgeführt werden.[32] Die Entwicklung des Haushaltseinkommens ist somit primär durch die Entwicklung des Erwerbseinkommens zu erklären, ein wesentlicher Fragebogeneffekt kann ausgeschlossen werden.

Prämienverbilligung

Mit dem neuen Krankenversicherungsgesetzes wurde 1996 auch die individuelle Verbilligung der Krankenkassenprämien durch die Kantone eingeführt. Dieses System dürfte gesamthaft einen armutsvermindernden Effekt ausgeübt haben. Die starke Erhöhung der KV-Prämien hat zwar die Armut bei denjenigen einkommensschwachen Haushalten erhöht, welche keine Prämienverbilligung bezogen haben. Bei den Haushalten mit beanspruchter Prämienverbilligung ging die Belastung für die Grundversicherung hingegen in erheblichem Ausmass zurück. Unter realistischen Annahmen über die Inanspruchnahme von Prämienverbilligungen[33] bewirkten die Prämienerhöhungen und die Prämienverbilligungen zusammen gemäss unseren Simulationen eine leichte Verminderung der Armutsquote (um 0.2 Prozentpunkte). Wie in Abschnitt 3.4.3 dargelegt, ist nun aber anzunehmen, dass die Befragten die erhaltenen Prämienverbilligungen nur teilweise bei ihrem Haushaltseinkommen miteinbeziehen. Unter der eher unrealistischen Annahme, dass sämtliche Befragten die Prämienverbilligung bei ihrem Einkommen nicht berücksichtigten, würde die Working Poor-Quote in den Jahren 1996 bis 1999 in Abbildung 10 bis zu maximal 1.5 Prozentpunkte zu hoch ausgewiesen. Effektiv dürfte die Überschätzung ab 1996 im Bereich zwischen 0.5 bis 1 Prozentpunkten liegen.[34]

8.1.3 Anstieg 1995-1996: ökonomische Faktoren

Aufgrund der statistischen Effekte ist davon auszugehen, dass der Anstieg der Working Poor-Quote zwischen 1995 und 1996 effektiv etwa zwischen 1.5 bis 2 Prozentpunkte betragen hat. Dieser Anstieg ist insbesondere auf Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Zwischen 1995 und 1996 stieg der Anteil von **Solo-Selbständigen** und von **nicht dauerhaften Arbeitsverträgen** an allen Erwerbstätigen und speziell an den Working Poor markant an (vgl. hinten Abbildung 14 und Abbildung 15). Machten die beiden Gruppen 1995 etwa 20 Prozent der Working Poor aus, so lag ihr Anteil 1996 bei rund 32 Prozent. Diese Veränderungen bewirkten eine Erhöhung der Working Poor-Quote von knapp einem Prozentpunkt.

Zur Erhöhung der Working Poor-Quote beigetragen hat zudem die **allgemeine Lohnentwicklung**. Die SAKE-Daten zeigen zwischen 1995 und 1996 in der Lohnentwicklung einen markanten Bruch (**Abbildung 11**). Gesamtwirtschaftlich stieg der mittlere Lohn (Medianlohn) von 1991

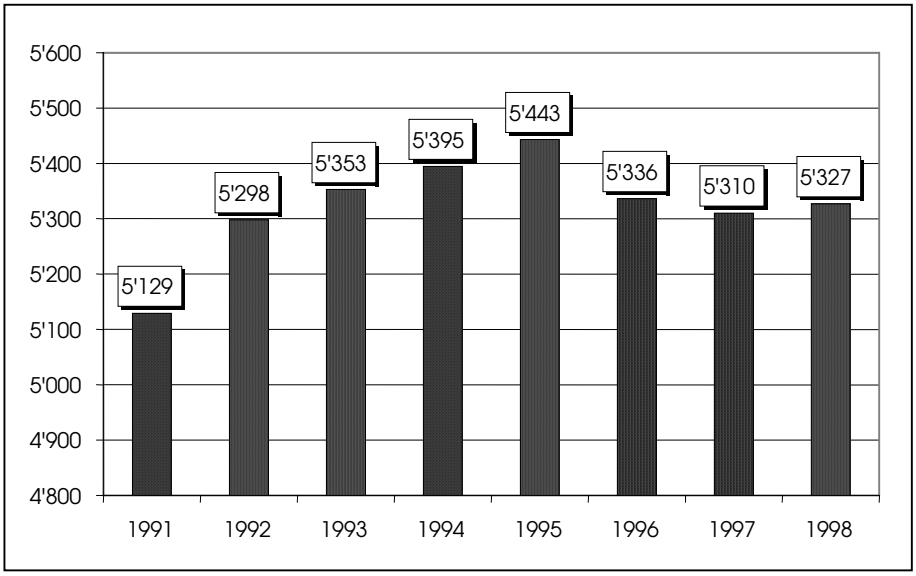
[32] Seit 1996 wird bei der Abfrage des Erwerbseinkommens auf die Erläuterung «Bitte zählen Sie die Kinder-/Familien- und Haushaltszulagen nicht dazu» verzichtet. Falls dies dazu führt, dass diese Zulagen ab 1996 zum Teil beim Erwerbseinkommen miteingerechnet werden, so wäre der Medianlohn effektiv sogar noch stärker zurückgegangen.

[33] Unterstellt wird, dass ein Drittel der armen und armutsgefährdeten Haushalte ihren Anspruch nicht geltend machten und die geltend gemachten Prämienverbilligungen bei den armen und armutsgefährdeten Haushalten 60 Prozent der Prämien betragen.

[34] Eine eingehendere Analyse der Bedeutung der Prämienvbilligungen wird anhand der SAKE 2002 möglich sein, welche in einem Zusatzmodul zur Sozialen Sicherheit die Einkommensbestandteile eingehender abfragen wird.

bis 1995 real noch um gut 6 Prozent an. 1996 ging er um 2 Prozent zurück und blieb danach mehr oder weniger konstant.[35]

Abbildung 11: Entwicklung des monatlichen Medianlohns gemäss SAKE 1991-1998 (in Franken von 1998)



Die Löhne wurden auf 42 Wochenstunden standardisiert und mit der Entwicklung des Konsumentenpreisindexes auf 1998 umgerechnet
Quelle: Bauer (1999, 16) gestützt auf SAKE 1991-1998, eigene Berechnungen

Einkommensverteilung

Die generelle Einkommensverteilung hat sich in den 1990er Jahren nicht stark verändert. Insbesondere ist der Anteil an Tieflöhnen gesamthaft nicht angestiegen. Für die Analyse der Entwicklung wird auf den auf 42 Wochenstunden standardisierten Lohn abgestellt, wie er sich aus der SAKE berechnen lässt (ausführlich Bauer 1998). Der Anteil an Löhnen unter 3'000 Franken netto (in Franken von 1998) nahm von 1991 bis 1995 noch leicht ab und ist seither stabil. In einzelnen Branchen ergibt sich allerdings ein anderes Bild. So ist beispielsweise der Anteil an Löhnen unter 3'000 Franken im Gastgewerbe von 1995 bis 1998 sehr stark angestiegen, nämlich von 33 auf 51 Prozent. Eine auf dem Vergleich des ersten Dezils zum Median beruhende Auswertung der SAKE-Daten für den Zeitraum von 1995-1999 (BAK 2000) kommt zum Ergebnis, dass die Lohnungleichheit weder gesamtwirtschaftlich noch in einzelnen Branchen zugenommen habe.

Aus diesen Ergebnissen lässt sich folgern, dass der Anstieg der Working Poor-Quote weniger auf eine generelle Tendenz zu vermehrter Lohnungleichheit zurückzuführen ist als auf die vorgehend dargestellte Kombination von generell abgeschwächter Lohnentwicklung mit zunehmenden Lebenskosten. Zudem sind die Selbständigen (und insbesondere die Solo-Selbständigen) in der Analyse der Lohnentwicklung nicht abgebildet.

[35] Der Reallohnindex des BFS zeigt eine etwas abweichende Entwicklung. Dies erklärt sich durch den Umstand, dass dieser Index die reine Lohnenentwicklung (bei gleichbleibenden Beschäftigungsstrukturen) widerspiegelt. Für die vorliegende Analyse ist die Berücksichtigung aus der SAKE hervorgehenden Entwicklung unter Einschluss der strukturellen Verschiebungen adäquat.

8.1.4 Vergleich mit der Entwicklung des Erwerbsvolumens

Um die Entwicklung der Working Poor-Quote adäquat interpretieren zu können, gehen wir im folgenden auch auf die Entwicklung des Umfangs an Erwerbsarbeit in den Haushalten ein. **Tabelle 38** zeigt, wie sich die Erwerbsvolumen in den «vollzeiterwerbstätigen Haushalten» (wo alle Mitglieder zusammen mindestens 36 Wochenstunden erwerbstätig sind) zwischen 1992 und 1999 entwickelt haben.

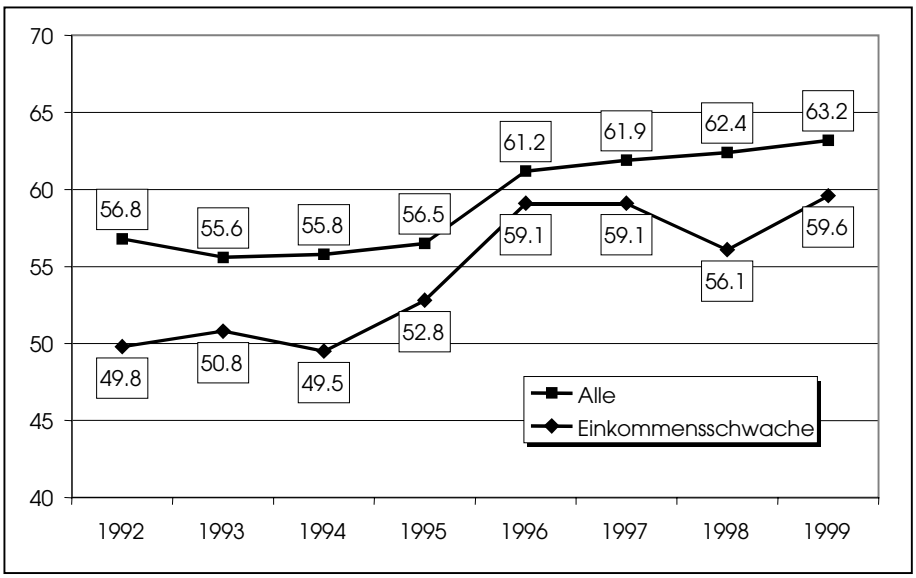
Tabelle 38: Aufteilung der vollzeiterwerbstätigen Haushalte nach Stufen des Erwerbsumfangs 1992-1999, in %

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
36-45 Wochenstunden	35.0	37.4	37.1	36.9	36.0	35.2	35.1	33.0
46-55 Wochenstunden	12.2	12.0	12.6	12.2	11.2	11.9	11.3	11.2
56-65 Wochenstunden	10.2	10.6	10.9	12.4	11.6	10.7	11.4	11.7
66-75 Wochenstunden	6.6	7.3	7.2	7.2	8.1	8.2	8.9	8.9
Mehr als 75 Wochenstunden	36.1	32.8	32.2	31.3	33.0	34.0	33.3	35.1
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Quelle: SAKE 1992-1999, eigene Berechnungen

Es ist eine klare Tendenz zur Erhöhung des Erwerbsvolumens zu beobachten. Diese Entwicklung ist insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ausgeprägt. Zwischen 1995 und 1999 sank der Anteil der Haushalte mit 36-45 Wochenstunden Erwerbsarbeit um rund 4 Prozentpunkte, der Anteil der Haushalte mit mehr als 75 Wochenstunden nahm um rund 4 Prozentpunkte zu.

Abbildung 12: Erwerbsumfang in Paarhaushalten mit Kindern 1992-1999 (durchschnittliche Wochenstunden)



Einkommensschwache Haushalte: jährliches Äquivalenzeinkommen (brutto) unter 40'000 Franken
Quelle: SAKE 1992-1999, eigene Berechnungen.

Wie **Abbildung 12** zeigt, ist diese Entwicklung bei den Paarhaushalten mit Kindern (mit gesamthaft mindestens 36 Wochenstunden Erwerbsarbeit) besonders ausgeprägt. Der durchschnittliche Erwerbsumfang stieg in diesen Haushalten zwischen 1992 bis 1999 um gut

6 Wochenstunden oder 11 Prozent an. Bei einkommensschwachen Familienhaushalten[36] macht der Anstieg sogar fast 10 Wochenstunden oder 20 Prozent aus - einzig bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien war er mit 7 Prozent deutlich tiefer. Für sie sind offensichtlich die zeitlichen Möglichkeiten zur Steigerung des Erwerbsumfangs begrenzt.

Auch hier ist ein Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu erkennen: Das durchschnittliche Volumen an Wochenstunden pendelt bis 1995 um rund 56 Stunden, steigt 1996 auf 61 Stunden an und hält sich bis 1999 in einer ähnlichen Grössenordnung. Der Erwerbsumfang der einkommensschwachen Haushalte ist durchwegs geringer als der durchschnittliche Erwerbsumfang, die Differenz ist allerdings im Lauf der 1990er Jahre ganz deutlich geschrumpft. Das Erwerbsvolumen stieg von rund 50 Stunden zwischen 1992 und 1995 sprunghaft an auf 59 Stunden im Jahr 1996 und hielt sich bis 1999 auf diesem Niveau. Die Differenz zum durchschnittlichen Erwerbsvolumen in Familienhaushalten beträgt 1999 weniger als vier Stunden, dies, obwohl die Zahl der minderjährigen Kindern in diesen Haushalten etwas höher liegt als im Durchschnitt. Die Vermutung liegt nahe, dass arme Haushalte im Lauf der 1990er Jahren ihre finanzielle Situation durch Ausdehnung der Erwerbsarbeit aufzubessern versuchten.

Die Entwicklung des Erwerbsvolumens unterstreicht die im Lauf der 1990er Jahre angewachsene Bedeutung des Working Poor-Phänomens zusätzlich. Ohne die wesentlich verstärkte Erwerbsarbeit wäre der Anstieg der Working Poor-Quote noch erheblich stärker ausgefallen.

8.1.5 Working Poor-Quoten nach soziodemografischen Gruppen 1992-1999

Die Entwicklung der Working Poor-Quoten für wichtigste soziodemografische Gruppen in den 1990er Jahren wird in **Tabelle 39** anhand der Jahre 1992, 1996 und 1999 dargestellt.

Für drei soziodemografische Gruppen ist der Anstieg besonders ausgeprägt (schattierte Felder):

■ Für die **Frauen** hat sich die Working Poor-Quote von 4.8 Prozent 1992 auf 9.1 Prozent 1999 fast verdoppelt. Die Quote der Vollzeit-Working Poor (also von Erwerbstätigen in Haushalten, in denen die Haushaltsmitglieder gesamthaft mindestens 36 Stunden erwerbstätig sind) stieg auf mehr als das Doppelte an (von 3.1 auf 6.5 Prozent). Diese Entwicklung dürfte in erster Linie auf die Entwicklung bei den Alleinerziehenden zurückzuführen sein.
■ Besonders ausgeprägt ist der Anstieg der schon 1992 weit überdurchschnittlichen Working Poor-Quote bei den **Alleinerziehenden**. Die Quote der Working Poor an den erwerbstätigen Alleinerziehenden hat sich von 14.8 Prozent im Jahr 1992 auf 29.2 Prozent im Jahr 1999 fast verdoppelt. Die Quote der Vollzeit-Working Poor nahm sogar von 7 Prozent auf 18.9 Prozent zu.
■ Bei den **Paaren mit drei und mehr Kindern** schliesslich hat sich die 1992 ebenfalls schon überdurchschnittliche Working Poor-Quote nochmals deutlich erhöht, nämlich von 11.2 Prozent 1992 auf 18.0 Prozent 1999. Die Quote der Vollzeit-Working Poor entspricht fast genau der Working Poor-Quote, da es nahezu keine Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern gibt, deren Erwerbsumfang unter 36 Wochenstunden liegt.

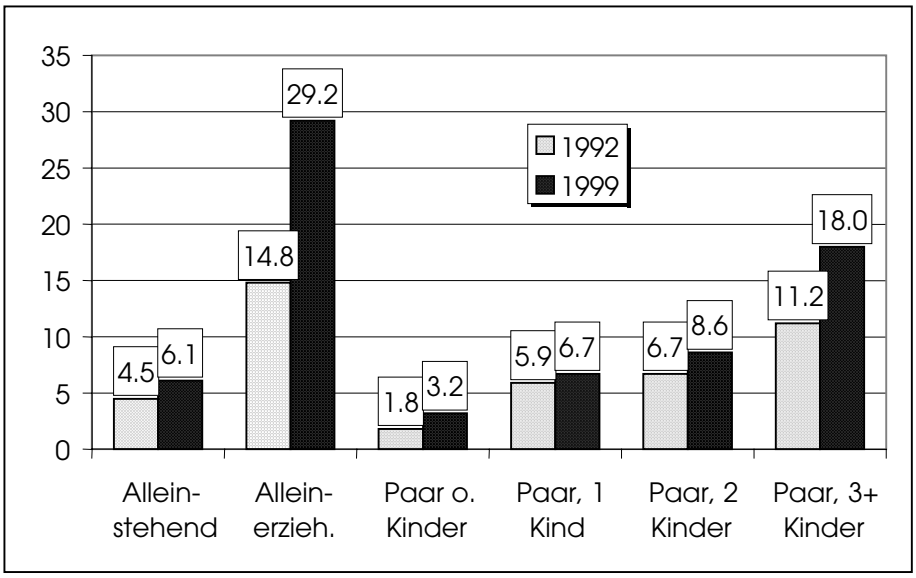
[36] Als einkommensschwach werden Haushalte betrachtet, deren jährliches Bruttoeinkommen umgerechnet auf einen Einpersonenhaushalt (Äquivalenzeinkommen) unter 40'000 Franken liegt.

Tabelle 39: Working Poor-Quoten nach soziodemografischen Gruppen 1992, 1996, 1999, in %

	Working Poor			Vollzeit-Working Poor		
	1992	1996	1999	1992	1996	1999
Geschlecht						
Weiblich	4.8	6.9	9.1	3.1	6.4	6.5
Männlich	5.4	7.6	6.2	4.8	4.5	5.7
Altersklassen						
20-29 Jahre	4.0	6.5	6.4	2.9	4.5	3.9
30-39 Jahre	6.6	8.2	8.4	5.4	6.9	7.1
40-49 Jahre	5.4	7.0	8.1	4.8	6.1	6.9
50-59 Jahre	4.2	6.2	6.2	3.0	4.5	4.8
Nationalität						
Ausland	9.1	11.4	12.2	7.6	10.3	11.2
Schweiz	4.1	5.9	6.2	3.2	4.3	4.5
Haushaltstyp						
Alleinstehend	4.5	5.1	6.1	1.7	1.5	2.5
Alleinerziehend	14.8	27.2	29.2	7.0	15.6	18.9
Paar ohne Kinder	1.8	2.2	3.2	1.4	1.6	2.2
Paar mit 1 Kind	5.9	7.7	6.7	4.7	6.9	6.3
Paar mit 2 Kindern	6.7	6.8	8.6	6.3	6.7	8.1
Paar mit 3 und mehr Kindern	11.2	19.0	18.0	11.2	18.6	18.1
Sprachregion						
Deutsche Schweiz	4.5	6.5	6.9	3.7	5.2	5.5
Französische Schweiz	6.9	9.0	8.9	5.0	7.7	7.0
Italienische Schweiz	8.3	6.0	7.4	..	..	..
Insgesamt	5.3	7.3	7.5	4.3	5.8	6.0

Quelle: SAKE 1992, 1996, 1999, eigene Berechnungen

Abbildung 13: Working Poor-Quoten nach Haushaltstypen 1992 und 1999, in %



Quelle: SAKE 1992, 1999, eigene Berechnungen

Der in **Abbildung 13** ersichtliche starke Anstieg der Working Poor-Betroffenheit bei den Alleinerziehenden und den Paaren mit drei und mehr Kindern lässt sich unter anderem damit erklären, dass bei diesen zwei Haushaltstypen die Möglichkeiten begrenzt sind, einer Verarmung mit einer Ausweitung des Erwerbsvolumens zu begegnen. Bei den einkommens-

schwachen Alleinerziehenden nahm der durchschnittliche Erwerbsumfang zwischen 1992 und 1999 von 28.4 auf 30.3 Wochenstunden oder um 7 Prozent zu. Bei den einkommensschwachen Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern ist der durchschnittlliche Erwerbsumfang ebenfalls um rund 7 Prozent, nämlich von 55.8 Wochenstunden 1992 auf 59.9 Wochenstunden 1999, angestiegen.

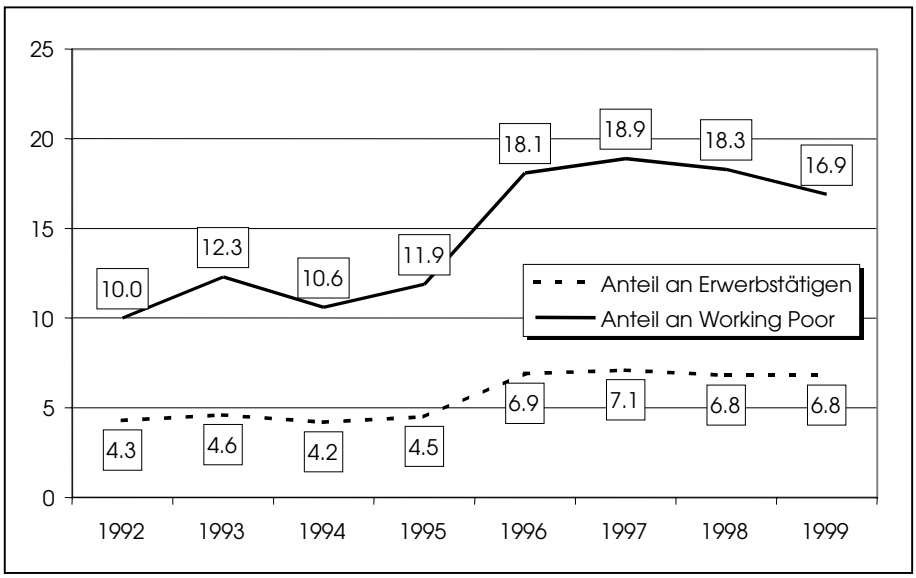
8.1.6 Veränderung der Arbeitsbedingungen

In diesem Abschnitt untersuchen wir, inwieweit sich in den 1990er Jahren die Arbeitsbedingungen geändert und inwieweit solche Änderungen zu der Zunahme bei den Working Poor beigetragen haben. Wir stützen uns dabei auf vier Merkmale, die einen gewissen Zusammenhang mit einer möglichen Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen haben: (1) Solo-Selbständigkeit, (2) nicht dauerhafte Anstellungen, (3) nicht fixe Arbeitszeiten und (4) Teilzeitarbeit.

Solo-Selbständigkeit

Wie wir in Abschnitt 6.3.1 dargelegt haben, widerspiegeln die Selbständigen ohne Angestellte («Solo-Selbständige») zu einem grossen Teil «neue Selbständigkeit» mit vielfach prekären Arbeitsverhältnissen. Die in **Abbildung 14** ersichtliche Entwicklung ist dabei sehr aufschlussreich. Zum einen liegt der Anteil der Solo-Selbständigen an den Working Poor durchgehend sehr viel höher als der Anteil an den Erwerbstätigen gesamthaft (1999 16.9% gegenüber 6.8%). Dies belegt nochmals deutlich, dass Solo-Selbständige in weit überdurchschnittlichem Mass Working Poor-gefährdet sind. Zum anderen weist die deutliche Parallelentwicklung der Anteile der Solo-Selbständigen an den Working Poor und an den Erwerbstätigen darauf hin, dass die Zunahme von Solo-Selbständigkeit ein wesentlicher Erklärungsfaktor für den Anstieg der Working Poor-Quote in den 1990er Jahren darstellt.

Abbildung 14: Entwicklung des Anteils der Solo-Selbständigen 1992-1999 (in %)



Quelle: SAKE 1992-1999, eigene Berechnungen

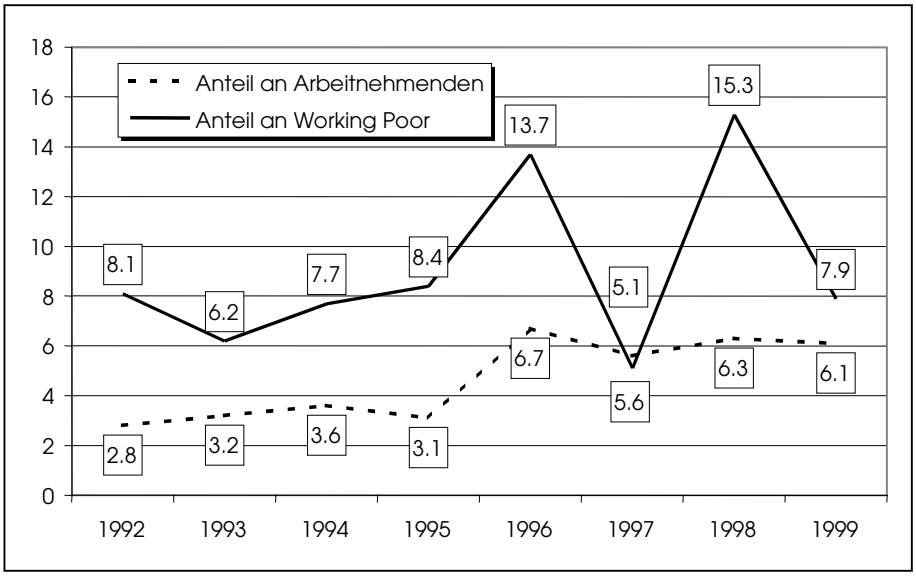
Insbesondere bildet die Entwicklung bei den Solo-Selbständigen auch eine wichtige Erklärung für den sprunghaften Anstieg der Working Poor-Quote zwischen 1995 und 1996. Der Anteil der Solo-Selbständigen an den gesamten Erwerbstätigen erhöhte sich zwischen diesen beiden

Jahren von 4.5 auf 6.9 Prozent. Eine massgebliche Ursache für diese Entwicklung dürfte darin liegen, dass die Arbeitslosigkeit in der Schweiz seit 1993 auf einem hohen Stand verharrte und mit der auf 1996 in Kraft tretenden Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Aufnahme von selbständiger Erwerbstätigkeit vermehrt gefördert wurde. Für Deutschland zeigt sich im übrigen in verblüffend ähnlicher Weise, dass die Zahl der Solo-Selbständigen Mitte der 1990er Jahre sehr stark ansteigt (Bögenhold & Leicht 2000, 783).

Nichtdauerhafte Arbeitsverträge

Wie **Abbildung 15** zeigt, liegt der Anteil von nicht dauerhaften Arbeitsverträgen bei den Working Poor typischerweise deutlich höher als der Anteil bei den Arbeitnehmenden gesamthaft. Dieser Umstand belegt wiederum, dass nicht dauerhafte Arbeitsverträge im allgemeinen als Element von prekären Arbeitsverhältnissen interpretiert werden können, welche die Armutsgefährdung erhöhen. Bei den Working Poor schwankte der Anteil in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre allerdings sehr stark. Es ist kaum schlüssig zu beurteilen, ob dies auf eine veränderte instabilere Situation in den Jahren ab 1996 oder auf zufällige Schwankungen aufgrund der relativ kleinen Stichprobe der Working Poor zurückzuführen ist.

Abbildung15: Entwicklung des Anteils von nichtdauerhaften Arbeitsverträgen 1992-1999, in %

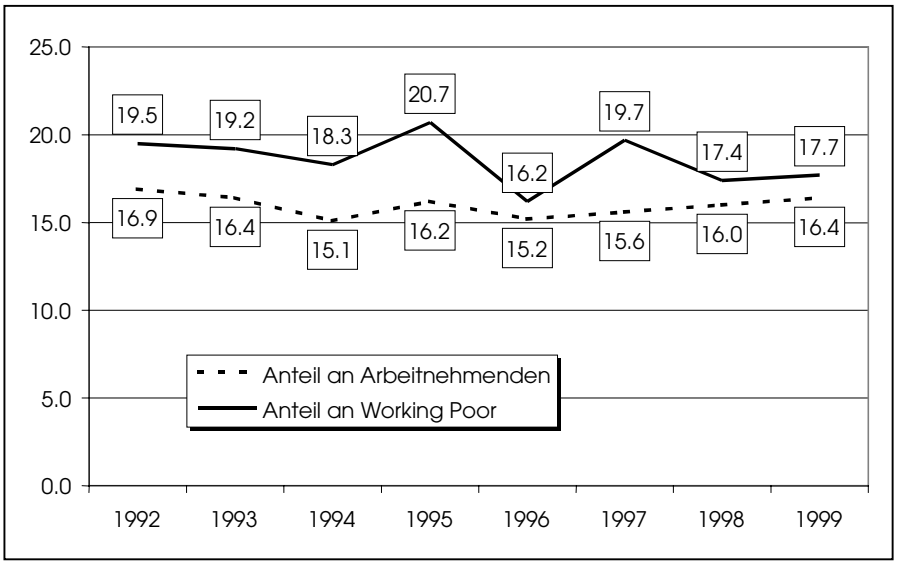


Quelle: SAKE 1992-1999, eigene Berechnungen

Flexibilisierte Arbeitszeiten

Von flexibilisierten Arbeitszeiten sprechen wir, wenn die Struktur der Arbeitszeit im Tages- oder Wochenvergleich variiert. Wie **Abbildung 16** zeigt, hat sich der Anteil von flexibilisierten Arbeitszeiten für Arbeitnehmende (ohne Vorgesetztenfunktion) im Lauf der 1990er Jahre nur wenig verändert. 1992 betrug er 16.9 Prozent, 1999 16.4 Prozent. Bei den Working Poor machen flexibilisierte Arbeitszeiten durchgehend einen höheren Anteil aus: Arbeitszeitmässig flexibilisierte Stellen sind stärker Working Poor-gefährdet. Der Anteil an den Working Poor bewegt sich in groben Zügen parallel zum Anteil an den Arbeitnehmenden. Aufgrund der erheblich kleineren Stichprobe schwankt er aber stärker.

Abbildung 16: Entwicklung des Anteils von flexibilisierten Arbeitszeiten 1992-1999, in %

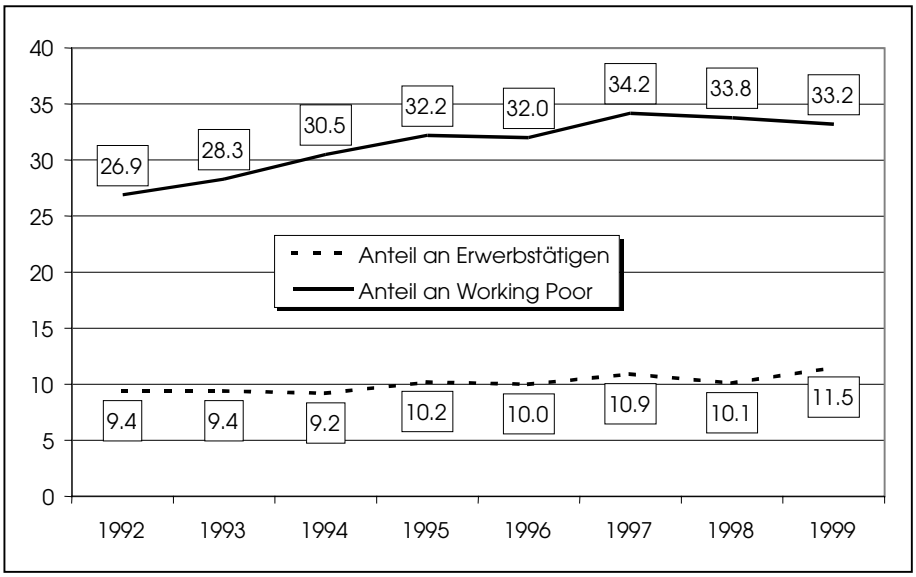


Quelle: SAKE 1992-1999, eigene Darstellung

Teilzeiterwerb

Teilzeitarbeit kann ebenfalls als möglicher Indikator von prekären Arbeitsverhältnissen dienen (wobei nicht vergessen werden darf, dass ein Teil von Teilzeitarbeit qualifizierte und hoch qualifizierte Arbeitsverhältnisse betrifft). Für die Ermittlung des Anteils der Teilzeitarbeit beschränken wir uns auf die Erwerbstätigen, die den Hauptverdienst des Haushaltes aufweisen.

Abbildung 17: Entwicklung des Anteil von individuellem Teilzeiterwerb (nur Hauptverdienende im Haushalt) 1992-1999, in %,



Quelle: SAKE 1999, eigene Darstellung

Wie **Abbildung 17** zeigt, ist der Teilzeitanteil an den Erwerbstätigen im Lauf der 1990er Jahre von 9.5 auf 11.4 Prozent leicht angestiegen. Der Anteil bei den Working Poor liegt - wie zu erwarten - massiv höher. Teilzeiterwerbende, die den Hauptverdienst des Haushaltes bei-

tragen, haben insbesondere eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass ihr Haushalt zu den armen Haushalten gehört, in denen das Erwerbsvolumen aller Haushaltmitglieder unter 36 Wochenstunden liegt (Teilzeit-Working Poor).

Der Anteil der teilzeitig Erwerbstätigen an den Working Poor hat im Lauf der 1990er Jahre ziemlich kontinuierlich zugenommen, von 26.9 Prozent 1992 auf 33.2 Prozent 1999. Diese Entwicklung dürfte weitgehend durch den starken Anstieg des Anteils an Alleinerziehenden bei den Working Poor (Tabelle 39) bestimmt sein.

Gesamthafte Beurteilung

Aus der Analyse der Entwicklung der vier Merkmale (Solo-Selbständigkeit, nicht dauerhafte Anstellungen, nicht fixe Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit) resultiert ein gemischtes Bild zu den Prekarisierungstendenzen in den 1990er Jahren. Wie schon aufgrund der deskriptiven Analyse für 1999 zu erwarten war, ist der Anteil der Erwerbstätigen mit diesen Merkmalen an den Working Poor viel höher als an der Gesamtheit der Erwerbstätigen. Dies weist deutlich auf den vielfach prekären Charakter der entsprechenden Arbeitsverhältnisse hin.

Weniger klar ist, in welchem Umfang sich die prekären Arbeitsverhältnisse in den 1990er Jahren ausgeweitet haben. Obwohl die wirtschaftspolitischen Entwicklungen von Globalisierung und Liberalisierung einen starken Anstieg vermuten lassen (vgl. Prodolliet 2000), ist der Niederschlag in der SAKE eher geringer als vermutet. Zwar hat der Anteil der Solo-Selbständigen und der Personen mit nicht dauerhaften Arbeitsverträgen an den Erwerbstätigen deutlich zugenommen. Hingegen ist der Anteil der Stellen mit flexibilisierten Arbeitszeiten ungefähr stabil geblieben.

Gesamthaft ist der Zusammenhang zwischen Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und Working Poor vor allem bei der Solo-Selbständigkeit und den nicht dauerhaften Anstellungen ersichtlich.

8.2 Analyse der Status-Übergänge 1992 - 1999

8.2.1 Deskriptive Analyse der Übergänge

Zur Analyse der möglichen Übergänge können verschiedene Zustände unterschieden werden: Vollzeit-Working Poor, Teilzeit-Working Poor, nicht erwerbstätige Arme, nicht Arme. Die zahlenmässig relativ geringen Gruppen der Teilzeit-Working Poor und der nicht erwerbstätigen Armen werden im folgenden zusammengefasst zu «übrige Arme».[37] Damit verbleiben für die Berechnung der Übergangshäufigkeiten drei Zustände und damit neun mögliche Kombinationen mit dem jeweiligen Vorjahr. Die Panel-Analyse erlaubt es, die Daten aus den Jahren 1992 bis 1999 mit dem jeweiligen Vorjahr (1991 bis 1998) zu vergleichen. Die so erhaltene Grundgesamtheit umfasst über 40'000 ungewichtete Beobachtungen. Die Beobachtungen sind auch hier auf die 20- bis 59-Jährigen beschränkt. Working Poor in Vollzeit-Haushalten sind

[37] Es wäre auch denkbar gewesen, Teilzeit- und Vollzeit-Working Poor zusammenzufassen. Allerdings wäre dann die Gruppe der übrigen Armen noch kleiner geworden, zudem sind Teilzeit-Working Poor eine geringe, aber heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Beschäftigungsgraden. Ob Teilzeitbeschäftigte Working Poor sind oder nicht, hängt nicht nur mit dem Lohnsatz und der Haushaltsgrösse, sondern auch mit dem Erwerbsumfang zusammen. Es wäre daher bei der Interpretation noch schwieriger gewesen, die einzelnen Effekte auseinanderzuhalten. Zudem kann durch diese Einteilung der Wechsel im Beschäftigungsgrad (d.h. von Vollzeit zu Teilzeit oder Arbeitslosigkeit) besser quantifiziert werden.

definitionsgemäss Erwerbstätige zwischen 20 und 59 Jahren mit einem Erwerbseinkommen > 0 und einem Haushaltseinkommen > 0, die in einem Haushalt mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 36 Stunden leben und deren Netto-Haushaltseinkommen nach Steuern unter dem Existenzbedarf nach SKOS inklusive Miete und Krankenversicherung liegt. «Übrige Arme» sind Arme zwischen 20 und 59 Jahren in Teilzeit- oder nicht erwerbstätigen Haushalten mit einem Haushaltseinkommen > 0, deren Netto-Haushaltseinkommen nach Steuern unter dem Existenzbedarf nach SKOS inklusive Miete und Krankenversicherung liegt. Da hier für die Grundgesamtheit *alle* 20-59-Jährigen, d.h. erwerbstätige und nichterwerbstätige, untersucht werden und sich der Nenner für die Berechnung der Working Poor-Quote bei gleichbleibendem Zähler erhöht, fällt die Working Poor-Quote entsprechend niedriger aus.

Die Prozentwerte in den einzelnen Zellen von **Tabelle 40** geben an, wie hoch der Anteil der Beobachtungen ist, welche aus einem bestimmten Zustand im Jahr t-1 in einen bestimmten Zustand im Jahr t übergeht, als Prozentwert aller Beobachtungen. D.h.: Zum Zeitpunkt t-1 sowie zum Zeitpunkt t wird jeweils pro befragte Person die Statusvariable gemessen. Diese Variable hat 3 Ausprägungen: Working Poor in Vollzeit-Haushalten, übrige Arme und Nichtarme. Die Beobachtungen, die sowohl im letzten wie im laufenden Jahr zu den Vollzeit-Working Poor zählen, machen einen Anteil von 1.5 Prozent an sämtlichen Beobachtungen aus. Von sämtlichen Beobachtungen waren 3.5 Prozent im Zeitpunkt t-1 und 3.3 Prozent im Zeitpunkt t Vollzeit-Working Poor.[38]

Tabelle 40: Häufigkeiten der Statusübergänge 1992-1999, in %

		Status Jahr t			
		Vollzeit-Working poor	Übrige Arme	Nicht arm	Total
Status Jahr t-1	Vollzeit-Working Poor	**1.5**	0.2	**1.8**	3.5
	Übrige Arme	0.3	**1.2**	1.3	2.8
	Nicht arm	**1.5**	1.2	91.0	93.7
	Total	3.3	2.6	94.1	100.0

Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen, Analyse der fettgedruckten Zellen vgl. Tabelle 41

Weiter wird ersichtlich, dass Personen, die im Vorjahr Vollzeit-Working Poor waren (gesamt 3.5% der beobachteten Statusübergänge), im Folgejahr zu knapp der Hälfte (1.5%) weiterhin Vollzeit-Working Poor, zu gut der Hälfte nicht mehr arm (1.8%) und zu einem kleinen Teil sonst

[38] Der niedrigere Anteil gegenüber einer durchschnittlichen Working Poor-Quote bei vollzeiterwerbstätigen Haushalten für 1992 bis 1999 von 5 Prozent (gemäss Tabelle37) erklärt sich zum einen, dass in Tabelle 40 auch Nichterwerbstätige enthalten sind, zum andern muss vermutet werden, dass Arme seltener an einer wiederholten Befragung teilnehmen. Dies kann auch den leicht tieferen Wert für Working Poor zum Zeitpunkt t (3.3%) gegenüber den Working Poor zum Zeitpunkt t-1 (3.5%) erklären. Wenn nicht arme Personen, die arm werden, eher aus der Befragung ausscheiden und arme Personen, die aus der Armut herauskommen, in der Befragung drin bleiben, so wird die Stichprobe etwas verzerrt, indem sie mehr erfolgreiche Entwicklungen aus der Armut heraus enthält als Entwicklungen in die Armut hinein.

arm (0.2%) sind. In 1.5 Prozent aller beobachteten Übergänge wechseln nicht Arme und in 0.3 Prozent aller Fälle übrige Arme in den Zustand von Vollzeit-Working Poor. Die Wahrscheinlichkeit, Vollzeit-Working Poor zu sein, ist also sehr unterschiedlich, je nachdem, ob eine Person schon im Vorjahr Vollzeit-Working Poor war oder nicht.

Von allen Personen, die bereits im Vorjahr Vollzeit-Working Poor waren, sind 43 Prozent (1.5/3.5) auch im aktuellen Jahr Vollzeit-Working Poor. Von den übrigen Armen (d.h. arbeitslos oder Teilzeit-Working Poor) des Vorjahrs sind 11 Prozent (0.3/2.8) im aktuellen Jahr Vollzeit-Working Poor, von den Nicht-Armen des Vorjahrs sind dagegen nur 1.6 Prozent (1.5/93.7) im aktuellen Jahr Vollzeit-Working Poor. Daraus ergeben sich zwei Befunde:

■ die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person von einem Jahr auf das andere Vollzeit-Working Poor bleibt, beträgt fast die Hälfte. Vollzeit-Working Poor haben ein wesentlich höheres Risiko, auch im Folgejahr zu den Vollzeit-Working Poor zu gehören als übrige Arme und diese nochmals ein deutlich höheres Risiko als Nichtarme.
■ Werden die Vollzeit-Working Poor des aktuellen Jahres betrachtet, dann war fast die Hälfte bereits im Vorjahr Vollzeit-Working Poor, nur wenige waren sonst arm, und die andere Hälfte gehörte zu den Nicht-Armen.

Diese Ergebnisse sind auf den ersten Blick widersprüchlich: Einerseits besteht eine grosse Stabilität – weniger als 2 Prozent Nichtarme des Vorjahrs sind im aktuellen Jahr Vollzeit-Working Poor – anderseits kann eine hohe Mobilität festgestellt werden, zumal die Hälfte der Vollzeit-Working Poor im Vorjahr noch zu den Nicht-Armen gehörten. Dieser scheinbare Widerspruch ist dadurch zu erklären, dass die Gruppe der Nicht-Armen sehr viel grösser ist als jene der Vollzeit-Working Poor. Ihr Risiko, Vollzeit-Working Poor zu werden, ist gering. Aus der Sicht der vergleichsweise kleinen Gruppe, die aktuell Vollzeit-Working Poor sind, stammt umgekehrt ein grosser Teil, d.h. rund die Hälfte, aus der grösseren Gruppe der Nicht-Armen.

Bei unseren Beobachtungen kann ein statistischer Selektionseffekt nicht ausgeschlossen werden. Personen, die dauerhaft Working Poor oder sonst arm sind, dürften eher aus der Befragung aussteigen als Nichtarme. Auch sagt ein Übergang an sich noch nichts über das Ausmass der finanziellen Verbesserung oder Verschlechterung aus, es kann sich hier um geringfügige Änderungen des Haushaltseinkommens handeln, aufgrund derer die Armutsschwelle über- oder unterschritten wird. Trotzdem erstaunt es, dass der Übergang von Vollzeit-Working Poor zu den Nicht-Armen sehr viel häufiger auftritt als der Übergang zu den übrigen Armen. Es scheint also gerade *nicht* der Fall zu sein, dass Vollzeit-Working Poor wiederholt erwerbslos werden und anschliessend wieder einen (schlecht bezahlten) Job finden oder dass sich der Beschäftigungsgrad im Haushalt auf weniger als Vollzeit reduziert.

Hingegen kann vorsichtig gefolgert werden, dass Personen, die temporär zu den Vollzeit-Working Poor zählen, über die Zeit grundsätzlich erwerbstätig bleiben und in einem Haushalt leben, dessen Gesamt-Erwerbsumfang dauerhaft mindestens 36 Stunden/Woche beträgt, dass sich jedoch Phasen mit höherem Erwerbsumfang (sei es durch Schwankung des Arbeitsvolumens, durch einen Zweitjob oder durch Erhöhung der Erwerbstätigkeit der Partnerin/des Partners) und Phasen mit geringerem Gesamt-Erwerbsumfang im Haushalt abwechseln.

Wie sich einzelne Statusübergänge nach soziodemografischen Gruppen aufteilen, ist in **Tabelle 41** ersichtlich. Von allen Übergängen aus dem Status von Vollzeit-Working Poor in den Status von nicht arm entfallen demgemäss 31.2 Prozent auf Frauen und 68.8 Prozent auf Männer. Demgegenüber machen die Frauen beim Statusübergang von übrigen Armen zu übrigen Armen 76.9 Prozent aus, die Männer 23.1 Prozent.

Tabelle 41: Verteilung einzelner Statusübergänge auf verschiedene soziodemografischen Gruppen 1992-1999, in %

	VZ-WP → nicht arm	Nicht arm → VZ-WP	VZ-WP → VZ-WP	Übr. Arme → übr. Arme
Geschlecht				
Weiblich	31.2	31.0	21.8	76.9
Männlich	68.8	69.0	78.2	23.1
Total	100.0	100.0	100.0	100.0
Alterskategorie				
20-29 Jahre	14.9	13.7	11.2	21.9
30-39 Jahre	39.8	40.2	49.3	35.0
40-49 Jahre	31.3	31.9	26.9	15.8
50-59 Jahre	14.0	14.1	12.6	27.3
Total	100.0	100.0	100.0	100.0
Nationalität				
Schweizer/-in	67.8	68.6	57.1	76.2
Ausländer/-in	32.2	31.4	42.9	23.8
Total	100.0	100.0	100.0	100.0
Haushaltstyp				
Alleinstehend	6.3	6.0	5.0	34.1
Alleinerziehend	3.7	3.4	3.8	23.6
Paare ohne Kinder	9.5	9.7	4.7	13.7
Paare mit 1 Kind	13.8	16.2	7.0	7.2
Paare mit 2 Kindern	31.5	30.1	30.7	5.3
Paare mit 3+ Kindern	19.3	22.3	35.6	9.8
Andere Haushaltstypen	15.9	12.3	13.2	6.5
Total	100.0	100.0	100.0	100.0

VZ-WP: Vollzeit-Working Poor
Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen

Ein Vergleich der Übergänge «nicht arm ➔ Working Poor VZ» und «Working Poor VZ ➔ nicht arm» zeigt erstaunlicherweise kaum Unterschiede bezüglich Alter, Geschlecht und Nationalität der Befragten. In bezug auf den Haushaltstyp finden sich etwas häufiger Paare mit einem Kind beim Übergang von nicht arm zu Working Poor in vollzeiterwerbstätigen Haushalten als umgekehrt (16.2% gegenüber 13.8% aller Befragten im jeweiligen Übergangsmuster). Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Geburt eines Kindes die finanzielle Situation im Haushalt verschlechtert. Der gleiche Effekt zeigt sich auch bei den Paaren mit drei und mehr Kindern, aber nicht bei Paaren mit zwei Kindern. Der Übergang von Working Poor in Vollzeit-Haushalten zu nicht arm ist etwas häufiger in den übrigen Haushalten, was vermutlich damit zusammenhängt, dass erwachsene Kinder im Haushalt mitverdienen.[39] Die Unterschiede sind allerdings zu gering, als dass nennenswerte Effekte festgestellt werden könnten. Dies deutet darauf hin, dass sich Armuts- und Nicht-Armutszustände bei den Erwerbstätigen in Vollzeit-Haushalten abwechseln und die finanzielle Situation durch eine grosse Instabilität gekennzeichnet ist.

Zu den dauerhaft Working Poor in vollzeiterwerbstätigen Haushalten gehören insbesondere Männer, 30 bis 39-Jährige, Ausländer/-innen, sowie Paare mit drei und mehr Kindern. Dieses Muster unterscheidet sich deutlich von den dauerhaft übrigen Armen: Hier sind es insbesondere Frauen, 20-29-Jährige, Schweizer/-innen, Alleinstehende, Alleinerziehende sowie Paare

[39] Da nur das Erwerbseinkommen der befragten Person verfügbar ist, kann diese Vermutung nicht verifiziert werden.

ohne Kinder. Letztere Gruppe tritt vor allem deshalb gehäuft auf, weil Zweielternhaushalte mit Kindern meist vollzeiterwerbstätig sind und deshalb nicht bei den übrigen Armen erscheinen.

Die relativ hohe Zahl von Statuswechseln kann u.U. davon herrühren, dass sich diese Personen in einem Jahr knapp über und im anderen Jahr knapp unter der Armutsschwelle befinden. Aus diesem Grund drängt sich eine weiterführende Untersuchung dieser Mobilität auf, indem im Kontext einer Gesamtverteilungsstruktur die relative Position und die Positionsveränderung der Befragten unabhängig von ihrem Beschäftigungsgrad gemessen wird. Für diese Untersuchung wird im folgenden für die gesamte ständige Wohnbevölkerung zwischen 20 und 59 Jahren – d.h. für Erwerbstätige und Nichterwerbstätige – die Zugehörigkeit zu Einkommensdezilen gemessen. Diese Einkommensdezile geben die relative Position der einzelnen Beobachtungen innerhalb der Gesamtbevölkerung an. Um das verfügbare Einkommen unter Berücksichtigung der Haushaltsgrösse und damit die effektive finanzielle Situation zu ermitteln, wird nicht das Erwerbs- oder Haushaltseinkommen, sondern das Äquivalenzeinkommen (vgl. Abschnitt 3.4.2) herangezogen. Die Zugehörigkeit zu einem Dezil des Äquivalenzeinkommens im Jahr t wird dabei mit der Zugehörigkeit im Jahr t-1 verglichen. So kann die Mobilität innerhalb des finanziellen Positionsgefüges festgestellt werden.

Tabelle 42: Zugehörigkeit zu Äquivalenz-Einkommensdezilen nach Vorjahreszugehörigkeit, in %

	1.Dezil Jahr t	2.Dezil Jahr t	3.Dezil Jahr t	4.Dezil Jahr t	5.Dezil Jahr t	6.Dezil Jahr t	7.Dezil Jahr t	8.Dezil Jahr t	9.Dezil Jahr t	10.Dezil Jahr t	Total (gerundet)
1.Dezil Jahr t-1	6.2	1.9	0.6	0.3	0.3	0.2	0.1	0.1	0.1	0.2	10
2.Dezil Jahr t-1	2.1	4.1	2.0	0.7	0.3	0.2	0.2	0.1	0.1	0.1	10
3.Dezil Jahr t-1	0.8	2.1	3.5	1.7	0.7	0.3	0.3	0.2	0.1	0.2	10
4.Dezil Jahr t-1	0.5	0.9	2.0	3.2	1.6	0.8	0.4	0.3	0.2	0.2	10
5.Dezil Jahr t-1	0.2	0.3	0.8	2.1	3.2	1.7	0.8	0.4	0.2	0.2	10
6.Dezil Jahr t-1	0.2	0.2	0.4	0.9	2.2	3.1	1.6	0.8	0.4	0.3	10
7.Dezil Jahr t-1	0.1	0.2	0.2	0.4	0.9	2.1	3.3	1.7	0.7	0.4	10
8.Dezil Jahr t-1	0.1	0.1	0.2	0.3	0.4	1.0	2.1	3.5	1.8	0.6	10
9.Dezil Jahr t-1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.2	0.4	0.8	2.2	4.4	1.7	10
10.Dez. Jahr t-1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.3	0.4	0.4	0.7	1.8	6.0	10
Total (gerundet)	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	100

Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen.

Tabelle 42 veranschaulicht die Übergangshäufigkeiten von einem Jahr auf das nächste: Je grösser die Übergangshäufigkeit, desto dunkler die Zellschattierung. Die Darstellung zeigt, dass an beiden Enden der Verteilung die Verbleibetendenzen sehr hoch sind. Wer sich im untersten Einkommensdezil befindet, hat eine Wahrscheinlichkeit von 62 Prozent, im Folgejahr ebenfalls im untersten Dezil zu verbleiben. Die Wahrscheinlichkeit in den untersten zwei Dezilen zu verbleiben, liegt bei 81 Prozent. Bei einer Ausweitung auf die untersten drei Dezile steigt die Wahrscheinlichkeit auf 87 Prozent. Die festgestellte Mobilität aus und in den Working Poor-Zustand wird damit insofern relativiert, als Working Poor (und Arme generell) zwar durchaus eine Chance haben, in einem Folgejahr über das Existenzminimum zu gelangen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit bleiben sie jedoch weiterhin am unteren Ende der Einkommensverteilung angesiedelt.[40]

8.2.2 Einflussfaktoren für Übergänge

Mit dem Instrument der logistischen Regression können auch die Übergänge in den Zustand von Working Poor analysiert werden. Dabei ist zu unterscheiden, ob die betrachtete Person in der Vorperiode schon Working Poor war oder nicht, da sich das Verhalten der Personen je nach Ausgangszustand verändern kann. Bei der Erklärung der Übergänge beziehen wir zudem auch Änderungen von möglichen Einflussfaktoren mit ein:

- Veränderung der Anzahl Kinder im Haushalt gegenüber dem Vorjahr;
- Veränderung der Partnersituation gegenüber dem Vorjahr (-1 Partner/-in fällt weg, +1 Partner/-in kommt hinzu, 0 Situation bleibt unverändert);
- Veränderung der gesamten Erwerbsarbeit des Haushaltes (Logarithmus des Quotienten der Wochenstunden im laufenden Jahr durch die Wochenstunden im Vorjahr; entspricht näherungsweise der prozentualen Veränderung);
- Veränderung des Stundenlohns der befragten Person (Logarithmus des Quotienten des Stundenlohns im laufenden Jahr durch den Stundenlohn im Vorjahr; entspricht näherungsweise der prozentualen Veränderung).

Damit die Ergebnisse der neuen Regression mit jenen der in Kapitel 7 vorgenommenen Regressionen möglichst gut vergleichbar sind, verwenden wir neben diesen neu eingeführten Erklärungsvariablen genau die selben Erklärungsvariablen wie bei den früheren Regressionen. In **Tabelle 43** sind die Ergebnisse der Regressionsgleichungen zur Erklärung des Überganges in den Zustand von Working Poor aufgeführt. Die neu eingeführten Variablen sind dabei grau unterlegt. Die neu eingeführten Variablen weisen fast durchgehend eine hoch signifikante Wirkung auf. Besonders ausgeprägt sind die Wirkungen bei Personen, die im Vorjahr schon Working Poor waren.

Die Ergebnisse belegen in aller Deutlichkeit eine starke Statusabhängigkeit. Wer im Vorjahr Working Poor war, hat bei sonst gleichen Bedingungen eine massiv erhöhte Wahrscheinlichkeit, im laufenden Jahr Working Poor zu sein. Gemäss der gesamten Gleichung (1) beträgt die Gefahr, im laufenden Jahr Working Poor zu werden, für die Referenzperson (alleinstehend, 30-49-jährig, im Vorjahr nicht Working Poor) rund 1 Prozent. Wenn diese Person im Vorjahr Working Poor war (D_WPV=1), dann steigt die Gefahr auf 35 Prozent an. Noch deutlicher wird die Differenz, wenn die Gleichungen für die Personen, die im Vorjahr nicht Working Poor waren, und für die Personen, die im Vorjahr Working Poor waren, separat geschätzt werden. Im ersten Fall (Gleichung 3) ergibt sich für die Referenzperson eine Gefahr von wiederum rund 1 Prozent, im zweiten Fall (Gleichung 2) beträgt die Gefahr nun sogar 52 Prozent. De erhöhte Wert erklärt sich durch den

[40] Interessant ist auch die grosse Verbleibetendenz in den obersten Dezilen, während in mittleren Lagen eine erhöhte Mobilität festzustellen ist. Dies ist ein Hinweis darauf, dass in mittleren Lagen im Zuge der Individualisierung Lebensverläufe entstrukturiert und Statusmobilitäten verstärkt werden, dass in unteren und oberen Lagen dieser Befund jedoch nicht gilt: Wer in prekären Verhältnissen lebt, hat eine wesentlich geringere Chance, seine relative Position in der (Äquivalenz-)Einkommenshierarchie zu verbessern als Angehörige mittlerer Positionen.

Umstand, dass bei der Gleichung 2 die meisten Erklärungsvariablen keine signifikanten Koeffizienten mehr aufweisen. Für eine Person, die mehr Working Poor-verdächtigen Charakteristiken aufweist, fällt die Differenz in der Wahrscheinlichkeit, je nach Situation im Vorjahr, im laufenden Jahr Working Poor zu sein, geringer aus. Wenn die betrachtete Person beispielsweise teilzeitig im Detailhandel in einer nicht dauerhaften Stelle beschäftigt ist, macht die Working Poor-Wahrscheinlichkeit 58 Prozent aus, wenn diese Person schon im Vorjahr Working Poor war, und 31 Prozent, wenn sie im Vorjahr nicht Working Poor war.

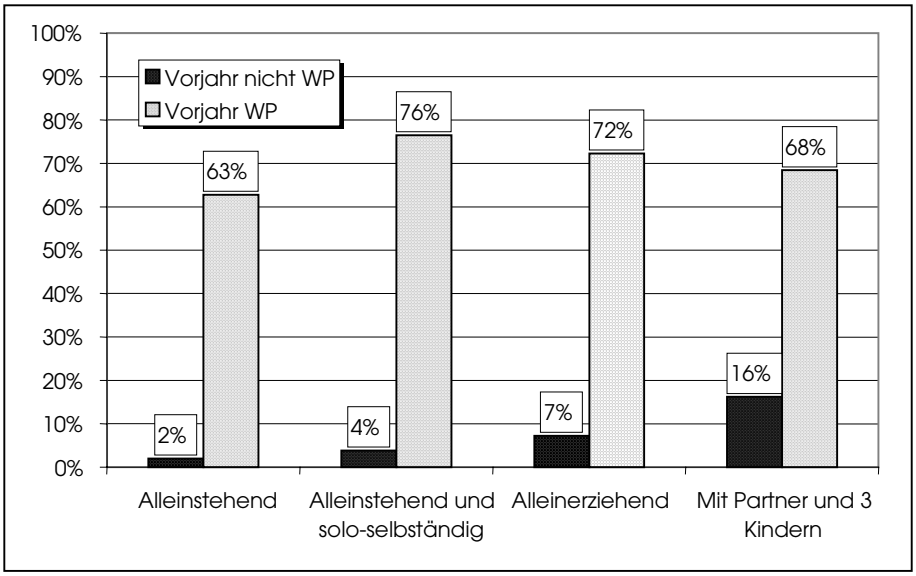
Tabelle 43: Schätzergebnisse der logistischen Regression zur Erklärung der Working Poor-Wahrscheinlichkeit (mit Einschluss von Gegebenheiten des Vorjahres)

Erklärende Variablen		(1) Gesamt		(2) Im Vorjahr Working Poor		(3) Im Vorjahr nicht Working Poor	
D_WPVJ	Dummy Working Poor im Vorjahr	3.6404	**	-		-	
DIFF_KI	Differenz Anzahl Kinder zu Vorjahr	0.3258	*	0.8502	**	0.1681	
DIFF_PA	Differenz Partner zu Vorjahr	0.8541	**	1.4904	*	0.7702	**
LNV_EA	Veränd. Erwerbsarbeit zu Vorjahr %	-0.0130	**	-0.0210	**	-0.0117	**
LNV_SLO	Veränderung Stundenlohn zu Vorjahr %	-0.0188	**	-0.0290	**	-0.0185	**
D_FRAU	Dummy Frau	0.0551		0.0538		0.0610	
D_PA	Dummy Partner/-in	0.0582		-0.4047		0.2493	
ANZKI	Anzahl Kinder	0.5318	**	0.2193	**	0.6586	**
EAT40	Erwerbsarbeit im HH minus 40	-0.0148	**	-0.0042		-0.0178	**
D_AUSL	Dummy ausländische Nationalität	0.5508	**	0.4405	*	0.5923	**
D_A20_29	Dummy Alter 20-29	0.3008	*	0.4693	*	0.1955	
D_HAUS	Dummy Wohneigentum	-0.2259		0.0035		-0.3265	*
AUSJA9	Ausbildungsjahre minus 9	-0.1829	**	-0.0455		-0.2518	**
D_WBILD	Dummy Weiterbildung	-0.3807	**	-0.3138		-0.3873	**
D_UBRU	Dummy Erwerbsunterbruch	0.5772	**	0.2525		0.6509	**
D_BNEU	Dummy neu in Betrieb	0.0915		-0.2238		0.3580	*
D_5BJ	Dummy 5+ Jahre in Betrieb	-0.2124	*	-0.0347		-0.2498	*
D_ALR	Dummy registriert arbeitslos	0.3297		-0.1560		0.5414	*
D_LAND	Dummy Beruf Landwirtschaft	1.6050	**	0.1757		2.6875	**
D_GAST	Dummy Beruf Gastgewerbe/Haushalt	0.0874		0.3071		-0.0123	
D_DETAIL	Dummy Beruf Detailhandel	0.5413	*	-0.0691		0.7920	**
D_TZEIT	Dummy Teilzeiterwerb	1.3819	**	0.5479	*	1.6743	**
D_NDAU	Dummy nichtdauerhafte Stelle	0.6395	**	-0.2190		1.0379	**
D_NFIX	Dummy flexibilisierte Arbeitszeiten	0.2875	**	0.4545	*	0.1102	
D_SELB	Dummy selbständig ohne Angestellte	0.7601	**	0.6591	*	0.6572	**
D_VG	Dummy Vorgesetztenposition	-0.6132	**	-0.1767		-0.7437	**
D_WELSCH	Dummy Westschweiz	0.4389	**	0.3902	*	0.3713	**
D_9699	Dummy Jahre 96-99	0.3476	**	0.3089	*	0.3648	**
Constant	Konstante	-4.2557	**	0.0769		-4.2956	**
Pseudo-R^2	Bestimmtheitsmass	0.454		0.213		0.259	
% ProgK	Richtige Prognosen mit Konstante	95.51%		53.40%		97.94%	
% ProgM	Richtige Prognosen mit Modell	96.38%		72.69%		96.37%	
N	Anzahl Beobachtungen	22'633		1'073		21'560	

Die erklärte Variable ist Z, die Wahrscheinlichkeit für den Zustand von Working Poor p in Prozent errechnet sich als $p=1/(1+e^{-Z})$
* Signifikant auf 5%-Niveau, ** signifikant auf 1%-Niveau
Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen

Mit anderen Merkmalen kombiniert, kann für Working Poor trotz der mindestens 36 Erwerbsstunden pro Woche in ihrem Haushalt die Wahrscheinlichkeit, auch im nächsten Jahr Working Poor zu bleiben, markant steigen. Dies ist in **Abbildung 18** an einem Beispiel illustriert. Eine alleinstehende Frau hat ein tiefes Risiko, Working Poor zu werden (2%). Stark gefährdet ist sie jedoch, falls sie bereits im Vorjahr Working Poor war (63%). Ist sie zusätzlich solo-selbständig, alleinerziehend oder lebt sie in einem Familienhaushalt mit mindestens drei Kindern, steigt diese Gefährdung weiter an.

Abbildung 18: Working Poor-Wahrscheinlichkeit für Frau ohne nachobligatorische Ausbildung, Deutschschweiz 1996-99, in %



Der Erwerbsumfang des Haushalts wird durchgehend bei 40 Wochenstunden angesetzt
Quelle: Berechnungen aufgrund von Tabelle 43

Die starke Statusabhängigkeit bei den Working Poor muss allerdings noch nicht bedeuten, dass es nicht mehr möglich sei, aus dem Zustand von Working Poor herauszukommen. Damit es zu mehrjährigen Working Poor-Perioden kommt, muss die Wahrscheinlichkeit, im Working Poor-Zustand zu verbleiben, sehr hoch sein. Im genannten Fall einer Wahrscheinlichkeit von 63 Prozent beträgt die verknüpfte Wahrscheinlichkeit von drei Working Poor-Perioden hintereinander 40 Prozent (0.63^2), von vier Working Poor-Perioden hintereinander 25 Prozent (0.53^3) und von fünf Perioden hintereinander 16 Prozent (0.63^4). Damit eine Person, die Working Poor geworden ist, eine Wahrscheinlichkeit von über 50 Prozent hat, während fünf Jahren hintereinander Working Poor zu bleiben, muss die Wahrscheinlichkeit, von einem Jahr ins andere Working Poor zu bleiben, bei über 84 Prozent liegen. Lange Perioden von Working Poor dürften somit trotz der Statusabhängigkeit ziemlich selten sein, was im folgenden Abschnitt noch näher untersucht wird.

8.3 Individuelle Verlaufsmuster über fünf Jahre

Bei der Analyse typischer Verlaufsmuster wurden wiederum 20-59-jährige Personen untersucht, hier jedoch nur diejenigen, die während fünf aufeinanderfolgenden Jahren ununterbrochen an der Befragung der SAKE teilgenommen haben. Um in die Analyse zu gelangen, mussten die Befragten ein gültiges Haushaltseinkommen angeben. Eine Erwerbstätigkeit ist hier jedoch nicht notwendig, da verschiedene Armutszustände, auch jene aufgrund von Nichterwerbstätigkeit, betrachtet werden.

Anstelle der einzelnen Übergänge von einem Jahr auf das nächste können nun ganze Statusverläufe untersucht werden. Allerdings sinkt durch die Einschränkungen (Beobachtungen für fünf aufeinanderfolgende Jahre, Haushaltseinkommen > 0, Altersspanne von 20 bis 59 Jahren) die Samplegrösse auf 673 Personen (357 Männer und 316 Frauen).

Tabelle 44: Aufteilung der Befragten nach typischen Statusverläufen, in %

	Frauen	Männer	Gesamt
Durchgehend nicht arm	75.2	85.1	80.8
Kombinationen VZ-Working Poor / sonst arm	2.1	0.8	1.3
Kombinationen VZ-Working Poor / nicht arm	5.6	9.4	7.8
Kombinationen sonst-arm / nicht arm	11.3	4.5	7.4
Wechselnd alle Möglichkeiten	5.8	0.1	2.5
Total	100.0	100.0	100.0

Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen; Individualgewichtung Längsschnitt von 1999

Die Auswertung nach den typischen Statusverläufen in **Tabelle 44** zeigt, dass fast 20 Prozent der Befragten während der letzten fünf Jahre mindestens einmal arm – d.h. Vollzeit-Working Poor oder sonstwie arm waren. Diese doch recht hohe Zahl belegt, dass die kurzzeitige Armut in der Schweiz erstaunlich verbreitet ist. Zu dieser hohen Zahl der kurzfristigen Armut dürften insbesondere Personen in Ausbildung beitragen, welche häufig kurzfristig unter der Armutsgrenze leben (müssen), bevor sich ihre finanzielle Situation stabilisiert. Für die Frauen ist der Anteil der Personen, die mindestens einmal mit Armut konfrontiert wurden, mit rund 25 Prozent erheblich grösser als für die Männer mit rund 15 Prozent. Die mit Armut konfrontierten Frauen finden sich schwergewichtig bei den Kombinationen von nicht arm und sonst arm, bei den Männern liegt der Hauptteil der Beobachtungen bei Kombinationen von nicht arm und Vollzeit-Working Poor. Lange Perioden von Armut sind auf der anderen Seite relativ selten. Lediglich neun Personen (1.3%) waren während fünf Jahren durchgehend arm (Working Poor oder sonst arm).

Entgegen der Erwartung kann kein typisches Muster von Working Poor zu sonstiger Armut und zurück festgestellt werden: Kaum jemand war während fünf aufeinanderfolgenden Jahren ununterbrochen arm. Hier muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass aufgrund der kumulierten Problemlagen von Armen bei dieser Gruppe eine 5-jährige ununterbrochene Befragung eher die Ausnahme sein dürfte. Der geringe Prozentsatz ist somit möglicherweise das Resultat einer höheren Ausfallquote bei permanent Armen. Für diese These spricht die Tatsache, dass die jahresspezifischen Working Poor-Quoten durchwegs tiefer sind, wenn als Grundgesamtheit nur Befragte mit 5 Beobachtungen einbezogen werden.

Eine genauere Betrachtung der Befragten, die in den letzten fünf Jahren sowohl Armuts-, als auch Nicht-Armutszustände erlebten, zeigt, dass keine eindeutigen Entwicklungstendenzen – z.B. von Armut zu Nicht-Armut oder umgekehrt – festzustellen sind: Es kommen alle möglichen Verläufe von Armut zu Nicht-Armut, von Nicht-Armut zu Armut oder von mehrfachen Wechseln zwischen den beiden Zuständen vor. Die Befragten sind mehrheitlich zwischen 20 und 39 Jahre alt. Die meisten lebten in den letzten fünf Jahren mindestens einmal in einem Haushalt mit Kindern, entweder als Elternteile in einem Zweielternhaushalt oder als Alleinerziehende. Bei der Gruppe der übrigen Armen/Nicht-Armen sind dauerhaft Alleinlebende mit über 20 Prozent ebenfalls gut vertreten, es handelt sich hier allerdings um weniger als 10 Beobachtungen. Auf weitergehende Analysen und Interpretationen muss deshalb verzichtet werden.

8.4 Zusammenfassung

Ein Vergleich verschiedener Jahre ist mit mehreren Schwierigkeiten behaftet: Kleine Unterschiede in der Fragestellung, in der Reihenfolge der Fragen oder in den Antwortmöglichkeiten können zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, die unter Umständen nicht mehr miteinander vergleichbar sind. Die nachfolgenden Aussagen und Interpretationen müssen vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

Die Working Poor-Quote hat in den 1990er Jahren zugenommen. Auffällig ist insbesondere die sprunghafte Zunahme zwischen 1995 und 1996, die allerdings überzeichnet wird, da sich die 1996 eingeführte individuelle Verbilligung der Krankenkassenprämien in den SAKE-Daten nur unvollständig niederschlägt. Der verbleibende Anstieg ist primär mit einer Ausweitung von Solo-Selbständigkeit und nicht dauerhaften Arbeitsverträgen, sowie einem generellen Reallohnrückgang zu erklären. Bei den Alleinerziehenden erhöhte sich die Working Poor-Quote dramatisch von 11.8 Prozent 1992 auf 29.2 Prozent 1999 und bei Paaren mit mehr als drei Kindern von 11.2 Prozent auf 16.9 Prozent, dies, obwohl der Erwerbsumfang bei Paaren mit Kindern im Lauf der 1990er Jahre deutlich zugenommen hat.

Die Analyse der Entwicklung von verschiedenen Arbeitsverhältnissen (Solo-Selbständigkeit, nicht dauerhafte Anstellungen, nicht fixe Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit) weist auf Prekarisierungstendenzen in den 1990er Jahren hin. Wie schon aufgrund der deskriptiven Analyse für 1999 zu erwarten war, ist der Anteil der Erwerbstätigen mit diesen Merkmalen an den Working Poor viel höher als an der Gesamtheit der Erwerbstätigen. Dies weist deutlich auf den vielfach prekären Charakter der entsprechenden Arbeitsverhältnisse hin. Obwohl die wirtschaftspolitischen Entwicklungen von Globalisierung und Liberalisierung eine starke Ausweitung vermuten lassen, ist der Niederschlag in der SAKE aber eher geringer als vermutet. So ist der Anteil der Stellen mit flexibilisierten Arbeitszeiten in den 1990er Jahren ungefähr stabil geblieben. Deutlich ausgeweitet haben sich im Lauf der 1990er Jahre Solo-Selbständigkeit und nicht dauerhafte Anstellungen, welche in erheblichem Mass zum Anstieg der Working Poor-Quote beigetragen haben.

Die deskriptive Analyse der Übergänge zwischen unterschiedlichen Zuständen zeigt, dass Personen, die im Vorjahr Vollzeit-Working Poor waren (gesamt 3.5% der beobachteten Statusübergänge), im Folgejahr zu knapp der Hälfte (1.5%) weiterhin Vollzeit-Working Poor, zu gut der Hälfte nicht mehr arm (1.8%) und zu einem kleinen Teil zu den übrigen Armen (0.2%) gewechselt sind. In 1.5 Prozent aller beobachteten Übergänge wechseln nicht Arme und in 0.3 Prozent aller Fälle übrige Arme in den Zustand von Vollzeit-Working Poor. Die Wahrscheinlichkeit, Vollzeit-Working Poor zu sein, ist also sehr unterschiedlich, je nachdem, ob eine Person schon im Vorjahr Vollzeit-Working Poor war oder nicht. Nichtarme haben ein sehr viel geringeres Risiko, Vollzeit-Working Poor zu werden, als übrige Arme. Die Wahrscheinlichkeit für die übrigen Armen, Vollzeit-Working Poor zu werden, ist wiederum sehr viel geringer als für die Personen, die schon im Vorjahr Vollzeit-Working Poor waren. Da diese drei Gruppen unterschiedlich gross sind, war von den in einem bestimmten Jahr zu den Vollzeit-Working Poor zählenden Personen trotzdem rund die Hälfte im Vorjahr nicht arm.

Entgegen der a-priori-Erwartung scheint es gerade *nicht* der Fall zu sein, dass Vollzeit-Working Poor wiederholt erwerbslos werden und anschliessend wieder einen (schlecht bezahlten) Job finden oder dass sich der Beschäftigungsgrad im Haushalt auf weniger als Vollzeit reduziert. Allerdings ist mit einem beobachteten Übergang noch nichts über die effektive finanzielle Situation ausgesagt, bereits eine geringe Änderung des Einkommens oder der Zwangsaus-

gaben (Miete, Krankenversicherung) kann einen Haushalt knapp über oder knapp unter die Armutsschwelle bringen. Die Position im relativen Einkommensgefüge ist in den untersten Dezilen vergleichsweise stabil: Personen, die am unteren Ende der Verteilung stehen, verbleiben mehrheitlich dort, auch wenn sie nicht dauernd unter dem Existenzminimum leben müssen.

Die Analyse der Übergänge zeigt keine Unterschiede zwischen den Gruppen, die in den Vollzeit-Working Poor-Zustand hineingeraten und denjenigen, die daraus herauskommen. Da es sich jeweils um Übergänge von einem Jahr zum nächsten handelt, lässt dieser Befund den Schluss zu, dass sich bei diesen Gruppen Armuts- und Nicht-Armutszustände miteinander abwechseln und dass die finanzielle Situation durch eine erhebliche Instabilität gekennzeichnet ist. Ein Unterschied besteht jedoch zwischen den dauerhaft Vollzeit-Working Poor und den dauerhaft übrigen Armen: Zur ersten Gruppe gehören insbesondere Männer, 30 bis 39-jährige, Ausländer/-innen, sowie Paare mit drei und mehr Kindern. Demgegenüber setzt sich die zweite Gruppe insbesondere aus Frauen, 20-29-Jährigen, Schweizer/-innen, Alleinstehenden und Alleinerziehenden zusammen.

Aus der logistischen Regression geht ein hohes Mass an Statusabhängigkeit bei Working Poor hervor. Der Status im Vorjahr trägt mehr als jeder andere Erklärungsfaktor zur Erklärung des Status im laufenden Jahr bei. Dies bedeutet aber nicht, dass ein Herauskommen aus dem Zustand von Working Poor nicht mehr möglich sei. Damit es zu langen Working Poor-Perioden kommt, muss die Wahrscheinlichkeit, im Working Poor-Zustand zu verbleiben, sehr hoch sein. Damit eine Person mit 50 Prozent Wahrscheinlichkeit während fünf Jahren (d.h. während vier Übergängen) Working Poor bleibt, müsste die Wahrscheinlichkeit, von einem Jahr zum andern Working Poor zu bleiben bei über 84 Prozent liegen ($0.84^4 = 0.5$).

Dass lange Perioden von Working Poor trotz der Statusabhängigkeit ziemlich selten sind, zeigt sich bei der Analyse der 673 Personen, welche an fünf aufeinanderfolgenden Befragungen teilnahmen. Lediglich eine einzige Person war während fünf Jahren durchgehend Working Poor und 9 Personen (1.3%) waren während fünf Jahren durchgehend arm (Working Poor oder sonst arm). Gut 80 Prozent waren während den fünf Jahren nie arm. Dies bedeutet umgekehrt, dass fast 20 Prozent der Befragten innerhalb von fünf aufeinanderfolgenden Jahren mindestens während einem Jahr unter dem Existenzminimum lebten, bei den Frauen war es sogar ein Viertel. Temporäre Armut stellt somit in der Schweiz der 1990er Jahre ein erstaunlich weit verbreitetes Phänomen dar. Einer rein quantitativen Betrachtungsweise sind aufgrund der kleinen Stichprobe mit fünf aufeinander folgenden Beobachtungen enge Grenzen gesetzt. Die Analysen lassen keine eindeutigen Entwicklungstendenzen – z.B. von Armut zu Nicht-Armut oder umgekehrt – erkennen: Es kommen alle möglichen Verläufe von Armut zu Nicht-Armut, von Nicht-Armut zu Armut oder von mehrfachen Wechseln zwischen den beiden Zuständen vor.

9 Ausblick auf politischen Handlungsbedarf

Das Phänomen von Working Poor kann nicht monokausal erklärt werden. Vielmehr bestimmt ein komplexes Zusammenspiel von arbeitsmarktlichen und sozialpolitischen Faktoren sowie der familiären Situation und der Entwicklung der Lebenskosten, ob jemand trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutsgrenze lebt oder nicht. Das politische Handeln zur Verbesserung der Situation von Working Poor muss deshalb sinnvollerweise an unterschiedlichen Orten gleichzeitig ansetzen. Im Rahmen der vorliegenden Studie können die entsprechenden Massnahmen lediglich im Sinn eines Ausblickes und ohne Anspruch auf Vollständigkeit angetippt werden (für eine eingehendere Diskussion der in der Schweiz im Vordergrund stehenden Möglichkeiten vgl. Liechti & Knöpfel 1998, 104f).

Als Armutsrisiken konnten in der empirischen Analyse schwerpunktmässig ein geringer Lohn, das Vorhandensein von Kindern sowie die steigenden obligatorischen Ausgaben festgestellt werden. Die politischen Massnahmen werden im folgenden gemäss diesen Risiken dargelegt und sind in **Tabelle 45** im Überblick zusammengestellt.

Armutsrisiko Tieflohn

Ursache für einen geringen Lohnsatz sind insbesondere eine geringe Bildung, die Branche und der Beruf sowie prekäre Arbeitsverhältnisse, wozu vielfach auch die Solo-Selbständigkeit zählt. Oft spielen die verschiedenen Faktoren zusammen: Eine tiefe Bildung bedeutet einen Beruf in einer Tieflohnbranche, z.B. Detailhandel, Privathaushalt oder Gastgewerbe, der zudem häufig durch Teilzeitarbeit und unregelmässige Arbeitszeiten gekennzeichnet ist. Insbesondere Ausländer/-innen haben häufig keine weiterführende Ausbildung. Auch bei einem normalen Lohnsatz kann ein Tieflohn resultieren, wenn kein Vollzeiterwerb möglich ist, was insbesondere bei Alleinerziehenden oft der Fall ist.

Als Mittel gegen das Tieflohnrisiko sind Massnahmen in verschiedenen Bereichen möglich:

■ Auf dem **Arbeitsmarkt** kann über Gesetz oder Gesamtarbeitsverträge ein Mindestlohn festgelegt werden, welcher für eine Vollzeitarbeit generell nicht unterschritten werden darf. Als Alternative zu diesem direkten Eingriff auf dem Arbeitsmarkt, wie er in der Schweiz aktuell von gewerkschaftlicher Seite gefordert wird (vgl. Abschnitt 2.3.2), werden staatliche Lohnzuschüsse zur Aufstockung von Tieflöhnen vorgeschlagen (vgl. für die Schweiz Scheidegger & Brunetti 2000). Schon seit längerer Zeit werden diese Instrumente in Deutschland diskutiert, wo derzeit regionale Modellversuche mit Zuschusssystemen am Laufen sind (Klammer 2000). Im ganzen Bereich von prekären Arbeitsverhältnissen stellt sich zudem die Frage nach arbeitsrechtlichen Minimalbedingungen.
■ Als längerfristige Mittel gegen Tieflöhne von hervorragender Bedeutung sind **bildungspolitische Massnahmen**. Mit einem qualitativ hochwertigen und allgemein zugänglichen Aus- und Weiterbildungssystem können die Qualifikationen und somit die beruflichen Chancen der unteren Beschäftigungsgruppen angehoben werden.
■ Schliesslich drängen sich auch Massnahmen bei der **sozialen Sicherung** auf. Insbesondere kann durch Reformen bei der beruflichen Vorsorge (Verminderung des Koordinationsabzugs) verhindert werden, dass Tieflohnbezüger/-innen im Alter ungenügend abgesichert sind.

Tabelle 45: Armutsrisiken, Ursachen und mögliche Massnahmen

Armutsrisiko	Besonders gefährdete Gruppen	Ursachen und verstärkende Faktoren	Mögliche Massnahmen
Tieflohn	Ausländerinnen und Ausländer, Frauen	Ausbildung, Branche/Beruf, Solo-Selbständigkeit, Teilzeiterwerb	Qualifizierungsmassnahmen und Mobilitätschancen im Bildungsbereich, Mindestlohn oder Lohnzuschüsse im Niedriglohnbereich, arbeitsrechtliche Besserstellung von prekären Arbeitsverhältnissen, Abschaffung des BVG-Koordinationsabzugs
Kinder	Alleinerziehende, Paare mit drei und mehr Kindern	Direkte Kinder kosten Indirekte Kinderkosten (Reduktion der Erwerbsarbeitszeit)	Senkung der Krankenversicherungsprämien für Kinder, Ausbau der Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, Ausbau der familienergänzenden Betreuung, Anreize zur Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit
Stark steigende Zwangsausgaben (KV, Miete, Steuern)	Alle armutsgefährdeten Gruppen	Steigende Gesundheits- und Wohnausgaben, mangelnde Steuerentlastung	Allgemeine und spezifische Verbilligungen, einkommensabhängige KV-Prämien, Steuerbefreiung bis zum Existenzminimum

Quelle: Eigene Darstellung

Armutsrisiko Kinder

Dass Kinder zu einem Armutsrisiko werden, hängt einerseits mit den direkten, vor allem aber mit den indirekten Kinderkosten zusammen (ausführlich Bauer 1998). Kinder sind zum einen mit einer direkten Belastung im Ausgabenbudget verbunden. Zum anderen brauchen Kinder auch Zeit für direkte Betreuung und vermehrte Hausarbeit. Diese indirekten Kosten entsprechen dem mit dem Zeitaufwand verbundenen Verlust an Erwerbseinkommen.[41] Die familienpolitischen Massnahmen zur Vermeidung von Armut in Familien betreffen insbesondere zwei Ebenen:

■ Zur Existenzsicherung von Familien sind die Leistungen des Familienlastenausgleichs zu verbessern. Diskutiert werden heute in der Schweiz ein Ausbau des Kinderzulagensystems, die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien analog zum «Tessiner Modell» sowie vermehrte Steuererleichterungen. Die verschiedenen Modelle des Familienlastenausgleichs werden bei Bauer & Streuli (2000) eingehend dargestellt und diskutiert.

[41] Die Kinderkosten lassen sich am Beispiel eines fiktiven Paares illustrieren. Marianne M. ist 28, sie arbeitet Vollzeit als Verkäuferin und verdient dafür brutto 3`500 Franken pro Monat. Markus M. ist 31, er ist ebenfalls Vollzeit als Bauarbeiter tätig und erhält dafür einen Brutto-Monatslohn von 4`500 Franken. Mit dem gesamten Einkommen von 8'000 Franken leben sie weit über der Armutsgrenze. Marianne und Markus haben vor kurzem geheiratet und erwarten das erste Kind. Finanziell hat das Hinzukommen von Kindern eine doppelte Konsequenz. Wenn Marianne sich typisch verhält und ihre Erwerbsarbeit zugunsten der Familienarbeit aufgibt, sinkt das Haushaltseinkommen auf die 4`500 Franken, die Markus verdient. Aus dem verringerten Einkommen müssen aber noch zusätzlich die Unterhaltskosten – von der Windel bis zur notwendig werdenden grösseren Wohnung - für die Kinder finanziert werden. Bei zwei Kindern befindet sich die Familie mit einem Bruttoeinkommen von 4'500, resp. einem ausbezahlten Einkommen von weniger als 4'000 Franken unter der für die Sozialhilfe geltenden Armutsgrenze von rund 4'000 Franken. Das Beispiel zeigt: Ein Paar, das ohne Kinder finanziell gut auskommt, kann nach dem Hinzukommen von Kindern sehr rasch an oder unter der Armutsgrenze leben müssen.

■ Durch den Ausbau des Angebots an kostengünstiger familienergänzender Kinderbetreuung und weiteren Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann die Erwerbskapazität der Familien (insbesondere der Mütter) erhöht werden. Somit verbessern sich auch die Möglichkeiten, den Lebensunterhalt der Familie durch eigenen Erwerb zu sichern (vgl. eingehender Müller Kucera & Bauer 2001).

Armutsrisiko einzelne Ausgaben

Mit einer Vielzahl von einzelnen Massnahmen können schliesslich einzelne Bereiche der Belastung angegangen werden. Zu denken ist neben Massnahmen im Mietbereich insbesondere an die Weiterentwicklung der kantonalen Systeme für die einkommensabhängige Verbilligung der KV-Prämien.[42] Schliesslich haben unsere Berechnungen ein weiteres Mal darauf verwiesen, dass arme Haushalte immer noch in erheblichem Ausmass bei den Staatssteuern zur Kasse gebeten werden. Die Steuerbefreiung des Existenzminimums stellt hier eine schon lange fällige Massnahme dar.

[42] In diesem Zusammenhang wäre eine eingehende Analyse über die Inanspruchnahme und die Einkommenswirkungen der Prämienverbilligungssysteme bei den armen Haushalten sehr nützlich. Für das Jahr 1998 könnte eine solche Analyse anhand der Einkommens- und Verbrauchserhebung des BFS vorgenommen werden.

Anhang: Vertiefung von Einzelfragen

10 Anhang A: Methodische Einzelfragen

10.1 Die Working Poor-Diskussion im Überblick

Tabelle 46: Working Poor-Konzepte im Überblick

Referenzgruppe	B1: Bedingung an Beschäftigungsgrad (BG)	B2: Bedingung an Einkommen	Armutsgrenze	Working Poor-Quote (RGB: Referenzgruppe bei Erfüllen von B1+B2)	Autor/-in / Land
Erwerbstätige in armen Haushalten	>=27 W./ Jahr, Voll- od. Teilzeit; oder arbeitssuchend	HH-Eink. < AG	Absolute Grenze (U.S.-poverty-threshold), haushaltsbezogen	a) RGB/Erwerbstätige; b) nur Alleinstehende, c) nur Familien (mind. 1 Person muss Bedingung an Beschäftigungsgrad erfüllen)	BLS (1996) / USA
Arme Familien mit Kindern < 6 Jahren	Alleinerz. >=20 Std./W. Paare: total >=35 Std.	HH-Eink. < AG	Abs. Grenze, (U.S.-poverty-threshold), haushaltsbezogen	RGB/ alle Familien mit Beschäftigungsgrad wie Spalte 3	Wertheimer (1999) / USA
Arme Haushalte	Mind. 1 Person vollzeit	HH-Eink. < AG	Abs. Grenze (SMIC), haushaltsbezogen	RGB/ alle Haushalte	Hourriez (1999) / Frankreich
Erwerbstätige > 15 Jahre in armen Haushalten	>= 1 Std. / Woche (ILO-Definition)	HH-Eink. < AG	Rel. Grenze (50% des durchschn. Äquival.eink.), haushaltsbezogen	RGB 25-55J. / alle Erwerbstätigen 25-55J	Strengmann-Kuhn (1999) / Deutschland
Mitglieder von armen Haushalten	Mind. 1 Person im HH >= 90%	HH-Eink. mit Sozialtransfers < AG	Abs. Grenze (SKOS, EL), haushaltsbezogen	RGB im Erwerbsalter / alle Erwachsenen im Erwerbsalter	Leu, Burri & Priester (1997) / CH
Mitglieder von armen Haushalten	Gesamter BG im HH >= 90%	HH-Eink. o. Sozialtransfers < AG	Abs. Grenze (SKOS), haushaltsbezogen	RGB im Erwerbsalter / alle Erwachsenen im Erwerbsalter	Liechti & Knöpfel (1998) / CH
Arme Personen im Erwerbsalter in armen Haushalten	Mind. 1 Person >=70% (30 Std.)	HH-Eink. o. Sozialtransfers < AG	Abs. Grenze (EL), haushaltsbezogen	RGB / alle Erwachsenen im Erwerbsalter	Ulrich & Binder (1998) / CH

Tabelle 46: Working Poor-Konzepte im Überblick (Fortsetzung)

Arme erwerbstätige Personen mit Erwerbseinkommen >= 1/2 HH-Einkommen	Voll- oder Teilzeit	Individuelles Einkommen netto < AG	Rel. Grenze (1/2 des Medianlohns), personenbezogen	RGB / alle Erwerbstätigen	Deutsch, Flückiger, Silber (1999) / CH
Arme erwerbstätige Personen mit Erwerbseinkommen >= 1/2 HH-Einkommen	Voll- oder Teilzeit	Indiv. Einkommen netto < AG	Rel. Grenze (1/2 des DS-/Medianlohns) personenbezogen	RGB / alle Erwerbstät. m. Erwerbseinkommen >= 1/2 HH-Einkommen	Tillmann (1996) / CH

10.2 Steuersimulation

Die Daten der SAKE weisen die Haushaltszusammensetzung differenziert und das Haushaltseinkommen anhand einer Pauschalangabe aus. Im folgenden wird dargelegt, wie anhand dieser Angaben sowie institutioneller Angaben über die Steuertarife der einzelnen Kantone eine Berechnung der Einkommenssteuern vorgenommen werden kann. Wir beschränken uns auf die Frage der Einkommenssteuer, da in der SAKE keine Angaben über das Vermögen enthalten sind, aufgrund derer eine Vermögensbesteuerung zu berechnen wäre.

10.2.1 Einbezug der Steuerabzüge

Um die Steuerbelastung zu modellieren, ist es zuerst notwendig, in aller Kürze die Ausgestaltung des Steuersystems zu klären. Bei der Darstellung des heutigen Systems folgen wir schwergewichtig dem Bericht der Kommission Familienbesteuerung (1998), welcher die angeschnittenen Fragen breit diskutiert. Es sind dabei zwei Steuersysteme zu unterscheiden: das System der direkten Bundessteuer (dBSt) sowie die 26 kantonalen Steuergesetze, welche die Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer (Staatssteuer StaSt) umfassen.

Die schweizerischen Steuergesetze gehen vom Grundsatz aus, dass Einkommen und Vermögen der Familien eine wirtschaftliche Einheit bilden. Steuerrechtlich wird dabei Familie und Ehe weitgehend gleichgesetzt. Das hat zur Folge, dass die Einkommen und Vermögen des Ehegatten und der Ehegattin, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, ohne Rücksicht auf den Güterstand zusammengerechnet werden, während Konsensualpaare zwei Steuersubjekte bilden. Die für die Ehepaare geltende Gemeinschaftsbesteuerung führt im allgemeinen wegen der progressiven Ausgestaltung des Steuertarifs zu einer stärkeren Belastung von Ehepaaren gegenüber Konsensualpaaren. Der Gesetzgeber greift mit unterschiedlichen Korrekturmassnahmen ein. Zu unterscheiden sind dabei allgemeine Korrekturverfahren (Doppeltarif, Abzüge, Teilsplittung und Splitting) sowie Korrekturverfahren für Doppelverdienerehepaare (fester oder prozentualer Abzug, Zweiverdienersplitting).

10.2.2 Statistik der Steuerbelastung als Grundlage

Die Eidgenössische Steuerverwaltung publiziert jährlich eine Statistik «Steuerbelastung in der Schweiz». Darin sind für (1) Ledige, (2) Verheiratete ohne Kinder und (3) Verheiratete mit zwei Kindern die Steuerbelastungen durch die Staatssteuer in Abhängigkeit des Bruttoarbeitseinkommens angegeben. Unterstellt wird dabei dass das ganze Haushaltseinkommen auf Lohneinkommen eines Alleinverdieners entfällt. Die Belastungen werden für jede Gemeinde

sowie jeden Kanton angegeben. Eine vergleichbare Statistik ist auch für die direkte Bundessteuer verfügbar.

Mit diesen Angaben lässt sich für jeden der drei Haushaltstypen (und jeweils interessierende Gemeinden oder Kantone) eine Regressionsgleichung ermitteln, welche die Steuerbelastung τ als Funktion des Bruttoeinkommens Y formuliert. Als sinnvoll hat sich dabei folgende Gleichung erwiesen:

$$\tau = a_0 + a_1 \cdot \ln(Y) + a_2 \cdot Y + a_2 \cdot (Y/10)^2 + a_3 \cdot (Y/10)^3 + \varepsilon$$

τ Steuersatz in %
Y Einkommen in 1000 Fr.

Mit diesen Regressionsgleichungen wird eine sehr gute Annäherung an die effektiven Werte erreicht (R^2 = 0.98 bis 0.99).

10.2.3 Herleitung der Belastung für weitere Haushaltstypen

Um eine gute Annäherung an die Realität zu erhalten und die Daten der SAKE möglichst differenziert verwenden zu können, sind wir interessiert, die Steuerbelastung für folgende Haushaltstypen zu berechnen:

- Ledige ohne Kinder
- Einelternfamilie unter Berücksichtigung der Anzahl Kinder
- Ehepaar ohne Kinder mit 1 Einkommen
- Ehepaar ohne Kinder mit 2 Einkommen
- Ehepaar mit Kindern, mit 1 Einkommen, unter Berücksichtigung der Anzahl Kinder
- Ehepaar mit Kindern, mit 2 Einkommen, unter Berücksichtigung der Anzahl Kinder
- Konkubinatspaar mit Kindern, mit 1 Einkommen, unter Berücksichtigung der Anzahl Kinder
- Konkubinatspaar mit Kindern, mit 2 Einkommen, unter Berücksichtigung der Anzahl Kinder

Die Berechnung für die Ledigen ohne Kinder und die Ehepaare ohne Kinder mit 1 Einkommen kann aufgrund der ermittelten Regessiongleichungen direkt erfolgen. Für die andern Gruppen müssen entsprechende Anpassungen vorgenommen werden. Dazu stützen wir uns auf die kantonalen Regelungen über die Tarife und Steuerabzüge (sowie die Bundesregelung bei der direkten Bundessteuer). Pro Kanton wird jeweils mit zwei Referenzmodellen gearbeitet, einem für Ledige und einem für Verheiratete. Die Steuersätze für Haushalte mit 2 Einkommen sowie mit Kindern werden aus diesen zwei Referenzmodellen hergeleitet. Zudem muss berücksichtigt werden, dass Paare im Konkubinat als zwei Steuersubjekte gelten.

Für jeden Kanton werden separat die Abzüge für Kinder, für Haushalte mit zwei Einkommen sowie für Alleinerziehende berechnet. Dazu stützen wir uns auf die in **Tabelle 47** und **Tabelle 48** ersichtlichen Angaben.

Nicht einbezogen werden dabei allerdings die in einzelnen Kantonen möglichen Abzüge für Fremdbetreuung, da sich die Einhaltung der Vorgaben mit den in der SAKE verfügbaren Angaben nicht überprüfen lässt. Die dadurch erfolgte Verzerrung dürfte sehr gering sein, da die Vorgaben im allgemeinen sehr restriktiv sind. Das gesamte Volumen an Steuerminderungen infolge des Fremdbetreuungsabzugs kann auf weniger als 20 Mio. Franken jährlich veranschlagt werden (Bauer 1998, 168).

Die Qualität der derart ermittelten Steuerbelastungen kann überprüft werden, indem die entsprechend selbst berechnete Steuerbelastung für ein Einverdiener-Ehepaar mit 2 Kindern mit den Angaben aus der Statistik der Steuerverwaltung verglichen wird. Bei diesem Vergleich

ergibt sich bei der Bundessteuer und in 24 Kantonen eine sehr gute bis ausgezeichnete Annäherung. In 2 Kantonen (SG und VS) wird nach Einbau eines geringfügigen Korrekturfaktors ebenfalls eine sehr gute Annäherung erreicht.

Berechnungsschritte

Welche Berechnungsschritte vorgenommen werden, kann am Beispiel eines Ehepaars mit drei Kindern im Alter von 7, 10 und 13 Jahren für den Kanton Luzern illustriert werden. Für die drei Kinder können gesamthaft Kinderabzüge von 11'900 Franken und Versicherungsabzüge von 900 Franken geltend machen. Wenn wir unterstellen, dass der Mann 60'000 und die Frau 40'000 Franken brutto verdienen, beträgt der Zweiverdienerabzug 6'000 Franken. Gegenüber dem Alleinverdiener-Ehepaar ohne Kinder mit einem Bruttoerwerbseinkommen von 100'000 Franken ergeben sich gesamthafte Abzüge von 18'800 Franken. Der Steuersatz entspricht somit einem Alleinverdiener-Ehepaar ohne Kinder bei einem Bruttoeinkommen von 81'200 Franken. Das betrachtete Ehepaar bezahlt 10'126 Franken (12.47% von 81'200 Franken) Steuern. Der Steuersatz von 12.47 Prozent berechnet sich mittels der Regressionsgleichung (in welcher Y gleich dem Jahreseinkommen in 1000 Franken ist):

$$\tau = -30.23 + 10.32 \cdot \ln(Y) - 0.0355 \cdot Y + 0.0035 \cdot (Y/10)^2 - 0.00017 \cdot (Y/10)^3$$

Tabelle 47: Abzüge für Kinder, Abzüge für KV-Prämien der Kinder und Abzüge für Kosten von Fremdbetreuung bei den Einkommenssteuern (Stand 1.1.1999)

Kanton / Bund	Kinderabzüge		Max. Abzug KV	Maximaler Abzug für Fremdbetreuung	
	1./2. Kind	Weitere Kinder	Pro Kind	Pro Kind	Gesamt
ZH	5`400	5`400	700	0	0
BE	4`200	4`200	500	0	0
LU	3'800	4`300	300	..	8`700[5]
UR	3'500	4`000	600	..	12`000[5]
SZ	3'400	3'400	400	0	0
OW	2'800	2'800	500	effektiv	effektiv
NW	2'500	2'500	300	0	0
GL	3'000	3`500	600	0	0
ZG	5'000	5'000	500	0	0
FR	3'400	4`400	700	0	0
SO	4'400	4'400	300	2'300	6`300
BS	5'000	5'000	0	5'000	..
BL	..[2]	..[2]	200	0	0
SH	3'200	4`300[1]	200	0	0
AR	3'000	3'000	500	3'840	10`000[5]
AI	3'000	3'000	500	..	9`000[5]
SG	5'500	5'500	600	..	9`000
GR	3'200	3'200	0	0	0
AG	3'900	3'900	0	..	5`600[5]
TG	3'600	3`800	200	1'000	0
TI	6'000	6'000	0	0	0
VD	..[3]	..[3]	1`200	0	0
VS	3'160	3'160	310	0	0
NE	2'600	2'600	100	0	0
GE	2'600	2'600	750	0	0
JU	3'700	3'700	350	..	2`000[6]
Bund	5'100	5'100	600	0	0

1 Der erhöhte Abzug gilt schon ab dem zweiten Kind
2 Abzug von Fr. 400 pro unmündigem Kind vom Steuerbetrag
3 Konsumeinheitenbesteuerung; der Quotient erhöht sich um 0.5 je Kind, das sich der Berufslehre befindet oder studiert
4 Erhöhung des Abzugs bei Ausbildung des Kindes (zum Teil nur bei auswärtiger Ausbildung)
5 Bei Ehepaaren muss dabei Arbeitsunfähigkeit eines Ehegatten vorliegen
6 Nur für Alleinerziehende
Quelle: Kommission Familienbesteuerung (1998, Anhang 3)

Tabelle 48: Tarif und Abzüge für Alleinerziehende und Abzüge für Doppelverdienst bei den Einkommenssteuern (Stand 1. 1. 1999)

Kanton / Bund	Tarif und Abzug für Alleinerziehende		Zweiverdienerpaare: Abzug (von tieferem Einkommen)		
	Anwendung des Doppeltarifs	Abzug	Maximal	Fixbetrag	Proz. Betr.
ZH	Ja	-[6]	5'200	5`200	
BE	Nein	5800	8'400		2.5%[5]
LU	Nein	1100[7]	7'200		15%
UR	Ja (sofern nicht Konkubinat)	3000	..[1]		
SZ	Ja	5400	6'000		20%
OW	Nein	20%[8]	3'200	3`200[3]	
NW	Ja (sofern nicht Konkubinat)	6600[9]	4'500		15%
GL	Nein	6500	4'000		20%
ZG	Ja	11000	3'000		20%
FR	Nein	4000[10]	0		
SO	Ja (sofern nicht Konkubinat)	300	0		
BS	Ja	3500	1'000	1`000[4]	
BL	Ja	0	..[2]		
SH	Ja	6000	2'800	2`800	
AR	Nein	3400	2'400	2`400	
AI	Nein	6700	5'000		10%
SG	Ja	10%[11]	3'600	3`600[4]	
GR	Nein (limitiertes Teilsplitting)	2600	0		10%
AG	Nein (limitiertes Teilsplitting)	0	4'200	4`200	
TG	Nein	8600	4'500	4`500	
TI	Ja	0	4'300	4`300	
VD	Nein (Konsumeinheitenbesteuerung)	0	0		
VS	Nein	30%	4'610	4`610[4]	
NE	Nein	5300	1'200		25%
GE	Ja	20662	5'000		30%
JU	Ja	0	2'300	2`300	
Bund	Ja	0	6'400	6`400	

1 Doppelverdiener-Teilsplitting: Besteuerung des gesamten Einkommens erfolgt zu dem Satz, der anwendbar wäre, wenn das gesamte Einkommen um 35% des niedrigeren Erwerbseinkommens vermindert wird
2 Doppelverdiener-Teilsplitting: Besteuerung des gesamten Einkommens erfolgt zu dem Satz, der anwendbar wäre, wenn das gesamte Einkommen um das niedrigere Erwerbseinkommen, höchstens aber um Fr. 16'000 vermindert wird
3 der Abzug beträgt maximal Fr. 1'600 vom Erwerbseinkommen jedes Ehegatten
4 der Betrag bezieht sich auf das gesamte Erwerbseinkommen
5 der Prozentsatz bezieht sich auf das gesamte Einkommen
6 ab 1.1.99 in den Steuertarif integriert
7 plus 25% vom Steuerbetrag, min. 269 Fr., max. 381 Fr.
8 vom steuerbaren Einkommen, min. 4100 Fr., max. 9600 Fr.
9 sofern nicht im Konkubinat
10 plus zusätzlich 3000 Franken pro Kind ab dem 2. Kind
11 vom Nettoeinkommen, min. 3000 Fr., max. 5000 Fr.
12 vom Staatssteuerbetrag, min. 310 Fr., max. 3160 Fr.
Quelle: Kommission Familienbesteuerung (1998, Anhang 3)

10.3 Methodisches zur logistischen Regression

Die logistische Regressionsgleichung kann in allgemeiner Form wie folgt geschrieben werden.

$$Prob(Y=1|X_1,...,X_k) = F(b_0 + b_1X_{1i} + ... + b_kX_{ki})$$

Y	zu erklärende Variable (Dummy-Variable)
$Prob(Y=1 \mid X_1,..,X_k)$	bedingte Wahrscheinlichkeit, dass Y=1 ist (in Prozent)
F(..)	logistische Verteilungsfunktion
$X_1,...,X_k$	erklärende Variablen
b_0	Konstante
$b_1,...,b_k$	Koeffizienten
i	1,....,n; wobei n: Anzahl Beobachtungen
k	Anzahl erklärende Variablen

Die Wahrscheinlichkeit, dass Y gleich 1 ist (also eine Person Working Poor ist), wird durch die Gleichung als Funktion der erklärenden Variablen und der Koeffizienten ausgedrückt. Prob(Y=1) entspricht $1/(1+e^{-Z})$. Wenn Prob(Y=1)≥0.5 ist, wird Y=1 gesetzt, sonst gilt Y=0. Dabei ist e die Eulersche Zahl (e≈2.71828) und Z wird als lineare Kombination der erklärenden Variablen ausgedrückt:

$$Z = b_0 + b_1X_{1i} + ... + b_kX_{ki}$$

Die Beziehung zwischen Prob(Y=1) und Z ist nichtlinear. Die Koeffizienten des Modells werden mit der Methode der grössten Wahrscheinlichkeit (Maximum Likelihood ML) geschätzt. In einem iterativen Verfahren werden die Koeffizienten so festgelegt, dass die Wahrscheinlichkeit, wonach bei unzähliger Wiederholung der Stichprobenziehung das beobachtete Resultat eintritt, maximiert wird.

Die Interpretation der geschätzten Koeffizienten ist aufgrund der Nichtlinearität schwieriger als bei linearen Regressionen. Ein negatives/positives Vorzeichen des Koeffizienten einer Rechthandvariablen sagt lediglich aus, dass bei sonst gleicher Merkmalskombination die Wahrscheinlichkeit Prob(Y=1) mit steigendem Wert der Rechthandvariablen sinkt/steigt. Über das Ausmass des Rückgangs/Anstiegs kann aber unmittelbar keine Aussage getroffen werden, da dieser auch von der Ausprägung der anderen Merkmale abhängt. Da wir jeweils eine Referenzperson zugrunde legen (für welche alle erklärenden Variablen den Wert Null annehmen), lässt sich für die einzelnen Abweichungen von der Referenzperson das Ausmass des Effektes trotzdem direkt angeben.

Die Wahrscheinlichkeit des beobachteten Resultates wird als Likelihood bezeichnet. Mithilfe der Likelihood lässt sich ein Pseudo-Bestimmheitsmass (Pseudo-R^2) berechnen:

$$\text{Pseudo-}R^2 = 1 - (LL_M / LL_0)$$

LL_M	Logarithmus der Likelihood des gewählten Modells
LL_0	Logarithmus der Likelihood eines Modells mit lediglich einer Konstante

Das Pseudo-R^2 muss wie das R^2 der linearen Regression zwischen 0 und 1 liegen. Wenn der Likelihood-Wert des gewählten Modells nicht grösser ist als der Likelihood-Wert des Modells mit nur einer Konstante, nimmt das Pseudo-R^2 den Wert 0 an. Je grösser der Likelihood-Wert des gewählten Modells im Vergleich zum Modell mit lediglich einer Konstante ist, desto näher liegt das Pseudo-R^2 beim Wert von 1.

Zusätzlich zum Pseudo-R^2 geben wir jeweils auch den Prozentsatz der durch das Modell korrekt vorgenommenen Zuordnungen auf die Werte 0 und 1 der Linkhandvariablen Y an (%ProgM). Für die Interpretation ist jeweils zu berücksichtigen, dass ein Modell mit lediglich einer Konstante mit Sicherheit schon eine über 50 Prozent liegende Prognosegenauigkeit aufweisen wird (angegeben als %ProgK). In einem solchen Modell wird nämlich die Konstante gleich dem Anteil der häufigeren binären Ausprägung am Total der Beobachtungen (Anzahl Beobachtungen von 0 am Total der Beobachtungen oder Anzahl Beobachtungen von 1 am Total der Beobachtungen) gesetzt. Bei sehr einseitigen Verteilungen, wie dies bei den Working Poor typischerweise der Fall ist, wird die Prognosegenauigkeit des Modells mit lediglich einer Konstante schon sehr hoch liegen. Die gesamthafte Working Poor-Quote beispielsweise liegt (gemäss Tabelle 11) bei 7.5 Prozent. Das Einfachst-Modell mit lediglich einer Konstante (0.925=1-0.075) wird somit für alle Beobachtungen keine Working Poor-Betroffenheit prognostizieren und eine Prognosegenauigkeit von 92.5 Prozent erreichen. Dabei werden allerdings sämtliche effektiv Working Poor falsch zugeordnet. Mit einem differenzierten Modell kann die Prognosegenauigkeit zwar nicht mehr stark erhöht werden, die Fehlzuordnungen können aber gleichmässiger auf die beiden Kategorien Nicht-Working Poor und Working Poor verteilt werden (was sich in einer Verbesserung des Pseudo-R^2 niederschlägt).

10.4 Aussagekraft der logistischen Regression

Im folgenden prüfen wir, ob die Bedingungen für die Regressionsanalyse von Kapitel 7 erfüllt werden.

Unabhängigkeit der Beobachtungen

Wir stützen uns für die Analyse von Kapital 7 auf die gepoolten Daten der Jahre 1991 bis 1999 ab. Weil pro Person im allgemeinen mehrere Jahresbeobachtungen vorliegen, ist die Voraussetzung der Unabhängigkeit der Beobachtungen im strengen Sinn nicht gegeben. Dies könnte allfällig zu einer Verzerrung der Resultate führen. Um diese Wirkung abzuschätzen, haben wir die entsprechenden Analysen auch für eine Stichprobe vorgenommen, welche jeweils pro Person nur die erste der Jahresbeobachtungen einbezieht. Die Stichprobe wird dadurch auf rund einen Drittel reduziert (14`687 Beobachtungen gegenüber 42'942 Beobachtungen bei den gepoolten Daten). Wie **Tabelle 49** zeigt, geht die Signifikanz der geschätzten Koeffizienten zurück, die Schätzwerte selbst unterscheiden sich aber nur minimal. Das Abstützen auf die gesamten gepoolten Daten ist somit nicht mit einer bedeutenderen Verzerrung der Schätzergebnisse verbunden.

Tabelle 49: Schätzergebnisse der logistischen Regression zur Erklärung von Working Poor (VZ+TZ)

Erklärende Variablen		Mehrere Beobachtungen pro Zielperson		Nur erste Beobachtung pro Zielperson	
D_FRAU	Dummy Frau	0.2072	**	0.2311	*
D_PA	Dummy Partner/-in	0.2733	**	0.4399	**
ANZKI	Anzahl Kinder	0.6681	**	0.6735	**
EAT40	Erwerbsarbeit im HH minus 40	-0.0292	**	-0.0136	**
D_AUSL	Dummy ausländische Nationalität	0.6492	**	0.7404	**
D_A20_29	Dummy Alter 20-29	0.3437	**	0.3522	**
D_HAUS	Dummy Wohneigentum	-0.3891	**	-0.4377	**
AUSJA9	Ausbildungsjahre minus 9	-0.2128	**	-0.1813	**
D_WBILD	Dummy Weiterbildung	-0.4184	**	-0.4856	**
D_UBRU	Dummy Erwerbsunterbruch	0.5898	**	0.4773	**
D_BNEU	Dummy neu in Betrieb	0.2189	**	0.2469	*
D_5BJ	Dummy 5+ Jahre in Betrieb	-0.1835	**	-0.0858	
D_ALR	Dummy registriert arbeitslos	0.2778	*	0.3021	
D_LAND	Dummy Beruf Landwirtschaft	2.6520	**	2.6231	**
D_GAST	Dummy Beruf Gastgewerbe/Haushalt	0.4419	**	0.6993	**
D_DETAIL	Dummy Beruf Detailhandel	0.6626	**	0.8220	**
D_TZEIT	Dummy Teilzeiterwerb	1.5302	**	1.6067	**
D_NDAU	Dummy nichtdauerhafte Stelle	0.7259	**	0.8118	
D_NFIX	Dummy flexibilisierte Arbeitszeiten	0.2313	**	0.1602	**
D_SELB	Dummy selbständig ohne Angestellte	1.0262	**	1.0714	**
D_VG	Dummy Vorgesetztenposition	-0.7791	**	-0.7171	**
D_WELSCH	Dummy Westschweiz	0.3541	**	0.4646	**
D_9699	Dummy Jahre 96-99	0.2007	**	0.1828	*
Constant	Konstante	-3.3289	**	-3.4827	**
Pseudo-R^2	Bestimmtheitsmass	0.267		0.277	
% ProgK	Richtige Prognosen mit Konstante	93.97%		93.31	
% ProgM	Richtige Prognosen mit Modell	94.11%		93.62	
N	Anzahl Beobachtungen	42'942		14`687	

Die erklärte Variable ist Z, die Wahrscheinlichkeit für den Zustand von Working Poor p in Prozent errechnet sich als $p=1/(1+e^{-Z})$
* Signifikant auf 5%-Niveau, ** signifikant auf 1%-Niveau
Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen

Ein eigentlicher Test für das Problem von Autokorrelation liegt unseres Wissens bei der logistischen Regression nicht vor. Es ist aber möglich, die Autokorrelation für eine vergleichbare lineare Regression mit den identischen Daten zu überprüfen. Als zu erklärende Variable verwenden wir dabei den Logarithmus des Verhältnisses des verfügbaren Haushaltseinkommens zu der Armutsgrenze. Ein Wert von Null widerspiegelt eine Situation, in welcher ein Haushalt genau an der Armutsgrenze lebt. **Tabelle 50** zeigt die Ergebnisse der entsprechenden linearen Regression. Wie die t-Werte zeigen, sind sämtliche Einflussfaktoren hoch signifikant (und entsprechen in der Einflussrichtung genau den Ergebnissen der logistischen Regression). Der Durbin-Watson-Wert von 1.454 indiziert wie erwartet eine gewisse Autokorrelation, weicht aber nicht gravierend vom Idealwert von 2 ab.

Tabelle 50: Schätzergebnisse der linearen Regression zur Erklärung der Relation von Haushaltseinkommen zu Armutsgrenze (logarithmiert)

Erklärende Variablen		Koeffizient	T-Wert	VIF-Wert
D_FRAU	Dummy Frau	-0.0578	-13.99	1.39
D_PA	Dummy Partner/-in	-0.1208	-24.59	2.23
ANZKI	Anzahl Kinder	-0.1456	-75.06	1.50
EAT40	Erwerbsarbeit im HH minus 40	0.0059	53.58	1.73
D_AUSL	Dummy ausländische Nationalität	-0.0650	-13.69	1.07
D_A20_29	Dummy Alter 20-29	-0.1075	-24.05	1.22
D_HAUS	Dummy Wohneigentum	0.0969	23.18	1.23
AUSJA9	Ausbildungsjahre minus 9	0.0476	71.51	1.10
D_WBILD	Dummy Weiterbildung	0.0536	15.56	1.04
D_UBRU	Dummy Erwerbsunterbruch	-0.1184	-14.78	1.13
D_BNEU	Dummy neu in Betrieb	-0.0245	-4.24	1.30
D_5BJ	Dummy 5+ Jahre in Betrieb	0.0438	11.31	1.37
D_ALR	Dummy registriert arbeitslos	-0.0993	-8.67	1.06
D_LAND	Dummy Beruf Landwirtschaft	-0.4927	-28.75	1.12
D_GAST	Dummy Beruf Gastgewerbe/Haushalt	-0.0466	-5.47	1.02
D_DETAIL	Dummy Beruf Detailhandel	-0.1214	-11.77	1.02
D_TZEIT	Dummy Teilzeiterwerb	-0.1945	-34.25	1.29
D_NDAU	Dummy nichtdauerhafte Stelle	-0.1020	-9.47	1.09
D_NFIX	Dummy flexibilisierte Arbeitszeiten	0.0474	10.65	1.12
D_SELB	Dummy selbständig ohne Angestellte	-0.1050	-12.66	1.19
D_VG	Dummy Vorgesetztenposition	0.0971	27.11	1.14
D_WELSCH	Dummy Westschweiz	-0.0870	-23.85	1.06
D_9699	Dummy Jahre 96-99	-0.0461	-13.58	1.07
Constant	Konstante	0.5468	92.42	
R^2 adj.	Bereinigtes Bestimmtheitsmass	0.401		
DW	Durbin-Watson	1.454		
N	Anzahl Beobachtungen	42`942		

Quelle: SAKE 1991-1999, eigene Berechnungen

Multikollinearität

Die erklärenden Variablen sind nur in einem geringen Mass miteinander korreliert. Lediglich der Korrelationskoeffizient zwischen der Dummy-Variable Partner/-in und der Variable der Erwerbsarbeit im Haushalt liegt mit 0.5298 über einem Wert von 0.5. Dass keinerlei Problem von Multikollinearität vorliegt, kann wiederum anhand der linearen Regression in Tabelle 50 belegt werden. Der Varianzinflationsfaktor VIF einer Variable beschreibt, wie stark diese von den übrigen Regressoren abhängt. Dabei gelten als Faustregel Werte über 10 als kritisch (Voss 2000, 514). Sämtliche VIF-Werte liegen weit unter der kritischen Grenze.

11 Anhang B: Abfrage von finanziellen Engpässen in der SAKE

Dieses Kapitel stellt die Resultate einer Kurzevaluation der in der SAKE 1999 gestellten Frage zu den Einschränkungen aus finanziellen Gründen dar.

11.1 Ausgangslage und Fragestellung

Auf Anregung der Sektion Soziale Sicherheit wurde in der SAKE 1999 eine neue Frage zu den Einschränkungen aus finanziellen Gründen gestellt. Die entsprechende Frage 782 lautet:

> Jeder muss sein Haushaltsgeld einteilen. Ich möchte Sie jetzt fragen, ob Sie sich in Ihrem Haushalt bei den folgenden Ausgaben aus finanziellen Gründen (1) überhaupt nicht, (2) ein bisschen oder (3) ziemlich stark einschränken müssen. Wie ist es bei.... ■ Anschaffungen (dauerhafte Konsumgüter wie Auto/ Möbel/ Stereoanlagen); ■ Essen; ■ Kleider; ■ Freizeit, Hobbies (Sport, Spielen, Lesen, ...); ■ Ferien, Ausflüge; ■ Einladungen von Freunden oder Bekannten; ■ Ausgang (Kino, Restaurant, Theater, Disco, ...); ■ Arzt-/ Zahnarztbesuch; ■ Weiterbildung.

Mit der vorliegenden Kurzevaluation werden die Antworten auf die Einschränkungsfrage darauf hin ausgewertet, ob die Einschränkungsfrage zu aussagekräftigen Ergebnissen führt und ob sie allfällig zu modifizieren ist. Dies bedeutet zugleich, dass diese Kurzevaluation noch nicht in eine allgemeine Auswertung zur Frage der Working Poor eingebettet ist, sondern sich nur auf eine einfache Aufgliederung der Beobachtungen nach Einkommensstärke stützt. Dazu haben wir das Haushaltseinkommen mithilfe der für internationale Vergleiche üblichen Äquivalenzskala in das Äquivalenzeinkommen des Einpersonenhaushalts umgerechnet. Die entsprechende Äquivalenzskala ergibt sich aus der Wurzel der Anzahl Mitglieder im Haushalt (Atkinson, Rainwater & Smeeding 1995, 40).

In einem ersten Schritt (Abschnitt 11.2) gehen wir auf den technischen Aspekt ein:

■ Wird die Frage verstanden und akzeptiert (zu messen anhand der fehlenden Antworten)?

In den darauffolgenden Abschnitten nehmen wir zur Abschätzung der Aussagekraft der Antworten einige inhaltliche Auswertungen vor:

■ Wie differiert die Einschätzung der Einschränkung nach Ausgabenkategorien? (Abschnitt 11.3)
■ Inwieweit widerspiegeln die Einschränkungen die Einkommenssituation? (Abschnitt 11.5)
■ Welche weiteren Charakteristiken bilden einen Erklärungsbeitrag zur Einschätzung bezüglich Einschränkung aus finanziellen Gründen? (11.5)

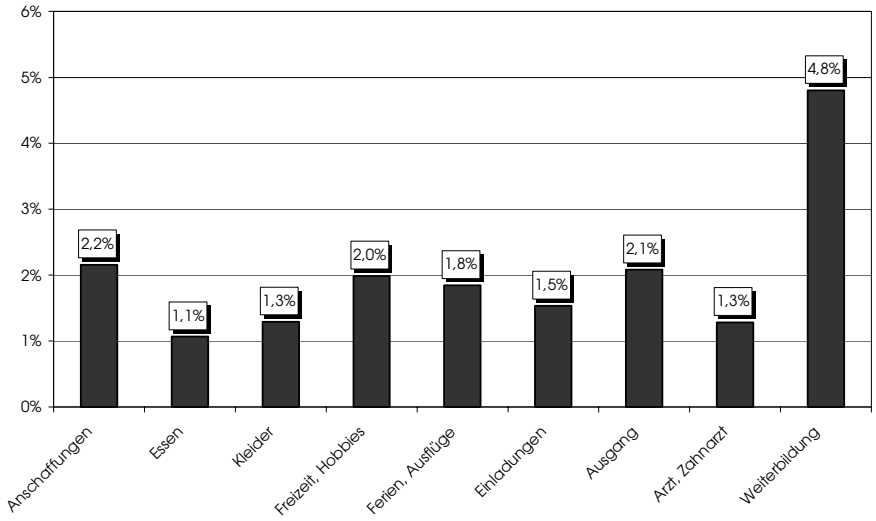
Im abschliessenden Abschnitt 11.6 fassen wir die aus der Kurzevaluation gewonnenen Einschätzungen kurz zusammen. Die Ergebnisse werden im Text jeweils anhand von Abbildungen illustriert. Im Tabellenanhang von Abschnitt 11.7 werden die detaillierteren Ergebnisse in Tabellenform aufgeführt.

11.2 Technische Aspekte

11.2.1 Verständlichkeit

Die fehlenden Antworten sind durchgehend sehr gering. Am wenigsten fehlende Antworten ergeben sich bei der Frage, ob es zu Einschränkungen beim Essen kommt. Von den 17'720 befragten Personen gaben dazu lediglich 189 keine Antwort. Bei der Ausgabenkategorie der Weiterbildung war der Antwortausfall mit 852 fehlenden Antworten am höchsten. Wie **Abbildung 19** zeigt, liegt der Anteil mit Ausnahme der Weiterbildung durchgehend im Bereich von 1.1 bis 2.2 Prozent. Bei der Ausgabenkategorie der Weiterbildung machen die fehlenden Antworten 4.8 Prozent aus.

Abbildung 19: Anteil der fehlenden Antworten nach Ausgabenkategorie



N=17'720 Befragte, ungewichtete Werte
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung (vgl. Tabelle 52)

Offensichtlich ist die Frage zu den finanziellen Einschränkungen für die Befragten verständlich. Der überdurchschnittliche Anteil an fehlenden Antworten bei der Weiterbildung lässt sich wohl dadurch erklären, dass diese Ausgabekategorie viel weniger konkret ist als die übrigen Kategorien (bei welchen im allgemeinen auch Beispiele genannt werden). Es würde sich empfehlen, bei der Kategorie Weiterbildung ebenfalls Beispiele anzufügen (berufliche Kurse, Sprachkurse, ...).

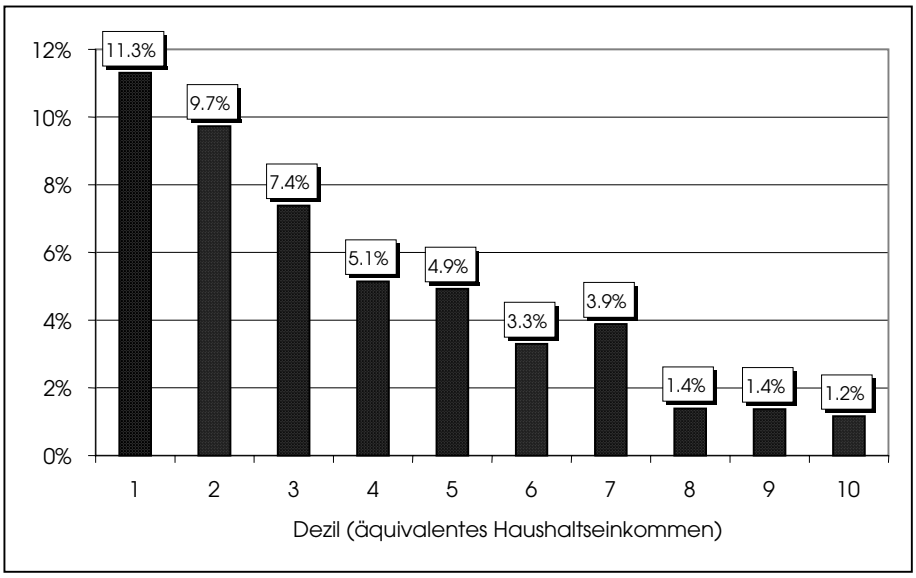
11.2.2 Akzeptanz

Die hohe Antwortquote spricht auch für die hohe Akzeptanz der Frage. Dies im Gegensatz zur Frage nach dem Haushaltseinkommen, welches von über einem Viertel der Befragten nicht angegeben wird (oder angegeben werden kann). Offenbar wird die Einschränkungsfrage als weniger indiskret empfunden als die Frage nach dem Einkommen. Nicht auszuschliessen ist dabei allerdings, dass ein Teil der Befragten, welche die Frage als indiskret empfinden, die Antwort wählen, dass sie sich überhaupt nicht einschränken müssen.

Wie **Abbildung 20** zeigt, ist der Anteil fehlender Antworten aber stark von der relativen Einkommensposition abhängig. Im untersten Einkommensdezil geben über 11 Prozent der Befragten bei mindestens einer der neun Ausgabenkategorien keine Antwort, im obersten Ein-

kommensdezil sind es nur gut 1 Prozent. Diese Verhältnisse lassen vermuten, dass die Antworten das Ausmass der Einschränkung systematisch unterschätzen.

Abbildung 20: Anteil der Haushalte mit mindestens einer fehlenden Antwort



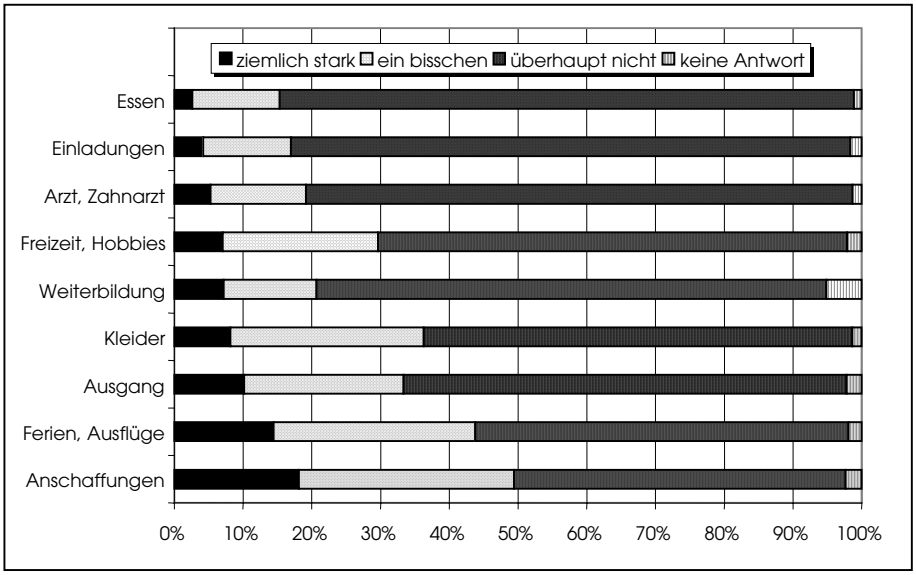
N=11'778 Befragte mit Angabe des Haushaltseinkommens (gewichtete Werte, entsprechend 1'993`800 Haushalten)
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung (vgl.Tabelle 54)

11.3 Einschränkung nach Ausgabenkategorien

In **Abbildung 21** sind die Ergebnisse für die Gesamtheit der Befragten nach den einzelnen Ausgabenkategorien dargestellt (Hochrechnung anhand des Haushaltsgewichts auf die gesamte Zahl von knapp 3 Millionen Haushalte in der Schweiz). Der Anteil an Haushalten, die sich ziemlich stark einschränken müssen, liegt zwischen 2.6 Prozent beim Essen und 18.1 Prozent bei den Anschaffungen.

Die ersichtliche Reihenfolge entspricht den Erwartungen. Die höchsten Anteile an ziemlich starken Einschränkungen resultieren bei den Kategorien Anschaffungen und Ferien/Ausflüge. Es handelt sich dabei um Güter, die zu einem guten Teil Luxuscharakter haben und bei finanziellen Schwierigkeiten zeitlich aufgeschoben werden können. Wenn die Befragten, die sich «ein bisschen» einschränken müssen, einbezogen werden, steigen die Anteile der Einschränkungen bei den Anschaffungen auf fast 50 Prozent und bei den Ferien/Ausflügen auf über 40 Prozent. Einschränkungen bei diesen Gütern werden offensichtlich auch von einem guten Teil der Mittelschicht wahrgenommen.

Abbildung 21: Finanzielle Einschränkung nach Ausgabenkategorien



N=17'720 Befragte (gewichtete Werte, entsprechend 2'969`895 Haushalten)
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung (vgl. Tabelle 52)

Die Ausgabenkategorien Ausgang, Kleider, Weiterbildung, Freizeit/Hobbies bilden eine mittlere Gruppe, bei welcher die ziemlich starken Einschränkungen zwischen 5 bis 10 Prozent aller Haushalte betreffen. Werden die geringeren Einschränkungen mit einbezogen, so sind mit Ausnahme der Weiterbildung rund ein Drittel der Haushalte betroffen (bei der Weiterbildung rund ein Fünftel). Diese Kategorien weisen einen gemischten Charakter zwischen Grundbedarf und möglichen zusätzlichem Luxusbedarf auf.

Die tiefsten Anteile an ziemlich starken Einschränkungen ergeben sich mit knapp 3 bis gut 5 Prozent bei den Kategorien Essen, Einladungen und Arzt/Zahnarzt. Bei Einbezug der geringeren Einschränkungen machen die Anteile zwischen 15 und 19 Prozent aus. Die Kategorien Essen und Arzt/Zahnarzt sind weitgehend durch den Grundbedarf charakterisiert. Die Angabe von ziemlich starken Einschränkungen lässt einen gravierenden gesundheitlichen Raubbau vermuten. Der tiefe Anteil bei der Kategorie Einladung kann allfällig damit erklärt werden, dass mit Einladungen nicht unbedingt wesentliche Ausgaben verbunden sein müssen, andererseits dürfte bei dieser Kategorie die Hemmung, Einschränkungen zuzugeben, besonders ausgeprägt sein, weil damit letztlich eine gewisse soziale Isolierung indiziert wird.

11.4 Zusammenhang mit der Einkommenssituation

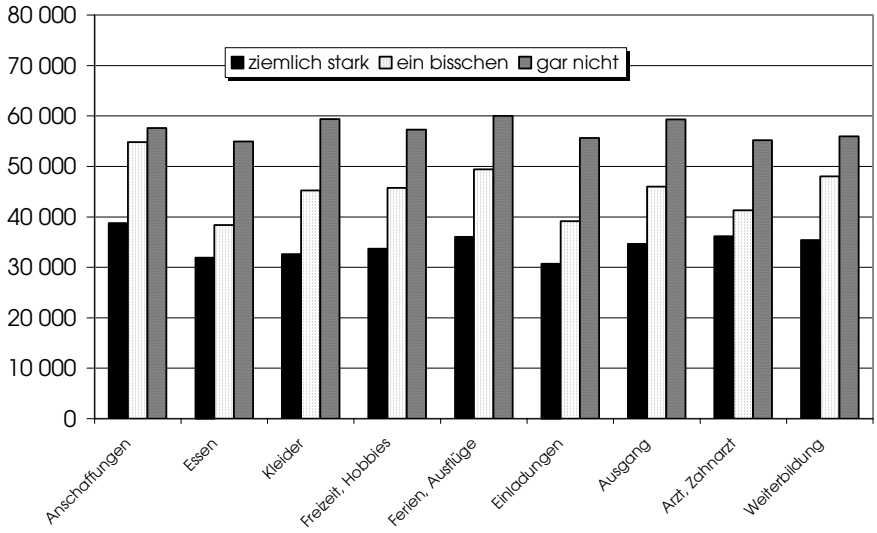
Die Frage nach der Einschränkung bezieht sich auf die Ebene des Haushaltes, wobei die Beurteilung aus Sicht der befragten Person erfolgt. In diesem Zusammenhang ist es von besonderem Interesse, die Einschränkungsbeurteilung in Bezug zur Einkommenssituation zu setzen. Für die Einkommenssituation stellen wir im folgenden auf das auf einen Einpersonenhaushalt umgerechnete Haushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) ab.

11.4.1 Nach Ausgabenkategorien

Abbildung 22 zeigt bei allen Ausgabenkategorien eine klare Abstufung des Medianeinkommens nach den unterschiedlichen Gruppen der Einschränkung. Die Gruppe mit einer ziemlich starken Einschränkung hat durchgehend das tiefste, die Gruppe ohne Einschränkung das

höchste Medianeinkommen. Je nach Ausgabenkategorie liegt das Medianeinkommen für die Gruppe mit ziemlich starken Einschränkungen zwischen gut 30'000 und knapp 40'000 Franken und für die Gruppe mit gar keiner Einschränkung zwischen 55'000 und 60'000 Franken. Stärker streut das Medianeinkommen nach Ausgabenkategorien für die Gruppe mit ein bisschen Einschränkung. Es liegt zwischen 38'000 und 55'000 Franken.

Abbildung 22: Medianeinkommen nach Einschätzung der Einschränkung aus finanziellen Gründen



Medianeinkommen: Äquivalenzeinkommen des Haushaltes (brutto) in Franken pro Jahr
N=11'778 Befragte mit Angabe des Haushaltseinkommens (gewichtete Werte, entsprechend 1'993`800 Haushalten)
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung (vgl.Tabelle 53)

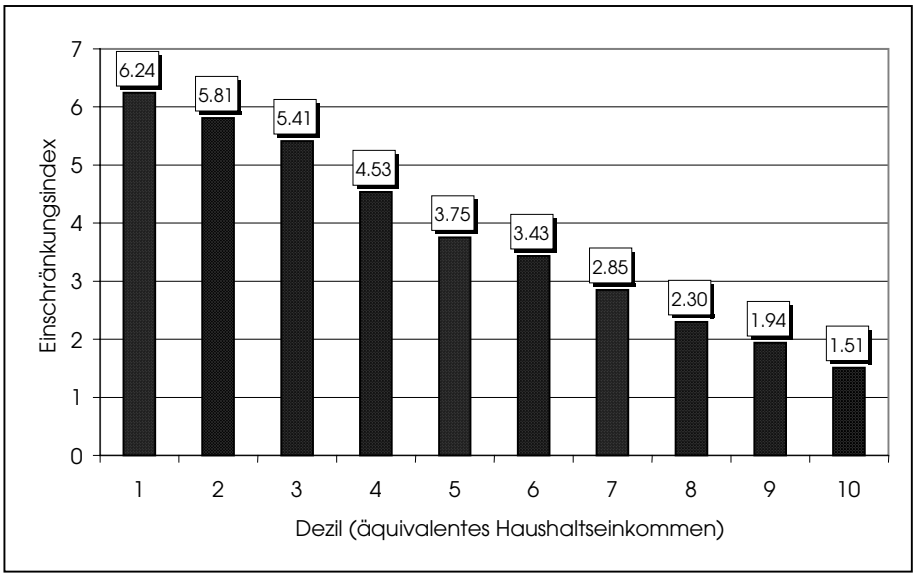
11.4.2 Einschränkungsindex

Für die folgenden Auswertungen berechnen wir einen Einschränkungsindex. Dieser stellt die Summe der Ausprägungen der neun Ausgabenvariablen dar. Die möglichen Ausprägungen sind bei jeder Ausgabenkategorie: 0 bei keinerlei Einschränkung, 1 bei ein bisschen Einschränkung und 2 bei ziemlich starker Einschränkung. Datensätze mit fehlenden Angaben werden nicht einbezogen. Der Index liegt somit zwischen den Werten 0 (bei allen Ausgabenkategorien keinerlei Einschränkung) und 18 (bei allen Ausgabenkategorien ziemlich starke Einschränkung). Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Äquivalenzeinkommen und dem Einschränkungsindex? Je nach Operationalisierung des Äquivalenzeinkommens ergeben sich unterschiedliche Resultate.

Nach Dezilen kategorisierte Beobachtungen

Wie **Abbildung 23** zeigt, gehen die Durchschnittswerte des Einschränkungsindexes mit steigendem Einkommensdezil kontinuierlich und in ähnlich grossen Schritten zurück.

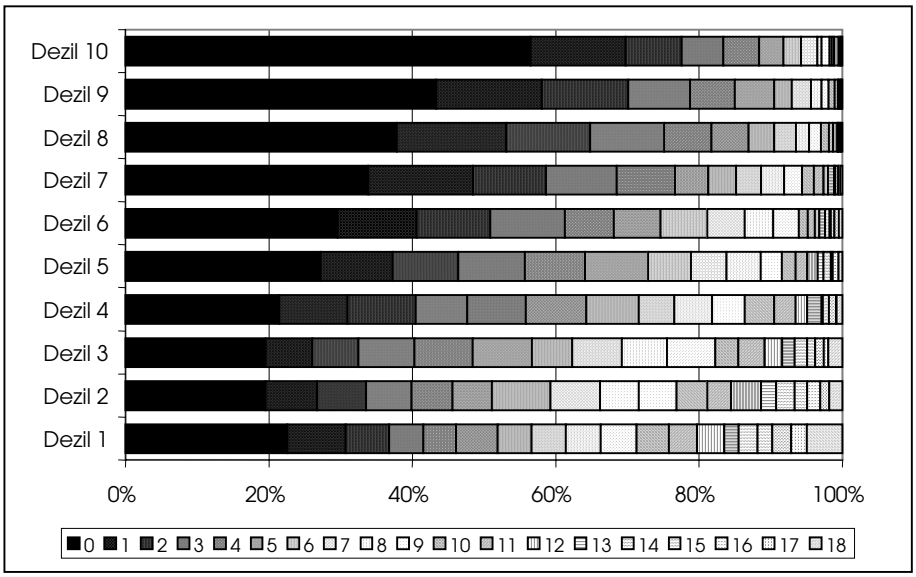
Abbildung 23: Einschränkungsindex (Mittelwert) nach Einkommensdezilen



N= 1`8947`882 Haushalte, hochgerechnete Werte
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung

Innerhalb der Dezile ist die Streuung aber sehr ausgeprägt. Wie sich aus der Abbildung 24 ersehen lässt, finden sich auch bei den obersten Dezilen Beobachtungen mit einem Einschränkungsindex bis zum Maximum von 18 Punkten (vgl. auch Tabelle 54 im Tabellenanhang).

Abbildung 24: Anzahl Haushalte nach Dezilen und Einschränkungsindex



N=11'778 Befragte mit Angabe des Haushaltseinkommens (gewichtete Werte, entsprechend 1'993`800 Haushalten)
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung (vgl. Tabelle 54)

Äquivalenzeinkommen bei Individualdaten

Aufgrund der starken Streuung des Einschränkungsindexes innerhalb der Dezile erstaunt es nicht, dass bei Verwendung der Individualdaten das Äquivalenzeinkommen mit dem Einschränkungsindex nur schwach negativ korreliert ist. Der Korrelationskoeffizient beträgt –0.1218 (wobei der Wert hochsignifikant von Null verschieden ist).

Dezilzugehörigkeit bei Individualdaten

Wenn anstelle des Äquivalenzeinkommens das Einkommensdezil verwendet wird, welchem die Beobachtung angehört, so ergibt sich bei den Individualdaten eine ausgeprägtere negative Korrelation von. Der hochsignifikant von Null verschiedene Korrelationskoeffizient liegt bei -0.3764. Offensichtlich liefert die relative Position im Einkommensgefüge eine bessere Erklärung für das Ausmass der finanziellen Einschränkung als das absolute Niveau des Einkommens. Die Korrelation bleibt aber auch bei Verwendung der Dezilzugehörigkeit relativ bescheiden. Dies deutet darauf hin, dass neben dem Einkommen weitere Faktoren eine wesentliche Rolle spielen.

11.5 Regressionsanalyse zur Erklärung der Einschränkung

Anhand einer Regressionsanalyse versuchen wir, solche weitere Erklärungsfaktoren für das Ausmass der Einschränkung zu gewinnen. Neben dem Äquivalenzeinkommen beziehen wir als erklärende Faktoren Charakteristiken des Haushalts und Charakteristiken der befragten Person mit ein.

Tabelle 51 zeigt das Ergebnis der linearen Regression. Wir verwenden dabei die ungewichteten Werte (weil diese die Signifikanz der Koeffizienten adäquat wiedergeben). Das R^2 liegt bei einem Wert von 0.226, was im üblichen Rahmen für Querschnittsdaten liegt. Offensichtlich bleibt aber der überwiegende Teil der Variation der Einschränkungseinschätzung durch weitere systematische oder zufällige Einflüsse bestimmt.

Wir geben als Referenz einen unter 45-jährigen, alleinlebenden Schweizer Mann mit einem Äquivalenzeinkommen im 5. Dezil vor. Dieser hat einen durch die Konstante angegebenen Einschränkungsindex von 4.4 Punkten.

Die Dummies für die Dezilzugehörigkeit widerspiegeln die schon festgestellte Abhängigkeit der Einschränkung von der relativen Einkommensposition. Einen gewichtigen Einfluss hat zudem die Haushaltssituation. Einelternfamilien weisen bei gleichem Äquivalenzeinkommen einen um rund 1.3 höheren Einschränkungsindex auf als Einpersonenhaushalte. Bei den übrigen Haushaltstypen ist der Einschränkungsindex bei gleichem Äquivalenzeinkommen geringer. Wieweit dieses Ergebnis von der Wahl der Äquivalenzskala abhängt, oder ob die Äquivalenzskalen die Einelternhaushalte (nach deren eigener Einschätzung) generell zu schlecht stellen, bleibt vertieft zu analysieren. Mit höherem Alter geht der Einschränkungsindex zurück, was allfällig durch einen gewissen Sättigungseffekt erklärt werden kann. Mit steigender Zahl an Kindern steigt auch der Einschränkungsindex. Bei sonst gleichen Bedingungen ist die Einschränkung bei befragten Frauen leicht und bei befragen Personen ausländischer Nationalität deutlich höher. Die Gründe für diese Zusammenhänge bleiben weiter zu analysieren.

Tabelle 51: Schätzergebnisse der linearen Regression für die abhängige Variable «Einschränkungsindex»

Erklärende Variablen	Koeffizienten
Dummy 1. Dezil	3.1452 **
Dummy 2. Dezil	2.4311 **
Dummy 3. Dezil	1.7434 **
Dummy 4. Dezil	0.8668 **
Dummy 6. Dezil	-0.5633 **
Dummy 7. Dezil	-1.0699 **
Dummy 8. Dezil	-1.6522 **
Dummy 9. Dezil	-2.0410 **
Dummy 10. Dezil	-2.3552 **
Dummy Einelternfamilie	1.3232 **
Dummy Ehepaar ohne Kinder	-0.5139 **
Dummy Konkubinatspaar ohne Kinder	-0.4398 **
Dummy Ehepaar mit Kindern	-0.8318 **
Dummy Konkubinatspaar mit Kindern	-0.8106 *
Dummy Alter 45-54	-0.3709 **
Dummy Alter 55-64	-0.8968 **
Dummy Alter 65 und mehr	-2.8151 **
Anzahl Kinder	0.1537 *
Dummy befragte Person Frau	0.2715 **
Dummy befragte Person ausländische Nationalität	1.1858 **
Konstante	4.4294 **
Bestimmtheitsmass (korrigiertes R^2)	0.226

* signifikant bei Niveau von 5%, ** signifikant bei Niveau von 1%
N=11'218 Befragte (Verwendung der ungewichteten Werte)
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung (vgl. Tabelle 53)

11.6 Zusammenfassende Einschätzung

Die exploratorischen Auswertungen haben gezeigt, dass die Einschränkungsfrage grundsätzlich sinnvoll formuliert ist und aussagekräftig ausgewertet werden kann.

Für die zukünftigen SAKE-Befragungen schlagen wir zwei kleine Modifikationen vor:

■ Es ist unseres Erachtens zu erwägen, ein zusätzliches «item» zum Bereich Wohnen in die Einschränkungsfrage einzufügen (z.B. «Wie ist es bei ... Wohnen, d.h. Grösse und Komfort der Wohnung»).
■ Bei der Kategorie Weiterbildung sollten Beispiele angefügt werden (berufliche Kurse, Sprachkurse, ...).

Wir haben die Auswertungen in der vorliegenden Kurzevaluation nur soweit vorgenommen, dass beurteilt werden kann, ob sich dank der Einschränkungsfrage wesentliche Erkenntnisse zur Situation einkommensschwacher Haushalte gewinnen lassen. Aus den exploratorischen Auswertungen lassen sich folgende Erkenntnisse zusammenfassen:

■ Als nützliche Auswertungsvariable erweist sich der Einkommensindex, welche die Summe der Ausprägungen der einzelnen Einschränkungsbeurteilungen bildet und zwischen 0 Punkten (keinerlei Einschränkungen) und 18 Punkten (ziemlich starke Einschränkung bei allen Ausgabenbereichen) liegt.

■ Die Einschränkungsbeurteilung hängt systematisch von der relativen Einkommensposition ab. Dank der Beantwortung der Einschränkungsfrage kann somit für Gruppen von Befragten, die keine Einkommensangabe machen, ein gewisser Rückschluss auf die Einkommensverhältnisse gezogen werden.
■ Neben der relativen Einkommensposition haben verschiedene weitere Faktoren einen wesentlichen Einfluss auf die Einschränkungseinschätzung. Mit der genaueren Analyse dieser weiteren Faktoren können wesentliche Aspekte von subjektiver Einkommensschwäche erfasst werden.
■ Bei der Interpretation bleibt zu berücksichtigen, dass der Anteil an fehlenden Antworten mit geringerer relativer Einkommensposition zunimmt. Das Ausmass der Einschränkungen wird somit systematisch unterschätzt.
■ Von besonderem Interesse wird die eingehendere Analyse der mit der Einkommenssituation stark kontrastierenden Einschränkungseinschätzungen sein (einkommensschwache Haushalte ohne Einschränkung, einkommensstarke Haushalte mit starker Einschränkung).

11.7 Tabellen zu Anhang B

Tabelle 52: Finanzielle Einschränkung nach Ausgabenkategorien

	Einschränkung aus finanziellen Gründen			keine Antwort
	ziemlich stark	ein bisschen	gar nicht	
Ungewichtet (N=17'720 Beobachtungen)				
Anschaffungen	3'148	5'586	8'621	383
Essen	448	2'211	14'890	189
Kleider	1'399	4'947	11'163	229
Freizeit, Hobbies	1'221	3'957	12'207	353
Ferien, Ausflüge	2'486	5'195	9'730	327
Einladungen	708	2'216	14'542	272
Ausgang	1'759	4'064	11'546	369
Arzt, Zahnarzt	908	2'400	14'202	228
Weiterbildung	1'243	2'387	13'256	852
Gewichtet (N=2`969'895 Haushalte)				
Anschaffungen	538'365	928'748	1'433'666	69'116
Essen	77'360	377'665	2'482'081	32'789
Kleider	240'958	836'850	1'851'799	40'288
Freizeit, Hobbies	208'953	670'355	2'028'226	62'361
Ferien, Ausflüge	428'616	870'869	1'612'336	58'074
Einladungen	123'731	379'961	2'417'836	48'367
Ausgang	301'826	688'363	1'914'608	65'098
Arzt, Zahnarzt	156'151	412'143	2'362'098	39'503
Weiterbildung	212'974	400'932	2'203'983	152'006

Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertungen

Tabelle 53: Medianeinkommen nach Einschätzung der Einschränkung aus finanziellen Gründen

	Einschränkung		
	ziemlich stark	ein bisschen	gar nicht
Anschaffungen	38'770	54'830	57'560
Essen	31'882	38'373	54'965
Kleider	32'637	45'223	59'397
Freizeit, Hobbies	33'681	45'691	57'288
Ferien, Ausflüge	36'000	49'400	60'000
Einladungen	30'663	39'165	55'624
Ausgang	34'641	46'000	59'288
Arzt, Zahnarzt	36'120	41'281	55'200
Weiterbildung	35'410	48'000	55'960

Medianeinkommen: Median des äquivalenten Bruttoeinkommen des Haushaltes in Franken pro Jahr
N=11'778 Befragte mit Angabe des Haushaltseinkommens (gewichtete Werte, entsprechend 1'993`800 Haushalten)
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung

Tabelle 54: Anzahl Haushalte nach Dezilen und Einschränkungsindex

Index	Dezil 1	Dezil 2	Dezil 3	Dezil 4	Dezil 5	Dezil 6	Dezil 7	Dezil 8	Dezil 9	Dezil 10
0	39'970	35'383	35'679	40'637	51'543	57'727	65'021	74'405	83'888	111'265
1	14'346	13'110	11'972	17'962	19'138	21'560	28'046	30'032	28'536	26'130
2	10'799	12'387	11'763	17'989	17'266	20'057	19'547	22'972	23'369	15'390
3	8'413	11'525	14'324	13'665	17'653	20'359	18'895	20'274	16'668	11'398
4	8'125	10'345	14'811	15'422	15'917	13'339	15'688	13'040	12'049	9'828
5	10'261	9'912	15'138	15'947	16'632	12'718	8'893	10'136	10'719	6'683
6	8'324	14'840	10'277	13'841	11'378	12'679	7'472	7'055	4'732	4'883
7	8'528	12'571	12'626	9'426	9'437	10'222	6'669	5'981	5'108	4'424
8	8'571	9'771	11'486	10'016	9'046	7'851	6'157	3'587	2'964	1'165
9	8'817	9'628	12'352	8'581	5'570	6'945	4'817	3'183	1'860	2'201
10	8'032	7'710	5'943	7'829	3'661	2'471	3'196	2'223	1'665	660
11	6'971	6'036	6'646	5'653	2'991	1'915	2'519	1'132	855	594
12	6'682	7'608	4'468	2'987	2'863	1'216	1'219	1'201	130	1'191
13	3'566	3'858	3'235	3'879	1'513	1'519	1'650	229	376	415
14	4'701	4'640	3'126	281	1'857	1'272	373	0	337	189
15	3'548	3'200	2'043	1'585	567	286	705	122	166	0
16	4'725	3'296	2'210	1'855	1'480	1'065	492	526	0	0
17	3'840	2'206	1'152	202	0	1'147	0	111	210	0
18	8'814	3'398	3'626	1'550	1'088	988	669	427	0	503
k. Angabe	22569	19560	14593	10263	9821	6660	7758	2785	2685	2317
Gesamt*	199'602	200'984	197'470	199'570	199'421	201'996	199'786	199'421	196'317	199'236

Die Anzahl Haushalte pro Dezil kann geringfügig vom Wert von 10% abweichen, weil einzelne Beobachtungen genau auf der Dezilgrenze liegen
N=11'778 Befragte mit Angabe des Haushaltseinkommens (gewichtete Werte, entsprechend 1'993`800 Haushalten)
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung

Tabelle 55: Anteil der Einschränkungen (in Prozent) für arme und nicht arme Befragte

	Einschränkung «wenig/ziemlich stark»		Einschränkung «ziemlich stark»	
	Arm	Nicht arm	Arm	Nicht arm
Anschaffungen	55.3	62.9	17.6	39.9
Essen	13.7	30.8	1.8	7.3
Kleider	36.8	59.3	6.2	23.1
Freizeit, Hobbies	30.8	47.5	5.5	20.3
Ferien, Ausflüge	46.9	63.7	12.7	34.5
Ausgang	15.3	35.2	2.7	13.7
Einladungen	34.8	56.5	8.9	28.5
Arzt-/Zahnarztbesuch	17.8	35.2	4.3	13.1
Weiterbildung	21.7	36.2	6.3	19.8

N=11'778 mit Angabe des Haushaltseinkommens (gewichtete Werte entsprechen 3'240'275 Personen)
Alle Prozentwerte zwischen arm und nicht arm sind beim Signifikanzniveau von 1% verschieden (Chi-Quadrat-Test)
Quelle: SAKE 1999, eigene Auswertung

12 Anhang C: Erfahrungen mit den SAKE-Daten

Zur generellen Frage, welche Datenquellen sich zur regelmässigen Armutsberichterstattung in der Schweiz eignen, liegen ein Evaluationsbericht (Burri 1998a) sowie ein Konzept des BFS für die Armutsberichterstattung (Priester 1999) vor. Diese stellen fest, dass die SAKE grundsätzlich für die Armutsberichterstattung geeignet ist. Dank dem geplanten Ausbau der SAKE ab 2002 (Buhmann 1999) können verschiedene Begrenzungen, die mit der heutigen Stichprobengrösse zusammenhängen, in Zukunft überwunden werden. Im folgenden fassen wir vor dem Hintergrund der genannten Analysen die konkreten Erfahrungen mit den SAKE-Daten des Jahres 1999 zusammen.

12.1 Stichprobengrösse

Die Stichprobe der SAKE 1999 umfasst 17`720 Beobachtungen. Gemäss Burri (1998a, 26f.) ist diese Grösse ausreichend, um detaillierte Auswertungen von Armen und von Working Poor durchzuführen. In diesem Punkt ergeben sich allerdings einige Probleme: Das Haushaltseinkommen wurde aus Gründen der Antwortqualität erst ab 18 Jahren befragt, damit ergeben sich etwas über 11'000 Beobachtungen mit gültigem Haushaltseinkommen. Davon mussten für die vorliegende Untersuchung Nichterwerbstätige, d.h. Hausfrauen/-männer, Rentner/-innen und Personen in Ausbildung eliminiert werden. Die effektive Zahl der Erwerbstätigen beträgt damit noch rund 7400 Personen bzw. Haushalte (vgl. Tabelle 8). Jede weitere Eingrenzung (z.B. Vollzeiterwerbstätigkeit) schränkt die Stichprobe zusätzlich ein. Wenn die Working Poor-Quote für Vollzeit- und Teilzeit-Haushalte bei ca. 7 Prozent liegt, verbleiben noch etwas mehr als 500 effektive Working Poor. Eine detaillierte Auswertung - die idealerweise für Frauen und Männer getrennt erfolgen müsste - oder eine Aussage über den ausgeübten Beruf gemäss der detaillierten ISCO-Klassifikation ist damit nur noch sehr beschränkt möglich. Eine Aufstockung der SAKE-Daten wäre für die Analyse der Working Poor von entscheidender Bedeutung. Differenzierte Bestimmungsgrössen für niedrige Einkommen sind vor diesem Hintergrund sehr vorsichtig zu interpretieren, da bei einer Desaggregation die Anzahl der Beobachtungen bald unter eine aussagekräftige Grösse fällt.

12.2 Problematik fehlender und ungenauer Angaben

Fragen zu Erwerbstätigkeit und Arbeitsbedingungen sind in der SAKE sehr gut abgedeckt. Für alle einbezogenen Befragten ist der Umfang der Erwerbstätigkeit in Wochenstunden bekannt. Die Angaben der übrigen Haushaltsmitglieder bezüglich Arbeitsvolumen (Std./Woche) in der Referenzperiode werden kategorial bzw. klassiert erhoben. Der Antwortausfall beträgt weniger als 0.5 Prozent. Fehlende Antworten werden als Null angenommen. Zur Ermittlung der totalen Erwerbstätigkeit im Haushalt werden die Kategorien in ihre Klassenmittelwerte umgerechnet, von der höchsten (offenen) Flügelklasse wird der Durchschnitt errechnet und als Klassenmittelwert angenommen. Zur Ermittlung der Gesamt-Erwerbsarbeitszeit im Haushalt werden die Klassenmittelwerte der übrigen Familienmitglieder zur Erwerbsarbeitszeit der befragten Person addiert.

Im Bereich der Einkommensangaben entstehen jedoch einige Schwierigkeiten. Die Problematik der fehlenden Einkommensangaben in bezug auf die Working Poor lässt sich in drei Gruppen unterteilen:

- Lücken bei den Fragen
- Lücken bei den Antworten
- Lücken in der Stichprobe

12.2.1 Lücken bei den Fragen

In der SAKE wird die Frage nach dem Erwerbseinkommen der Zielperson sowie nach dem Haushaltseinkommen, d.h. dem Einkommen des gesamten Haushalts inklusive der Erwerbseinkommen aller Haushaltsmitglieder sowie allfälliger Transfer- und Kapitaleinkommen gestellt. Einzelangaben zu Kapitaleinkommen oder zu Transfereinkommen sind nicht vorhanden. Die Differenz zwischen dem Haushaltseinkommen und dem Erwerbseinkommen der Zielperson kann sowohl das Erwerbseinkommen eines oder mehrerer anderer Haushaltsmitglieder, Transfereinkommen, Kapitaleinkommen oder eine beliebige Kombination daraus bedeuten. Innerhalb einer Befragung wie der SAKE kann der gewünschte Detaillierungsgrad mit differenzierten Einkommensangaben zu allen Haushaltsmitgliedern nicht erreicht werden (vgl. auch Burri 1998a, 26).

Nicht nur die Zerlegung in Einzelkomponenten, auch die Angabe des gesamten Haushaltseinkommens erweist sich als problematisch (s. unten). Eine detailliertere Abfrage der Einkommensarten, insbesondere auch des allfälligen Einkommens der Partnerperson wäre hilfreich, ebenso weitere zusätzliche Plausibilisierungen der Antworten während der Befragung. Für Armutsstudien sollten die relevanten Bestandteile für die Armutsberechnung, die nicht oder nur sehr aufwendig aus institutionellen Daten berechnet werden können, so genau wie möglich verfügbar sein. Neben einem plausibilisierten Haushaltseinkommen wären insbesondere die Wohnkosten für Armutsberechnungen wichtig.

Es ist uns jedoch bewusst, dass entsprechend detailliertere Fragen nicht nur die Befragung verlängern würden, sondern u.U. auch höhere Verweigerungsraten bei den nachfolgenden Wellen zur Folge hätten. Dies war nach der Abfrage des Vermögens beim sozioökonomischen Panel in Deutschland (SOEP) festzustellen (Krause & Wagner 1997, 83).

12.2.2 Lücken bei den Antworten

Erwerbseinkommen

Von allen Befragten mit Erwerbsarbeit können rund 13 Prozent das Erwerbseinkommen nicht angeben, darunter sind z.B. Erwerbstätige ohne Einkommen (mitarbeitende Familienmitglieder) und vor allem Selbständige, die mehr Schwierigkeiten bei der Einkommensangabe haben als Arbeitnehmer. Die Lohnangaben der SAKE sind mit einigen methodischen Problemen verbunden. Der Lohn wird in relativ einfacher Weise abgefragt. Es besteht die Möglichkeit, den Monatslohn, Stundenlohn oder Jahreslohn netto oder brutto anzugeben. Zudem werden Zusatzbestandteile (13./14. Monatslohn, Prämie, Gratifikation) abgefragt. Wenn das Erwerbseinkommen nicht direkt angegeben werden kann, wird das monatliche Erwerbseinkommen nach groben Kategorien von 1000 Franken abgefragt. Durch das Zusammenspiel der verschiedenen Angaben können bei den individuellen Angaben durchaus einige Unschärfen entstehen. Trotzdem sind die Angaben der SAKE bei einer genügend grossen Stichprobe als sehr zuverlässig zu betrachten. Dies zeigt sich bei einem Vergleich mit der Lohnstrukturerhebung LSE, welche das Bundesamt für Statistik seit 1994 alle zwei Jahre bei einer repräsentativen Stichprobe von rund 8`000 Unternehmen durchführt und die individuellen Lohndaten von rund 560'000 Beschäftigten umfasst.

Auf der Ebene der Gesamtwirtschaft und der Hauptbranchen (Wirtschaftsabschnitte) stimmen die Medianlöhne im privaten Sektor verblüffend gut überein, wie eine Sonderauswertung des BFS für das Jahr 1998 belegt. Insbesondere bei den Männern sind die Abweichungen gering (Medianlohn für den gesamten privaten Sektor von 5'417 Franken gemäss LSE und

von 5'425 Franken gemäss SAKE). Generell grössere Abweichungen ergeben sich bei den Frauen, was insbesondere auf die geringere Erfassung von prekären Arbeitsverhältnissen durch die LSE zurückgehen dürfte. Gesamthaft liegt der Medianlohn der Frauen in der SAKE 250 Franken unter jenem in der LSE.

Haushaltseinkommen

Von mehr als einem Drittel (36.3%) der befragten Personen ist das Haushaltseinkommen nicht verfügbar. Das Haushaltseinkommen wurde jedoch erst ab 18 Jahren erhoben. Die Antwortausfälle reduzieren sich auf 25 Prozent, wenn die Angaben bei den «nur» klassierten Haushaltseinkommen mitberücksichtigt würden. Die höchsten Antwortausfälle weisen die Rentnerhaushalte aus. Von der hier interessierenden Altersgruppe der 20-59-Jährigen ist eine gültige Angabe des Haushaltseinkommens in 70 Prozent der Fälle vorhanden. Die restlichen 30 Prozent, welche die Angabe des Haushaltseinkommen nicht beantworten konnten oder verweigerten, sind überproportional in den «anderen Haushaltstypen» vertreten. Dies sind z.B. Haushalte mit Eltern(teil) und erwachsenen und erwerbstätigen Kindern, Geschwisterhaushalte, Wohngemeinschaften u.a. Sobald mehrere Personen im Erwerbsalter zusammenleben, wird offensichtlich die Angabe des Haushaltseinkommens für die Befragten schwierig.

Von den Befragten zwischen 20 und 59-Jahren in «typischen» Haushalten.– d.h. Alleinstehende, Alleinerziehende oder Paarhaushalte mit oder ohne Kinder – geben knapp ein Viertel (24.7%) das Haushaltseinkommen nicht an. Wenn die Zielperson zusätzlich einer Erwerbstätigkeit (mindestens 1 Stunde pro Woche) nachgeht und damit ein eigenes Einkommen verdient, geht die Nichtantwortquote auf 22.3 Prozent zurück. Diese 22.3 Prozent lassen sich wie folgt charakterisieren:

■ Erwerbstätigkeit: Personen mit Erwerbstätigkeit von 20 Stunden oder weniger sind überrepräsentiert, ebenso Personen in Haushalten mit über 61 Stunden Gesamterwerbstätigkeit.
■ Bildung: Personen mit tiefer Bildung sind ganz leicht überrepräsentiert
■ Einschränkungen: Personen, welche die Angabe von Einschränkungen verweigern, sind stark überrepräsentiert. Bei den gültigen Antworten lässt sich jedoch kein Zusammenhang zur fehlenden Einkommensangabe herstellen.

Zusammen mit dem Befund, dass fehlende Antworten bei der Einschränkungsfrage gehäuft im untersten Einkommensdezil auftreten (vgl. Kapitel 11), kann vermutet werden, dass die fehlenden Einkommensangaben tendenziell eher im unteren Einkommenssegment anzusiedeln sind. Die (allerdings sehr schwache) Korrelation von fehlenden Einkommensangaben und tiefer Bildung stützt diesen Befund. Ein zweiter Befund ist, dass Personen vor allem dann das Haushaltseinkommen nicht kennen, wenn dieses aus mehreren Komponenten besteht. Dies zeigt, dass die Befragten zwar ihr eigenes Erwerbseinkommen kennen[43]; sobald neben dem eigenen Erwerbseinkommen noch andere Einkommensquellen – andere Erwerbseinkommen, aber auch Kapital- oder Transfereinkommen - bestehen, werden die Angaben unzuverlässiger.

Gemäss Burri stimmen dann die Angaben des Haushaltseinkommens am besten mit dem effektiven Haushaltseinkommen überein, wenn das Haushaltseinkommen eher gering ist, vorwiegend aus unselbständiger Erwerbstätigkeit stammt und die Haushaltszusammensetzung

[43] Die Ausfälle sind innerhalb der Population der Erwerbstätigen beim Erwerbseinkommen nicht nur wesentlich geringer als beim Haushaltseinkommen, es kann auch davon ausgegangen werden, dass Schätzungen, die auf dem Erwerbseinkommen basieren, nicht durch die Ausfallquote verzerrt sind (Sousa-Poza & Henneberger 2000) .

nicht zu kompliziert ist (Burri 1998a, 26). Demgegenüber wird das Haushaltseinkommen der Rentner/-innen aufgrund des hohen Anteils an Transfereinkommen systematisch unterschätzt, was für die vorliegende Studie jedoch nicht relevant ist. Die SAKE-Daten sind gemäss Burri für die Untersuchung von Working Poor geeignet. Probleme ergeben sich allerdings bei den Selbständigen, die mehr als ein Fünftel der Working Poor ausmachen (vgl.Tabelle 24). Darunter ist ein Grossteil in der Landwirtschaft tätig, wobei diese Gruppe einen substanziellen Anteil an nicht monetär erfasstem Naturaleinkommen verdienen dürfte.

Einige befragte Personen gaben ein höheres Erwerbseinkommen als das Haushaltseinkommen an. In diesen Fällen wird von uns jeweils das Haushaltseinkommen gleich dem Erwerbseinkommen gesetzt. Die Differenz zwischen dem Haushaltseinkommen und dem als höher bezeichneten Erwerbseinkommen beträgt in 90% der Fälle weniger als ein Fünftel des Erwerbseinkommens. Dies lässt den Schluss zu, dass die Befragten mit «Haushaltseinkommen» evtl. das verfügbare Nettoerwerbseinkommen (im Sinne von: «was bleibt für mich übrig?») bezeichnet hatten, obwohl die Frage in der SAKE diesbezüglich sehr klar gestellt ist. Ein weiterer Grund liegt in der Problematik der Vergleichbarkeit bzw. Harmonisierung bei technisch unterschiedlichen Angaben: Das Erwerbseinkommen wird in den meisten Fällen in Form eines Frankenbetrags angegeben, das Haushaltseinkommen hingegen oftmals nur als klassierte Variable (Einkommensklassen). Die durch uns vorgenommene Gleichsetzung von Erwerbseinkommen und Haushaltseinkommen für all diese Fälle betrachten wir als gerechtfertigt.

12.2.3 Lücken bei der Stichprobe

Einkommensschwache verfügen etwas seltener über ein Telefon als die Durchschnittsbevölkerung, die Unterschiede zu einer Stichprobe aus dem Stimm- und Ausländerregister sind jedoch gering. Der Mittelstandsbias wird ebenfalls als nicht gravierend beurteilt (Burri 1998a, 27). Die SAKE bietet somit bezüglich der ständigen Wohnbevölkerung eine geeignete Datenbasis für die Untersuchung von Working Poor, wenngleich eine Aufstockung der Stichprobe sowie eine Ausdehnung auf die nicht-ständige Wohnbevölkerung wünschenswert wäre.

Bei der Ausdehnung auf eine Panel-Untersuchung sinkt allerdings die Ausschöpfungsquote bei den Armen ab der zweiten Welle. Dies wird dadurch ersichtlich, dass die Armuts- bzw. Working Poor-Quote sinkt, wenn nur Personen einbezogen werden, die wiederholt an der SAKE-Befragung teilgenommen haben.

Bei der Extrapolation von der Untersuchungspopulation auf die Gesamtbevölkerung (ständige und nicht-ständige Wohnbevölkerung) bleibt zu berücksichtigen, dass Grenzgänger/-innen, Saisonniers/Saisonnières und Asylbewerber/-innen zum vornherein aus der Untersuchung ausgeschlossen werden, da sie nicht zur ständigen Wohnbevölkerung zählen. Für eine empirische Analyse der Working Poor wäre diese Gruppe von zentraler Bedeutung (vgl. auch Tillmann 1996, Liechti & Knöpfel 1998). Eine Analyse der Volkszählungsdaten ergab, dass 70.7 Prozent der Saisonarbeiter/-innen und 67 Prozent der Asylsuchenden keine oder nur eine obligatorische Schule abgeschlossen haben, gegenüber 51.8 Prozent der gesamten ausländischen Bevölkerung (Farago, Hunold & Kuhn 1996, 35). Innerhalb der ausländischen Bevölkerung befindet sich die Gruppe der nicht-ständig wohnhaften Ausländer/-innen somit in einer zusätzlich benachteiligten Lebenslage.

12.3 Besondere Datenprobleme

12.3.1 Datenübernahme

Die SAKE-Datensätze der einzelnen Jahre konnte via Bundesserver direkt im SPSS-Format erfolgen.

12.3.2 Abstimmung der Paneldaten

Das Zusammenstellen der Daten für die Panel-Analyse ist ausgesprochen zeitintensiv, weil sich mit der Fragebogenrevision 1996 einige Änderungen bei Variablen und Ausprägungen ergeben haben. Die Frageformulierung beim Haushaltseinkommen wurde beibehalten, allerdings wurde die befragte Person vor der Revision anders an die Haushaltseinkommensfrage herangeführt. Dies kann zu unterschiedlichen Ergebnissen und Interpretationen führen (siehe Abschnitt 8.1.3).

12.3.3 Auftretende Schwierigkeiten bei der Armutsberechnung

Um eine Working Poor-Quote zu berechnen, ist zunächst eine Armutsgrenze zu definieren. Dazu muss sinnvollerweise das Netto-Haushaltseinkommen nach Abzug von Steuern festgestellt werden. Gerade dies bietet einige Schwierigkeiten: Zum einen ist die Steuerberechnung des Erwerbseinkommens ausgesprochen aufwendig, weil pro Kanton und pro Haushaltstyp unterschiedliche Sätze zur Anwendung kommen, die in einer aufwendigen Gleichung errechnet werden müssen. Zum andern ist beim Haushaltseinkommen nicht klar, ob die Differenz zwischen Haushalts- und Erwerbseinkommen der befragten Person ein zweites Erwerbseinkommen ist, welches der gleichen Steuerberechnung unterliegen würde, oder ob es sich um Transfers handelt, die nicht oder anders besteuert werden. Auf die grosse Schwierigkeit der einzelnen Haushaltsmitglieder, zuverlässige Aussagen über das Erwerbseinkommen der andern Familienmitglieder zu machen, wurde bereits hingewiesen. Die höhere Verweigerungsquote bei Mehrpersonenhaushalten mit mehreren Einkommen führt leider dazu, dass Einverdienerhaushalte nicht nur sehr viel zuverlässiger erhoben werden können, sondern auch häufiger auftreten. Die fehlende Vermögensangabe führt dazu, dass die Armutsquote eventuell überschätzt wird. Leu, Burri & Priester (1997, 162) errechnen eine Nachtransfer-Armutsquote nach SKOS von 5.8 Prozent mit Vermögensanteil, gegenüber 8.2 Prozent ohne Vermögensanteil.

Zur Berechnung der Armutsgrenze ist neben der Einkommens- auch die Ausgabenseite wichtig: Hier wären die Mietausgaben von entscheidender Bedeutung, welche jedoch seit 1995 nicht mehr erhoben wurden und auf 1999 mit Hilfe des Mietindexes hochgerechnet werden mussten. Sehr gut ist die Datenlage bei den Krankenkassenprämien der obligatorischen Grundversicherung, welche detailliert pro Kanton und pro Kategorie (Erwachsene, Kinder, Personen in Ausbildung) verfügbar sind. Schwieriger ist es hingegen mit den kantonal unterschiedlichen Verbilligungssystemen, deren Leistungen beim Einkommen ebenfalls einbezogen werden müssten, ebenso weitere Zuschüsse wie subventionierter Wohnraum usw. Hier besteht ein relativ grosser Unschärfebereich, welcher einen erheblichen Einfluss auf die Berechnung der Armutsquote und der Anzahl Armen hat. Klärungen über die Bedeutung solcher verschiedener Transfereinkommen sind mit Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchserhebung EVE 1998 möglich, konnten im Rahmen der vorliegenden Untersuchung aber nur ansatzweise vorgenommen werden.

12.3.4 Haushaltseinkommen als kritische Grösse

Die in Abschnitt 12.2 dargelegten Erfahrungen zeigen, dass vor allem das in der SAKE erfasste Haushaltseinkommen eine kritische Grösse darstellt. Durch die pauschale Abfrage des Haushaltseinkommens lassen sich die entsprechenden Angaben schwierig interpretieren. Sinnvoll erscheinen in diesem Zusammenhang zwei Massnahmen:

■ Mit einer detaillierteren Abfrage des Haushaltseinkommen (zum Beispiel Aufteilung in Erwerbseinkommen, Vermögenseinkommen und Transfereinkommen) könnte die Angabe des gesamten Haushalteinkommens besser interpretiert werden.
■ Bei der Befragung sollte die Angabe des Haushaltseinkommens unmittelbar plausibilisiert werden. Somit könnte beispielsweise vermieden werden, dass ein geringeres Haushaltseinkommen als das Erwerbseinkommen der Zielperson angegeben wird. Eine nachträgliche Plausibilisierung ist äusserst zeitaufwendig und willkürlich (ist ein Haushaltseinkommen von 1000 Franken monatlich brutto noch plausibel oder hängt das vom Wohnort, der Erwerbssituation und der Haushaltsgrösse ab?) und konnte im vorgegebenen Rahmen nicht geleistet werden.

13 Literaturverzeichnis

AESCHIMANN Gaspard, Gabrielle ANTILLE, Fabrizio CARLEVARO, Jean-Paul CHAZE, Giovanni FERRO LUZZI, Yves FLÜCKIGER, Manfred GILLI (2000): Prognosemodell für die AHV-Beiträge, info:social, Fakten zur Sozialen Sicherheit, Februar 2000, Nr. 2. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.

ANDRESS Hans-Jürgen, Gero LIPSMEIER (1995): Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann sich ihn leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B31-32/95, S. 35-42.

ATKINSON Anthony B., Lee RAINWATER und Timothy M. SMEEDING (1995): Income Distribution in OECD Countries. Evidence from the Luxembourg Income Study, OECD, Paris.

BAK Konjunkturforschung (2000): Der Arbeitsmarkt der Schweiz nach der Krise der Neunziger Jahre, Unterlage zur Herbst-Prognose-Tagung vom 18. Oktober 2000 (mimeo).

BALTHASAR Andreas (1998): Die sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung in den Kantonen. Evaluationsergebnisse und Monitoringkonzepte, Beiträge zur Sozialen Sicherheit (hrsg. durch das Bundesamt für Sozialversicherung BSV), EDMZ, Bern.

BAUER Tobias (1998): Kinder, Zeit und Geld. Eine Analyse der durch Kinder bewirkten finanziellen und zeitlichen Belastungen von Familien und der staatlichen Unterstützungsleistungen in der Schweiz, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Beiträge zur Sozialen Sicherheit (hrsg. durch das Bundesamt für Sozialversicherung BSV), EDMZ, Bern.

BAUER Tobias (1999): Lohnstruktur und Lohnentwicklung im Detailhandel und Gastgewerbe, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Bern.

BAUER Tobias, Elisa STREULI (2000): Modelle des Ausgleichs von Familienlasten. Eine datengestützte Analyse für die Schweiz, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Hrsg.: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF, EDMZ, Bern.

BAUER Tobias, Ursula WYSS (1997): Sozialhilfe zwischen Sozialabbau und Grundrecht, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Bern.

BFS Bundesamt für Statistik (1999a): Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel.

BFS Bundesamt für Statistik (1999b): Die Schweizerische Lohnstrukturerhebung 1998: definitive Ergebnisse, Pressemitteilung Nr. 124/99.

BFS Bundesamt für Statistik (1999c): Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung. Kommentierte Ergebnisse und Tabellen 1999, Neuchâtel.

BFS Bundesamt für Statistik (2000a): Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 (EVE 98). Erste Ergebnisse, BFS aktuell Nr 6.

BFS Bundesamt für Statistik (2001): Ausländerinnnen und Ausländer in der Schweiz, SAKE-News 1/2001, Neuchâtel.

BLS Bureau of Labour Statistics (1997): A Profile of the Working Poor, 1996, U.S. Department of Labor. Available: http://stats.bls.gov/cpswp96.htm.

BÖGENHOLD Dieter, René LEICHT (2000): «Neue Selbständigkeit» und Entrepreneurship: Moderne Vokabeln und damit verbundene Hoffnungen und Irrtümer, in: *WSI-Mitteilungen* 12/200, S. 779-787.

BSV Bundesamt für Sozialversicherung (2000): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik, EDMZ, Bern.

BUHMANN B., L. RAINWATER, G.SCHMAUS und T. SMEEDING (1988): Equivalence Scales, Well-Being, Inequality, and Poverty: Sensitivity Estimates Across Ten Countries using the Luxemburg Income Studie Database, in: *Review of Income and Wealth*, 34, 115-142.

BUHMANN Brigitte (1988): Armut in der reichen Schweiz, Verlag Rüegger, Grüsch.

BUHMANN Brigitte (1999a): Ausbau der SAKE ab 2002, in: BFS Bundesamt für Statistik: Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel, S. 177-191.

BUHMANN Brigitte (1999b): SAKE-News 3/99: Einführung in die Arbeitsmarktstatistik, Bundesamt für Statistik BFS, Neuchâtel.

BURRI Stefan (1998a): Einkommens- und Vermögensdaten für eine Armutsberichterstattung. Evaluation von Datenquellen, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.

BURRI Stefan (1998b): Methodische Aspekte der Armutsforschung. Haupt, Bern.

BURRI Stefan (1999): Instrumente und Datenbasis in der Schweiz, in: BFS Bundesamt für Statistik: Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel, S. 163-176.

CARITAS (1999): Sozialalmanach 1990. Existenzsicherung in der Schweiz, Caritas-Verlag, Luzern.

CARITAS (2000): Sozialalmanach 2000. Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz, Caritas-Verlag, Luzern.

DEUTSCH Joseph, Yves FLÜCKIGER, Jacques SILBER (1999): La population des «bas salaires» et des «Working Poor» en Suisse, in: BFS Bundesamt für Statistik: Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel, S. 247-275.

ESTV Eidgenössische Steuerverwaltung (1999): Steuerbelastung in der Schweiz. Natürliche Personen nach Gemeinden 1998, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.

EXPERTENBERICHT MINDESTLÖHNE (2000), Bericht einer Expertengruppe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (Yves Flückiger, Elisabeth Freivogel, Thomas Gabathuler, Serge Gaillard, Thomas Geiser, Pascal Mahon, Colette Nova, Stefan Spycher), Bern.

FARAGO Peter, Claude HUNOLD, Fredy KUHN (1996): Ausländische Erwerbstätige in der Schweiz. Eine Strukturanalyse, Bundesamt für Statistik, Bern.

FLÜCKIGER Yves (1999): Tieflohnbezüger/-innen und «Working Poor» in der Schweiz: Situation und Entwicklung von 1991 bis 1997, Ausführungen an SGB-Pressekonferenz vom 6. Januar.

GERFIN Michael, Robert E. LEU, Peter SCHWENDENER (1994): Ausgaben-Äquivalenzskalen für die Schweiz. Theoretische Ansätze und Skalen aufgrund der Verbrauchserhebung 1990, Bundesamt für Statistik, Bern.

GLATZER Wolfgang, Werner HÜBINGER (1990): Lebenslagen und Armut, in: DÖRING Dieter, Walter HANESCH, Ernst-Ulrich HUSTER (1990): Armut im Wohlstand. Frankfurt, Suhrkamp, S. 31-55.

HADDAD L. , R. KANBUR (1990): «How Serious Is the Neglect of Intra-Household Inequality?, in: *Economic Journal*, 199, S. 866-881

HOURRIEZ Jean-Michel (1999): Les travailleurs pauvres en France, in: BFS Bundesamt für Statistik: Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel, S. 209-219

HUSTER Ernst-Ulrich (1990): Armut im Wohlstand, Suhrkamp, Frankfurt.

HUSTER Ernst-Ulrich (Hrsg.) (1997): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung. Campus, Frankfurt.

KLAMMER Ute (2000): Niedriglöhne – Herausforderung für den Sozialstaat, in: *WSI-Mitteilungen* 8/200, S. 482-494.

KNÖPFEL Carlo (1999): Working Poor: Stand des Wissens in der Schweiz, in: BFS Bundesamt für Statistik: Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel, S. 277-287.

KOMMISSION FAMILIENBESTEUERUNG (1998): Bericht der Expertenkommission zur Überprüfung des schweizerischen Systems der Familienbesteuerung, EDMZ, Bern.

KRAUSE Peter, Gert WAGNER (1997): Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland. Ergebnisse des sozio-ökonomischen Panels (SOEP), in: HUSTER Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt 1997, S. 65-88.

LEU Robert E., Stefan BURRI, Tom PRIESTER (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz, Haupt, Bern.

LIECHTI Anna (1999): Arbeit und Not: Working Poor in der Schweiz, in: Sozialalmanach 1999. Existenzsicherung in der Schweiz, S. 101-113.

LIECHTI Anna, Carlo KNÖPFEL (1998): Trotz Einkommen kein Auskommen – Working Poor in der Schweiz, Caritas, Zürich.

MARLIER Eric, Sophie PONTHIEUX (2000): Niedriglöhne in den Ländern der EU, Statistik kurzgefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen, 11/2000, Thema 3. Eurostat, Luxembourg.

MIETERVERBAND (o. Jg.): Mietpreisindex (Wohnungsmiete). Available: www.mietrecht.ch/Themas/Indexe/Miete_93.htm

MÜLLER KUCERA Karin, Tobias BAUER (2001): Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertagesstätten, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Edition Sozialpolitik 5a hrsg. vom Sozialdepartement der Stadt Zürich, Zürich.

PIACHAUD David (1992): Wie misst man Armut, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32: 63-87.

PONTHIEUX Sophie & Pierre CONCIALDINI (2000): Niedriglöhne und arme Erwerbspersonen – Ein Vergleich zwischen Frankreich und den USA, in: WSI-Mittelungen 8/2000, S. 521-533.

PRIESTER Tom (1999): Auf dem Weg zu einer Armutsberichterstattung für die Schweiz, in: BFS Bundesamt für Statistik: Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel, S. 139-159.

PRODOLLIET Simone (2000): Arbeit in der Grauzone. Die neuen prekären Arbeitsverhältnisse, in: CARITAS: Sozialalmanach 2000. Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz, Caritas-Verlag, Luzern 2000, S. 115-131.

SCHEIDEGGER Eric & Aymo BRUNETTI (2000): Einkommenszuschüsse statt Minimallöhne, in *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 120 vom 24. Mai 2000.

SECO Staatssekretariat für Wirtschaft (o. Jg.): Arbeitsmarktstatistik. Available: www.seco.admin.ch/db/ams/Archiv/d_Talkant.asp

SKOS Schweizerische Konferenz für öffentliche Sozialhilfe (1997): Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe, Haupt, Bern.

SOUSA-POZA Alfonso, Fred HENNEBERGER (2000): Wage data collected by telephone interviews: an empirical analysis of the item nonresponse problem and ist implications for the estimation of wage functions, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 136. Jg., Vol. 1, S. 79-98.

STATISTISCHES JAHRBUCH DER SCHWEIZ 2000, hrsg. vom Bundesamt für Statistik, Verlag NZZ, Zürich 2000 (und Vorjahre).

STRENGMANN-KUHN Wolfgang (1999): Statistische Instrumente zur Erfassung von Working Poor: Die Situation in Deutschland, in: BFS Bundesamt für Statistik: Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel, S. 221-245.

STREULI Elisa, Tobias BAUER (2001): Working Poor in der Schweiz. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlage, info:social, Fakten zur Sozialen Sicherheit, April 2001, Nr. 5, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.

TILLMANN Robin (1996): Niedrige Einkommen, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Ausschluss vom Arbeitsmarkt. Entwicklung einiger Indikatoren der SAKE 1991-1995, SAKE-News Nr. 5, Bundesamt für Statistik, Bern.

TILLMANN Robin, Erwin ZIMMERMANN (1999): Panel suisse de ménages: possibilités d'analyse des phénomènes de pauvreté, in: BFS Bundesamt für Statistik: Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, hrsg. von Robert Fluder, Marion Nolde, Tom Priester, Antonin Wagner, Neuchâtel, S. 193-206.

ULRICH Werner, Johann BINDER (1998): Armut erforschen – Armut verstehen. Eine einkommens- und lebenslagenbezogene Untersuchung im Kanton Bern, Seismo, Zürich.

VOSS Werner (Hrsg.) (2000): Taschenbuch der Statistik, Hanser Verlag, München.

WERTHEIMER Richard F. (1999): Working Poor Families with Children, Child Trends. Available: http://childtrends.org/workingpoor.cfm.

WSI Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2000a): «Working Poor» – Niedriglöhne im internationalen Vergleich (Schwerpunktheft), WSI-Mitteilungen 8/2000.

WSI Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2000b): Neue Ökonomie, neue Selbständigkeit – neue Arbeit? (Schwerpunktheft), WSI-Mitteilungen 12/2000.

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

Diffusionsmittel	*Kontakt*
Individuelle Auskünfte	032 713 60 11
Das BFS im Internet	http://www.statistik.admin.ch
Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	032 713 60 11
Publikationen zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette)	032 713 60 60
Online-Datenbank	032 713 60 86

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln liefert das alle 2 Jahre nachgeführte **Publikationsverzeichnis.** Es ist auf dem Internet abzurufen oder kann gratis über Tel. 032 713 60 60 bezogen werden.

Soziale Sicherheit und Versicherungen

Burri Stefan, *Einkommens- und Vermögensdaten für die Armutberichterstattung, Evaluation von Datenquellen*, BFS, Neuchâtel, 1998, 44 Seiten, Fr. 7.–, Bestell-Nr. 277-9800

Armut verstehen – Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik, BFS, Neuchâtel, 1999, 308 Seiten, Fr. 20.–, Bestell-Nr. 308-9900

Tobias Bauer, Elisa Streuli, *Working Poor in der Schweiz. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlage*, in **info:social 5**, BFS, Neuchâtel, 2001, 48 Seiten, Fr. 12.–, Bestell-Nr. 299-9905

Erwerbstätigkeit schützt auch in der Schweiz nicht vor Armut. Die in diesem Bericht veröffentlichte Untersuchung, die auf der Grundlage der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) erstellt wurde, zeigt erstmals das Ausmass der Working Poor in der Schweiz, die Entwicklung in den 90er Jahren und die damit verbundenen Problemlagen. Die Studie zeigt deutlich, dass das Phänomen der Working Poor nicht auf einen einzelnen Faktor zurückgeführt werden kann. Vielmehr bestimmt ein komplexes Zusammenspiel verschiedenster Faktoren, ob jemand trotz Erwerbstätigkeit arm ist oder nicht.

Bestellnummer:
484-0100

Bestellungen:
032 713 60 60 Fax: 032 713 60 61

Preis:
Fr. 18.–

ISBN 3-303-13041-8